DER SPIEGEL

7. JULI 1969 · NR. 28
23. JAHRGANG · DM 1,50
INCL. MEHRWERTSTEUER
C 6380 C





Kronenfilter

HB

VON HAUS BERGMANN

Frohen Herzens genießen – HB ist mild und schmeckt

Eine moderne Cigarette
muß aromatisch schmecken.
Sie kann aber auch angenehm mild sein.
Am besten beides zugleich.
Wie die HB.

HB 911

IN DIESEM HEFT

Souffleur im Kanzleramt — Seite 29


Diehl

Bonns Pressesprecher, Staatssekretär Günter Diehl, ist zum „heimlichen Oberbundeskanzler" geworden, so SPD-Fraktionschef Helmut Schmidt. In nur anderthalb Jahren Amtszeit haben seine „Kalte-Kriegs-Manieren" (Herbert Wehner) Einfluß auf den entscheidungsschwachen Kanzler gewonnen, mit dem Diehl täglich mehrere Stunden zusammen ist. Die neun SPD-Minister im Kabinett fühlen sich vom „Umfunktionierer" Diehl (Horst Ehmke) bevormundet und in der Öffentlichkeit schlecht dargestellt.

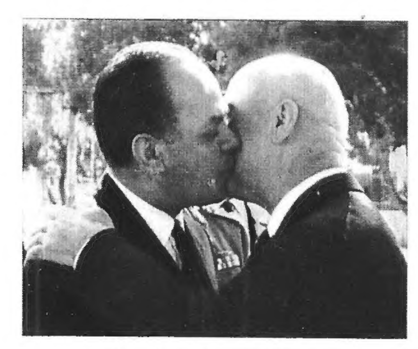
Polizei im Funkhaus — Seite 62

Fünfzehn Beamte befahl der Einsatzleiter im Frankfurter Polizeipräsidium zum Hessischen Rundfunk: Seltsame Durchsagen des Senders hatten bei Bürgern den Verdacht erweckt, das Funkhaus sei von der Apo besetzt und zur Revolutionsstation umfunktioniert worden. Schuld war ein Kultur-Beitrag mit Sätzen wie: „Ein Mädchen muß einen nackten Mann mit der Peitsche schlagen."

Bischof unter Mordverdacht — Seite 67

Münchens Weihbischof Defregger war 1944 als Hauptmann an der Erschießung italienischer Bauern beteiligt. Jetzt ermittelten Staatsanwälte gegen Defregger und stellten das Verfahren ein: Totschlag sei verjährt. SPIEGEL-Recherchen am Tatort ergaben den Verdacht, daß es Mord war. Und Mord ist nicht verjährt.

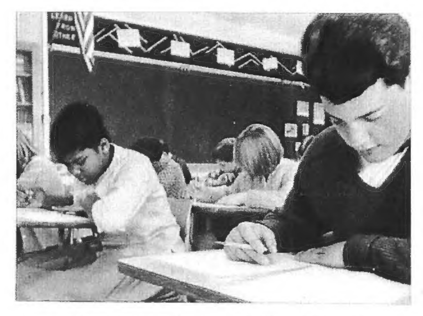
Risse in der Athener Junta — Seite 76


Papadopoulos, Pattakos

Griechenlands Diktator Papadopoulos erhielt Mitte Juni ein Ultimatum des Chefs seiner Militärpolizei, Ioannidis. Darin fordert der Oberstleutnant „im Namen der Offiziere", allen „Hoffnungen auf eine Rückkehr zum Parlamentarismus ein Ende zu setzen", da sich sonst „unvorhersehbare Folgen" ergeben könnten. Der streng geheime Brief, aus dem der SPIEGEL zitieren kann, signalisiert die Krise, in der Athens Regime steckt: seine Macht-Basis, die Armee, ist in sechs einander bekämpfende Cliquen zerfallen.

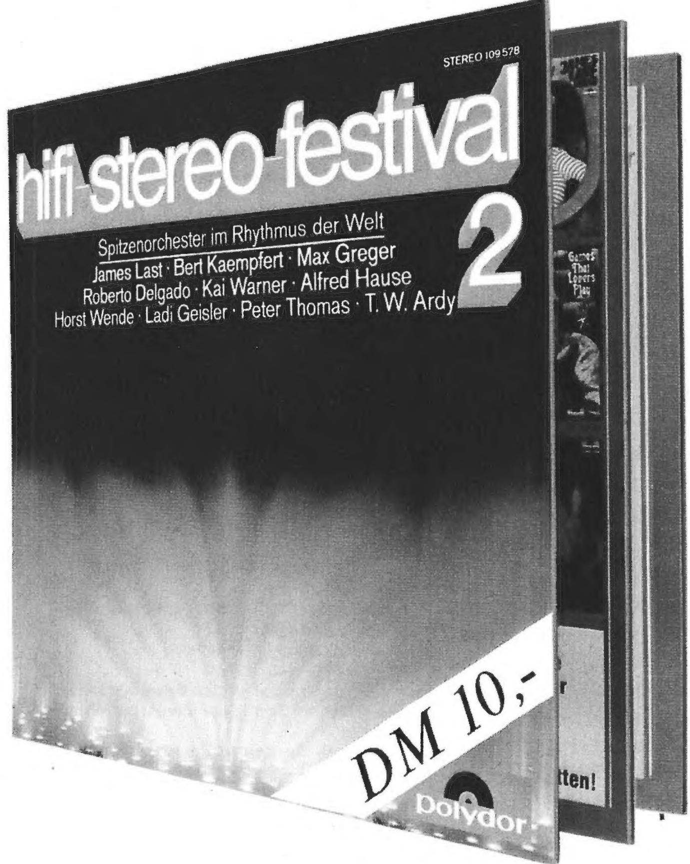
Sind Neger dümmer? — Seite 130

„Bekämpft den Rassismus, verjagt Jensen!" Dieser Protest kalifornischer Studenten gilt Arthur Jensen, einem der prominentesten, nun umstrittensten Psychologen in den USA. Seine Behauptung, Negerkinder seien — erbbedingt — weniger intelligent als weiße, stützte sich auf Intelligenz-Tests bei Schulkindern. Aber Jensens Kritiker wiesen nach, daß eben diese Testreihen nur den zu erwartenden Leistungsstand in einer von Weißen beherrschten Gesellschaft wiedergeben.


US-Schüler beim Intelligenz-Test

INHALT





Wie Grundig und James Last Ihren Feierabend verändern wollen.

Aufwachen, jetzt beginnt für Sie ein neues Vergnügen. Hören Sie mal HiFi-Pop. Das bringt Sie in Schwung. Das **„HiFi-Stereo-Festival 2"** zeigt Ihnen, wie so etwas klingt: plastisch, dreidimensional, anspruchsvoll.

Hören Sie James Last, Bert Kaempfert, Kai Warner oder einen der anderen großen Soundmacher auf einer Anlage, die problemlos den Klangreichtum der Polydor-Platten wiedergibt.

Hören Sie sich das „HiFi-Stereo-Festival 2" auf einer HiFi-Anlage von Grundig an, z. B. auf dieser: **HiFi-Stereo-Verstärker SV 140, HiFi-Stereo-Plattenspieler PS 7 und HiFi-Lautsprecher-System 4012.**

Sie werden swingende Partymusik völlig neu genießen: plastisch, dreidimensional, anspruchsvoll.



So wird Musik zum Erlebnis.

SPIEGEL-VERLAG/HAUSMITTEILUNG

Datum: 7. Juli 1969 Betr.: Wahl Spezial

In der parlamentarischen Demokratie, ach ja, ist der stimmberechtigte Bürger der Souverän. Was könnte ihn interessieren, bevor er in zwölf Wochen seine Souveränität auf vier weitere Jahre an 496 Bundestagsabgeordnete delegiert? Vielleicht dies: Ein knappes viertel Prozent aller Bundesbürger hat in den vergangenen Monaten darüber entschieden, wen er, der Souverän, wählen kann und wen nicht. Die Entscheidung trafen Parteimitglieder, die politisch Aktiven – aber was waren ihre Motive, diesen Kandidaten zu nominieren und jenen nicht? Lag es an seiner Befähigung zu aussenpolitischem Denken etwa, oder scheiterte er vielleicht daran, nicht oft genug an den Biertischen des heimischen Wahlkreises gesessen zu haben? Womöglich interessiert es unseren Souverän auch, dass ungefähr achtzig Prozent aller Bundesbürger (so haben es jedenfalls die Demoskopen ermittelt) bereits seit Ende April definitiv entschieden sind, welche Partei sie wählen werden – negativ ausgedrückt, dass jene 96 Millionen Mark, die den Parteien nach Parlamentsbeschluss für ihren Wahlkampf aus der Staatskasse zugewiesen werden, 2,50 Mark pro Wahlberechtigten, nach demoskopischer Einsicht zu mindestens vier Fünfteln wirkungslosen Schall und Rauch finanzieren? Vielleicht möchte er auch wissen – da Mitbestimmung, Vermögensbildung und Steuergerechtigkeit regierende Themen für die Parteienrangelei hergeben werden –, dass die 34 reichsten Bundesbürger 1965/66 dem Finanzamt ein doppelt so hohes Einkommen anzugeben hatten wie die 30 000 Angestellten und Arbeiter der August Thyssen-Hütte zusammen? Die Literatur, seit sie sich parteipolitisch engagiert, soll auch nicht übergangen sein: Am 14. August, am gleichen Tage, an dem Günter Grass, Motor der „Sozialdemokratischen Wählerinitiative", zur zweiten Halbzeit seiner Wahlkampf-Tournee startet, wird sein neuer Roman „Örtlich betäubt" an die Buchhandlungen geliefert, und, so sagt es sein Helfer, „wir haben doch einigen Bammel vor den Kritiken, die ausgerechnet in diesen Wochen erscheinen werden". Das wäre mal etwas Neues, wenn die SPD eine Wahlniederlage der Literaturkritik ankreiden könnte.



Kennzeichen für SPIEGEL-Hefte mit Wahlthemen

Den 38,6 Millionen, die im September wählen können, will der SPIEGEL dieser Woche – auf dem Titelblatt mit einem Signet gekennzeichnet als Wahl Spezial Nr. 1 – und werden künftige Hefte in Titelgeschichten, Reports, in Berichten und Gesprächen die Leute, die Themen und Methoden namhaft machen, um die es bis zum 28. September 1969 gehen wird. Dazu gehört eine Analyse der Kandidaturen (in diesem Heft) ebenso wie Vermögensbildung und Steuergerechtigkeit, Parteien und deren Helfer – wie Günter Grass –, ein Röntgenbild des Wählers und seiner Motive, die Untersuchung eingeschlossen, womit überhaupt er zu beeinflussen ist.

Künftige SPIEGEL-Hefte, die zur Information des Wählers beitragen möchten, werden das Signet „Wahl Spezial" tragen.



Ein Mann hat seine festen Freunde.

Die kleinen und die großen Freunde.
Die kleinen und die großen Freuden.
Kritisch und humorvoll.
Selbstsicher.

T2 Ehrlich. Männlich. Herb.





T2 Herrenserie: Pre Shave ab DM 3.– After Shave ab DM 3.– Eau de Cologne ab DM 3.90

Neu: Deo Spray ab DM 5.60 Deo Stift ab DM 3.90

BRIEFE

NAGELKÖPFE

(Nr. 26/1969, Hochschulserie und Titel)

Wenn es Ihnen durch diese Serie gelänge, die öffentliche Diskussion aus dem unseligen Teufelskreis zwischen zerstörerischen Aktionen einer wirrköpfigen anarchistischen Minderheit auf der einen und dem Gezeter über die langhaarigen Studenten, die für unser Geld studieren, sowie dem Geschrei der Reaktionäre nach Ruhe und Ordnung auf der anderen Seite zu lösen und auf den harten, im höchsten Maße beunruhigenden Kern zurückzuführen, würde ich mich gern auch durch 50 statt der angedrohten 15 Fortsetzungen hindurchwühlen.

Klein Barkau (Schl.-Holst.) ERNST KNAUER

Ihren Anfangsbericht über Krise und Zukunft der deutschen Hochschulen konnte ich aus der Sicht des der Alma mater gerade entronnenen Ex-Sohnes studieren. Was das juristische Studium anbelangt, fällt mir ein Bonmot ein, das übertrieben sein mag, aber erst widerlegt werden müßte: Fragt man viele derjenigen Studenten, die auch an ihr Examen denken, wo die einzige juristische Hochschule Deutschlands sei, dann geben nicht nur Rheinländer, sondern Niedersachsen ebenso wie Bayern ein bekanntes Bonner Repetitorium an. Es mag ein Scherz sein, vielleicht aber ein Symptom.

Bonn HANS-JOSEF DAHLEN
Referendar



Kölnische Rundschau

„Würden die Herren Beteiligten zunächst bitte die Scheuklappen ablegen!"

Ihr Artikel über die Situation der Hochschule ist teilweise sehr interessant. Leider wird seine Objektivität verschiedentlich durch unnötige Histörchen beeinträchtigt. So die Geschichte vom „Münchner Ordinarius für Soziologie", der seine Assistenten als „Unterleibchen-Zähler" einspannt. Ich weiß nicht, was daran Wahres ist — ich weiß nur, daß ich sie jetzt bereits zum zweitenmal im SPIEGEL erwähnt finde — und dies wirkt dann nicht mehr originell. Tatsache aber ist, daß unter Beteiligung auch jenes Professors im vorigen Jahr ein Institutsausschuß des Soziologischen Instituts der Universität gegründet wurde, der die vielbesprochene „Demokratisierung" der Universität verwirklicht. Lehrende und Lernende sind darin anzahl- und stimmenmäßig gleichberechtigt vertreten. (Entschieden werden nicht nur unwichtige Angelegenheiten, sondern diese Mitbestimmung besteht auch zum Beispiel bei der Berufung von Lehrbeauftragten, Erstellung des Lehrplans, Aufstellung des Institutsetats et cetera.)

München JÜRGEN MÖNCH
Student d. Soz.

Sie räumen den Soziologen zuviel Platz ein. Natürlich sind Soziologen durch ihr Fachgebiet dazu prädestiniert, sich zur Hochschulreform zu äußern, und sicher ist auch viel Nachdenkenswertes unter diesen Äußerungen.

Berlin DR. J. M. WILLS
Priv.-Doz.

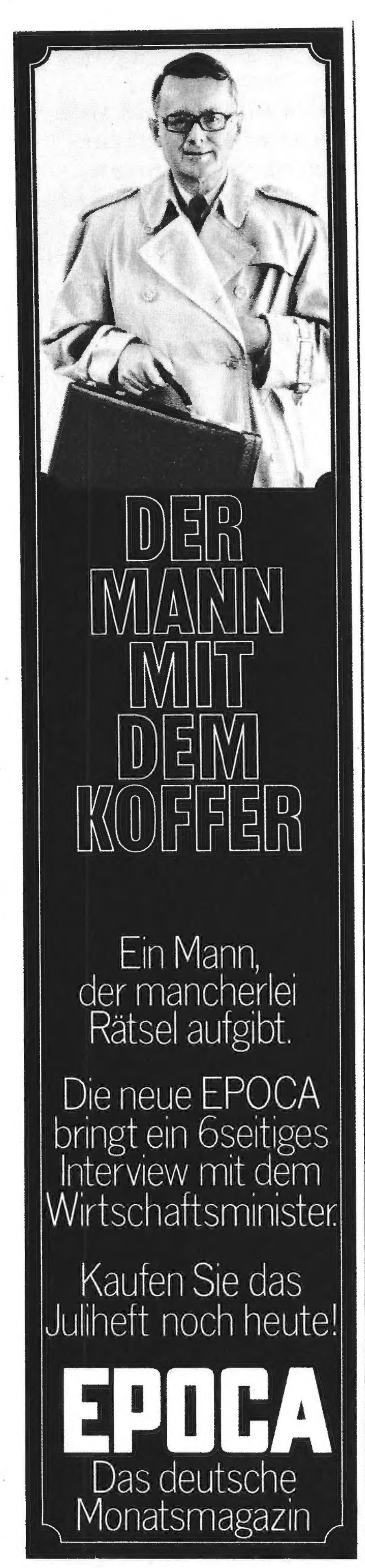
Sie bemängeln einerseits fleißig die tatsächlichen Mißstände in Hinsicht auf die nicht ausreichend berufsbezogene Ausbildung, räumen aber andererseits die Möglichkeit ein, daß eine berufsbezogene Ausbildung unter Umständen nicht die Aufgabe der Universität, sondern (zu schaffender) Fachhochschulen sei. Durch dieses Nebeneinander anstelle einer sachgemäßen Gliederung passen Sie Ihren Stil zwar der tatsächlichen Unordnung an, dürfen jedoch nicht erwarten, daß sich Ihr Artikel anders lesen lasse, denn eine Stoffsammlung.

Bad Honnef (Nrdrh.-Westf.) ERICH SPOHR
stud. phil.

Diese Titelgeschichte scheint mir, in mancher, aber nicht in jeder Beziehung den Nagel auf den Kopf zu treffen. Ich finde sie zu pessimistisch. Die allgemeine Verwirklichung der Richtlinien des Wissenschaftlichen Bildungsrats verspricht, in absehbarer Zeit mehr Studenten, also auch mehr Dozenten, einschließlich von Professoren, zu liefern, die nicht mehr so einseitig (philologisch) vorgeschult wurden wie bisher.

Berlin OTTO MASS

Für das akademische Kraftwort: „Die Fakultät lebt de facto unter der Herr-



schaft einer Mafia", kann Herrn von Simson Originalität nicht in Anspruch nehmen. Der Vergleich radikaler Studenten der Freien Universität mit einer Mafia ist älter: „Jüngste Ereignisse belegen den Zug zum Asozialen, das Abgleiten in eine scheinrevolutionäre, in Wirklichkeit kriminelle, universitätsfremde Mafia. Gangstermethoden und Ganoventricks verdrängen die geistige Diskussion ..." So wurde am 16. August 1968 von den radikalen Studenten, von Berlins „Dutschkisten" im NPD-Blatt „Deutsche Nachrichten" gesprochen. Das NPD-Blatt wird sich ins Fäustchen lachen, wenn es feststellt, daß der Dekan der Philosophischen Fakultät der Freien Universität erst Ende April 1969 die radikalen Studenten als „Mafia" entdeckt, während die NPD schon Mitte August 1968 diesen „Sachverhalt" bemerkte.

Berlin WALTER JAESCHKE

Wenn man erfährt, wie die „profilierten" Spät-Teens Cohn-Bendit in Frankfurt und Nolle in Marburg sich gegenüber Professoren gefällige Schweinereien leisten, dann fragt man die (hoffentlich noch) gemäßigten Kommilitonen, wie lange sie den beiden Herren das vorenthalten wollen, was sie in ihrer Schulzeit anscheinend niemals kennengelernt haben: Klassenkeile!

Bremen DIETRICH GRÜTZNER

Trotzdem, Kommilitone Nolle hat recht: Unschuldsknabe Professor Ernst Wolf schreibt immer noch Scheiße; denn es war niemand anders als Professor Wolf persönlich, der sich an der Schlägerei aktiv beteiligt hat, die sich im Hörsaal 101 der juristischen Fakultät der Philipps-Universität Marburg zugetragen hat. Aber das, wie sollte es auch anders sein, verschweigt Professor Wolf natürlich in seiner Darstellung.


Wolf

Berlin HANS-CHRISTIAN WEISE
stud. jur.

Neben dem Hinweis auf die Verfälschung des objektiven Sachverhalts in Professor Wolfs Erklärung muß erwähnt werden, daß es sich um die von Professor Wolf autoritär geführte Anfängervorlesung handelte (ganz im Sinne des Briefs der 23: Demokratie könne sich nicht in allen Institutionen des Staates wiederholen, schon gar nicht in der Hochschule), bei denen die Hörer permanent in eine passive Konsumentenhaltung gedrängt wurden, welche durch die kritiklose Hinnahme des dargebrachten Stoffs dazu führt, daß systemkonforme Subsumtionstechnokraten herangebildet werden, welche „Recht" sprechen, ohne dessen gesellschaftliche Bedingtheit zu erkennen und Urteile im Interesse und zur Verfestigung bestehender Herrschaftsverhältnisse fällen.

Marburg HEIKO KAUFMANN
stud. jur.

KERLS

(Nr. 27/1969, Schule der Nation)

Soweit es überhaupt möglich ist, an Hand von Zeitungsartikeln, die nur Bruchstücke einer Rede wiedergeben, und ohne den vollen Wortlaut des Gesagten vor sich zu haben, Urteile über Reden prominenter Politiker fällen zu können, möchte ich entschiedenen Protest gegen das anmelden, was der SPIEGEL über Bundeskanzler Kiesinger glaubte von sich geben zu müssen. Selbst unter der Gefahr, von Ihnen als NPD-Anhänger verschrien zu werden (bin allerdings Mitglied der Jungen Union, was nach Ihrer Auffassung und Auslegung natürlich Wasser auf die Mühle ist), möchte ich behaupten, daß es heute mehr persönlichen Mutes bedarf, Begriffe wie „Innere Führung" und „Bürger in Uniform" als Klischees in Frage zu stellen, als das von Kanzler Kiesinger Gesagte zu kritisieren.

Homberg (Hessen) ROLF TRAUE

Der Bundeskanzler hat die Begriffe „Innere Führung" und „Staatsbürger in Uniform" nicht als das alte Klischee „abgetan", sondern sagte, sie seien durch Gebrauch abgeschliffen und hätten dadurch etwas von ihrem Leben verloren. Er sagte nicht, die Armee müsse Schule der Nation werden, sondern forderte die Vorgesetzten auf, durch vorbildliches Verhalten dazu beizutragen, „daß die Bundeswehr eine(!) große Schule der Nation für unsere jungen Leute wird".

Goch (Nrdrh.-Westf.) KLAUS FIELENBACH
Major

Sie haben, wie mir scheint, der Kiesinger-Rede vor dem Bundeswehrverband nicht die nötige kritische Beachtung geschenkt. Man sollte, seitdem die Bundeswehr durch die Notstandsverfassung zur potentiellen Bürgerkriegsarmee avanciert ist (Artikel 87a Absatz 4 Grundgesetz), besonders hellhörig sein in bezug auf das, was in der Bundeswehr und über diese gesprochen wird.

München WOLFRAM WETTE
Hauptmann d. R.

Man sollte Kiesinger nicht verübeln, daß er vom soldatischen Leitbild des

Damit wären Sie besser zum Spezialisten gegangen.

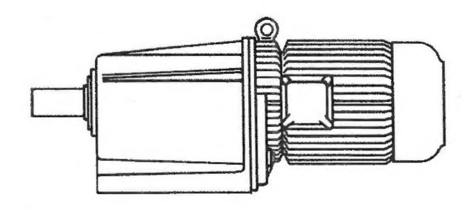
27812/69

Wegen der paar Störungen im Bild wird man doch nicht gleich zum Fernseh-Fachmann rennen. Nein, Stecker raus, damit nichts passieren kann, und dann mit dem großen Schraubenzieher hinten aufgemacht.

Unverwechselbar: die Bildröhre. Richtig! Aber was sollen diese unzähligen Strippen und Schaltungen? Ihnen wenigstens andeuten, was »volltransistorisiert« ist. – Das alles könnten Sie viel einfacher haben. Bequemer. Wenn Sie den Spezialisten bemühen.

Nicht nur bei Fernseh-Problemen übrigens. Auch bei Antriebsproblemen empfiehlt sich der Spezialist: BAUER hat sich voll und ganz auf den Antrieb von langsam laufenden Maschinen konzentriert. Und das nicht erst seit heute, sondern seit Jahrzehnten.

Wie auch mit Ihren Antriebs-Problemen



BAUER

Eberhard Bauer 73 Esslingen-Neckar

„Kerls" so angetan ist, und es auch offen ausspricht. Nachweislich war er 1937/38 noch nicht vom nationalsozialistischen Propagandaapparat integriert, sondern erst kurz darauf.

Mag sein, daß Kiesinger bei seinem rhetorischen Kraftakt vor dem Bundeswehrverband in Godesberg unbewußt einen Artikel des Völkischen Beobachters aus dem Jahre 1935 im Sinn hatte, in dem ein gewisser K. Troebs schrieb: „Denn wessen wir bedürfen . . ., das sind keine nur ‚fixen Jungs!', sondern — ja, lebendige, mutige und ganze Kerle, keine Gentlemen, sondern deutsche Kämpfer, die sich im Ringen um diese und jene Welt verzehren und selbst im Untergang Sieger zu bleiben vermöchten — als nationalsozialistische Charaktere . . . " In einer Welt, in der vieles in Frage gestellt wird, müßte man eigentlich für ein ungebrochenes Geschichtsbewußtsein und ein durchgängiges historisches Kontinuum dankbar sein.

Feldkirchen (Nrdrh.-Westf.)
HENNING STOREK

Mit der Forderung nach der „Schule der Nation" hat Kiesinger gleich dreierlei offenbart: er verkennt, daß eine militärische Streitmacht mit ihren wohl notwendig autoritären Zügen in einem demokratischen Staat unmöglich von der militärischen Ausbildung unabhängige erzieherische Aufgaben wahrnehmen kann und darf; er übersieht, daß er schon mit einer solchen Forderung eine fatale Ungleichbehandlung der Staatsbürger in Kauf nimmt, da weniger als die Hälfte der Bürger die Chance hätten, in den Genuß dieser „Schulbildung" zu kommen; er läßt vermuten, daß er bei seinen bildungspolitischen Finanzüberlegungen den Wehretat zumindest teilweise berücksichtigt, weil er die Bundeswehr für einen Aktivposten auf seiten der Bildungseinrichtungen hält.

Velbert (Nrdrh.-Westf.) INGO REHTMEYER

ERST STEHLEN

(Nr. 26/1969, Kirche)

Vielen Dank, daß Sie den „Fall" des Kaplans Dr. Hebler bekanntgemacht haben. Wenn die katholische Kirche meint, auf Prediger von der Gesinnung Dr. Heblers verzichten zu können, sehe ich schwarz für ohnehin schon leere Kirchen.

Berlin HANS BISS

Da läßt ein moderner Theologe „O Jungfrau" beim Rosenkranzgebet aus und liest die eher als Pflichtübung zu verstehenden Hirtenbriefe schnell (wahrscheinlich weiß er warum), das

„Wenn in den letzten 20 Jahren andere regiert hätten..."

Die CDU stellt die Frage: „Haben Sie sich einmal überlegt, was geworden wäre, wenn in den letzten 20 Jahren andere regiert hätten?"

Ich habe mir überlegt, was anders wäre: Vielleicht wäre der Zustand unseres Bildungssystems nicht so katastrophal. Wir würden in Wissenschaft und Technik nicht so deprimierend zurückfallen. Wir hätten ein modernes Gesundheitswesen. Beispielsweise hätten wir eine Säuglingssterblichkeit, die nicht beinahe so hoch wie in Ägypten liegt, sondern so niedrig wie in Schweden.

Wir hätten eine Altersversorgung, in der sich die Alten geborgen fühlen und weniger die Geschäftemacher. Wir hätten eine Gesellschaftsstruktur, mit der wir uns alle identifizieren können, in der wir gerne Bürger sind – sei es in der Bundeswehr oder in der Universität.

Unser Staat würde nicht durch Menschen repräsentiert, deren intellektuelle und moralische Ausstattung so unzureichend ist.

Kurzum: Mir scheint, es könnte und müßte einiges ganz anders sein, als uns die CDU-Herrschaft beschert hat.

Der vielgepriesene Wohlstand – an dem wir alle fleißig mitgearbeitet haben – erinnert mich an den alten Gärtnerspruch: Kalk macht reiche Väter und arme Söhne.

Wenn wir unseren Kindern und Enkeln mehr als einen Sack voll Geld hinterlassen wollen, dann müssen wir wohl andere Wege gehen, als die CDU in den letzten 20 Jahren gegangen ist. Wir müssen weit vorausschauend die Gefahren und Chancen der Zukunft erkennen, sorgfältig planen im Bildungs- und Gesundheitswesen, in der Altersversorgung und all diesen Gemeinschaftsaufgaben, deren Lösung bisher versäumt wurde.

Weil ich nicht glaube, daß die Leute, welche jahrzehntelang diese Aufgaben versäumt haben, diese nunmehr lösen werden, bin ich für eine politische Wachablösung. Ich wähle SPD.

K. Steinbuch

SPD

Die beste Zukunft, die Sie wählen können.

Dr. Ing. Karl Steinbuch
Professor an der Universität Karlsruhe, Verfasser mehrerer Bücher, z. B. „Falsch programmiert", „Die informierte Gesellschaft" und „Automat und Mensch."

reicht schon, um ihn strafzuentlassen zu Strafentlassenen.

Berlin — Otto Unger

Im SPIEGEL bringen Sie einige Äußerungen über Kaplan Dr. Hebler. Dabei zitieren Sie ohne Rücksicht auf den Kontext das „Dekret über Dienst und Leben der Priester", und zwar in einer Weise, die für jeden Geistlichen mehr als peinlich wirkt und beim Leser den Eindruck erweckt, als dürfe unsereiner keine eigene Überzeugung haben oder äußern. Ich bitte Sie um der Sachlichkeit und Gerechtigkeit willen, das genannte, jedoch verzerrend-verkürzte Zitat ganz wiederzugeben. Durch den von Ihnen gesetzten Punkt wird eine völlig entstellende Sinnveränderung vorgenommen. Wörtlich heißt es: „Die Priester schulden also allen, Anteil zu geben an der Wahrheit des Evangeliums, deren sie sich im Herrn erfreuen. Niemals sollen sie ihre eigenen Gedanken vortragen, sondern immer Gottes Wort lehren und alle eindringlich zur Umkehr und zur Heiligung bewegen ..." Der Kontext spricht also von der Verkündigung, und für jeden Leser ist deutlich, was mit dem von Ihnen gebrachten Teilzitat gemeint ist: Der Glaube ruht nicht auf beliebigen Ideen oder auf irgendwelchen Meinungen einzelner — und wären sie auch noch so gescheit! Fundament und Inhalt der kirchlichen Verkündigung ist vielmehr das Wort Gottes.

Stuttgart — Dr. Georg Moser
Bischöfliches Ordinariat Rottenburg

Will denn der Kardinal Bengsch, daß alle Leute, die Kaplan Dr. Hebler hören wollen, erst mal was klauen, um in diesen Genuß zu kommen?

Düsseldorf — Fred Singer

Das ist doch nicht neu, daß es führende Geistliche gibt, die durch diktatorische Maßnahmen versuchen, den wachen und mündigen Teil des Priesternachwuchses mundtot zu machen!


Hebler

Da wird auch für den Glaubenden „Das Wort zum Sonntag" lächerlich, wenn zum Montag die Bischöfe unsere fortschrittlich und frei denkenden Seelsorger in die Zwangsjacke stecken!

Köln — Will Käg

SONNTAGSGRUSS

(Nr. 27/1969, Hohlspiegel)

Die im Hohlspiegel abgebildete Anzeige aus dem saarländischen „Sonntagsgruß" entspricht nicht den Tatsachen. Wir schicken Ihnen den betreffenden Sonntagsgruß mit der ganzen Anzeige. Die Anzeige ist klar verfaßt und läßt nur bei Auszug diese Zweideutigkeit aufkommen.





Strahlende Braut

Saarbrücken — Gesch. Hoffmann
Spezial-Modehaus

SEX-SORGEN

(Nr. 26/1969, Köhler-Kolumne)

Eigentlich ein deprimierendes Geschäft, das Sie da jede Woche betreiben müssen: üble Nachrede als Journalismus. Sie haben mein uneingeschränktes Mitleid. Nur mit den Recherchen hapert es leider bei der Köhler-Kolumne. Das sollte einem pingeligen Presse-Polizisten, dem es an der Zungenfertigkeit Goebbelsscher Dialektik nicht gebricht, nach so langer Übung nicht passieren. Ein Telephonanruf bei Verleger John Jahr hätte Sie überzeugt, daß ich niemals eine Millionen-Auflage bis Jahresende 1968 versprochen habe*. Das wäre vermessen gewesen. Denn Constanze wurde erst am 1. Oktober 1968 inhaltlich umgestellt. Vielleicht sorgen Sie sich einmal — nützlicherweise — ein wenig mehr um die SPIEGEL-Auflage. Ein Telephonanruf bei mir hätte Sie über-

* John Jahr laut Schweitzer-Dienst vom 13. 11. 1968: „Wenn Herr Struwe optimistisch wie er ist, schon bis Ende dieses Jahres eine Million Auflage (für ‚Constanze') vorausgesagt hat, dann möchte ich etwas vorsichtiger sein."



RACKE
rauchzart
WHISKY-SODA
14 VOL. %

Das Alte gilt nicht mehr.
Auf zu neuen Ufern. Die Jungen und
Junggebliebenen erobern die
Welt von morgen. Offen und unkonventionell.
Überall in der Welt genießen sie das
Getränk unserer Zeit: guten Whisky-Soda.
In seiner aktuellsten Form heißt er »rauchzart mit«.
Kontrollierter Genuß — harmonischer Drink.
Von Könnern trinkfertig gemixt.
»rauchzart mit« — schmeckt uns allen!

zwei große
»Racke rauchzart«
mit prickelndem
Soda

DM 1.75 empf. Preis

rauchzart **mit**

Whisky-Soda in der aktuellsten Form

zeugt, daß Oswalt Kolle von Constanze niemals „verlockende Angebote" erhalten hat.

Übrigens: Da Sie schon einen 1,78-Meter-Journalisten ehrfürchtig als Riesen einstufen, wird der SPIEGEL wohl doch — wie häufig behauptet — von Zwergen gemacht. Mehr hat mich bekümmert, daß gerade die erfolgreiche Serie über den Partnertausch Ihren Unwillen hervorgerufen hat. Sollten wir jemanden vergessen haben? Vielleicht läßt sich das bald gutmachen. Dennoch: Dieser Brief soll Ihre Tinte nicht trocknen lassen. Haben Sie doch schon durch inbrünstiges Herumprügeln auf dem SPIEGEL-Popanz Franz-Josef Strauß einen Mann an den Rand der Kanzlerschaft gebracht, der sonst doch gar nicht soweit wäre. Wir danken unserem SPIEGEL! Wofür sonst sollte man dem SPIEGEL, dem braven Anzeigen-Blättle, noch danken?

Ihre so glühende Anteilnahme an allen Sexberichten — sind Sie auch so empört über die freizügigen Bilder unter den SPIEGEL-Personalien? — wird Sie sicher über die Themennot des Sommers hinwegbringen. Falls Sie dabei auf das von Ihnen so häufig erwähnte Frauen-Magazin zurückgreifen und uns zwei Spalten kostenlose Werbung einräumen möchten: Könnten Sie mich nicht jede Woche ein bißchen diffamieren? Vergelt's Gott! Siehe Strauß.

Hamburg EWALD STRUWE *

IN HEIDELBERG

(Nr. 26/1969, Gemeinden)

Wie kann der SPIEGEL ein Photo zu dem hannoverschen Straßenbahn-Boykott bringen, das eine Heidelberger Straßenbahn zeigt? Bei uns gibt es weder eine Linie 2 noch einen Vorort Handschuhsheim. Als kommunalpatriotische Einwohnerin Hannovers muß ich das anprangern. Übrigens entdeckte ich dasselbe Photo heute in der „Zeit" vom 27. Juni mit dpa gezeichnet.

Hannover MAREN WALLMANN

Es ist ein Wagen der Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG. Vermutlich wurde das Bild am Bismarckplatz in Heidelberg aufgenommen. Die Linie 2 in Heidelberg fährt normalerweise mit Großraumwagen. Daß ein solch alter Wagen, wie auf dem Bild gezeigt, eingesetzt wurde, zeigt, daß die Blockierung erwartet wurde, da diese

* Chef-Redakteur der „Constanze".



Alt-Heidelberger Straßenbahn

alten Wagen leichter zu manöverieren sind als die Großraumwagen, die zum Teil nur schwierig rückwärts fahren können.

Wiesloch (Bad.-Württ.)

HANNS PETER KRICHBAUM

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen.

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Verantwortlicher Redakteur für Bonn, Titelgeschichte: Dr. Alexander von Hoffmann; für Wirtschaftspolitik, Schiller, Manager, Beamte: Leo Brawand; für Berlin, Krankenhäuser, Parteien, Rundfunk: Hans Joachim Schöps; für Rüstung: Hagen Graf Lambsdorff; für Kriegsverbrechen, Sprache: Jürgen Pölschke; für USA, Tschechoslowakei, England, Diplomatie, Frankreich, Äthiopien, Indien, Jugoslawien: Dr. Dieter Wild; für Sowjet-Union: Fritjof Meyer; für Griechenland: Siegfried Kogelfranz; für Währung: Hellmut Hartmann; für Sport: Walter Gloede; für Serie, SPIEGEL-Gespräch: Ernst Elitz; für Musiktheater, Film, Schallplatten, Fernsehen, Theater, Kunst: Felix Schmidt; für Medizin, Erziehung: Jürgen Petermann; für Bücher, Schriftsteller: Rolf Becker; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe: Heike von der Osten; für Panorama: Ariane Barth; für Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dietrich Strasser; für Bilder: Hans-Joachim Schmoll; für SPIEGEL-Verlag/Hausmitteilung: Walter Busse (sämtlich Hamburg 11, Brandstwiete 19/Ost-West-Straße). Nachrichtendienste: UPI, AFP, Newsweek, New York Times

Dokumentation: Jürgen Bergeder, Armin Dirks, Dr. Renate Dunkel, Elke Eichhorn, Dr. Herbert Enger, Wolfgang Fischer, Almuth Fölsing, Dr. Iris Hamel, German Hausknecht, Hartmut Heidler, Werner Heine, Hans-Joachim Heinze, Wolfgang Henkel, Jürgen Holm, Leonore Lohse, Elke Martin, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Klaus Müller, Friedhelm von Notz, Uwe Paulsen, Dorothea Peters, Uwe Reisner, Karl-Otto du Roveray, Hedwig Sander, Karl-Heinz Schaper, Werner Siegert, Robert Spiering, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Alfred Wüste; Leitung: Heinz Klatte. Stellvertreter: Walther von Schultzendorff. Bildbeschaffung: Frank Böhm, Helmut Wolff, Ingrid Ziegler

Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 27a vom 1. Juli 1968 • Verantwortlich für Anzeigen: Alfred E. Wissmann, Hamburg 11, Brandstwiete 19/Ost-West-Straße • Druck: Druckhaus Ahrensburg, Ahrensburg bei Hamburg und Darmstadt

Verlagsgeschäftsstellen: 1 Berlin 30, Kurfürstenstraße 72/74, Tel. (0311) 13851, Telex 183 867 • 4 Düsseldorf, Immermannstraße 15, Tel. (0211) 36 05 53, Telex 8 582 737 • 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. (0611) 72 28 90, Telex 413 009 • 8 München 8, Maria-Theresia-Straße 11, Tel. (0811) 44 44 56, Telex 524 601 • 7 Stuttgart, Kriegsbergstraße 11, Tel. (0711) 29 58 65/66, Telex 722 673

Rudolf Augstein: Wahlen (V)

KIESINGER

Die Wahl fällt im allgemeinen auf diejenigen, die den Neigungen schmeicheln und dem Volk entgegenkommen.

Alexis de Tocqueville

Wenn es richtig wäre, was etliche Grasabhorcher uns versichern, daß nämlich die Regierungen in Ost und West keine anderen Sorgen und Bezugspunkte mehr kennen, als sich an der Macht zu halten, so kämen wir nicht umhin, Kurt Georg Kiesinger für einen idealen Bundeskanzler zu halten. Das leistet er nämlich: Er stellt den Part des Kanzlers vor den Augen einer überwiegend unpolitischen Zuschauerschaft so routiniert dar, „verkörpert" die Figur des Kanzlers so „echt", daß er im Herbst für die CDU ein oder zwei Prozent mehr Stimmen herausholen dürfte, als irgendein anderer sichtbarer Bewerber dieser Partei ergattern könnte.

Er ist geworden, zur Freude seiner gesamten Partei geworden, was früher nur von seinen Feinden per Invektive befürchtet worden war: der beste aller möglichen Kanzler-Darsteller. Da er keine machtvolle Opposition zu fürchten braucht, er als Kanzler einer Großen Koalition nicht, da die Führer der SPD ihn sogar gegen Kritik noch abschirmen, wird er seine runden 45 Prozent, und sei es mit Hilfe der Alten und der Frauen, wohl einfahren (Motto: „Ich hab' Ehrfurcht vor schneeweißen Haaren, sie verschönern der Mutter Gesicht").

Den Kanzler nicht anzugreifen, den König nicht zu köpfen, ist beste deutsche Tradition. Volksbeschauer versichern uns auch, es wäre ein Fehler, einen im Publikum etablierten Kanzler anzugreifen. Tatsächlich, wenn man bis zum Wahltag unter ihm regiert und nach dem Wahltag wieder unter ihm regieren will, wäre es wohl ein Fehler. Die Leute würden ein Scheingefecht wittern, da sie zwar überwiegend unpolitisch, aber doch nicht allesamt dumm sind. Die Sache ist hübsch ausgedacht, auch wenn niemand sie sich ausgedacht hat. So etwas denkt und dichtet sich in Deutschland von selbst.

Zwar, die kleine Oppositionspartei FDP wird den Kanzler rupfen, wie sie das schon auf ihrem Parteitag in Nürnberg unternommen hat („Ein Mann vieler großer, leerer Worte", Fraktionsvorsitzender Mischnick). Aber die FDP hat keinen Kanzler anzubieten und kann keinen stellen, es wird auch nicht an den FDP-Oberen liegen, wenn die Partei nicht unter Kiesinger in die Regierung geht.

Vorsorglich hat Walter Scheel uns schon wissen lassen, daß er niemals mehr „die Personalpolitik anderer Parteien machen" will. Das ist logisch. Wenn die FDP mit der CDU Koalition machen will, muß sie den Vorsitzenden der CDU schlucken; nur 1966, als es um eine Koalition mit der SPD ging, kam sie auf die gloriose Idee, den Vorsitzenden der SPD gegen Georg-August Zinn als Kanzler austauschen zu wollen.

Die Kritik der FDP wird Kiesinger als unbeachtlich zur Seite schieben, da sie keinen Gegen-Kanzler anzubieten hat. Die Kritik der SPD aber muß er nicht sehr fürchten, erst recht nicht die Kritik seitens der SPD-Wählerinitiative an seiner Vergangenheit. Denn diese Partei will ja notfalls weiter unter seiner Stabs-Wedelei Musik machen.

So kommt es denn, daß der laut Grundgesetz mächtigste Politiker, der sich um eine Verlängerung seines



Mandats bewirbt, des hauptsächlich interessierenden Streitpunkts überhoben bleibt, ob er denn überhaupt zum Kanzler geeignet, ob er nicht vielmehr, aufgrund der gezeigten Leistung, erwiesenermaßen unfähig sei. Man muß die Schäkerei zwischen ihm und Helmut Schmidt wegen seiner „Schule der Nation"-Rede im Fernsehen mit angesehen haben, um zu begreifen, welch vernichtendes Spiel hier mit dem parlamentarischen System getrieben wird. Aber Fernsehen, das gibt's ja.

Der Ausverkauf, den das System mit sich selbst treibt, ist auch nicht neu. Seit 1959, seit Adenauers Präsidenten-Purzelbaum und seit dem Godesberger Parteitag der SPD, sind nur noch CDU-Kanzler zur Wahl gestellt worden, von denen die eigene Partei wie die SPD wußten, daß sie dem Amt nicht oder nicht mehr gewachsen seien, die aber gleichwohl wenig Kritik zu fürchten hatten, weil die SPD, anstatt auf eine Alternative hinzuarbeiten, Junior-Partner der Namens-Christen werden oder, wie jetzt, bleiben wollte (wer die SPD verstehen und verteidigen will, kann dem System gleichwohl nicht den Spruch der parlamentarischen Oberrechenkammer ersparen, daß es sich selbst aus den Angeln gehoben hat).

Kiesinger ist unfähig, rundum und erwiesenermaßen unfähig, Kanzler zu sein: Auf diesen Satz wird man von seiten der SPD wie auch der FDP (und hoffentlich auch der NPD) vergebens warten. Und doch ist es die gar nicht mehr zweifelhafte, die allen unvoreingenommenen Beobachtern bekannte Wahrheit. Aber der Skandal ist nicht so sehr, daß 1969, wie schon 1965, wie auch 1961, ein unfähiger Kanzler in Wahlen bestätigt werden könnte; das muß vorkommen dürfen, wenn auch nicht mit solcher Regelmäßigkeit. Nein, skandalös ist und nach Änderung schreit das Fehlen jeder Kritik, die, anstatt um Prozente zu feilschen und am Tag nach der Wahl weiterzupakkeln, das Faktum der Kanzler-Nichteignung öffentlich macht.

Daß der SDS den Spaß an der Parlamentsherrschaft verloren hat, mag von den landeseigentümlichen Entwicklungen halbwegs unabhängig und Teil weltweiter Strömungen sein. Aber daß ihm so viele begabte Leute Sukkurs geben, daß wir es heute an unseren Hochschulen, wie Heinz Kühn meint, mit „einer militanten Minderheit und einer radikalisierten Mehrheit" zu tun haben, liegt gewiß auch an der moralischen (Strauß, Gerstenmaier, Lübke) und sachlichen Inkompetenz (Adenauer, Erhard, Kiesinger) des vergangenen christlichen Jahrzehnts.

Der jetzige Bundeskanzler kann für sich geltend machen, daß seine Koalition, die „Große", annehmbare Arbeit geleistet hat — annehmbar, wenn es eine normale, wenn es nicht gerade die Große, die Ausnahme-, die Not-Koalition gewesen wäre, das letzte Aufgebot, hinter dem ersichtlich keine Reserven mehr zur Verfügung stehen. Aber er kann nicht für sich buchen, daß die Koalition bis zum letzten Tag der Legislatur beisammenbleiben wird.

Das liegt nämlich nicht, oder doch zum allerwenigsten, an seinen Beschwichtigungskünsten, auch nicht an seinen Talenten eines Fuhrmannes mit der sanften Hand, sondern in der Natur der Sache, die mehr von Barzel und Helmut Schmidt repräsentiert wird als vom Richtlinien-Kanzler. Beide Gruppen konnten sich den Bruch nicht leisten, die SPD glaubte, ihn noch ein Stückchen schlechter verdauen zu können. Kanzler Kiesinger hat um den Fortbestand seiner Großen Koalition das Verdienst, daß er nicht gestorben ist, so viel ist richtig.

Er hat nicht getrieben, wo er hätte treiben, hat gebremst, wo er nicht hätte bremsen sollen, hat den Sprung verweigert, wo nur diese Große Koalition die Hürde nehmen konnte. Er hat, um das Beste zu sagen, den Ereignissen präsidiert. Wo Courage nötig gewesen wäre, ist er durchweg mit starken Worten und großen Gesten zurückgewichen. Die alten Lügen, 1966 schon fast schwindsüchtig, bekamen unter ihm wieder lange Beine.

Als der Autor des 1963 geschriebenen, 1967 vom Bundespresseamt verteilten Traktats „Schwäbische Kindheit" 1966 Kanzler wurde, konnte man immerhin wissen, daß man sich einen Feuilletonisten eingehandelt hatte, und zwar einen, der sein Brot in einer renommierten Zeitung schwerlich hätte verdienen können („Meine Mutter, ein fröhliches und begabtes Bauernkind, starb schon mit 26 Jahren, ein halbes Jahr nach meiner Geburt").

Da liest man von hurtigem Hufgeklapper, vom klaren munteren Bach, da waltet die Tante als Hausfrau, der Mühlbach rauscht aus nie versiegender Quelle, das Madonnenbild wacht in einer Mauernische, durch ein winziges Fenster lugt die heimelig-unheimliche einsame Nacht; der Frühlingstag ist lerchenüberschwirrt, Gottes Flur grün, der Buchenwald licht, der Sternenhimmel klar, die Erde fest gegründet; Wilhelm Hauff führt weit zurück ins Märchenland, die Petroleumlampe wirft einen gelbroten Schein über den Familientisch, und im Unscheinbaren ist das Große am sichersten geborgen.

Der sich selbst noch 1967 in einer „Sonderausgabe für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung" als einen „struppigen, kleinen Lausbub" in Erinnerung rief: Als „homme de lettres" war er nach Bonn zurückgekehrt, als ein Mann, der sich ungescheut für einen „Humanisten" hielt. Und was immer er zu den wahrhaft explosiven, was er auch zu den alle Staatlichkeit wahrhaft in die Luft sprengenden Geschehnissen zu sagen wußte, zur Existenz-Verlegenheit der Bundeswehr, zur Lahmlegung der Universitäten (Biafra und Vietnam nicht zu erwähnen), war Feuilleton à la „Schwäbische Kindheit", seit Beginn des Wahlkampfes mit dummschlauer Demagogie versetzt.

Nach drei Jahren Kanzlerschaft weiß man, welchen Eigenschaften der Kanzler seine Statur verdankt. Was nicht strittig, was hinlänglich breitgetreten war, verstand er vor allem Fernseh-Volk auszudrücken wie kein zweiter, als sein eigener Gemeinplatz. Aber wo strittiges Gelände oder gar Niemandsland betreten werden mußte, saß er entweder im anderen Zimmer oder flüchtete in onkelhaften Feuilletonismus. Als Schönredner und schöner Redner steht er nach wie vor seinen Kanzler, aber auf der Visitenkarte dieses Gemeinwesens wird die denkende Jugend, während er amtiert, nur das Wort „Inkompetenz" lesen.

Daß seine entschiedenste Entscheidung stets nur darin bestehen würde, nicht zu entscheiden, hat sich bis in die Reihen der Gaukler und Spaßmacher herumgesprochen. Aber daß er selbst die Entscheidung, nicht zu entscheiden, der Entschiedenheit gleichsetzt, ist weniger bekannt. In der Diskussion diskutiert er nicht, sondern mimt einen Diskussionsredner. Es gibt, seit seiner Regierungserklärung, keine kluge *und* entschiedene Äußerung des Kanzlers Kurt Georg Kiesinger zu irgendeiner Frage von Belang.

Wo er entschieden sprach, sprach er durchweg unklug und oberflächlich („Bürgerkriegssituation", „keine Aufwertung, solange ich Kanzler dieser Regierung bin", „kein Jota" Abstrich von seinem „Schule der Nation"-Erguß); wo er klug sein wollte, flüchtete er sich in die Unentschiedenheit (EWG-Beitritt Englands, NPD-Verbot, Verjährung, Sperrvertrag).

Im Gegensatz sogar zu Ludwig Erhard, der seine Person sehr wohl beim Metallarbeiterstreik in die Waage geworfen hat, könnte auch ein Spurensucher keinen Fall nennen, wo Kiesinger sich für irgendeine Sache oder auch einen Menschen engagiert hätte. Das Wahlrecht, die wichtigste Nicht-Entscheidung seiner Regierung, hat er wie eine Dutzendsache per Pflichtpensum erledigt, respektive ausgeklammert (er muß wohl immer so gewesen sein, sonst brächte er es nicht fertig, selber zu glauben, was er sagt, daß er nämlich „in der NSDAP Widerstand geleistet", „Widerstand geleistet und Kopf und Kragen riskiert" habe; daß er, so die von der Deutschen Botschaft in Tokio verteilten „Landmarks in the life of Kurt Georg Kiesinger", „nach dem Scheitern des Aufstands vom 20. Juli jede Anstrengung unternommen habe, um den Widerstand auf neuer Basis zu reorganisieren", oh, Beate, hilf!).

Über Kiesingers Regierungszeit könnte als Motto stehen, was er im Bulletin der Bundesregierung, noch vor Beginn seiner demagogischen Periode, über die Studenten-Unruhen von sich gegeben hat: „Wir werden all das mit kühlem Kopf, aber mit der Leidenschaft des Herzens, die nötig ist, wenn es um große Dinge geht, im Auge behalten." Wird ihm nicht selber blümerant, sobald er im „Bulletin" oder einer Zeitung liest, was er gesagt haben soll und auch wirklich gesagt hat? An der Harmlosigkeit Kiesingers sei nicht zu zweifeln, meinte denn auch die „FAZ", als sie sein Onkel- und Stammtischgerede vor dem Bundeswehrverband („mehr unbestimmt als präzise") sanft, aber bestimmt ebenso tadelte wie verteidigte. Zuweilen fällt das Beil, aber der Kopf bleibt dran.

In der Außenpolitik kann gemeldet werden, daß er Beziehungen zu Jugoslawien aufgenommen und Pompidou brüskiert hat, mehr wohl nicht. Die Innenpolitik, soweit strittig, überläßt er, wie die „Süddeutsche Zeitung" herausfand, „nahezu vollkommen untätig der Fraktion". Anders als Adenauer und selbst sein Vorgänger Erhard habe er nicht ein einziges Mal versucht, der Fraktion seinen Willen

aufzuzwingen oder ihr auch nur die Richtung zu weisen*.

What makes Kiesinger tick? Was bewegt den Kanzler Kurt Georg Kiesinger? Antwort ist möglich.

Der dritte Kanzler der Bundesrepublik Deutschland hat auf seine Weise ein Verhältnis zur Geschichte, ein, wie anders, säkularisiertes, aber doch nach berühmten deutschen Mustern.

Die Geschichte dieses schwäbischen Schöngeists und europäischen Späthumanisten hat erhebliche Fähigkeiten. „Im Laufe der Jahrhunderte", so vertraute er dem Astronauten Borman an, „wählt die Geschichte Menschen für einen besonderen Zweck aus." Sehr wählerisch verfährt sie dabei nicht. Christoph Kolumbus und Charles Lindbergh und Frank Borman, sie alle drei sind laut Kiesinger von der Geschichte für große Abenteuer ausgewählt worden.

Diese imaginäre Instanz, Geschichte geheißen, soll wohl irgendwann einmal, wenn sie des Kanzlers außer Diensten Kurt Georg Kiesinger ansichtig wird, in das Urteil so manches Soldaten über so manchen Vorgesetzten einstimmen: „Donnerwetter, das ist ein Kerl."

Mal ist es die Geschichte, mal die deutsche Geschichte, vor der Kiesinger sich verantwortlich weiß. „Was an mir liegt", hat er zu seinem 65. Geburtstag erklärt, „so bin ich entschlossen, nicht als Versager in unserer Geschichte zu erscheinen."

Da gab es nämlich einen Bundeskanzler, der, noch bevor er es wurde, „die geschichtliche Lüge" widerlegt wissen wollte, er sei zum Kanzler nicht geeignet. Er brachte es dann doch fertig, die geschichtliche Lüge (seines Vorgängers Adenauer) zu einer geschichtlichen Wahrheit zu machen. Trotz glänzend gewonnener Wahlen, und als Wirtschaftsmann nicht gerade ohne Kenntnisse, brachte er es dennoch fertig, die Staatsfinanzen innerhalb eines Jahres so auf den Hund zu wirtschaften, daß er blamabel abtreten mußte.

Kiesinger, der nach eigenem Zeugnis glücklich war, wenn die schwäbischen Holzfäller von ihren Wagen sprangen und die Mützen zogen, möchte dies nicht erleben: einen Wahlerfolg wie Erhard und dann, nach zwei Jahren etwa, einen erzwungenen Abgang; möchte nicht erleben, was die Parteizentralen insgeheim schon in ihr Kalkül einbeziehen, seine eigene Partei nicht ausgenommen. In die „Kontinuität der langen Geschichte des deutschen Volkes und unseres Vaterlandes", in die auch er sich „hineingestellt fühlt", möchte er als einer eingehen, der, in Wahlen bestätigt, eine volle Legislatur zumindest durchgestanden hat, um allen geschichtlichen Lügen die kurzen Beine eines Dackels zu verpassen. Mit nahezu siebenzig Jahren, nach sieben Jahren Kanzlerschaft, könnte er dann seinem Nachfolger Platz machen, einem CDU-Mann, und nicht dem Franz Josef Strauß.

Denn da ist ja noch ein anderer christlicher Parteivorsitzender, der den amtierenden Kanzler für schwächlich und entschlußlos und für einen Versager erklärt hat, der ihm das Leben schwermacht und zu dem es, nach dem Urteil der „Süddeutschen Zeitung", für Kiesinger „fast nur noch Gräben und kaum noch Brücken gibt". Zwar kann Kiesinger dem Minister Strauß Vorschriften machen, aber, wie er selbst sagt, doch nicht dem Parteivorsitzenden. Andererseits ist es kein Zufall, daß er von seiner Kompetenz, verbindliche Richtlinien zu geben, nur ein einziges Mal Gebrauch gemacht hat, in Sachen Aufwertung gegen die Vernunft und für Strauß. Die CDU rechnet ihm diesen Entschluß, der auf der Linie der geringstmöglichen Schwierigkeiten lag, als ein Stück Führungsqualität an, und so der Kanzler.



Süddeutsche Zeitung

Die interpretierte Rede

Nach seiner Regierungserklärung hatte er seine Befähigung, zwischen zwei gegensätzlichen Wirtschafts-Rezepten zu entscheiden, schon richtig dargestellt, und zwar in dem angeblichen Streit zwischen angeblichen „Stabilitätsdogmatikern" und angeblichen „Expansionsdogmatikern": „Lassen Sie mich für mich und meine Position Goethe zitieren: Prophete rechts, Prophete links, das Weltkind in der Mitten" (Beifall bei CDU/CSU und der SPD).

Zwar glaubt dies Weltkind nicht, daß der Prophete Strauß sein Nachfolger werden kann, aber er will vor allem Volk beweisen, daß er nicht der schwächliche und entschlußlose Mann ist, als der er von Strauß dargestellt wird. Nicht im Regierungsgeschäft, sonderbarerweise, will Kiesinger den Nachweis erbringen, sondern im Wahlkampf. Alle Kritik muß verstummen, so glaubt er wie seinerzeit Erhard, wenn erst die Wahlen gewonnen sind.

Er will außerhalb Bayerns mindestens so abschneiden wie Strauß in Bayern. Er will ihm in den Wahlen den Rang ablaufen, nicht indem er auf die SPD-Führer eindrischt, wie es Erhard getan hat, sondern indem er sich nach rechts in die Kurve wirft — wie Strauß. Darum sagte er in Japan: „Alle, die in diesem Geschäft etwas Bleibendes, etwas Großes zustande gebracht haben, sind nicht drumherumgekommen zu kämpfen" (unter dem Großen und Bleibenden tut er es nicht).

Wenn er die radikalen Studenten „heulende Derwische" nennt (vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie) — Kiesinger kämpft.

Wenn er die Beziehungen zu Kambodscha auf Null bringt, den „Bürger in Uniform" und die „Innere Führung" in die Klischee-Kammer kehrt — Kiesinger kämpft.

Wenn er die „einseitige Berieselung" seitens der Schriftsteller und Dichter beklagt, wenn er das, was „diese Herren" schreiben, als „in Widerspruch zum Grundlebensgefühl der breiten Schichten unserer Bevölkerung" stehend definiert — dann kämpft Kurt Georg Kiesinger. Auch Teile der SPD, sagt er, stehen im Widerspruch zu „uns", zu diesem Grundlebensgefühl des ganzen Volkes. Man kann Tocqueville kennen und doch nichts von ihm begriffen haben.

Kampf nennt er es wohl, wenn er onkelhaft Stammtisch-Mief verbreitet, wenn er die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie verdammt, weil nicht der bundesrepublikanische 60-Millionen-Teil, sondern nur das ganze Volk diese vollzogene Tatsache anerkennen könne: So kämpft Kiesinger, der doch 1955 das Saargebiet samt seiner Bevölkerung ohne Ermächtigung seitens des ganzen Volkes schon abgetrennt hatte.

Was in den nächsten vier Jahren geschehen wird und soll — Kiesinger bekämpft es. Er ist ein starker, kein schwacher Kanzler, im Wahlkampf kann er es, Donnerwetter, beweisen.

Da fällt denn der Vergleich mit Kiesingers einzigem Konkurrenten Willy Brandt, einem auch nicht gerade bi-

* Man weiß bis heute nicht genau, ob er nicht doch seine Richtlinien-Kompetenz ausgeschöpft hat, indem er seinen Pressesprecher Conrad Ahlers sagen ließ, es entspreche der Natur des Kanzlers ganz gewaltig, ein wandelnder Vermittlungsausschuß zu sein.

zepsbeladenen Kanzler-Prätendenten, nicht zugunsten Kiesingers aus. Aber Brandt, der sein Süppchen nicht auf dem Kehrichthaufen der Vergangenheit kocht, der nicht von unloyalen Mitvorsitzenden eingeschüchtert und verbogen wird, hat sich, vielleicht nicht ungern, selbst der Möglichkeit begeben, allen Wählern zu sagen: „Diesen nicht!“ Er beschwichtigte noch Kiesingers Pompidou-Entgleisung, ja sogar den „Schule der Nation“-Qualm, bittet höflich, Kiesinger möge das „zurechtrücken“.

Ja, harmlos ist Kanzler Kiesinger, aber nicht im Wahlkampf. Im Wahlkampf legt er sich selbst die Richtlinien-Fesseln an, mittels derer ihn sein robuster christlicher Schwester-Vorsitzender, gestützt auf die langsamste gesellschaftliche Formation Deutschlands, nach der Wahl zwicken und fertigmachen kann. „Die Uhren in der CSU“, sagte der CSU-Prinz und Bundestagsabgeordnete Konstantin von Bayern vor kurzem öffentlich, „gehen langsamer als die anderer Organisationen.“ So steht Richtlinien-Kompetenz in den Augen der jungen Intelligenz für Richtlinien-Inkompetenz. Laufen soll alles, wie es eben läuft; nur, damit die CDU weiterregieren kann, muß man, was zu tun ist, verzögern und verspäten.

Im Wahlkampf zeigt Kiesinger „einen geradezu phantastischen Opportunismus“, so die „Süddeutsche Zeitung“. Im Wahlkampf erprobt er getreu den Vorbildern Adenauer und Erhard die Wahrheit des Spruchs von Karl Steinbuch („Falsch programmiert“): „Die Intelligenz ist in unserem Land in der Situation eines intellektuellen Rekruten unter der Fuchtel eines dummen Korporals.“ Geistige Primitivität habe unbegrenzte Chancen, wenn sie nur mit den bestehenden unzeitgemäßen politischen Strukturen kooperiere, und das tut sie ja nun hier seit zwanzig Jahren.

Adenauer kam noch ungeschoren davon, Erhard schon nicht mehr, und auch Kiesinger wird nicht davonkommen, der ernstlich glaubt, er habe das Geschäft des Kanzlers unter den gegebenen Umständen so gut besorgt, wie irgend jemand sonst es gemacht haben könnte, und vielleicht besser.

Kurt Georg Kiesinger hat sich stetig bitterer über seine Kritiker ausgelassen, öffentlich und privat. Am meisten schmerzt ihn, daß „einem die Redlichkeit bestritten wird“, „die ehrliche Absicht, zum Besten dieses Volkes zu handeln“. Diese Redlichkeit konnte man vielen Vorgängern, etwa Bethmann Hollweg, etwa Ludwig Erhard, aber auch vielen anderen nicht bestreiten.

Wir bestreiten Kanzler Kiesinger nicht die Redlichkeit, nicht die ehrliche Absicht, den guten Vorsatz. Wir behaupten nur, was die Parteien allesamt nicht sagen dürfen, obschon alle führenden Parteileute es denken: Daß er als Kanzler der falsche Mann ist, nicht weil er nicht will, sondern weil er nicht kann.

VIER TERMINE. Der deutsche Bundeskanzler mußte bei seiner morgendlichen Zeitungslektüre feststellen, daß Amerikas Präsident für ihn wiederum keine Zeit hat. Richard Nixon, so las Kurt Georg Kiesinger am vorletzten Sonntag, sei am 2. und 3. August im kommunistischen Rumänien. Der Kanzler schloß scharf, daß ihn Nixon unmöglich wie vorgesehen am darauffolgenden Tag im Weißen Haus begrüßen könne. Den Amerikanern wurde die Brüskierung Bonns erst klar, als der deutsche Botschafter in Washington, Rolf Pauls, nach einer Blitzkonsultation mit der Bonner Zentrale, der US-Regierung gegenüber deutlich werden ließ, daß eine dreimalige Verschiebung des Kanzlerbesuchs bei US-Präsident Nixon jetzt reiche. Weil am 21. Juli der erste Mensch auf dem Mond stehen soll, wurde Kiesingers erster Termin in Washington vom 22./23. auf den 23./24. Juli verlegt. Weil Nixon die ersten Rückkehrer vom Mond am 24. Juli in Hawaii begrüßen will, wurde der Kanzler zum zweitenmal aus- und für den 4./5. August wieder eingeladen. Nach Pauls Vorstoß kabelte Washington sofort den neuen Termin: 7./8. August. Außerdem entschuldigte sich das State Department mit der Begründung, die Entscheidung über den Bukarest-Besuch sei in Nixons engstem Beraterkreis gefallen. Bonner Politiker witzelten daraufhin: Spricht das nun für die Berater oder für deren Vergeßlichkeit?

REIFES VOLK. Zwölf Wochen vor der Wahl versuchte die CDU das Alten-Reservoir noch besser auszuschöpfen als vor vier Jahren — damals wählten 50,7 Prozent der über 60jährigen Bürger CDU oder CSU. Am letzten Freitag präsentierten die Partei-Christen einen „Alten-Plan", der außer Geld und gutem Rat selbst „fahrbare Mittagstische" verspricht. Springers „Bild" konnte „als erste deutsche Zeitung Einzelheiten bringen" („Bild") und wußte bereits am Donnerstag, was Großvater Kiesinger, 65, am Freitag 150 Altersheimbewohnern im CDU-Fraktionssaal sagen werde: „Die Achtung, die dem Alter zuteil wird, kennzeichnet die Reife eines Volkes und die Würde seiner Kultur." „Bild"-Chefredakteur Peter Boenisch, nach eigener Bekundung „noch nicht Opa", verfaßte selbst ein Loblied auf die Alten und den Kanzler: „Selten hatte Kiesinger so recht wie jetzt." Beamte im Kanzleramt spöttelten über Boenisch: Wilhelmine-Lübke-Preis-verdächtig. Diesen Preis für publizistische Verdienste um alte Menschen hat das von Heinrich Lübke ins Leben gerufene Kuratorium Deutsche Altershilfe am letzten Mittwoch ausgeschrieben.

KEIN SINN. Im Bonner AA stand ein heikles Problem an: Wie dem Israel-Botschafter Asher Ben Natan auf dem diplomatischsten aller diplomatischen Wege klarmachen, daß gegenüber Studenten Schweigen besser wäre. Nachdem der Botschafter in den Universitäten Frankfurt und Hamburg von linken Studenten niedergeschrien wurde, sorgte sich das AA um das deutsche Image in der Welt: Die Tumulte (die Tel Aviver Zeitung „Jedioth Achronoth": „Im Geiste Streichers") belasten nicht nur die deutsch-israelischen Beziehungen; sie werden auch in anderen Ländern als Zeichen für einen starken Neo-Faschismus in der Bundesrepublik gewertet. Deshalb versuchte Ministerialdirektor Paul Frank, Leiter der politischen Abteilung I im AA, dem Israeli weitere Auftritte in deutschen Universitäten mit dem Argument auszureden, Ben Natan möge doch an seine Sicherheit denken. Der Botschafter ließ den AA-Mann diplomatisch verklausuliert abblitzen und trat am letzten Mittwoch vor Nürnberger Studenten: Sein Vortrag wurde durch Protest-Parolen um eine Stunde verzögert. Daraufhin bekannte der Botschafter der „Stuttgarter Zeitung", seine Reden hätten „keinen Sinn mehr", wenn „Krawall" zu erwarten sei. Am letzten Freitag, dem Erscheinungstag des Interviews, rief Bundespräsident Heinemann den Botschafter an und sprach ihm sein Bedauern über die Störungen aus.

„VOR DER WAHL WARNEN"

Der Bund der Vertriebenen, der jährlich 310 000 Mark von der Bundesregierung erhält, will durch Agitation und politische Programmierung seiner 2,4 Millionen Mitglieder für eine rechte Zusammensetzung des Sechsten Deutschen Bundestages sorgen. Er konstituierte einen „Ausschuß für die Bundestagswahl 1969", der den Landes- und Kreisverbänden des Bundes „mit heimatverbundenen Grüßen" und der Bitte um Vertraulichkeit ein Rundschreiben schickte, aus dem der SPIEGEL Auszüge veröffentlicht:

I.

1. Die Vertriebenen müssen alles in ihren Kräften Stehende tun, um zu verhindern, daß im nächsten Bundestag die „Anerkennungspartei" eine Mehrheit erhält ...

3. Selbstverständlich sollte sein, daß die Heimatvertriebenen, insbesondere die Mitglieder unserer Verbandsgliederungen, ihre Stimme niemand geben,

a) der für die Anerkennung des Ulbricht-Regimes als zweiten deutschen Staat eintritt,

b) der den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete empfiehlt oder den von den Sowjets in Mittel- und Ostdeutschland geschaffenen Zustand (Status quo) als endgültig hinnehmen will, oder der die Oder-Neiße-Linie als „polnische Westgrenze" respektiert und anerkennt,

c) der das „Münchner Abkommen" für nichtig oder ungerecht hält,

d) der sich nicht zum Recht auf die Heimat und zum Selbstbestimmungsrecht auch der Deutschen bekennt,

e) für den das Unrecht der Vertreibung mit dem Tode der letzten unmittelbar Betroffenen erledigt ist.

II.

Die unteren Verbandsgliederungen, insbesondere die Kreisverbände, haben folgende sofort in Angriff zu nehmende Aufgaben:

1. Die Kandidaten in ihren Wahlkreisen sind daraufhin zu überprüfen,

a) ob es Vertriebene sind, die zu unserer Sache stehen; dann ist ihre Person (nicht Partei!) zur Wahl zu empfehlen;

b) ob sie unter Ziffer I, 3 fallen; dann ist vor der Wahl ihrer Person (nicht Partei!) zu warnen ...

3. Dort, wo ein „Verzichtler" im Wahlkreis kandidiert, oder wo sich sonst Anerkennungs- und Verzichtstendenzen zeigen, ist eine Gruppe aktiver und diskussionsfähiger Leute zu bilden („Wahlkreistrupp"), der den verzichtsbereiten Wahlbewerber bei seinen Wahlreden begleitet und ihn in der Diskussion angreift. Seine Ansichten sind zu widerlegen, seine Verzichtsbereitschaft ist bloßzustellen. Wer den „Wahlkreistrupp" stellt, ist unwesentlich ...

III.

In begrenztem Umfang werden „Wahlkreistrupps" auch beim Bundesvorstand gebildet werden, die für besondere Einsätze vorgesehen sind. Für den Einsatz dieser Trupps ist Herr S. Kottwitz, Bonn, Kölnstr. 3, zuständig.

IV.

Besondere Ereignisse im Wahlkampf von überregionaler Bedeutung — zum Beispiel Äußerungen prominenter Parteisprecher zur Frage der Ostgrenzen und des Sudetenlandes — sind auch der Bundesgeschäftsstelle zu melden ...

RIGHT OR WRONG. Willy Brandt gewann durch ein Mißverständnis Sympathien. Anlaß: Auf dem SPD-Parteitag hatte er wegen des „zweistimmigen Haßgesangs“ von Franz-Josef Straußens „Bayernkurier“ und der rechtsradikalen „National-Zeitung“ vor einer „Mini-Ausgabe der Harzburger Front“ (1931: Bündnis von NSDAP, Stahlhelm und Deutschnationalen gegen das Kabinett Brüning) gewarnt. Vor dem SPD-Parteirat berichtete Brandt nun, daß er seither in Briefen aus der Bevölkerung angefeuert werde, weiter gegen die „Habsburger Front“ zu kämpfen. Zwischenruf von SPD-Vize Helmut Schmidt: „Nach der Devise: right or wrong — my Willy!“

HOHES C. Münsters „Westfälische Nachrichten“ werben für billigen Käse und Kohl, aber nicht für die SPD. Die provinzielle Verlagsleitung des Provinzblattes — katholisch, konservativ, CDU-nah und dennoch auf ein unabhängiges Image bedacht — weigerte sich zweimal, eine Anzeige der örtlichen SPD-Wählerinitiative abzudrucken. Auf 11×32 gekauften Quadratzentimetern der „Westfälischen Nachrichten“ wollten 27 Münsteraner Professoren, Dozenten, Pfarrer, Lehrer und Hausfrauen — keiner von ihnen SPD-Mitglied — in der vorletzten Woche erläutern, warum „wir diesmal SPD“ wählen. Verlagsleiter Dr. Hüffer, CDU-Mitglied, lehnte ab wegen „der Einstellung unseres Hauses“. Daß 14 Männer Gottes, unter ihnen der katholische Theologie-Professor Lengsfeld und der evangelische Theologie-Professor Wendland, ihre Namen für die SPD-Werbung hergegeben haben, „das kann ich nicht verstehen“ — so Hüffer. Als in der letzten Woche die Hausfrau Ingrid Brakelmann im Alleingang eine „diesmal SPD“-Anzeige placieren wollte, weigerte sich Hüffer, „nun B bis Z“ zu sagen, „nachdem wir nicht A gesagt haben“. Eine Folge von Hüffers Hohem-C-Schutz: Seine Verlags-Sekretärin Constanze Miriam trat der SPD-Wählerinitiative bei, um mit ihrem Namen bei der Münsterschen Konkurrenz zu inserieren.

KLENDERHOF-PARTY. Axel Springer versetzte seine Gäste. Der Verlagsherr hatte das bei der Kieler Woche anwesende Diplomatische Corps in sein Kampener Gästehaus „Klenderhof“ eingeladen. Die Gäste machten die Reise quer durch Schleswig-Holstein auf die Insel Sylt und kamen zu der Party. Doch statt des Gastgebers kam nur eine Botschaft des Gastgebers: Springer sei durch anderweitige Verpflichtungen verhindert und bitte die Gäste, sein Haus als ihr eigenes zu betrachten.




BMW - 2002

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

BONN

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Zurück zu Erhard

Fünf Wahlen zum Deutschen Bundestag gewann die CDU/CSU, weil sie den wirtschaftlichen Wohlstand als einzige zu garantieren schien. Seit Beginn der Großen Koalition jedoch ist die Union in der Wirtschaftspolitik dem Leistungswettbewerb ausgesetzt — und dabei unterlegen.

Erstmals seit 20 Jahren kann die Union dem Wähler weder einen Wirtschaftswunder-Mann wie einst Ludwig Erhard präsentieren noch ein Exklusiv-Programm wie die soziale Marktwirtschaft anbieten.

Mann und Motto gingen an die SPD verloren. Karl Schiller, der Ende 1966 — nach Erhards Schlendrian und der Staats- und Wirtschaftskrise — den letzten CDU-Wirtschaftsminister Kurt Schmücker ablöste, hat sich seither als erfolgreicher Wirtschaftslenker etabliert und Erhards angestaubte Marktwirtschaft zu einer eigenständigen aufpoliert.

Als die Christdemokraten das Wirtschaftsressort räumen mußten, grassierten in Deutschland Angst vor der Wirtschaftskrise und Sorge um den Arbeitsplatz. Mit wissenschaftlich dosierten Konjunkturspritzen, gesamtwirtschaftlicher Globalsteuerung und konzertierter Aktion demonstrierte Schiller, was moderne Wirtschaftspolitik vermag.

Er führte die Wirtschaft binnen kurzem zu

- ▷ Vollbeschäftigung: Derzeit übersteigt die Zahl der offenen Stellen die Zahl der Arbeitslosen um fast 700 000, Anfang 1967 standen trotz Kurzarbeit für nahezu 700 000 Arbeitslose nur 250 000 Stellen offen;
- ▷ Wachstum: Im vergangenen Jahr wuchs das deutsche Sozialprodukt um 8,9 Prozent, Ende 1966 wuchs es überhaupt nicht mehr;
- ▷ Preisstabilität: 1968 stiegen die Preise trotz des neuen Booms nur um 1,6 Prozent, im letzten Jahr der Regierung Erhard war die Kaufkraft der Mark um annähernd vier Prozent ausgehöhlt worden.

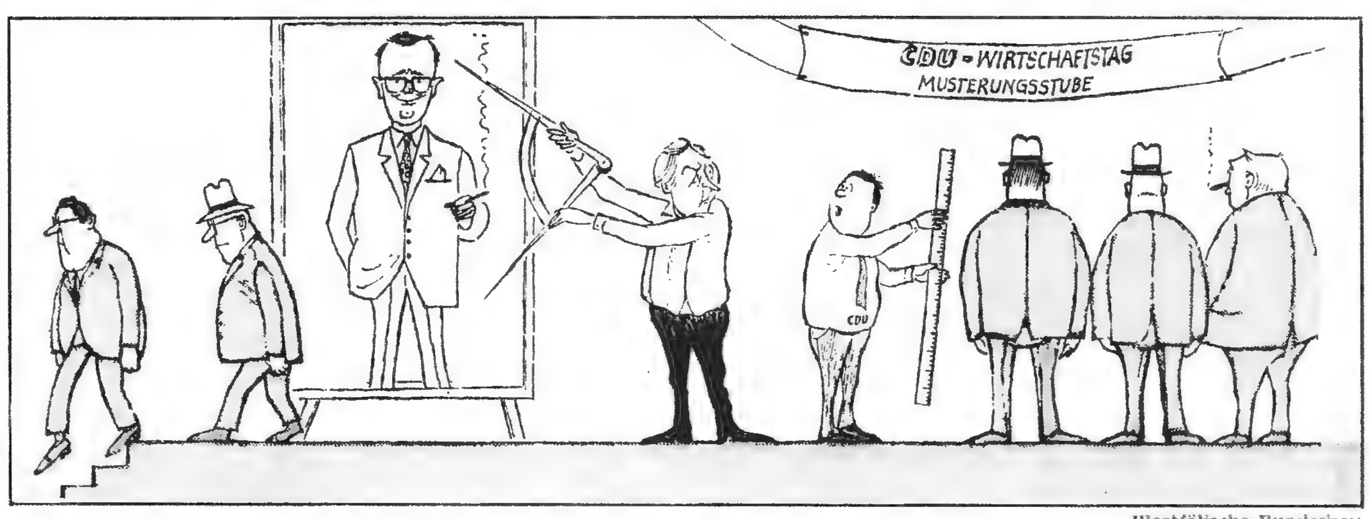
Diese „wirtschaftliche Traumkombination“ (Schiller), die freilich inzwischen durch die Nichtaufwertung der Mark gefährdet ist, wurde zur Last für die ratlosen Christdemokraten im Wahlkampf. In Ermangelung einer personellen Alternative zu Schiller, versuchen sie, wenigstens die Erinnerung an die Schmach von 1966 zu verdrängen.

Im „Rednerdienst“ der christdemokratischen Geschäftsstelle in Bonn, der Parteirednern und Funktionären zu Aufklärung und Propaganda dienen soll, werden dazu Stichworte der Selbstrechtfertigung gegeben:

„Denken wir an 1966 zurück. Durch allgemeine Überforderung des Haushalts, an der die SPD in vorderster Linie beteiligt war ... drohte ein Rückgang der Wirtschaft. Arbeitslosenzahl stieg, weiteres Wirtschaftswachstum war in Frage gestellt. SPD treibt allerdings Legendenbildung, wenn sie von ‚Katastrophe‘ spricht, an der Erhard und die CDU schuld hätten.“

Um zu beweisen, daß damals alles halb so schlimm war, halbiert der „Rednerdienst“ auch gleich die Zahl der Arbeitslosen: Anstelle der alarmierenden Höchstzahl von 674 000 Unbeschäftigten im Februar 1967 wird nur eine Zahl von 341 100 Arbeitslosen vermerkt. Unerwähnt bleibt auch das Kiesinger-Zitat in der Regierungserklärung 1966: „Der Bildung dieser Bundesregierung ist eine lange, schwelende Krise vorausgegangen.“

Auf ihrem Wirtschaftstag schließlich versuchte die CDU/CSU vorletzte



Westfälische Rundschau

„Nee, der paßt auch nicht ...!“

„ICH BIN GEGEN KOALITIONEN"

SPIEGEL-Interview mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt

SPIEGEL: Herr Schmidt, würden Sie grundsätzlich noch einmal die Aufgabe übernehmen wollen, Moderator einer Großen Koalition zu sein?

SCHMIDT: Wenn die Frage so gemeint ist, ob ich, noch einmal zurückversetzt in die Situation vom November/Dezember 1966, die gleiche Entscheidung treffen würde, lautet meine Antwort: ja. Wenn die Frage sich auf künftige Situationen bezieht, lautet meine Antwort: Ich will das nicht ausschließen.

SPIEGEL: Haben Sie mit Herrn Barzel gern oder nur zähneknirschend zusammengearbeitet?

SCHMIDT: Keineswegs zähneknirschend. Ich bin im Grunde kein Freund von Koalitionen. Wenn aber eine notwendig ist, gehört dazu der Wille zur Kooperation. Im Gegensatz zu manch anderem Politiker auf der anderen Seite habe ich den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion als einen kooperationsfähigen Mann kennengelernt.

11 Helmut Schmidt

Mein Kollege und Freund Barzel

SPIEGEL: Barzel hat ja auch aus der Arbeit mit Ihnen profitiert.

SCHMIDT: Ja. Barzel war vor zweieinhalb Jahren als Bundeskanzlerkandidat in seiner Fraktion abgeschlagen im Rennen geendet. Wir haben der Fraktion der CDU vorgemacht, wie in einer solchen Koalition die Parlamentsfraktionen gegenüber der Regierung aufzutreten haben. Von diesem Beispiel hat dann auch die CDU/CSU-Fraktion profitiert, und dies hat dem Herrn Barzel die Stärke gegeben, die er heute in seiner Fraktion hat.

SPIEGEL: War es vertretbar, daß in den letzten Monaten Politik von dem Bemühen überlagert wurde, die Koalition zusammenzuhalten?

SCHMIDT: Was wir im Laufe des letzten halben Jahres an die Gesellschaft voranbewegenden Gesetzen gemacht haben, ist, gemessen am Ertrag früherer Legislaturperioden, ungewöhnlich viel: Ausbildungsförderung zum Beispiel, Lohnfortzahlung, Rentenfinanzierung, Strafrechtsreform, Finanzverfassungsreform, Publizitätsgesetz — man kriegt die Gesetze bald gar nicht mehr alle aus dem Kopf zusammen. Diese ungewöhnlich guten Ergebnisse konnten nur durch die Koalition gemeinsam erzielt werden.

SPIEGEL: Nun hat die CDU/CSU zuletzt recht kaltschnäuzig ihre Mehrheit gegenüber der SPD ausgespielt. Wie fühlt man sich dann als SPD-Fraktionschef?

SCHMIDT: Es gibt manche Gesetze, in denen wir sehr kaltschnäuzig unsere Forderungen durchgesetzt haben. Ich nenne zum Beispiel die Verjährung und die Lohnfortzahlung. Wie man sich fühlt, wenn man in einer Sache seinen Willen nicht durchgesetzt hat? Etwa so, wie ein SPIEGEL-Redakteur, dessen Story anders gedruckt wird, als er sie geschrieben hat.

SPIEGEL: Unsere Storys werden, wenn überhaupt, in Absprache umgeschrieben. In der Großen Koalition dagegen las es sich oft genug am nächsten Tag anders, wenn CSU-Chef Strauß — ohne Absprache — das Wort oder die Feder ergriff.

SCHMIDT: Es hat in der Bundesregierung erhebliche Schwierigkeiten gegeben zwischen dem Bundeskanzler und dem CSU-Vorsitzenden. Das hat sich ausgewirkt auf die Effektivität der Koalitionspolitik insgesamt. Kiesinger hat in Wirklichkeit einer Koalition aus drei und nicht aus zwei Parteien vorgesessen. Ich bezeichnete kürzlich Pressechef Diehl als heimlichen Oberbundeskanzler. Strauß könnte man den unheimlichen Unterbundeskanzler des Herrn Kiesinger nennen.

SPIEGEL: Halten Sie es dennoch für richtig, daß die SPD 1966 nicht mit der FDP, die ihre Fähigkeit zur Geschlossenheit doch bei der Heinemann-Wahl bewies, eine Koalition bildete?

SCHMIDT: Zurückversetzt in die Lage vom Herbst 1966 würde ich dieselbe Entscheidung noch einmal treffen. Im Laufe von 20 Jahren haben über 20 Abgeordnete der FDP während der Legislaturperioden ihre Fraktion verlassen, davon einer zur SPD, alle anderen zu rechten Parteien. Man muß das auch für die Zukunft einkalkulieren. Seit der Heinemann-Wahl haben wir Landesparteitage der FDP erlebt, die nicht zu Ende geführt werden konnten, wir haben Austritte von FDP-Landtagsabgeordneten erlebt. Von zuverlässiger Einheitlichkeit kann hier nicht die Rede sein. Deshalb war die theoretische SPD/FDP-Mehrheit bisher zu klein zum Regieren.

SPIEGEL: Brandt hat angekündigt, er wolle selbst die Führung im Parlament übernehmen, wenn die SPD in die Opposition käme. Wo sehen Sie dann Ihre Aufgabe?

SCHMIDT: Bei der Führung der Sozialdemokratischen Partei handelt es sich immer um ein Team. Einen gegen den anderen durch spitze Fragen in Interviews ausspielen zu wollen, scheint mir ein ziemlich aussichtsloser Versuch.

---

* Die Photos von Schmidt und Barzel (Seite 25) sind dem Kartenspiel „Bonn Ouvert, Politischer Schwarzer Peter" der Vereinigten Altenburger und Stralsunder Spielkarten-Fabriken AG entnommen.

Woche einen geschlossenen Sprung über die Schatten der Vergangenheit. Der so sichtlich gescheiterte Schmücker bekräftigte seine These, die Rezession sei gewollt und für die Arbeitsmoral der Deutschen nützlich gewesen. Und um dem zugkräftigsten SPD-Politiker den Konjunktur-Erfolg streitig zu machen, übernahm die Versammlung die Parole vom Bundesverband der Deutschen Industrie: „Die Wirtschaft half sich selbst." (Schnelldienst vom 14. Februar 1969.)

Trotz des Aufgebots von 15 Professoren gelang es dem Wirtschafts-Konzil in Bonn aber nicht, ein wahlwirksames Kontrastprogramm zu Schiller zu entwerfen. Nachträglich mäkelte sogar der Bundesverband der Deutschen Industrie: Die Kritik an Schiller sei „teilweise allzu vordergründig" ausgefallen.

Seit jenem Schwarzen Freitag der CDU/CSU ist es offenkundig, daß die Partei die Ansprüche von Wirtschaft und Wählern auf eine konjunkturgerechte und wachstumsorientierte moderne Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik derzeit nicht erfüllen kann.

Mit dem Bekenntnis zur „Freiheit von Klein-, Mittel- und Großunternehmen" als wichtigstem Grundrecht und dem nahezu religiösen Vertrauen auf den Wettbewerb als „leistungsfähigstem und gerechtestem Wirtschaftssystem" gab der Wirtschaftstag sich selbst keine Antwort auf die drängenden Fragen.

Zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer fiel der Union nur eine Warnung vor „neosyndikalistischen Ordnungsformen" ein. Für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer riskierte das Forum zwar ein Lippenbekenntnis, aber Kurt Schmücker will die Vermögensbildung aufschieben bis zur großen Steuerreform.

Dünnes Fazit des Wirtschaftstages: „Die Voraussetzungen wirtschaftlicher Tätigkeit ändern sich, die Er-



Schiller-Rivale **Biedenkopf**
„Ich mußte Nachhilfestunden nehmen"

kenntnisse über die Zusammenhänge mehren sich, die Erwartungen an die Wirtschaftspolitik werden größer."

Nur durch Ausklammern strittiger Probleme kann die CDU/CSU die widerstrebenden Interessen in ihren Reihen noch zusammenhalten: die selbstherrliche Großindustrie, den wettbewerbsfeindlichen Mittelstand, die auf Protektion erpichten Lobby-Gruppen und die subventionshungrigen Bauern.

Kopflos fahndeten die Partei-Wirtschaftler nicht nur nach einem Konzept gegen Schiller, sondern auch nach einem Gegenkandidaten. Aber nicht nur Schmücker („Ich stehe natürlich jederzeit zur Verfügung"), auch die übrige Auslese berechtigte zu wenig Hoffnungen: der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates und Röchling-Bankier Dr. Manfred Schäfer aus Saarbrücken, der einst führende Bonner Industrie-Lobbyist und derzeitige Vizepräsident der EWG-Kommission Fritz Hellwig oder der CSU-Bundestagsabgeordnete und Flick-Gesellschafter Dr. Wolfgang Pohle.

Jeder einzelne aus dem einseitig industrieorientierten Kandidaten-Terzett hätte die CDU/CSU eindeutig zur Unternehmer-Partei gestempelt und ihr den Anspruch erschwert, sich für den 28. September als Volkspartei zu gerieren.

Voreilig tippten manche Partei-Christen auf den Bochumer Wirtschaftsjuristen Professor Kurt Biedenkopf, der sich ihrem Wirtschaftstag durch ein kritisches Referat empfohlen hatte. Biedenkopf hatte Schiller gezaust, aber auch die Industrie und die eigene Partei nicht geschont.

Später indes gestand der Rektor der Ruhr-Universität dem SPIEGEL, daß er sein Referat keineswegs als Jungfernrede eines CDU-Wirtschaftsminister-Aspiranten verstanden wissen wolle: „Dazu bin ich mit meinen 39 Jahren noch viel zu jung. Vor allem fehlt es mir an der politischen Erfahrung. In Währungsfragen beispielsweise mußte ich unlängst Nachhilfestunden nehmen."

Auf ihrem ureigensten Feld von der SPD ausmanövriert, sucht die Union jetzt Zuflucht zu Reminiszenzen und Appellen an Wohlstands-Gefühle der Deutschen, die sich mit Ludwig Erhards Popularität zu seinen Glanzzeiten als Wahllokomotive verbanden. Qualmend kam der Gerufene denn auch aus der Remise, wetterte gegen die Sünden des „Dirigismus" — wie er moderne Wirtschaftspolitik empfindet — und nahm die Ovationen des Wirtschaftstages entgegen.

Die Redner der Partei sind schon über den neuen, alten Kurs (SPD-Pressedienst: „Zurück zu Adenauer") ins Bild gesetzt worden. Nach der Sprachregelung der CDU-Geschäftsstelle sollen sie draußen im Land verbreiten, schon der Bundeskanzler Erhard habe rechtzeitig Maßnahmen gegen die rückläufige Konjunktur eingeleitet. Und auch der neuen Ost-Politik, wie sie Bundesaußenminister Willy Brandt herauskehre, sei schon mit Er-

„WIR SIND DOCH NICHT CHEFS"

SPIEGEL-Interview mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel

SPIEGEL: Herr Barzel, würden Sie noch einmal die Aufgabe übernehmen wollen, Moderator einer Großen Koalition zu sein?

BARZEL: Ich bin nicht der Moderator der Großen Koalition, sondern der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, der in dieser Periode Erfahrungen mit zwei Koalitionen in verschiedenen Richtungen gemacht hat. Das ist meine Funktion und sonst gar nichts.

SPIEGEL: Haben Sie denn mit Ihrem Kollegen Helmut Schmidt gerne oder nur zähneknirschend zusammengearbeitet?

BARZEL: Es ging um die Zusammenarbeit zweier Koalitionsfraktionen. Nicht die Beziehungen zwischen zwei Politikern sind das Entscheidende, sondern die Koalitionswilligkeit und die Kompromißfähigkeit beider Fraktionen. Wer immer nur auf die Vorsitzenden zeigt, unterschätzt den Rang der Arbeit der Abgeordneten. Wir sind doch nicht „Chefs", sondern Vorsitzende einer Gruppe von Kollegen. Die Zusammenarbeit mit Schmidt war fair und zuverlässig. Die Arbeitsweise war direkt, sehr schnell, unkompliziert, immer offen und manchmal sehr hart.

1 Rainer Barzel



SPIEGEL: Ist es vertretbar gewesen, daß in den letzten Monaten die politische Arbeit überdeckt wurde von der Mühe, die Große Koalition zusammenzuhalten?

BARZEL: Koalitionen vor Wahlen zusammenzuhalten ist immer schwierig. Es kam hinzu, daß wir in den letzten Monaten Gesetze verabschiedet haben, denken Sie an die Lohnfortzahlung mit dem ersten Teil der Krankenversicherungsreform, die gar nicht zu dem ursprünglich verabredeten Koalitionsprogramm gehörten.

SPIEGEL: Diese Stichworte zeigen doch, daß Sie in den letzten Monaten wachsende Widerstände in Ihrer Fraktion gegen Kompromisse mit der SPD überwinden mußten.

BARZEL: Gute Kompromisse zu finden ist immer schwer. Die wirkliche Arbeit, die wir zu leisten haben, liegt ja nicht darin, mit dem Koalitionspartner Absprachen zu treffen, sondern sie liegt in der Willensbildung der eigenen Fraktion. Ich gehe keine Abrede ein, ohne vorher die Meinung meiner Kollegen zu kennen.

SPIEGEL: Würden Sie es als eine Möglichkeit ansehen, daß die Große Koalition im September neu gebildet wird und sich deren Partner nach zwei Jahren unter einem neuen Wahlrecht zur Wahl stellen, damit von da an klare Verhältnisse im Bundestag herrschen?

BARZEL: Das sind zwei Fragen in einer. Wer mit uns über Wahlrecht sprechen möchte, muß schon einen Gesetzentwurf vorlegen, hinter dem die überwiegende Mehrheit seiner Partei und seiner Fraktion steht. Und was künftige Koalitionen betrifft, so habe ich nicht die Absicht, mich an Spekulationen und Manipulationen am Wähler vorbei zu beteiligen.

SPIEGEL: Gehört es zu Ihren Zielen, das Wahlrecht zu ändern?

BARZEL: So ist unser Programm. Ich sehe aber keine Lage, in der das möglich ist.

SPIEGEL: Das Mehrheitswahlrecht kann man wohl nicht in einer Koalition mit der FDP beschließen. Sind Sie unter Umständen bereit, diese Frage fallenzulassen?

BARZEL: Warum schließen Sie eigentlich aus, daß es auch Liberale geben könnte, die im Hinblick auf die politische Entwicklung in Deutschland, auf den Radikalismus links- und rechtsaußen, sich eines Tages für eine Wahlrechtsänderung entschließen können?

SPIEGEL: Ihr SPD-Kollege Helmut Schmidt hat uns erklärt, er habe der CDU/CSU-Fraktion vorgemacht, wie in einer Großen Koalition die Parlamentsfraktion gegenüber der Regierung aufzutreten habe. Dieses habe auch Ihnen Ihre heutige Stärke wiedergegeben, so sagte Helmut Schmidt. Was haben Sie Herrn Schmidt vorgemacht?

BARZEL: Wenn das wirklich seine Worte sind — für mich ist das kein Thema öffentlicher Erörterung.

SPIEGEL: Sie haben kürzlich erklärt, Sie wollten noch vier Jahre Fraktionsvorsitzender sein. Wenn sich aber die Gelegenheit böte, würden Sie dann schon im Herbst in die Exekutive überwechseln?

BARZEL: Nun, ich habe bereits Erfahrungen in der Exekutive gesammelt und bin sehr gerne Parlamentarier und Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU.

SPIEGEL: Vor Beginn der Großen Koalition waren Sie Kanzlerkandidat. Haben das Abstimmungsergebnis damals in der Fraktion und die inzwischen gesammelte Erfahrung als Fraktionsvorsitzender Sie dazu gebracht, das Ziel des Palais Schaumburg für immer aufzugeben?

BARZEL: Mein Ziel für die nächste Legislaturperiode habe ich Ihnen klar bezeichnet. Und im übrigen habe ich die Sturm-und-Drang-Periode hinter mir.









Frankfurter Allgemeine Zeitung

hards „Friedensnote von 1966" Weg und Ziel gewiesen.

Auch der „Deutschland-Union-Dienst" der Partei (DUD) feierte den Altmeister, der seinen Schülern die zeitweilige Schiller-Gläubigkeit widerstrebend verzieh. Schrieb der DUD über den Wirtschaftstag:

„Es war die einhellige Meinung aller: Von den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft braucht nichts abgestrichen zu werden; sie war gestern, sie ist heute die Basis all dessen, von dem die Wirtschaftspolitik unseres Staates auszugehen hat."

Amen.

SPD

Etwas Schöneres

Jungsozialist Norbert Gansel aus Kiel schwenkte den SPD-Pressedienst und fuhr den Partei-Vize Helmut Schmidt an: „Wie kommen wir denn dazu, uns so festzulegen? Noch gilt doch wohl unser Beschluß, daß erst der nächste Parteitag über das Wahlrecht entscheiden soll."

Hanseat Schmidt, für den aufmüpfige Genossen stets am Main wohnen, beschied den Holsteiner: „Wenn ihr in Hessen-Süd immer dann, wenn's euch paßt, eure Meinung übers Wahlrecht sagt, dann kann ich, Helmut Schmidt, meine persönliche Meinung wohl auch sagen."

Im Parteirat, zu dem sich die Provinz-Repräsentanten der SPD am vorletzten Freitag mit ihren Bonner Führern versammelt hatten, erhob sich daraufhin Süd-Hesse Walter Möller: „Erstens ist der Genosse gar nicht von uns, und zweitens sind wir, was das Wahlrecht betrifft, allerdings seiner Meinung."

Im Gegensatz zu den Holsteinern und Hessen, die das derzeitige Verhältniswahlrecht nicht durch ein Mehrheitswahlrecht ablösen wollen, hatte Schmidt in Zeitungsinterviews, die auch der Parteipressedienst verbreitete, erklärt: Sein „Ideal" sei das Zwei-Parteien-System, und deshalb müsse bei einer Neuauflage der Großen Koalition — so meine er „persönlich" — das Wahlrecht reformiert werden.

Kiels Gansel, der die Interviews so verstanden hatte, als ob Schmidt durch seine Wahlrechts-Äußerungen einer Fortsetzung des schwarz-roten Bündnisses das Wort redete, bestand auf einem eindeutigen Bekenntnis der Parteispitze, einen für eine Wahlrechts-Änderung notwendigen Parteitag nicht durch Koalitions-Zusagen zu präjudizieren.

SPD-Chef Willy Brandt fand das auch: „Der Genosse hat recht, wir sind nicht frei. Wir müssen einen Parteitag machen. Und erst wollen wir doch mal die Wahl abwarten. Man kann sich ja auch noch etwas Schöneres vorstellen als diese Große Koalition."

Der Disput im Parteirat offenbarte die beiden unterschiedlichen Auffassungen in der Frage, wie sich die SPD bis zur Regierungsbildung verhalten solle. Denn jedes Wort für und wider ein neues mehrheitsbildendes Wahlrecht wird im Parteivolk als Votum für oder gegen die Weiterführung der Großen Koalition verstanden.

Die eine Gruppe, angeführt von Helmut Schmidt und Herbert Wehner, will mit der Christen-Union weiterregieren und signalisiert das zum Beispiel der CDU/CSU dadurch, daß sie für verbindliche Absprachen über die Einführung eines für die FDP tödlichen Mehrheitswahlrechts eintritt.

Die anderen, angeführt von Willy Brandt und Landesfürsten aus Hessen, Holstein und Nordrhein-Westfalen, wollen lieber mit der FDP als mit der CDU/CSU koalieren und lehnen es deshalb kategorisch ab, Spekulationen über Koalitionsabsichten der SPD auszulösen.

Die Schmidt-Wehner-Crew argumentiert:

▷ Die FDP sei immer noch ein „wilder Haufen" (Wehner) und „absolut unzuverlässig" (Schmidt);

▷ wesentliche Aufgaben in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik seien eher mit der CDU/CSU zu lösen;

▷ eine offene Abkehr von der CDU/CSU und der Großen Koalition könne eine Annäherung von Christ- und Freidemokraten herbeiführen und

▷ das Wahlergebnis erlaube vermutlich kein SPD/FDP-Bündnis, da die NPD wohl in den Bundestag einziehen und dort mit der CDU/CSU die absolute Mehrheit haben werde.

Die Gegenfraktion in der SPD, die bis zur Auszählung der letzten Stimme am 28. September auf ein Bündnis mit der FDP setzen will, meint:

▷ Die Partei dürfe nicht durch Kungeln mit den Christdemokraten — wie zum Beispiel über das Wahlrecht — ihren Anspruch unglaubwürdig machen, daß sie in Bonn den Kanzler stellen wolle;

▷ die nächste Bundestagsfraktion der FDP werde progressiver sein als die alte und berücksichtigen müssen, daß zwei Drittel der potentiellen FDP-Wähler ein Bündnis mit der SPD wünschten;

▷ eine offensive, bewegliche Außen- und Deutschland-Politik sei nur mit der FDP möglich und

▷ ein Machtwechsel nach 20jähriger CDU-Herrschaft sei der Bonner Demokratie dienlich.

Ihre Hoffnung auf eine sozial-liberale Koalition sieht die Brandt-Gruppe auch durch ungewöhnliche Ergebnisse der letzten Meinungsumfragen gestärkt, wonach der Einzug der rechtsradikalen NPD ins Bonner Parlament keineswegs sicher ist.

So billigt das Allensbacher Institut für Demoskopie der NPD nur zwei Prozent der Stimmen zu. CDU/CSU und SPD lägen mit je 46 Prozent mal wieder Kopf an Kopf, die FDP könne allenfalls mit fünf Prozent und der Rest mit einem Prozent rechnen. Bei diesem Ergebnis schlüsselte das Noelle-Neumann-Institut jedoch einfach die 24 Prozent noch unentschlossener Wahlberechtigter proportional auf die Parteien auf.

Realistischer mutet ein „Infratest"-Ergebnis an, das für die NPD vier bis sechs Prozent der Stimmen, für die CDU/CSU 45 Prozent, für die SPD 40 und für die FDP neun bis zehn Prozent errechnete. Das Münchner Institut ermittelte die Tendenz unter den Unentschlossenen durch die Zusatzfrage, welche Partei ihnen am sympathischsten erscheine.

Für eine Koalition mit der für ihn nach wie vor suspekten FDP glaubt Helmut Schmidt, eine Mehrheit von mindestens 20 bis 25 Stimmen haben zu müssen. Dagegen Brandt: „Zwölf sind auch genug."

Partei-Vize Herbert Wehner hält überhaupt nichts von demoskopischen Zahlenspielen. Er prophezeit seiner Partei — auf die Dauer gesehen — mehr Erfolg in einem stabilen Bündnis mit den Christdemokraten als in einem risikoreichen Zusammengehen mit der FDP, die bei jeder gesellschaftspolitischen Grundsatzfrage auseinanderzubrechen drohe.

Mit diesem Kredo erweckte der alternde SPD-Löwe den Verdacht der Genossen, er habe mit dem Christen-Führer Kiesinger die rot-schwarze Zukunft schon wieder mittelfristig vorprogrammiert. Von Freunden darauf angesprochen, entrüstete sich Wehner: „Das ist das dümmste Geschwätz, daß ich je gehört habe. Ich bin doch nicht blöd."

EUROPA-POLITIK

Viel Staub

SPD-Außenminister Willy Brandt verblüffte seine Genossen mit einer seltsamen Parabel: „Die Europapolitik muß raus aus dem Stadium des Liebeslebens der Elefanten."

Vor der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion dozierte der AA-Chef am Dienstag letzter Woche über die Nachteile der Dickhäuter-Liebe als

* Bei Frankreichs Präsident Georges Pompidou am Freitag letzter Woche in Paris.



Europa-Tourist **Brandt, Gastgeber***
„Liebesleben der Elefanten"

Günter Gaus

FÜR EIN MEHRHEITSWAHLRECHT

Der fünfte Bundestag ist auseinandergegangen. Er war so fleißig wie seine Vorgänger. Daran hat es im Bonner Parlament nie gefehlt: fleißig zu sein mit der Verabschiedung von Gesetzen und Verordnungen, im Novellieren von Novellen, beim ebenso ehrgeizigen wie oft hilflosen Zusammenspiel mit Ministerien und Ämtern. Denn auch darin hat der jetzt in den Wahlkampf entlassene Bundestag seinen Vorgängern geglichen: in der nun bald vollständigen Reduzierung des Parlaments zur Gesetzgebungsmaschine, von der sich die Ministerialbürokratie ihre weithin selbst erdachte und eigenmächtig praktizierte Politik beurkunden läßt.

Die Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive ist längst nur noch fiktiv, ein überholtes Kapitel der Gemeinschaftskunde. Man weiß auch schon, wie es weitergeht. Der fünfte Bundestag hat sich aufgelöst; der sechste wird sich in der zweiten Oktoberhälfte konstituieren, den Kanzler wählen — Kiesinger ist wohl unvermeidlich —, die neue Regierung bestätigen. Dabei ist — in diesem Zusammenhang — nicht einmal besonders interessant, ob erwartungsgemäß die Große Koalition fortgesetzt oder das halbrechte Bündnis zwischen den Unionsparteien und der FDP geschlossen wird. Gewiß ist, daß der nächste Bundestag wiederum nur das Notariat der Exekutive sein wird — wenn er nicht die Konsequenzen aus seiner notorischen Ohnmacht zieht.

Die vielberufene und wenig untersuchte Krise des Parlamentarismus, deren Kern das Ungleichgewicht zwischen Legislative und Exekutive ist, zeigt sich am deutlichsten in der Entpolitisierung der gesetzgebenden Versammlung. Das zwangsläufige Verschwinden der klaren Alternativen, die Westdeutschlands Gründerzeit bestimmten (Beispiel: Wiederbewaffnung ja oder nein?), hat im Parlament den Trend verstärkt, keine politischen Linien für die Zukunft zu entwerfen, sondern verwaltungsmäßige Details abzuhandeln.

Ein nach dem Verhältniswahlrecht zusammengesetzter Bundestag ist nicht mehr zuverlässig imstande, politische Grundkonzeptionen zu entwickeln: Er kann aus seinen Mitgliedern nicht jene *zwei großen Gruppen* bilden, die per Debatte die Alternativen langfristiger Politik erkennbar und entscheidungsreif machen. Die Parlamentsreform beginnt, wenn sie mehr sein soll als ein architektonischer Umbau des Plenarsaals, mit dem Wahlrecht. Nur das Mehrheitswahlrecht sichert die deutlichen Unterschiede, die parlamentarische Gruppierungen haben müssen, damit das Parlament wieder ein politischer Ort werden kann.

Es ist bezeichnend, daß die Wahlrechtsfrage in den Überlegungen der Politiker fast niemals in ihrer grundsätzlichen Bedeutung, aber stets ungeniert taktisch bewertet wird. Freilich hat das Mehrheitswahlrecht in der Bundesrepublik selbst unter den eher kurzsichtigen Aspekten, die sich den Parteipolitikern in diesem Zusammenhang erschließen, im kommenden Herbst eine bessere Chance als je zuvor.

Die Große Koalition, die Ende 1966 Rechtfertigungen genug hatte, kann nach der bevorstehenden Bundestagswahl nur noch die hilflose Konsequenz eines allseits unbefriedigenden Wahlergebnisses sein. Sollte das nicht die Rechten und die Linken in der SPD gleichermaßen zu Befürwortern eines neuen Wahlgesetzes machen, mit dessen Hilfe eine reinliche Scheidung in Regierung und Opposition wieder möglich wird?

Die Union, die nach Wehners Scheitern in den vergangenen Monaten den Vorteil hatte, sich für das Mehrheitswahlrecht erklären zu können ohne Gefahr, beim Wort genommen zu werden: sie freilich könnte, wenn eine Koalition mit den Freien Demokraten möglich erscheint, den Geschmack an einem neuen Wahlsystem verlieren. Denn ein Wiederaufleben des sogenannten Bürgerblocks sichert den Unionsparteien für noch einmal einige Zeit die Kraft, die sie aus dem langsamen Verzehr kleiner Koalitionspartner stets gesogen haben — aus dem des BHE, der DP und dann nun auch der FDP.

Die Chance ist, daß manche längerfristig denkenden CDU-Politiker diesen Vampirismus der christlich-demokratischen Partnerschaft auf Dauer auch für die Union für weniger bekömmlich halten als ein hartes, neues Wahlrecht. Sollte das so sein, so erhielte die Fortsetzung des Bündnisses aus CDU, CSU und SPD ihren Sinn — ihren einzigen noch — aus dem Beschluß, möglichst bald die Mehrheitswahl zu beschließen.

Ein solcher Beschluß macht eine Überprüfung einiger Grundgesetzbestimmungen nötig; so müßte wohl das konstruktive Mißtrauensvotum in der Kanzlerfrage neu formuliert werden. Auch sind die Folgen für das Wahlrecht in den Bundesländern zu bedenken.

Parteispitzen, die sich schon jetzt die notwendigen Expertisen über diese Fragen bestellen, handeln keineswegs unredlich gegenüber dem Wählervolk. Ob sie es im Wahlkampf aussprechen oder nicht: Nach der bevorstehenden Wahl wird das Mehrheitswahlrecht beschlossen oder der Bundestag ganz zum unpolitischen Dienstleistungsbetrieb werden.

Beispiel für die Schwerfälligkeit der europäischen Einigungsbemühungen. Brandt: „Sie findet auf hoher Ebene statt, es wird dabei enorm viel Staub aufgewirbelt, und erst nach langer Zeit führt sie zu Ergebnissen."

Mit der Fabel von Europa und dem Elefanten konterte der SPD-Vorsitzende eine Forderung, die CDU-Fraktionschef Rainer Barzel drei Tage zuvor mit Blick auf seinen Kanzler und den christdemokratischen Wahlkampf erhoben hatte. Barzel: „Eine europäische Gipfelkonferenz der Regierungschefs ist nötig."

Denn Brandt möchte im Wahljahr selbst mit europapolitischen Erfolgen glänzen. Emsig trägt er daher aus den Hauptstädten Europas Bruchstücke zusammen, aus denen er Großbritannien und den anderen EWG-Bewerbern eine Brücke zur EWG bauen will.

Am Freitag letzter Woche führte Brandt als erster deutscher Minister Gespräche mit der neuen Regierung in Paris. Georges Pompidous Außenminister Maurice Schumann legte seinem Gast in einem zweistündigen Gespräch sein Europa-Konzept dar: Ausbau, Stärkung und Erweiterung der Gemeinschaft stünden für ihn im Zusammenhang.

Brandt drängte vorsichtig, man solle „in nicht allzu ferner Zukunft" den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit England ins Auge fassen.

Schumann, der französisch sprach, erweckte bei seinem deutschen Gast vorsichtig Hoffnung auf eine elastischere französische Politik, als er plötzlich ins Englische fiel und sagte: „We mean business" — zu deutsch etwa: Wir wollen Nägel mit Köpfen machen.

Nach einem Gespräch mit De-Gaulle-Erbe Georges Pompidou startete Brandt am Wochenende zu einem Rundflug nach Kopenhagen, Stockholm und Den Haag, wo er seine Kollegen Poul Hartling (Dänemark), Torsten Nilsson (Schweden) und Joseph Luns (Niederlande) trifft und auf einer Konferenz sozialdemokratischer Politiker in Schweden ein Gespräch mit Briten-Premier Harold Wilson führt. Europa-Tourist Brandt

- ▷ will anschließend Urlaubstage in Norwegen mit Sondierungsgesprächen bei der Regierung in Oslo verbinden;
- ▷ plant einen Abstecher nach Rom zu einer Konferenz mit Außenminister Pietro Nenni und
- ▷ verabredete sich zu Gesprächen mit dem belgischen Außenminister Pierre Harmel und seinem luxemburgischen Kollegen Gaston Thorn während der Tagung des EWG-Ministerrates am 22. Juli.

Vor den deutschen Botschaftern in West- und Süd-Europa, die Brandt zum Auftakt seines Spähtrupp-Unternehmens nach Bonn gerufen hatte, erläuterte der Außenminister am Montag letzter Woche seine Reise-Diplomatie: „Es geht hier nicht um eine große deutsche Initiative, sondern um die Suche nach dem größtmöglichen gemeinsamen Nenner, um die europäischen Dinge im Rahmen des Möglichen in Bewegung zu setzen."

Die deutschen Botschafter berichteten dem Bundesaußenminister übereinstimmend, daß in den EWG-Staaten die Bereitschaft für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit London ständig wachse. Denn die kleineren Staaten der Gemeinschaft verlangten nach einem Gegengewicht gegen die starke Bundesrepublik.



Die Welt

„Stoßtrupp Brandt, ganz vorsichtig rüberspringen!"

Sosehr der deutsche Außenminister jedoch von der Notwendigkeit des englischen EWG-Beitritts überzeugt ist, sowenig kennt er ein erfolgreiches Rezept dafür. Den Weg über ein Handelsarrangement „in der Perspektive des Beitritts", auf den sich Brandt im Februar 1968 mit seinem französischen Kollegen Couve de Murville verständigt hatte, hält der AA-Chef heute nicht mehr für aussichtsreich.

Da Großbritannien diesem Projekt ohnehin reserviert gegenüberstand und die USA aus Wirtschafts-Egoismus ebenfalls gegensteuerten, setzt Brandt jetzt auf direkte Beitrittsverhandlungen und erhofft dafür praktikable Vorschläge der übrigen EWG-Partner.

Französische Widerstände, so kalkulieren Brandts Planer, ließen sich möglicherweise überwinden, wenn Ende des Jahres die Agrarfinanzierung der EWG neu geregelt werden muß: Die bislang finanziell stark begünstigten Franzosen müßten sich den Erhalt ihrer Vorzugsstellung politisch etwas kosten lassen.

Ein pompöses Treffen der Regierungschefs als Auftakt einer neuen Beitritts-Initiative, wie es CDU-Barzel und sein Kanzler Kurt Georg Kiesinger wünschen, hält Brandt jedenfalls für überflüssig. Der Minister beschied seine Botschafter-Runde: „Ein Gipfeltreffen ist nicht zweckmäßig."

Ein Aktionsprogramm der CDU-Fraktion enthüllte jüngst, daß es den CDU-Führern bei ihrem Gipfel-Plan ohnedies eher um ein Wahl-Sommerhilfswerk für ihren Kanzler als um die Erweiterung der EWG ging. Denn das Christen-Papier gibt der Koordinierung der Außenpolitik und engerer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung und Rüstungswirtschaft zwischen den sechs jetzigen EWG-Partnern den Vorzug vor dem Beitritt weiterer Staaten.

Rainer Barzel benutzte vor dem Vorstand der Christenfraktion am Montag letzter Woche sogar den entmachteten französischen Staats-General noch einmal als Alibi für die geringe Neigung der CDU/CSU zur Aufnahme Englands in die EWG. Unter Hinweis auf die Eingriffe des pensionierten Konrad Adenauer in die deutsche Innen- und Außenpolitik warnte Barzel: „Falls Paris einen Beitritt Großbritanniens ins Auge fassen sollte, wird de Gaulle sich massiv einschalten, um das zu verhindern."

SCHILLER

In der Nacht

Sechs Wochen nach Kanzler Kiesingers Nein zur Mark-Aufwertung wollte Wirtschaftsminister Karl Schiller sich gegen den Vorwurf schützen, er habe sich in den Schmollwinkel zurückgezogen und lasse Westdeutschlands Konjunktur tatenlos treiben.

Eine Aufwertung der Mark wäre nach Schillers Ansicht das beste Mittel gegen Überhitzung der Wirtschaft und steigende Preise gewesen, aber im Kabinett drang der Bundeswirtschaftsminister damit nicht durch.

In einem Memorandum an den Kanzler legte Schiller deshalb am 23. Juni nieder, welche Dämpfungsmaßnahmen anstelle der verpaßten Aufwertung nun noch übrigblieben: die Erhöhung der im November 1968 verordneten Exportsteuer und Importsubvention von vier auf sechs Prozent, eine weitere Liberalisierung der Einfuhren vor allem aus den Staatshandels-Ländern des Ostblocks sowie notfalls eine Senkung der deutschen Importzölle noch unter den jetzt für die Bundesrepublik verbindlichen EWG-Außenzoll.

Für die nach einer Aufwertung der Mark „zweitbeste Lösung" (Schiller), die Erhöhung der Absicherungs-Sätze um die Hälfte, hatte der Wirtschaftsminister sogar Franz Josef Strauß gewinnen können. Der Finanzminister gab seine Zustimmung telephonisch am Krankenbett in Würzburg, wo er seinen gebrochenen Unterarm auskuriert.

Kurt Georg Kiesinger jedoch triumphierte abermals über den Sachver-



Bundeswirtschaftsminister **Schiller**
„Ist das schön für Ihre Regierung?"

stand. Nach einem Gespräch mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel und dem CSU-Landesgruppenchef Stücklen ließ der Kanzler Bundeswirtschaftsminister Schiller in der Nacht zum Donnerstag vergangener Woche wissen, die Fraktion der Union werde einer Verschärfung des Absicherungsgesetzes nicht zustimmen. Auch nicht um die vorgeschlagenen zwei Prozent.

Damit sind durch die in der CDU/CSU gebündelten Export-Interessen der deutschen Industrie die erwünschte Absicherung gegen den Inflationssog aus dem Ausland und eine binnenwirtschaftliche Preisdämpfung weiterhin unmöglich gemacht.

Karl Schiller, dem die Christdemokraten ohnehin alle Preissteigerungen bis zur Wahl anlasten wollen, gab daraufhin Kiesinger zu bedenken: „Nun muß die Bundesbank allein handeln. Ist das eigentlich schön für Ihre Regierung?"

DIEHL

Auf die Palme

Ich diene gern", sagt Günter Diehl, 53, mit jenem Hauch gelassener Ironie, der seine Freunde entzückt und seine Gegner erbittert. Gegner hat Staatssekretär Diehl, seit Ende 1967 Chef des Bundespresseamts und Intimus von Kanzler Kiesinger, genug.

Sozialdemokraten in Bonn werfen dem Regierungssprecher vor, er habe stets nur seinem CDU-Kanzler gedient, den Koalitionspartner SPD hingegen bewußt vernachlässigt. Sie vermuten darüber hinaus in Diehl einen Hauptschuldigen für Kiesingers Auftrumpfen und das zunehmend feindselige Klima in der letzten Phase der Großen Koalition.

Denn Diener Diehl wurde im labilen Bonner Zweckbündnis zu einem „der mächtigsten Männer der Bundesrepublik" („Frankfurter Allgemeine"). SPD-Fraktionschef Helmut Schmidt hält ihn für den „heimlichen Oberbundeskanzler", SPD-Justizminister Horst Ehmke für den „Umfunktionierer der Bonner Politik".

Diehl selbst, den der „Rheinische Merkur" einen „handfesten Kondottiere" und Ehmke einen „Schwarz-Weiß-Roten" nennt, ist nicht umzufunktionieren. Gleichmütig läßt er SPD-Vize Herbert Wehner über die „Kalte-Kriegs-Manieren des Herrn Diehl" wettern.

Aber nur selten gibt der Staatssekretär den Kritikern Gelegenheit, ihm seine Couleur unstreitig nachzuweisen; nur selten verläßt er die nützliche Deckung, die er als von Amts wegen meinungsloser Sprecher genießt. Diehl: „Die Geschäftsordnung schreibt mir vor, immer nur die mehrheitliche Auffassung der Bundesregierung zu vertreten."

Im Februar dieses Jahres trat Diehl mit Eigenem an die Öffentlichkeit: als Bonn mit Moskau und Ost-Berlin um den Tagungsort der Bundesversammlung pokerte und SED-Chef Walter Ulbricht brieflich für den Verzicht auf die Berliner Präsidenten-Kür Passierscheine anbot.

Nachdem Sowjet-Botschafter Zarapkin auf eigenen Wunsch dem Bundeskanzler in Stuttgart eine Sonntags-Visite abgestattet hatte, wertete Diehl vor den Fernseh-Kameras das Treffen als Beginn des direkten Gesprächs zwischen Bonn und Moskau — über Ulbrichts Kopf hinweg.

Tags darauf belehrte Diehl in Bonn die Presse: „Ich glaube ... daß Herr Ulbricht (mit dem Brief) einen Versuch gemacht hat, sich in diesen deutsch-sowjetischen Dialog einzuschalten und daß ... seine Einschätzung der Lage nicht ganz richtig war ... Der Ulbricht-Brief spielt schon keine Rolle mehr."

Der Gesamtdeutsche Minister Herbert Wehner war wütend. Wehner: „Es wäre völlig irre zu glauben, die Russen würden mit uns Arm in Arm gegen Ulbricht marschieren." Und in der Tat: Schon am Tage von Diehls verbalem Sieg über Ulbricht hoffte Bonn nervös auf weitere Ost-Berliner Mitteilungen, und wenig später verwahrten sich die Sowjets in Bonn offiziell gegen Diehl.

Dennoch war Diehl mit sich zufrieden: „Das habe ich gut gemacht. In Ost-Berlin gingen sie doch auf die Palme."

Kommunisten, oder wen er dafür hält, treibt der gelernte Diplomat Diehl („Ich bin ein Profi") gern und ohne kleinliche diplomatische Hemmungen auf die Palme. Als im Mai dieses Jahres der Irak, Sudan und Kambodscha die DDR anerkannt hatten und Außenminister Brandt im Hinblick auf die komplexen politischen Verhältnisse dieser Staaten auf sorgfältig abgestufte Bonner Reaktionen drang, meldete sich Diehl mit einer eigenen Doktrin.

Wer die DDR anerkennt, beweist damit laut Diehl schlicht, daß er fortan zum kommunistischen Ostblock gehört: „Wir sehen einzelne Länder ... die ganz offensichtlich die Linie der weltpolitischen Neutralität verlassen und in das von der Sowjet-Union geführte Lager abwandern."

Beiläufig zog Diehl auch der FDP eins über: Er werde die Regierung „davor bewahren", der FDP-Forderung nach Verzicht auf die Hallstein-Doktrin zu folgen.

Aber auch wenn der Staatssekretär nur die Meinung der Bundesregierung an die Öffentlichkeit bringt, setzt er die Akzente deutlich und meist so, als säße die SPD überhaupt nicht im Kabinett.

Obwohl Brandt und seine SPD-Ministerkollegen seit dem Spätherbst letzten Jahres unentwegt auf die Unterzeichnung des Atomsperrvertrags drängten, gab Diehl in seinen Informationen an die Presse noch im April nur die Hinhalte-Taktik der Unionschristen wider: „Alle sind sich darüber einig, daß vor der Entscheidung über eine Unterschrift einige spezifische deutsche Fragen im Zusammenhang mit dem Sperrvertrag geklärt werden müssen."

Presseamts-Vize Conrad Ahlers wirbt um Verständnis für seinen Chef und Duz-Freund. Die Arbeit des Regierungssprechers sei eine „problematische Sache": „Entweder sieht er sich



Souffleur **Diehl, Kanzler:** „Die Linksabweicher umfunktionieren"

auf sich selbst gestellt und kann autorisierte Stellungnahmen nur deshalb abgeben, weil er zugehört hat, oder er muß die Auffassung des Kanzlers wiedergeben."

Diehl selbst schiebt Kritik leichthin und mit unterkühlten Sottisen gegen den Koalitionspartner beiseite. Etwa: „Ich habe Brandt viele gute Dienste erwiesen, weil ich ihn davor bewahrt habe, öffentlich in der Position eines Illusionisten zu erscheinen, in die ihn Teile seiner eigenen Partei hineindrängen."

Oder: „Helmut Schmidt verursacht es die geringsten Unkosten, wenn er sich an mir reibt, anstatt einen großen CDU-Löwen anzunehmen. Das ist eben meine soziale Funktion."

Ehmkes Vorwurf vom „Umfunktionierer" konterte Diehl spöttisch: „Die Linksabweicher muß ich in der Tat umfunktionieren, damit sie wieder auf dem Kurs der Bundesregierung liegen."

Diehl, der schon in Ribbentrops Auswärtigem Amt gedient hatte und seither mit Kurt Georg Kiesinger und zahlreichen späteren Diplomaten des Bonner Außenamts befreundet ist, kann als Archetyp des CDU-loyalen Beamten-Establishment gelten.

Zwar ist er nicht CDU-Mitglied, ist Protestant und war bis vor anderthalb Jahren nie in der Spitze der Bonner Macht. Aber er schrieb schon als einer der ersten Legationsräte des neuen Außenamts Reden für Konrad Adenauer.

Der im Bonner Gesellschafts-Ritual versierte Salonlöwe — gelegentlich leistet er sich, auch vor der Presse, eine Blume im Knopfloch —, der Besitzer einer Jagdhütte in der Eifel, dem die Anerkennung des Försters („Sie schießen eine gute Kugel") über alles geht — er weiß seit 20 Jahren, wo die Macht ist und wo man hingehört.

Diehl selbst sitzt nun gelassen im Zentrum der Macht. Er hat nicht nur „den höchsten Informationsstand" (Diehl), höher als Vizekanzler Brandt und alle Minister; er hat auch, als Kiesingers ständiger Begleiter und engster Berater, beträchtlich größere Einflußmöglichkeiten als das SPD-Team auf die Richtlinien der Politik.

Von der „kleinen Lage" morgens um neun im Kanzler-Bungalow bis zu abendlichen Gesprächen im Kanzler-Wohnzimmer ist der Staatssekretär fast in Permanenz seinem Chef nahe.

Bonns SPD-Politiker haben kein Mittel gegen den Einfluß des Oberbundeskanzlers. Willy Brandt („Ich halte ihn für einen der fähigsten Beamten des auswärtigen Dienstes") war Ende 1967 noch bereit gewesen, Diehl als Nachfolger des nach Berlin abgewanderten Klaus Schütz zum AA-Staatssekretär zu machen. Heute leidet der Minister unter Diehls Informationspolitik.

Aber er fühlt sich machtlos dagegen. Parteifreunden gestand er: „Der Kanzler ist doch sein Dienstherr, da bleibt für mich nicht viel zu tun."

Diehl über Brandt: „Der Mann ist ja nicht dumm."

HAUPTSTADT

Rücksichtslos ausgelöscht

An der Spitze einer improvisierten Auto-Kolonne fuhr CDU-Bürgermeister Hans Steger mit Mikrophon durch die Straßen des rheinischen Städtchens Beuel. „Freudig erregt und mit Tränen in den Augen", so die „Bonner Rundschau", verkündete er seinen Bürgern, daß Beuel vorerst nicht von Bonn geschluckt werde.

Drei Tage ehe am Dienstag letzter Woche aus zwölf Kommunen mit 300 000 Einwohnern Groß-Bonn entstehen sollte, hatte das nordrhein-westfälische Verfassungsgericht in Münster den Zusammenschluß vorläufig gestoppt. Erst Ende dieses Monats wollen die sieben Richter über Verfassungsbeschwerden entscheiden, mit denen die Städte Beuel und Bad Godesberg, die Gemeinden Duisdorf, Lengsdorf und Witterschlick sowie der Landkreis Bonn gegen das Eingemeindungsgesetz des Düsseldorfer Landtags angegangen waren.



Bonn-Kommissar **Meyers**
Vorläufig gestoppt

Godesbergs CDU-Bürgermeister Franz Linz frohlockte: „Die Bürger gewinnen wieder Vertrauen zur Rechtsstaatlichkeit und zu den Gerichten." CDU-Landrat Hans-Josef Bost verzichtete auf seine vorbereitete Abschiedsrede und machte aus den geplanten Abschiedsveranstaltungen des Landkreises — Empfang und Rheinfahrt — ein „zwangloses Beisammensein" (Bonner „General-Anzeiger") und einen „fröhlichen Betriebsausflug" („Bonner Rundschau").

Bonns CDU-Oberbürgermeister Wilhelm Daniels blieb, was er war. Der zum kommissarischen Chef der neuen Bundeshauptstadt ausersehene Franz Meyers, ehemals NRW-Ministerpräsident, saß am Stichtag 1. Juli wie gewohnt als CDU-Abgeordneter im Düsseldorfer Landtag.

Beamte, die schon nach Bonn umgezogen waren, wurden wieder in ihre alten Büros beordert, Akten wurden zurückgeschickt, Haushaltspläne dividiert. Bonn war vorerst wieder die „Apolis" (Unstadt), wie SPD-Humanist Carlo Schmid den Bundessitz am Rhein nennt.

Seit Jahren leidet Bonn unter Zwergwuchs. Die Bundesbehörden sind über ein Gebiet verteilt, das sechs verschiedenen Verwaltungen untersteht; folglich verläppern sich die Zuschüsse des Bundes (derzeit: 27 Millionen Mark jährlich) auf mehrere Gemeinde-Haushalte.

Längst haben sich die Grenzen zwischen Bonn und den Nachbargemeinden verwischt. Für ein neues Büro-Projekt zum Beispiel, das in Godesberg-Nord unmittelbar jenseits der Bonner Stadtgrenze 8000 Mitarbeiter von acht Bundesministerien aufnehmen soll, muß Bonn die Zugangsstraßen bauen.

Die von Sozial- und Freidemokraten geführte Landesregierung schlug ein Neuordnungsgesetz für Groß-Bonn vor. Zugleich sollten 89 Gemeinden im Landkreis Bonn und im Siegkreis zu 19 Großgemeinden eines neuen Rhein-Sieg-Kreises zusammengefaßt werden.

Lokalstolze CDU-Herrscher der Bonner Umgebung sträubten sich. „Man darf nicht zusammenkloppen, was nicht zusammen will", mahnte der Godesberger CDU-Ratsherr Heinz Szymczak, und CDU-Landrat Bost sah lebensfähige Städte und Gemeinden gegen den Volkswillen „konsequent und rücksichtslos ausgelöscht".

Aber die Koalition in Düsseldorf verkündete das Gesetz am 20. Juni, und im künftigen Groß-Bonn breitete sich Resignation aus. Godesbergs CDU-Fraktionsvorsitzender Göke Frerichs: „Ich glaube nicht mehr an ein Wunder, die Würfel sind gefallen." Kommissar Franz Meyers fand, „die Wunden waren am Vernarben".

Für ein Wunder sorgten dann die Münsteraner Verfassungsrichter. Sie hatten in den zehn Tagen zwischen der Verkündung des Gesetzes und dem Termin seiner Anwendung keine Zeit gefunden, über die Verfassungsbeschwerden der Bonner Angrenzer zu entscheiden, und setzten am vorletzten Sonnabend den Gesetzesvollzug „vorläufig außer Kraft".

Die Düsseldorfer Regierer gaben sich gelassen. FDP-Fraktionschef Walter Möller hielt es für „nicht schlimm, wenn die Arbeit erst in einem Monat beginnt". Aber ganz sicher sind sich die Väter von Groß-Bonn nicht, wie das Urteil in Münster ausfallen wird.

Bislang hat sich im Raum Bonn nur für die 350 Seelen der Gemeinde Straßfeld etwas geändert. Sie sind am 1. Juli aus dem Kreisverband Euskirchen ausgeschieden, dessen Neuordnung fristgemäß vollzogen wurde, und haben nun keine Kreis-Heimat mehr. Denn den Rhein-Sieg-Kreis, der sie aufnehmen sollte, gibt es noch nicht.

„DAS IST EIN FAKTUM"

SPIEGEL-Reporter Hermann Schreiber über Bundespräsident Heinemanns ersten Abend im Amt

Die letzte Eintragung im Gästebuch des Bundespräsidenten Lübke stammt vom Abschiedsständchen eines Bonner Sängerkreises. Viele Namen. Einer der Sänger hat, überwältigt, einen ganzen Absatz hingeschrieben: daß es ihm eine große Ehre sei, dem Herrn Bundespräsidenten die Hand geben zu dürfen ...

Der Bürgerpräsident Heinemann blättert weiter, wortlos. Ständchen sind noch nie sein Geschmack gewesen. Man wird ja wohl eine neue Seite nehmen, meint er, ein neues Buch vielleicht. Schade übrigens um den schönen alten Tisch, auf dem es ausliegt. Das Furnier splittert, gleich an ein paar Stellen. Heinemann berührt die Stellen vorsichtig mit den Fingerspitzen, ehe er weitergeht.

Villa Hammerschmidt, am Abend des 1. Juli 1969: Heinemanns Haus seit heute, und doch auch wieder nicht. Er ist noch nicht darauf gefaßt, daß an vielen Stellen die Dielen knarren, weiß noch nicht, wo die Lichtschalter sind. Und in der ersten Etage der Villa, „bei Heinemanns", wie der Hausherr sagt, während er die Freitreppe erklimmt, sieht es ohnehin noch wie bei Lübkes aus. Hier haben sie, tagsüber, zehn Jahre lang gelebt, in sechs bis sieben Zimmern, einem altmodischen Bad, einer kahlen Küche und mit undefinierbaren Möbeln: schlicht — wenn es denn schlicht ist, auf Qualität genauso wie auf Stil zu verzichten, ausgenommen gewisse Ansätze zu jener germanischen Gemütlichkeit, die frieren macht.

Es gibt ein „Kaminzimmer", in dessen buntem Kachelkamin man kein Feuer machen kann, und Gustav Heinemann ist auf Anhieb sicher, daß er sich hier nicht ohne Not aufhalten wird. Es gibt ein „Blumenzimmer", von dem aus man einen prächtigen Blick auf den Park hätte, wenn die Blumen in den ungeschlachten Fenster-Vitrinen nicht wären. Aber das Haus, findet Hilda Heinemann, hat Proportion, sogar Charme.

Bei Heinemanns wird es anders aussehen: andere Möbel, andere Gardinen, andere Farben. Gemauert wird nur, um die Toilette vom Bad zu separieren. Und solange der Kulissenwechsel dauert, drei Monate vielleicht, wohnen der Bundespräsident und seine Frau im Anbau, dem sogenannten Palmenhaus — einst Dienstwohnung des Staatssekretärs, später jahrelang unbenutzt, vor kurzem renoviert.

Auf dem Wege dorthin bleibt Gustav Heinemann eine Minute auf der Eingangsterrasse stehen, den Park im Blickfeld, die stattliche Auffahrt, dahinter die Adenauerallee. Bundespräsident Heinemann. Mir rutscht die Frage heraus, was das für ein Gefühl sei. „Das ist ein Faktum", sagt er.

Die letzte Amtshandlung dieses ersten Tages war, um fünf, die Vereidigung des Staatssekretärs Spangenberg. Danach hatten Heinemanns, bis kurz vor sechs, Familie zu Besuch. Tochter Uta Ranke-Heinemann hat für künftige Fälle ein weißes Köfferchen mit Nachtzeug hinterlassen.

Im Palmenhaus ist alles noch ungewohnt, aber freundlich und licht. Helle Gardinen, ein paar ausgewählte alte Möbel, teils aus fiskalischem und teils aus privatem Besitz, wertvolle Staatsteppiche, einer davon ein Gastgeschenk des Schahs. Den Schreibtisch im Wohnzimmer wollen der Präsident und die erste Dame sich vorerst teilen; doch Papierkörbe,



Präsident **Heinemann,** Tochter **Uta**
Teppich vom Schah

an denen er großen Bedarf hat, vermißt Heinemann. Auch einen Hausschlüssel will er schleunigst haben. Der Clou des Abends aber ist das Staunen erweckende Gerät, vermittels dessen man den nagelneuen weißen Farbfernseher drahtlos fernbedienen kann.

Im Hinblick auf die Fernsehberichte von der Vereidigung des Bundespräsidenten wird das Abendessen vor dem Bildschirm serviert, auf Beisetz-Tischen und mit ein bißchen Improvisation. Es gibt Käse und Wurst, beides am Stück auf einem Holzteller, ein Ei, eine Gurke, Radieschen und hinterher Erdbeeren, gezuckert und mit Sahne. Der Wein, den Frau Siebert, der dienstbare Hausgeist, im Keller zu fassen bekommt, stammt aus Rheinhessen und hat ein Staatswappen auf dem Etikett. Konversation erübrigt sich, denn die Fernsehnachrichten haben begonnen: Heinemanns Amtseid, Heinemanns Antrittsrede. Es bleibt nur Raum für knappe Kommentare.

Und auch die verraten nicht, ob Gustav Heinemann in dieser Stunde mit sich zufrieden ist, ob er sich gar erhoben fühlt. Allenfalls verraten sie die gewohnte Skepsis, gerade gegenüber dem eigenen Stolz, die gewohnte Abneigung gegen das Pathos. „Guck mal", sagt der Bundespräsident, als zwischendurch die Bilder von der Inthronisierung des Prince of Wales auf dem Schirm erscheinen, „so eine Krone habt ihr mir aber noch nicht gegeben." Dies ist nicht die Stunde der Selbstüberhebung. Dies ist die Stunde des Abendessens.

Nur einmal sagt Hilda Heinemann, spontan wie immer: „Ach Gustav, aber es war doch schön." Ja, sagt er, und dann lachen beide.

Spätabends dann ein Spaziergang im Park, eher ein Erkundungsgang. Auf einem kleinen, etwas erhöhten Rastplatz an der Rheinseite des Grundstücks, wo man den Fluß und das Siebengebirge vor Augen hat, fällt Hilda Heinemann ein Brecht-Zitat ein: „Die im Dunkeln sieht man nicht." Aber sie meint sich selber.

Während wir zur Villa Hammerschmidt zurückgehen, eilt Gustav Heinemann, der Hausvater, ein paar Schritte voraus. Er hat in der Küche des Anbaus noch Licht gesehen, und nun will er wissen, was Frau Siebert da immer noch zu tun hat. Und als ich mich schließlich verabschiede, weist er mir den Weg zum großen Portal an der Adenauerallee.

Der Einwand, dies sei doch wohl die Pforte für hohe Würdenträger und festliche Gelegenheiten, überzeugt ihn nicht. Ein Tor ist schließlich ein Tor. „Wir bringen Sie jetzt an die Grenzen des Vaterlandes", sagt er, „und dann werden Sie da auch hinausgelassen."

Doch der wachhabende Grenzhüter an der Staatspforte hat mit dergleichen nicht gerechnet. Er denkt wohl, der neue Hausherr inspiziere die Wachen, also baut er erschrocken ein Männchen, sagt Namen und Dienstgrad und daß er den Auftrag habe, Unbefugte am Betreten des Grundstücks zu hindern. Und dann kann er es kaum fassen, daß der Bundespräsident ihn mit Herr anredet und freundlich bittet, einfach nur „diesen befugten Besucher hinauszulassen".

Verwirrt, aber gehorsam sucht er im Wachraum den Schlüssel, findet ihn und öffnet das Staatsportal.

KANDIDATEN

Die Vatermörder

(siehe Titelbild*)

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.
Aber wo geht sie hin?

Bertolt Brecht

Längst ehe 38,6 Millionen wahlberechtigten Bundesbürgern am 28. September die Wahlkabinen geöffnet werden, hat eine Minderheit von weniger als einem viertel Prozent der Bevölkerung, hat ein Zehntel der 1,3 Millionen eingeschriebenen Parteimitglieder die Entscheidung vorfabriziert.

Wer die Chance erhält, unter die 500 Mitregierer im Hohen Haus zu gelangen, wer in 248 Wahlkreisen und auf zehn Landeslisten den Stimmbürgern offeriert wird, darüber haben nach monatelangen internen Debatten und Abstimmungen die Kader der aktiven Parteimitglieder entschieden.

Wieder, wie alle vier Jahre, hat bei der Kandidatenauswahl das Monopol der Parteien triumphiert, das Theodor Eschenburg ein „ehernes Organisationsgesetz“ der Massendemokratie nennt. Wieder haben „grotesk kleine Gruppen“, so die „Welt“, in Hunderten von Mini-Wahlen zwischen Rendsburg und Rosenheim ein Ausleseverfahren für die Besetzung der deutschen Legislative angewandt, dessen hanebüchene Zufälligkeiten es schon Konrad Adenauer als „Trauerspiel“ erscheinen ließ.

Oberpostrat Dr. Erich Riedl, 36, CSU-Kandidat im Wahlkreis 207 München-Süd, über seine Nominierung: „80 engagierte CSU-Leute bestimmen, wer 200 000 Wahlberechtigten angeboten wird.“

Und doch war die Kandidaten-Kür 1969 ganz anders als sonst. Im dritten Jahr der Großen Koalition, im Jahr nach Dutschke, Notstandsgesetzen und Vorbeugungshaft-Plänen begehrten junge Opponenten allenthalben gegen das alteingesessene Partei-Management auf.

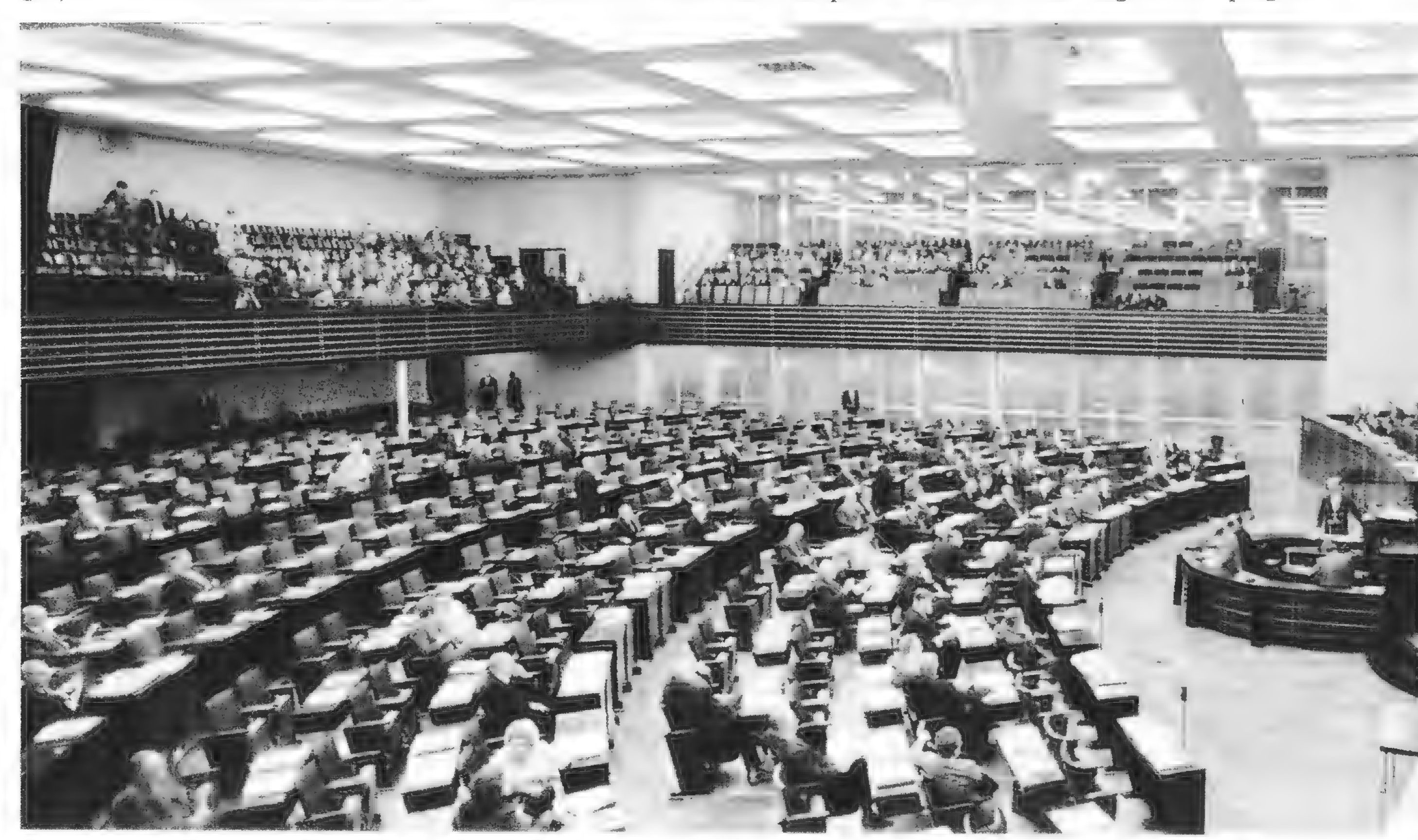
Zum erstenmal schwappte eine Grundwelle von Kritik und Kampfbereitschaft ins Kandidaten-Palaver und brachte den ehrwürdigen Prozeß der Klüngelei durcheinander. Statt allein Anciennität und Parteiverdienste, Wünsche von Interessenten und Mächtigen, Vereinsmeierei und Dorfpolitik im Hinterzimmer gegeneinander aufzuwiegen und den passenden Bewerber dann durch Akklamation wählen zu lassen, mußten die Kandidatenmacher sich in nie gekanntem Umfang zum offenen Gefecht stellen.

Wie ein „reißendes Wetter“ (CDU-Pressesprecher Arthur Rathke) brach die Junge Union über viele Kandidatenwahlen herein. „Gaunertricks“ und „Überfälle nach Art von Heckenschützen“ warf Max Archimowitz, Geschäftsführer des SPD-Bezirks Niederrhein, den Jungsozialisten vor.

Im Wahlkreis 127 Kassel stellten verstörte Altgenossen nach der Nominierungssitzung fest, „daß es eine solch bewegte Delegiertenkonferenz noch nie gegeben hat“, und der Steppenbrand parteiinterner Opposition breitete sich in Hessen so gefährlich aus, daß die „Süddeutsche Zeitung“ von einem „Aufstand ohne Beispiel“ sprach.

Die SPD-Linken sahen bei der Kandidaten-Kür nach über zwei Jahren frustrierender Opposition gegen die Parteilinie endlich die Chance, ihr politisches Kontrastprogramm vorzutragen.

Teils rannten sie frontal gegen die etablierten Parteikader an und blieben geschlagen auf der Strecke, teils tarnten sie ihren Angriff mit pragmatischen Argumenten und setzten sich durch.



Kandidaten-Ziel **Deutscher Bundestag**: Ein Aufstand ohne Beispiel mit Gaunertricks und Überfällen

Die machtbewußten CDU-Jungmannen witterten ihre Chance, politische Ambitionen im Jahr der Unruhe früher zu verwirklichen als gehofft, wieder einmal — nach einem Vers des DDR-Bänkelsängers Wolf Biermann — auf den roten Flammen ihr schwarzes Süppchen zu kochen.

Selbst bornierte Funktionäre begriffen, daß es opportun sei, intellektuelle Kandidaten mit modernem Anstrich und alerte Jung-Manager mit dem Hauch der großen weiten Welt zu präsentieren. Nie zuvor war die Flakhelfer-Generation um 40 Jahre, waren die beruflich frisch Arrivierten, die Techniker der Macht so zahlreich ver-

* SPD-Delegierten-Versammlung im Kasino des Turner-Bundes im holsteinischen Elmshorn. Im Vordergrund der sozialdemokratische Direkt-Kandidat, Dr. Hans-Ulrich Brand, 39.

treten wie in dieser Kandidaten-Saison.

Und ganz neu war, daß sich gegen den allerorten pflichtschuldig begrüßten Technokraten-Nachwuchs bereits eine neue Front gebildet hatte: die der ganz Jungen, die keinem über 30 trauen.

Die Kampfabstimmung über zwei oder mehrere Anwärter, meist der Versuch politischen Vatermords junger Parteimitglieder an älteren, war in diesem Jahr schon fast alltäglich. Und nichts fürchten die Partei-Regisseure mehr, nichts suchen sie so entschlossen zu verhindern.

Es entspricht dem auf Ordnung und Unterordnung gerichteten Sinn deutscher Polit-Patriarchen, „daß ein Vorgang, der in demokratisch strukturierten Organisationen eigentlich der Normalfall sein müßte, nämlich die demokratische Entscheidung über Alternativen, in Wirklichkeit als negativ bewerteter Ausnahmefall angesehen wird", so der Berliner Politologe Bodo Zeuner*.


nach Art von Heckenschützen?

„Es ist nicht gut", meinte der Chef der Jungen Union in Freiburg, Wolfgang Scheuble, „in der Öffentlichkeit die Qualität des Kandidaten breit zu diskutieren." Ein Wechsel der Mandatsträger war bislang nach Meinung des Hamburger SPD-Abgeordneten Dr. Hans Apel „nur bei Tod, Altwerden oder Abweichen von der politischen Linie der Partei ohne größere Schwierigkeiten möglich".

Noch bei der Kandidaten-Aufstellung für die Bundestagswahl 1965 hatte es nur relativ selten Kampfabstimmungen gegeben. In 228 der 248 Wahlkreise war es damals, so ermittelte Zeuner, bei Sozial- und Christdemokraten zu insgesamt 71 Kämpfen gekommen,

▷ 23 bei der SPD,

▷ 48 bei der CDU/CSU.

Im Wahljahr 1969 aber, das ergab eine SPIEGEL-Untersuchung der beiden großen Parteien in allen 248 Wahlkreisen, fanden im ganzen 120 Abstimmungskämpfe statt,

▷ 74 bei der SPD,

▷ 46 bei der CDU/CSU.

Auch die Ruhe im christlichen Lager war nur statistische Täuschung. Denn in zahlreichen Fällen hatte die Junge Union ihren Angriff auf das Partei-Establishment schon durchgefochten und eigenen Kandidaten zum Sieg verholfen, ehe es zur Abstimmung kam. Und wo ein Stimm-Test nötig wurde, ließen die Rebellen oft alle bürgerliche Sittsamkeit fahren.

CDU-Altparlamentarier Joseph Illerhaus, 66, der nach 16 Jahren Herrschaft im Wahlkreis 79 Mönchengladbach unter dem Druck junger Parteifreunde auf eine neue Kandidatur verzichtet hatte, beklagte öffentlich, daß die Methoden, „mit denen man Mitbewerber um die Bundestagskandidatur nach vorne brachte", seiner Auffassung von „politischem Konkurrenzkampf nicht entsprachen".

Auch das FDP-Management sah sich ungewohntem Ungehorsam gegenüber. Bei den Liberalen ging die Auseinandersetzung weniger um Wahlkreis-Kandidaturen, denn die Partei kann nicht hoffen, auch nur einen Bewerber in direkter Wahl nach Bonn zu bringen. Umkämpft waren dafür die aussichtsreichen obersten Plätze auf den Landeslisten. In Niedersachsen und Hessen brachen Kandidaten der FDP-Jugend in die für sicher gehaltene Listen-Domäne der Parteifunktionäre ein.

Nur in Adolf von Thaddens rechtsradikaler Kämpfer-Partei gab es um die aussichtsreichen Plätze keine Kampfabstimmungen. Bei der Auswahl der NPD-Kandidaten klappte das Führerprinzip wie auf Reichsparteitagen. Allein 57 Bewerber kommen aus der Deutschen Reichspartei, 22 sogar aus der NSDAP vor 1933.

Freilich, auch die Regierungsparteien blieben in den Kandidaten-Kämpfen ihren politischen Grundmustern treu:

▷ Den Vatermördern der Christen-Union ging es vor allem um den sicheren Zugang zur Macht in Wahlkreisen mit garantierten CDU-Mehrheiten;

▷ die SPD-Rebellen stritten zumeist für politische Prinzipien, ohne Rücksicht darauf, daß die von ihnen umkämpften Kandidaturen in der Mehrzahl der Fälle keine Aussicht auf Wahlerfolg boten.

Der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) hatte schon auf seiner Saarbrücker Bundestagung im Sommer letzten Jahres beschlossen, die Kandidatenaufstellung zum Anlaß zu nehmen, mit jenen SPD-Abgeordneten abzurechnen, die im Mai 1968 für die Notstandsgesetze gestimmt hatten. Und Niels Kadritzke, SHB-Promoter der Studentenrevolte von Berlin, proklamierte, „daß die Mitgliedschaft in der SPD heute nur noch von der Frage abhängt, ob der heutigen Parteiführung innerhalb oder außerhalb der Partei mehr Schwierigkeiten gemacht werden können".

Schwierigkeiten bei der Nominierung der Kandidaten machten Jungsozialisten (Parteijargon: „Jusos"), SHB-Studenten, linke Gewerkschaftler und generell die Gegner der Großen Koalition.

Sie zwangen die von August Bebel disziplinierte Partei, die beträchtliche Erfahrungen darin besitzt, abweichende Minderheiten auf Vordermann zu bringen, zu offenen Auseinandersetzungen. Die Aufständischen sorgten dafür, daß es in fast jedem dritten der insgesamt 248 Wahlkreise zum Kampf um die SPD-Kandidatur kam.

Im konservativen Bayern zwar erzwangen die Partei-Frondeure nur in fünf von 44 Wahlkreisen eine Kampfabstimmung, und in den fünf saarländischen Wahlkreisen gab es überhaupt keine. In Baden-Württemberg jedoch sah beinahe die Hälfte der 36 Wahlkreise eine Konfrontation, in Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen jeweils rund ein Drittel.

Sogar Schleswig-Holstein, das seine SPD-Kandidaten 1965 noch kampflos benannt hatte, erlebte diesmal in einem Viertel der Wahlkreise Kampfabstimmungen.

Im westlichen Westfalen, zwischen Bochum und Münster, kam es in acht von 26 Wahlkreisen zu Konkurrenzkämpfen. Die Genossen in Dortmund, die stolz darauf sind, dem größten und traditionsgemäß ruhigsten SPD-Bezirk vorzustehen, und die 1965 noch stark genug gewesen waren, fast jede Kampfabstimmung zu verhindern, versuchten, dem Unglaublichen einen Sinn zu geben. Bezirkssekretär Ernst Knäpper: „Ein Beweis für die Vitalität der Partei."

Knäpper fiel die Gelassenheit leicht. Denn überall, wo die parteiinterne Opposition ihr Vorhaben öffentlich angekündigt und der Vorstand somit, wie in Dortmund, Zeit gehabt hatte, Vorsorge zu treffen, war es dem Establishment gelungen, die Mehrheit für seine Kandidaten am Ende doch zu gewinnen.

Schlechter sah es für den Vorstand aus, wenn ohne Vorankündigung Alternativkandidaten präsentiert wurden. Oft hatten die Opponenten sogar die Manager bewußt in dem

* Dr. Bodo Zeuner: „Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965. Untersuchungen zur innerparteilichen Willensbildung und zur politischen Führungsauslese". Erscheint im Oktober 1969 im Nijhoff-Verlag, Den Haag.





SPD-MdB **Schmitt-Vockenhausen**, Gegner **von Auer**: Unsittliche Waffe

Glauben bestärkt, daß alles glatt gehen werde.

In Düsseldorf beispielsweise wurden die Regisseure kalt erwischt: Uralt-Parlamentarier Willy Könen, 61, bekam erst auf der Delegiertenkonferenz einen Gegenkandidaten präsentiert und stand wenige Minuten später, nach 16 Jahren, am Ende seiner Bonner Karriere.

Und weil es ums Prinzip ging, waren den Linken alle Mittel recht. Sogar die Debatte zur Person, bislang geradezu als unsittlich geächtete Waffe, blieb den Konferenz-Dirigenten in diesem Jahr nicht erspart. Juso Frank von Auer, 29, einst Vorsitzender des Liberalen Studentenbundes (LSD), attackierte auf der SPD-Delegiertenversammlung im Wahlkreis 143 Groß-Gerau vor den Kameras des ZDF den Parteibonzen und permanenten Abgeordneten Hermann Schmitt-Vockenhausen: „Sechzehn Jahre lang ist dieser Wahlkreis durch einen Mann vertreten worden, dessen politische Haltung sich mit den Jahren zunehmend den hier vertretenen Auffassungen entfremdet hat ... Wir hier brauchen einen Abgeordneten, der kein Gegner der Gewerkschaften ist, der nicht aktiv daran mitarbeitet, die Substanz unseres Grundgesetzes zu zerstören."

Wie Schmitt-Vockenhausen (Partei-Spitzname „HSV" oder „Schmott") mußten erstmals auch andere Götter des Bonner Olymps um die erneute Nominierung kämpfen. Zu ihnen gehörten der Spitzenkandidat der Bremer Genossen, Hermann Hansing, und der SPD-Riegenführer in Hannover und Chef der Bonner Kanalarbeiter, Egon Franke. Franke mußte, so ein Delegierter, „alles aufbieten, was laufen konnte", um den Juso-Favoriten Siegfried Potthoff, 42, mit 35 zu 11 Stimmen aus dem Feld zu schlagen.

Im Wahlkreis 59 Köln I traf der Protest der Linken den Bundesgeschäftsführer der Partei, Hans-Jürgen („Ben Wisch") Wischnewski, der sich mit nur 162 zu 102 Stimmen gegen den IG Metaller und Betriebsratsvorsitzenden der Kölner Ford-Werke, Günther E. Tolusch, 41, durchsetzen konnte.

Um ihre Plätze in Kassel und Marburg mußten auch die Parlamentarischen Staatssekretäre Gerhard Jahn (Außenministerium) und Holger Börner (Verkehrsministerium) kämpfen. Börners Chef Georg Leber, der im Aktionszentrum Frankfurt der SPD-Linken antrat, siegte mit 83 zu 46 Stimmen wenig eindrucksvoll über den Juso und Geschichts-Doktoranden Karsten Dietrich Voigt, 27.

In einigen Fällen ließen die Aufrührer Prominenz gegen Prominenz antreten. Die Kandidatur im Wahlkreis 194 Reutlingen machte dem Staatssekretär Friedrich Schäfer aus dem Bundesratsministerium der Tübinger Politprofessor Klaus von Beyme, 34, streitig. Schäfer siegte nach scharfer Debatte mit 85 zu 64 Stimmen.

Im bayrischen Miesbach trat Erfolgsautor Bernt Engelmann („Meine Freunde, die Millionäre") gegen den prominenten Parlamentssenior Georg Kahn-Ackermann an und unterlag mit 13 zu 40 Stimmen.

Wo der Wunschkandidat der Parteioberen nicht durchkam, griffen die Verlierer oft zu Advokatentricks. Im Wahlkreis 98 Gelsenkirchen II beispielsweise war es den Linken überraschend gelungen, die vom Vorstand vorgeschlagene Wiedernominierung des Mandatsinhabers zu verhindern und einen eigenen Kandidaten durchzubringen.

Nun erst besann sich der Vorstand darauf, daß die Versammlung nur ein zweifelhaftes Mandat besaß, weil die Delegierten nicht exakt nach den Bestimmungen des Bundesparteien- und Bundeswahlgesetzes gewählt worden seien.

Die Abwahl des alten Abgeordneten wurde annulliert, die Delegierten neu gewählt, und in der neuen Delegiertenkonferenz hatte der Vorstand die Mehrheit zurückgewonnen: Sein Protegé wurde mit 88 zu 80 Stimmen nominiert.

Nur ein einziges Mal kamen Links-Oppositionelle, die für politische Grundsätze in den Kampf zogen, zum Erfolg: im Wahlkreis 138 Wiesbaden, wo der bisherige SPD-Kandidat und Bonner Abgeordnete Karl-Walter Fritz die Rechnung dafür präsentiert bekam, daß er die Notstandsverfas-

DER WEG ZUR KANDIDATUR

Das Verfahren, nach dem Bundestagskandidaten aufgestellt werden, ist durch Gesetze vorgeschrieben.

Das Bundesgesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) bestimmt in

▷ Paragraph 17: „Die Aufstellung von Bewerbern für Wahlen zu Volksvertretungen muß in geheimer Abstimmung erfolgen."

Das Bundeswahlgesetz bestimmt in

▷ Paragraph 22 Absatz 1: „Als Bewerber einer Partei kann in einem Kreiswahlvorschlag nur benannt werden, wer in einer Versammlung der wahlberechtigten Mitglieder der Partei im Wahlkreis oder in einer Versammlung der von den wahlberechtigten Mitgliedern der Partei im Wahlkreis aus ihrer Mitte gewählten Vertreter in geheimer Abstimmung hierzu gewählt worden ist";

▷ Absatz 3: „In den Großstädten, die mehrere Wahlkreise umfassen, können die Bewerber für diese Wahlkreise in einer gemeinsamen Mitglieder- oder Vertreterversammlung gewählt werden";

▷ Absatz 4: „Der Landesvorstand oder eine andere in der Parteisatzung hierfür vorgesehene Stelle kann gegen den Beschluß einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung Einspruch erheben. Auf einen solchen Einspruch ist die Abstimmung zu wiederholen. Ihr Ergebnis ist endgültig";

▷ Absatz 5: „Das Nähere über die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung, über die Einberufung und Beschlußfähigkeit der Mitglieder- oder Vertreterversammlung sowie über das Verfahren für die Wahl des Bewerbers regeln die Parteien durch ihre Satzungen."

sung befürwortet hatte. Eine Koalition von Jusos und linken Gewerkschaftlern hatte in Wiesbaden dem Sozialpfarrer Horst Krockert, 45, Leiter des Amts für Industrie- und Sozialarbeit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, gegen Notständler Fritz aufgestellt.

Vergeblich attestierte Staatssekretär Karl Wittrock aus dem Bonner Verkehrsministerium, früher selber Abgeordneter im Wiesbadener Wahlkreis, dem bedrängten Bonner Kollegen „großen Fleiß und treue Bekenntnisse". Fritz verlor mit 104 zu 115 Stimmen seine Kandidatur und das fast sichere neue Mandat und klagte vor Parteifreunden: „Mich hat der Notstand gekippt."

Juso-Chef Jörg Jordan aus Wiesbaden fühlt sich seither in seiner Auffassung bestärkt, „daß noch nicht alle systemimmanenten Möglichkeiten erschöpft sind, der galoppierenden Entdemokratisierung der Bundesrepublik zu begegnen und den Kurs der SPD in einem langen Marsch auf den Weg des demokratischen Sozialismus zurückzuführen". Erfolgreicher im System waren die Jusos freilich, wenn sie nicht als „programmorientierte Gruppen" (Zeuner) auftraten. Denn Programm-Verfechter und Prinzipienstreiter hatten nach den Erkenntnissen des Berliner Politologen „für die Wahlkreisnominierung bislang stets nur eine marginale Rolle" gespielt.

Wo die linke Opposition sich nicht auf Notstand und Große Koalition versteifte, sondern sich eher pragmatisch den latenten Unmut des Parteivolkes gegen die Selbstherrlichkeit des Vorstands zunutze machte, wo sie moderner und aktiver zu sein versprach als die amtierenden Funktionäre, da kam sie auch zu Erfolgen:

▷ In Lübeck warf der erst 29 Jahre alte Björn Engholm den seit 1953 im Bundestag sitzenden Tischlermeister Karl Regling mit 108 zu 49 Stimmen aus dem Rennen;

▷ in Göttingen besiegte der Juso-Kandidat und Historiker Dr. Günther Wichert, 34, den Unterbezirksvorsitzenden Dr. Karl Fritz Heise, 44, der die Unterstützung des Vorstands hatte, mit 49 zu 44 Stimmen;

▷ in Münster siegten die Jusos mit dem Studienassessor Karl-Heinz Walkhoff, 33, gegen den IG-Metall-Bezirksvorsitzenden Hans Janssen mit 34 zu 19 Stimmen;

▷ im Kiesinger-Wahlkreis Waldshut kam der Juso-Kandidat Rainer Offergeld, 31, im zweiten Wahlgang gegen Manfred Rauer, 42, mit 55 zu 30 Stimmen zum Zuge.

Die von dem SPD-MdB und ehemaligen Chefredakteur des theoretischen SPD-Organs „Die neue Gesellschaft" Ulrich Lohmar beschriebene Misere der innerparteilichen Demokratie, daß die „große Mehrheit der Mitglieder auf das Geschehen keinen oder nur sehr geringen Einfluß hat", daß die ehrenamtlichen und ständigen Mitarbeiter die eigentlichen Parteibürger seien,


Engholm


Wichert


Walkhoff


Offergeld

Siegreiche **Juso-Kandidaten**
„Langer Marsch zum Sozialismus"

schien sich gebessert zu haben. Die kritischen Parteibürger haben weit mehr erreicht, als sie nach den Erfahrungen von 1965 und allen anderen Wahljahren in der Geschichte der Bundesrepublik erwarten durften.

Es hat mehr innerparteiliche Demokratie bei der Nominierung der SPD-Kandidaten gegeben als je zuvor. Der „Stilbruch" der Kampfabstimmung ist, wie die „Frankfurter Rundschau" schrieb, zu einem „Hoffnungsschimmer" geworden.

Den Managern der christdemokratischen Staatspartei waren solche Konflikte seit je vertrauter als den Genossen, wenn auch genauso zuwider. Wo eine CDU-Kandidatur vakant wurde, waren Kampfabstimmungen über mehrere Bewerber schon immer CDU-Norm.

„Die Alternativabstimmung in einem Wahlkreis", so Bodo Zeuner, sei „bei der CDU/CSU eine relativ typische Karriereprüfung, die von einem großen Teil wenigstens der Wahlkreisabgeordneten dieser Partei irgendwann einmal absolviert worden ist".

Anders als bei der SPD, aktivierte bei der CDU die Aussicht auf einen sicheren Wahlkreis und somit einen Sitz im Parlament den Macht-Instinkt der Junioren und ihre Bereitschaft zum Kampf. Schon 1965 hatten rund 70 Prozent aller CDU/CSU-Kampfabstimmungen in Wahlkreisen mit klaren schwarzen Mehrheiten stattgefunden.

Auch in diesem Jahr bewies der CDU/CSU-Nachwuchs, daß er weniger an der politischen Grundlinie seiner Partei interessiert ist als daran, mit organisatorischem Geschick und Selbstbewußtsein zur Macht vorzustoßen.

Im Wahlkreis 190 Freiburg erhielt Dr. Hermann Kopf, 68, Vorsitzender des Bonner Auswärtigen Ausschusses, zum erstenmal seit 1949 einen Gegenkandidaten. Die Kopfjäger der Jungen Union, denen 20 Jahre Parlamentszugehörigkeit genug schienen, siegten nach einer intensiven Anti-Kopf-Kampagne in Vereinslokalen und auf Bauernhöfen mit 51 zu 35 Stimmen und nominierten den Freiburger Stadtkämmerer Dr. Hans Otto Evers, 44.

Andere Veteranen resignierten freiwillig oder wichen im Vertrauen auf einen guten Listenplatz in hoffnungslose Wahlkreise aus, wie der frühere Bonner Vielzweckminister Theodor Blank, der von Bocholt nach Wanne-Eickel-Wattenscheid abwanderte.

Als ideales Sprungbrett für eine Bonner CDU-Karriere erwiesen sich Führungsposten in der Jungen Union. Denn im Gegensatz zu den Jungsozialisten haben sich die Jungchristen immer als angepaßte Manager-Reserve ihrer Partei begriffen.

Einen Durchmarsch ohne Kampfabstimmung schafften zwei der jüngsten Union-Kandidaten: im Wahlkreis 80 Krefeld Horst Günter Jöbges, 28, Vorsitzender des Landespräsidiums der Jungen Union Nordrhein-Westfalens; im Wahlkreis 160 Neustadt-Spey-



Ihr Rückgrat war uns
ein paar Ideen wert.
Sitzen ist nicht gleich Sitzen.
Ein Gartenstuhl muß anders beschaffen sein als ein Eßzimmerstuhl. Und ein Wohnzimmerstuhl anders als ein Schreibtisch-Sessel.
So gingen wir daran, das Sitzen zu erforschen. Sahen den Leuten beim Zeitunglesen zu. Beim Mittagessen. Und lange, lange Zeit bei der Büroarbeit. Und erst dann gingen wir ans Entwerfen. Ein typisches Ergebnis solcher Forscherarbeit ist der Schreibtisch-Sessel von Charles Pollock. Ein Sessel, in dem Sie telefonieren, diktieren, nachdenken und bei alledem Ihr Rückgrat schonen können. Und weil dieser Sessel ein Knoll International-Sessel ist, müssen Sie sich, bevor Sie ihn kaufen, ein paar Gedanken machen:
Ob er Armlehnen haben soll oder keine. Rollen oder keine. Ob er Leder- oder Stoffbezug haben soll. Über Ihr Rückgrat brauchen Sie sich dann keine Gedanken mehr zu machen.
Knoll International
Knoll International GmbH
Hauptverwaltung und Ausstellung:
Stuttgart, Am Neckartor 26
Niederlassungen mit Ausstellungen:
Berlin 33, Bismarckplatz;
Düsseldorf, Königsallee 30, Kö-Center;
Frankfurt/M., Taunusanlage 21;
Hannover, Uhlemeyerstr. 21;
Kassel, Friedrich-Ebert-Str. 39.
Agenturen mit Ausstellungen
Aachen, Intermöbel Exclusiv, Kasernenstr. 16;
Bremen, D. Hildebrandt, Innenarchitekt, Martinistr. 25;
Dortmund, H. J. Wulf, Innenarchitekt, Westenhellweg 43;
Duisburg, Schellhorn KG, Friedrich-Wilhelm-Str. 30;
Essen, Einrichtungshaus Kramm, Kettwiger Str. 44;
Frankfurt, Rosenthal Studio, Biebergasse/Börsenplatz;
F. Scherer Einrichtungshaus GmbH Kaiser-Joseph-Str. 263;
Göttingen, Heim und Mode, Fritz Helten KG, Nikolaistr. 12;
Hamburg 13, D. Hildebrandt, Innenarchitekt, Hochallee 43;
Karlsruhe, Burger oHG, Waldstr. 91;
Köln, Intermöbel Pesch KG, Kaiser-Wilhelm-Ring 34;
Krefeld, K. Thiwissen, Ostwall 48a;
Mannheim 1, A. + R. Volk, P 7, 9 (Wasserturmpassage);
München 22, H. Donaubauer, Karl-Scharnagl-Ring 60;
Münster, H. J. Wulf, Innenarchitekt, Spiekerhof 9-11;
Nürnberg, Mobilia Biedermann & Co KG Kaiserstr. 11-13;
Regensburg, Einrichtungshaus Maria Paulin oHG, Schwarze Bären Str. 8;
Saarbrücken, River KG, Bahnhofstr. 54;
Siegen, Einrichtungshaus Kleine, Friedrichstr. 124;
Trier, A. Reiter KG, An der Porta Nigra;
Wuppertal-Elberfeld, Raumkunst E. Becher, Herzog-/Ecke Bankstraße.
Schweiz:
Basel, Wohnbedarf S. Jehle, Aeschenvorstadt 43;
Zürich, Wohnbedarf AG, Talstr. 11.



Durchgefallener **Blachstein** (SPD)
Einmischung von oben

er der Landesvorsitzende der Jungen Union in Rheinland-Pfalz, Dr. Georg Gölter, 29.

Für die Nachfolge des in Ruhestand tretenden Juristen Professor Dr. Eduard Wahl hatten die CDU-Honoratioren in Heidelberg den ehemaligen deutschen Generalkonsul in New York, Klaus Curtius, 62, vorgesehen. Zwar hatte die Junge Union Dr. Peter Molt, 39, den Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes in Bad Godesberg, als Gegenkandidaten benannt. Dennoch schien zunächst für die Alten alles nach Plan zu gehen.

Die Delegiertenkonferenz im „Ritter" zu Schwetzingen am 8. März dieses Jahres verlief „äußerst harmonisch" („Rhein-Neckar-Zeitung"). Lange Gesichter am Vorstandstisch gab es erst nach der geheimen Abstimmung: Molt siegte über Curtius mit 88 zu 51 Stimmen.

Eine bittere Niederlage allerdings erlitt die Junge Union bei der Wiederaufstellung des dubiosen CSU-MdB und Strauß-Vertrauten Friedrich Zimmermann, 43, im Wahlkreis 214 Landshut. Der christlich-soziale Parteinachwuchs nahm daran Anstoß, daß der Vorsitzende des Bonner Verteidigungsausschusses im Zusammenhang mit dem bayrischen Spielbankenskandal in ein Meineidsverfahren verwickelt gewesen war.

Franz-Josef Strauß warf sich persönlich für seinen Gefolgsmann in die Schlacht: Im Café Kneitinger zu Abensberg hämmerte Strauß, der bei Anti-CSU-Prozessen stets Rechtsbruch wittert, den Parteifreunden ein, das Meineidsverfahren sei „eines der dunkelsten Kapitel der bayrischen Justiz, ein Verbrechen der Verfolgung Unschuldiger". Dennoch nahm der Vorstand der Jungen Union von Landshut einstimmig eine Resolution an, in der er sich „entschieden" gegen die Nominierung von Friedrich Zimmermann aussprach.

Aber die Mehrheit der Delegierten blieb hinter Franz-Josef Strauß: Mit 20 von 30 Stimmen wurde Zimmermann CSU-Kandidat von Landshut.

Was Strauß in Landshut gelang — direkte Einflußnahme der Parteispitze auf die Kandidatenwahl in den Unterorganisationen —, mißlang allerdings den Führern der anderen Parteien gründlich.

Von einer „zentralen Fraktionsplanung" (Zeuner) durch die Führungsstäbe der großen Parteien war nichts zu spüren. Vielmehr: je intensiver die Einmischung von oben, desto hartnäckiger der Widerstand von unten.

Bruno Heck, Generalsekretär der CDU, mußte sich im Wahlkreis 175 Schwäbisch Gmünd-Backnang sogar das Recht bestreiten lassen, für die erneute Nominierung des tief gestürzten Eugen Gerstenmaier Partei zu ergreifen. Nur „schlicht als Bruno Heck", nicht als Bonner Parteiboß, wagte er den verärgerten Delegierten vorsichtig, Gerstenmaier noch einmal aufzureden — ohne Erfolg. Sie wählten den Universitätsassistenten Dieter Schulte, 28.

Auch bei der SPD war der Wunsch des Parteivorstands längst kein Befehl mehr: Die Genossen in Rendsburg-Neumünster weigerten sich, den national-konservativen Chef des Bundes der Vertriebenen, Reinhold Rehs, fürderhin in ihrem Wahlkreis zu dulden. Die Genossen in Pinneberg waren sich rasch einig, es im Wahljahr 1969 ohne ihre alte Abgeordnete und frühere Sekretärin von Kurt Schumacher, Annemarie Renger, 49, zu versuchen. Und die Hamburger SPD wollte ihren Uralt-Parlamentarier, den amtsmüden Belgrad-Botschafter Peter Blachstein, 58, loswerden.

Interventionen des Parteivorstands zugunsten von Renger, Rehs und Blachstein blieben ohne Erfolg. Die SPD-Dame holte sich noch eine zweite Abfuhr von den Delegierten im Wahlkreis Bonn-Bad Godesberg, ehe sie in letzter Stunde noch einen Platz im Wahlkreis 77 Neuß-Grevenbroich ergatterte. Reinhold Rehs kam nirgends mehr unter und ging verärgert zur CDU. Peter Blachstein gab bei der Hamburger Landesdelegierten-Versammlung bereits nach dem ersten Wahlgang auf.



Durchgefallener **von der Heydte** (CSU)
Abfuhr für Karrieristen



Durchgefallener **Kopf** (CDU)
Widerstand von unten

Die Ohnmacht der Partei-Oberen verdeutlichte, daß auch im Wahljahr 1969 das überkommene Grundmuster der Kandidatenauswahl erhalten blieb. Trotz Unruhe und Kampfbereitschaft junger Rebellen behaupteten die örtlichen Parteikader auch diesmal weitgehend ihre Vormacht bei der Führungsauslese. In der Mehrzahl der Fälle bestimmte immer noch der Kreisvorstand, wer durch Akklamation zu wählen war, und selbst wo es zum Kampf kam, ging es immer noch öfter um lokale Rivalitäten und Animositäten als um Grundsätze der Politik oder der Macht.

Über die Befähigung von Kandidaten für die Arbeit im deutschen Bundestag entscheiden die Provinz-Matadore zumeist eigenwillig und nach Maßstäben, die zur Beurteilung der Volksvertreter-Qualitäten kaum taugen. „Der Zustand der Bundesrepu-



Durchgefallener **Klug** (FDP)
Niederlage für Zopfabschneider

MIT HUMBOLDT IN DEN KAMPF

Der jüngste Kandidat bei den Bundestagswahlen

Mit 26 Jahren beschloß er, Politiker zu werden. Heute, knapp ein Jahr später, ist der Chemiker Wolfgang Flad, 27, Kandidat der FDP im Wahlkreis 164 Stuttgart I.

Wie er es wurde, schildert er so: Als Assistent in der privaten Berufsfachschule seines Vaters merkte er, „daß in der Schul- und Bildungspolitik vieles faul ist" und daß man selbst etwas tun müsse, um das zu ändern. Nach Lektüre aller Parteiprogramme und dem Besuch aller örtlichen Parteiversammlungen entschied er sich für „die faszinierende liberale Grundidee" und „das kleinste Übel". Er wurde Mitglied im Stuttgarter FDP-Kreisverband und bei den Jungdemokraten.

Dort machte er schnell Karriere: Einschlägige Diskussionsbeiträge auf Parteiversammlungen brachten ihn in den Ruf, Experte für Bildungspolitik zu sein. So wurde er Vorsitzender des Jungdemokraten-Ausschusses für Kulturpolitik, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Kulturpolitik der FDP-Stuttgart und Mitglied des kulturpolitischen FDP-Landesausschusses, der gerade zusammen mit dem Arbeitskreis III (Kulturpolitik) der baden-württembergischen FDP-Landtagsfraktion ein „Modell für ein liberales Bildungswesen" entwarf.

Als FDP-Kreisverbandsvorsitzender Werner Mertes, 49, Anfang dieses Jahres für den von der SPD sicher beherrschten Wahlkreis Stuttgart I einen Kandidaten suchte, der sich im Wahlkampf auch ohne Siegeschance voll und ganz für die Partei einsetzen würde, erinnerte er sich bei Durchsicht seiner Kartei der unermüdlichen Aktivität des Partei-Novizen Flad. Am Rosenmontag, zwölf Uhr, rief er den Jungchemiker an: „Wollen Sie für den Bundestag kandidieren?"

Flad bat um Bedenkzeit. Denn er wußte, daß der Wahlkreis für die FDP nicht zu gewinnen ist (1965 erhielt die Partei 13,4 Prozent der Stimmen) und auch eine Absicherung seiner Kandidatur auf der Landesliste nicht möglich war: Das Kontingent der Stuttgarter FDP auf den sicheren Plätzen der baden-württembergischen Landesliste nahmen nämlich die beiden anderen Stuttgarter Direkt-Kandidaten, die Bundestagsabgeordnete Emmy Diemer-Nicolaus und Mertes selbst, für sich in Anspruch.

Vier Stunden später hatte Flad sich entschieden, auch diesmal jenem Humboldt-Motto zu folgen, das dem Absolventen des renommierten Stuttgarter Karls-Gymnasiums als ständige Lebenshilfe dient: „Man soll nicht bloß handeln, sondern es auch mit der Zuversicht tun, als hänge der Erfolg lediglich von einem selbst ab." Er nahm das Mertes-Angebot an.

Wenig später lud der FDP-Kreisvorstand den Chemiker „zur Begutachtung" (Flad) vor. Der Vorstand war mit der Prüfung zufrieden und riet der Mitgliederversammlung, den Parteifreund Flad zu nominieren. Da drohte eine Satzungsklausel die Blitzkarriere zu stoppen: Das Stuttgarter FDP-Statut bestimmt, daß ein Mitglied mindestens ein Jahr der Partei angehören muß, bevor es für den Bundestag kandidieren kann. Flad war erst zehn Monate dabei.

Die Stuttgarter FDP-Delegierten lösten das Juristen-Problem reibungslos: Sie nominierten Flad mit über 90 Prozent der Stimmen, weit mehr, als für Satzungsänderungen erforderlich sind. Gleichzeitig wählten sie ihren Kandidaten in den örtlichen Kreisvorstand.



FDP-Novize **Flad**
Ruf am Rosenmontag

Nach seiner Nominierung startete Flad, einst Gründer und Leiter des chemischen Labors der Warentest-Zeitschrift „DM", einen Canvassing-Wahlkampf amerikanischen Stils — mit Hausbesuchen, Informationsständen, Anzeigen-Kampagnen, Sympathiewerbung in Fußball- und Gewerbevereinen. Flad: „Ich tue alles, um die Leute auf mich aufmerksam zu machen."

Seine aussichtslose Kandidatur hält er für eine große Chance zum Start einer politischen Karriere: „Wenn ich mehr Erst- als Zweitstimmen kriege, wird die Parteiführung auf mich aufmerksam, und ich bekomme das nächste Mal einen sicheren Listenplatz. Denn natürlich kandidiere ich in vier Jahren wieder."



Unterlegener SPD-Bewerber **Schneider:** Verbitterung und Peinlichkeiten

blik", argwöhnte der Elite-Philosoph Karl Jaspers vor drei Jahren, „liegt zum Teil an der Auslese der politisch führenden Persönlichkeiten. Es sind wahrscheinlich nicht die besten."

Was das Parlament sein soll, ob Geistes-Adel der Nation oder Experten-Elite, ob „Spiegelbild des Volkes" (Eugen Gerstenmaier) oder Transmissionsriemen zwischen der Provinz und dem Bonner Machtzentrum, darüber gibt es keinen Konsens. Deshalb ist auch — unter Wissenschaftlern wie Politikern — strittig, welches Ausleseverfahren richtig sei und ob das herrschende System die Besten nach Bonn bringe.

Welche Kriterien die Auswahl der Kandidaten bislang bestimmen, ermittelte der Politologe Karlheinz Kaufmann*.

Danach werden von den Wahlmännern honoriert:

- ▷ Prestige des schon einmal gewählten Abgeordneten,
- ▷ Anziehungskraft auf neue Wählerschichten,
- ▷ fachliche Qualifikation,
- ▷ Funktion in der Partei.

Bodo Zeuner entdeckte bei seiner Untersuchung der Kandidatenaufstellung des Jahres 1965 drei weitere Kriterien:

- ▷ Ortsverbundenheit,
- ▷ Bewährung in der Kommunalpolitik und
- ▷ Erwartung hoher Wahlkreis-Aktivität.

Die örtlichen Delegierten bewerten einen Mandatsbewerber, so Zeuner, „weniger danach, was er in Bonn für den Wahlkreis, sondern danach, was er im Wahlkreis für die Partei und in der Partei tat oder zu tun versprach".

Das Lokalinteresse der Partei zu vernachlässigen hat noch allen Bewerbern geschadet: Das heimatliche Fundament bricht, bevor der Bonner Himmel erstürmt ist.

Das erfuhr zum Beispiel der CSU-Abgeordnete im Wahlkreis 226 Hof, Oberregierungsrat Manfred Schlager, 39. Während Schlager im fernen Bonn Bundespolitik machte und sich nach Meinung der Hofer Parteimitglieder „nicht allzu häufig sehen ließ", legte der örtliche Landtagsabgeordnete Dr. Jürgen Warnke, 37, die Fundamente zu einer eigenen Bundeskarriere. Er warb fleißig um die Sympathie der Wahlmänner und hob in der entscheidenden Kampfabstimmung Schlager ohne große Mühe aus dem Sattel.

Lohn für geleistete Kleinarbeit erntete auch der SPD-Genosse Kurt Koblitz, 52, im Wahlkreis 54 Aachen-Land. Als Unterbezirksvorsitzender hatte er der Ortspartei so eifrig gedient, daß die Delegierten ihren bisherigen Kandidaten Fritz Jung, 41, fallenließen und Koblitz nominierten.

Nicht ohne Verbitterung und Peinlichkeiten ging es im bayrischen Wahlkreis 210 Rosenheim ab, wo ein alteingesessener SPD-Parlamentarier durch die Nominierung eines Gegenkandidaten dafür bestraft werden sollte, daß er sich in den vergangenen vier Jahren zuwenig um die Kreisorganisation gekümmert hatte: Fuhrunternehmer Hermann Haage, 56, aus München sah sich nach drei Legislaturperioden zum erstenmal in einen Kampf um seine Nominierung verwickelt. Sein Gegner war der Lehrer Hans Schneider, 31.

Im Rosenheimer Parkhotel eröffneten die Genossen im November letzten Jahres die Diskussion. Es blieb, so berichtete das „Oberbayerische Volksblatt", in der Hauptsache bei dem Vorwurf, Haage habe sich „zuwenig um seinen Wahlkreis gekümmert ... Zum Beispiel war er Schulhauseinweihungen und Plakettenverleihungen ferngeblieben und hatte es versäumt, bei einem großen Empfang einem alten Parteigenossen die Hand zu drücken".

Außerdem sei Haage als erfolgreicher Unternehmer „etwas der Vorstellungswelt seiner Parteigenossen entrückt", und es habe den Anschein, daß ihm ein „gewisser Mangel an Kon-

* Karlheinz Kaufmann, Helmut Kohl und Peter Molt: „Die Auswahl der Bundestagskandidaten 1957 in zwei Bundesländern". Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln-Berlin, 1961; 244 Seiten; 16,80 Mark.

DER WEG INS PARLAMENT

Die 496 stimmberechtigten Abgeordneten des Deutschen Bundestags (weitere 22 werden vom Berliner Abgeordnetenhaus delegiert und haben bei der Gesetzgebung kein Stimmrecht) gelangen auf zwei Wegen ins Parlament:

- ▷ durch direkte Wahl in den 248 Wahlkreisen;
- ▷ über eine Partei-Landesliste.

In den Wahlkreisen können auch parteilose Kandidaten antreten, wenn sie 200 Unterschriften für ihre Kandidatur beibringen. In der Praxis aber stehen nur Partei-Kandidaten zur Wahl, und seit 1957 ist es allein Bewerbern von SPD, CDU und CSU gelungen, direkt gewählt zu werden. Nur sie konnten unter den durchschnittlich 155 000 Stimmbürgern der Wahlkreise die jeweils erforderliche einfache Mehrheit erreichen.

Die meisten Wahlkreise sind traditionell sichere Domänen einer der drei Parteien, deren Kandidaten dort mit ihrer Aufstellung schon so gut wie gewählt sind. Knappe Siege (mit einer Differenz von zwei Prozent oder weniger) gab es 1965 nur in 20 Wahlkreisen, die somit auch in diesem Jahr als unsicher gelten können.

Landeslisten dürfen nur von politischen Parteien aufgestellt werden. Von den Listenkandidaten ziehen jeweils so viele ins Parlament ein, daß die Gesamtzahl der Abgeordneten dem Stimmenanteil der Partei im Land entspricht — vorausgesetzt, die Partei hat bundesweit fünf Prozent der Stimmen oder mindestens drei Direktmandate erreicht. Über die Liste können mithin Kandidaten in den Bundestag gelangen, die im Wahlkreis unterlegen sind oder sich der Direktwahl überhaupt nicht gestellt haben.



Löwen trinken ihn pur
Heinrich,
Deutschlands führender Marken-Gin.
Heinrich Dry Gin ist rein.
Dank Spezial-Destillation.
Für Long Drinks. Für Kurze.
Heinrich Dry Gin.
Nur echt mit dem Löwen.
Heinrich hat Gin in Deutschland
populär gemacht.
Nur echt mit dem Löwen
Dry Gin
MARKE
LÖWE
HEINRICH
C. K. HEINRICH
BERLIN

taktfreudigkeit und Jovialität" zu schaffen mache.

Die SPD-Ortsvereine in Rosenheim-Stadt und -Land wendeten den Fall hin und her. Im Ortsverein Kolbermoor, der sich geschlossen für Haage und gegen Schneider erklärte, wurde darauf hingewiesen, daß eine lange Krankheit den verdienten Abgeordneten daran gehindert habe, „immer da aufzukreuzen, wo gerade eine Einweihungsfeier" stattfand. Sachliche Kritik sei am Platze, doch müsse bedacht werden, daß ein Abgeordneter kein „Hans Dampf in allen Gassen" sei.

Altbürgermeister Franz Mühlbauer, Stadt- und Kreisrat sowie Ehrenvorsitzender des SPD-Ortsvereins Mühldorf, sprach sein „tiefes Bedauern" aus: „Was da beabsichtigt ist, einen verdienten Bundestagsabgeordneten abzuwählen, ist meines Erachtens einer SPD unwürdig." Mühlbauer wies auch auf Haages Verdienste um die Inntal-Autobahn hin. Ausschlaggebend aber war sein Argument, daß der Wahlkreis in direkter Wahl der CSU nicht zu entreißen sei und daß nur der Verkehrsexperte Haage, nicht aber der Lehrer Schneider über einen sicheren Platz auf der bayrischen SPD-Landesliste für den Kreis Rosenheim ins Parlament einziehen könne.

Haage siegte in der Kampfabstimmung mit 73 zu 41 Stimmen.

Selbst Partei-Prominenz ist nicht gegen die Forderung gefeit, auf der untersten Ebene bei Bierabenden und Turnhallen-Einweihungen präsent zu sein. Ulrich Lohmar, SPD-Bildungsexperte, mußte sich im Wahlkreis Paderborn-Wiedenbrück dem Vorwurf seines Gegenkandidaten, des Paderborner Ortsvereins-Vorsitzenden Rech, stellen, er sei mit überregionaler Arbeit so belastet, daß er keine Zeit mehr habe, sich um die Sorgen seines Wahlkreises zu kümmern.

Ortsverbundenheit wurde zum entscheidenden Kriterium, wo zugereiste Karrieristen versuchten, im Hau-ruck-Verfahren eine Kandidatur zu gewinnen. Nur eine einzige Stimme erhielt Friedrich August Freiherr von der Heydte, Professor zu Würzburg und Brigadegeneral der Reserve, als er sich im Wahlkreis 211 Traunstein rasch um ein Mandat bewerben wollte. Er unterlag dem stellvertretenden Landrat und ortsansässigen Sägewerksbesitzer Matthias Engelsberger, 44.

Eine Abfuhr holte sich auch der Bonner Korrespondent des ZDF, Rudolf Woller, der sich Chancen ausgerechnet hatte, Eugen Gerstenmaier im Wahlkreis Schwäbisch Gmünd-Backnang zu beerben. Die Delegierten hatten für Woller keine Verwendung.

Ebenso erfolglos blieb Karl Garbe, dichtender Wahlkampf-Manager der SPD im Jahre 1965 („Vor Kaiserslautern sieht man in Getreidestiegen die weißen Wählerinnen mit den Schwarzen liegen"), als er in Witten an der Ruhr zum Kampf um das Erbe Gustav Heinemanns antrat. Garbe hatte nicht die Spur einer Chance gegen den Boß der Wittener Kommunalfraktion, Herbert Baack, 48.



ZDF-Journalist **Woller**
Im Hau-ruck-Verfahren ...

Im Wahlkreis 163 Landau erhielt der aus Bonn zugereiste Wirtschafts-Staatssekretär Klaus von Dohnanyi zwar die SPD-Kandidatur, mußte jedoch versprechen, fortan auch im Wahlkreis zu wohnen. Oskar Böhm, SPD-Bürgermeister von Kandel: „Das geht ganz einfach, denn er hat sonst noch nirgendwo gebaut."

Die kleinkarierten Motive der örtlichen Kandidatenmacher haben die politische Wissenschaft schon immer frappiert. Bodo Zeuner: „Die bei den Parteien verbreitete Unsicherheit über die Qualitäten, die ein Bundestagsabgeordneter haben sollte, kann durchaus als Ausdruck der Unsicherheit über das parlamentarische System überhaupt verstanden werden."

Gerhard Loewenberg, amerikanischer Autor eines Standard-Werkes über den Deutschen Bundestag, sieht darin „die Diskrepanz zwischen den veränderten Funktionen des Parlaments und der mangelnden Kenntnisnahme dieser Veränderungen durch jene Gruppen, die die Kandidaten auswählen".



SPD-Reimer **Garbe**
... nicht die Spur einer Chance

Die Einführung eines Mehrheitswahlrechts — wie sie im Dezember 1966 zwischen CDU/CSU und SPD fest vereinbart war — würde die Gefahr, daß der Bundestag am Ende eine Versammlung von Dorf-Honoratioren und Kleinstadt-Funktionären wird, noch vergrößern. Denn dann käme nur in den Bundestag, wer in einem Wahlkreis die relative Stimmenmehrheit erhält, und das gäbe den Lokal-Matadoren mit örtlichem Wähler-Appeal starkes Übergewicht. Als Korrektiv müßte dann den Parteispitzen — nach englischem Vorbild — ein Vorschlags- und Vetorecht bei der Kandidaten-Nominierung eingeräumt oder eine — rechtlich umstrittene — Bundesliste geschaffen werden.

Beim geltenden Wahlsystem sind es die Landeslisten, die den Bundestag vor allzuviel Provinz schützen. Über sie haben die Parteizentralen wenigstens bei der Hälfte der Kandidaten die Möglichkeit, für die Wahlwerbung benötigte Vertreter von Interessengruppen zu präsentieren.

So werden etwa in den großen Bundesländern die Listen in Gruppen-Kontingente aufgeteilt, über deren Besetzung die Gruppen dann weitgehend autonom bestimmen. Bei den Sozialdemokraten erfolgt die Aufteilung nach regionalen Parteigliederungen, bei den Christdemokraten nach Interessenverbänden (siehe Graphik Seite 43).

Wer allerdings über den Listenplatz einer Gruppe zum CDU-MdB avanciert, ist zu loyaler Lobby für seine Interessenten verpflichtet. Denn über seine Wiederaufstellung als Kandidat entscheidet nicht die Partei, sondern der Verband. So wurde in diesem Jahr das CDU-MdB Karl-Heinz Exner, 49, von den christlichen Sozialausschüssen fallengelassen und verlor prompt seinen Platz auf der nordrhein-westfälischen Landesliste.

Bei diesem christlichen Proporz-System rücken viele CDU-Kandidaten in den Bundestag ein, die in keinem Wahlkreis kandidieren und auch sonst der Partei-Basis kaum verbunden sind. Allein 21 der 50 aussichtsreichen CDU-Kandidaten auf der nordrhein-westfälischen Landesliste haben keinen eigenen Wahlkreis.

Anders bei der SPD: Die Listen dienen den Sozialdemokraten fast ausschließlich dazu, Direktkandidaten aus hoffnungslosen Wahlkreisen abzusichern. Nur fünf der ersten 50 Bewerber auf der nordrhein-westfälischen SPD-Liste haben keinen eigenen Wahlkreis — darunter Parteichef Willy Brandt, der IG-Bergbau-Vorsitzende Walter Arendt und Herbert Hupka, der als Sprecher der Schlesier anstelle des BdV-Präsidenten Rehs Vertriebenen-Stimmen für die SPD einfangen soll.

Die Partei der Zopfabschneider, die „F. D. P.", die allein über Landeslisten

ihre Kandidaten ins Parlament bringen kann, erlebte den Aufstand ihrer Linken folgerichtig beim Kampf um Listenplätze — und nur bei ihr gab es keinen Bruch mit der Tradition.

Zwar verzichteten insgesamt zehn Abgeordnete der bislang 49köpfigen FDP-Bundestagsfraktion auf eine erneute Kandidatur, und im Kampf um die Vakanzen auf den vorderen Plätzen der FDP-Listen spiegelten sich die inneren Richtungskämpfe der Partei.

Doch die eigenen Zöpfe waren mühsamer zu kappen, als das nach der Euphorie der Heinemann-Wahl scheinen mochte. Die alte Garde der Nationalliberalen war nämlich keineswegs gewillt, sich freiwillig scheren zu lassen.

In Bayern war ihr Sieg über Reformer und Jungdemokraten sogar total. Alle sicheren Plätze, die ersten sieben der Liste, wurden so vergeben, wie der Vorstand es den Delegierten empfohlen hatte; Gegenkandidaturen der Linken dokumentierten nur die übergroße Mehrheit der Konservativen. Auf Platz eins setzten sie den Partei-Rechtsaußen und Ex-Finanzminister Heinz Starke.

Einen Achtungserfolg konnte in Baden-Württemberg der linksliberale FDP-Professor Dahrendorf buchen — mit der höchsten Stimmenzahl kam er auf Platz drei der Landesliste. Aber den Kandidaten der Jungdemokraten, Hartmut Hoeppel, 45, boxten die Konservativen vom chancenreichen Platz sieben und ersetzten ihn durch den altliberalen Ex-Justizminister Ewald Bucher, 54.

Erfolglos blieb die Revolte der Jungdemokraten auch in Nordrhein-Westfalen, wo die Linken sich auf den Ex-Parteichef und Investment-Vertreter Erich Mende eingeschossen hatten. Mende schlug den Kandidaten der Jungdemokraten, den Kölner Strafrechtler Ulrich Klug, mit 289 zu 107 Stimmen. Ein Delegierter freute sich, „daß mit der Mehrheit für Erich Mende in der nordrhein-westfälischen FDP aufgezeigt wurde, daß der der Partei nachgesagte ‚Linksdrall' nicht in dem Maße vorhanden ist, wie es behauptet wird".

Bei allen drei Parteien weisen die Landeslisten das Gespür der Partei-Oberen für gewandelten Wähler-Appeal aus. Über die Listen geht in diesem Sommer eine Crew von Intellektuellen an den Start, die anstatt der Ochsentour durch die Partei-Hierarchie eine bürgerliche Karriere gemacht hat. Renommierte Professoren fanden vor allem dort Unterstützung, wo durch den Einsatz des legendären Sozialprestiges der deutschen Ordinarien das Image der Liste aufzupolieren war.

Den Professoren — die Sozialdemokraten schicken insgesamt sechs, die Freidemokraten sieben ins Feld — folgten Assistenten, Studienräte, Staatsanwälte, Lehrer und Offiziere. An manchen Orten sind die Akademiker unter sich, und die „Welt" konstatierte „eine gewisse Überrepräsentation von Spezialisten und Akademikern unter den jüngeren Bewerbern".



Kandidaten-Forscher **Zeuner**
Unsicherheit über das System

In der Tat: Von den neun aussichtsreichen Hamburger SPD-Bewerbern stammt kein einziger mehr aus der Arbeiterschaft, sieben haben eine abgeschlossene Hochschulausbildung, fünf führen den Doktorgrad. Und von 36 sozialdemokratischen Direkt-Kandidaten in Baden-Württemberg kommen zwanzig aus akademischen Berufen, allein zehn aus der Juristerei.

Erfolg im bürgerlichen Leben entschied mehr denn je über die Wahl zwischen ansonsten gleich verdienten Kandidaten — wie im Wahlkreis 82 Moers. Um die Nachfolge des zurückgetretenen SPD-MdB Fritz Büttner bewarben sich dort die Gewerkschaftssekretäre Werner Röhrich (ÖTV) und Franz Jakubowski (IG Bergbau) sowie der Jurist Jürgen Schmude, 32, seit zweieinhalb Jahren Sozius in der renommierten Anwaltspraxis des Bundespräsidenten Gustav Heinemann. Alle drei Kandidaten konnten auf langjährige Verdienste in der Parteiarbeit hinweisen, die Programme der Bewerber waren nahezu

GRUPPEN-PROPORZ AUF LANDESLISTEN

Die Landeslisten gaben den Parteien auch in diesem Jahr die Möglichkeit, Gruppenansprüche auf Bundestags-Kandidaturen zu befriedigen. Beispiel: Nordrhein-Westfalen. In diesem größten Bundesland konnten 1965 für die CDU 43 Listen-Bewerber in den Bundestag einziehen, für die SPD 42.

CDU-Landesliste Nordrhein-Westfalen 1969 (bis Platz 50)



Die ersten fünf Plätze sind der Partei-Prominenz vorbehalten:

1 Gerhard Schröder
2 Rainer Barzel
3 Hans Katzer
4 Karl Bewerunge
5 Aenne Brauksiepe

Die folgenden Plätze werden zwischen den Landesverbänden Westfalen-Lippe (alle geraden Zahlen) und Rheinland (alle ungeraden Zahlen) aufgeteilt:

WESTFALEN-LIPPE
6 8 10 12 14 16 18 20 22 24 26 28
30 32 34 36 38 40 42 44 46 48 50

RHEINLAND
7 9 11 13 15 17 19 21 23 25 27
29 31 33 35 37 39 41 43 45 47 49

Die Landesverbände verteilen ihre Plätze nach Interressengruppen:

WESTFALEN-LIPPE	Plätze
Unternehmer	26 32 36 42
Mittelstand	8 12 48
Sozialausschüsse	6 14 20 34 40 46
Beamte/Bundeswehr	24 28
Landwirtschaft	30 38
Frauenvereinigungen	10 16 50
Evangelischer Arbeitskreis	18 22*
Junge Union	22* 44

RHEINLAND	Plätze
Unternehmer	7* 15 25 33
Mittelstand	31 39 41
Sozialausschüsse	13 21 27 43
Beamte	45
Vertriebene	47*
Landwirtschaft	35
Frauenvereinigungen	17 29 49
Evangelischer Arbeitskreis	7*
Junge Union	23 47*
Katholische Organisationen	19

* Kandidat gehört zwei Gruppen an

SPD-Landesliste Nordrhein-Westfalen 1969 (bis Platz 47)



Die ersten acht Plätze sind der Partei-Prominenz vorbehalten:

1 Willy Brandt
2 Karl Schiller
3 Walter Arendt
4 Georg Neemann
5 Karl Wienand
6 Heinz Junker
7 Hans-Jürgen Wischnewski
8 Herbert Hupka

Die folgenden Plätze werden in Blöcke (zu meist 10 Plätzen) eingeteilt und im Verhältnis 3:3:2:2 an die vier Landesbezirke verteilt:

WESTL. WESTFALEN	NIEDERRHEIN	MITTELRHEIN	OSTWESTFALEN-LIPPE
9 10 11	12 13 14	15	16 17
18 19 20	21 22 23	24 25	26 27
28 29 30	31 32 33	34 35	36 37
38 39 40	41 42 43	44 45	46 47

DER SPIEGEL

Ein Hauch von Luxus



Eine Cigarette höchster Wertklasse.
Das Ergebnis exclusiver Tabakauswahl
und Perfektion der Herstellung.

Erste Sorte



Die Spitzenmarke von Reemtsma

Nikotinarm im Rauch



Kandidaten-Aufstellung der SPD (in Hamburg): „Wir sind die Richtigen"

identisch, die Jusos favorisierten keinen von ihnen.

Gewählt wurde Schmude, der im zweiten Wahlgang Jakubowski mit 57 zu 34 Stimmen schlagen konnte.

Zwar machte der berufliche Erfolg allein auch diesmal keinen Kandidaten, doch er wog immer schwerer als etwa der Rückhalt in Interessenverbänden und außerparteilichen Organisationen.

So war der Kandidaten-Frühling 1969 eine schlechte Saison für die ambulanten Verbandsfunktionäre, die eine schnelle Chance zur Nominierung nützen wollten.

Im Wahlkreis 71 Solingen glaubte der in Köln stationierte Geschäftsführer des Deutschen Industrieinstituts, Günter Triesch, Propagandist der Arbeitgeber, eine günstige Parteilücke bei der CDU erspäht zu haben. Er verlor den Kampf glatt gegen eine Lokalgröße der Partei.

Die spontane Aversion der meisten Wahlkreise gegen aufgedrängte Lobbyisten zeigte auch der Fall des Professors Matthias Schmitt im Wahlkreis 139 Hanau.

Die Partei-Oberen von Hanau-Stadt, Hanau-Land und Gelnhausen hatten sich beschwätzen lassen, den Industriemann Schmitt, 55, Marketing-Professor und Vorstandsmitglied der AEG-Telefunken, zu ihrem Kandidaten zu machen.

Weil Hanau aber fest in SPD-Hand ist, hatte Schmitt den sicheren Platz neun der hessischen CDU-Landesliste anvisiert. Als der Landesparteitag ihn nur auf Platz 20 setzte, verlor der große Mann die Lust. Allein für die Partei zu kämpfen schien ihm unzumutbar. Er legte seine Kandidatur nieder.

Kandidaten von Schmitts Couleur, wenn auch nicht Jahrgang, wird es am 28. September dennoch mehr als genug geben. Im Parlamentsjahrgang 1969 hat der Typ des politischen Unternehmers seinen Durchbruch geschafft: 30 bis 40 Jahre alt, agil und alert, pragmatisch und erfolgreich im Beruf.

Die etwa 150 bis 180 Neulinge von 1969 haben kräftige Ellenbogen. Sie besitzen politischen Ehrgeiz und bekennen sich dazu:

▷ Günther Metzger, 36, SPD-Kandidat im Wahlkreis 145 Darmstadt: „Politik muß mehr als bisher um der Sache willen betrieben werden. Das geht nicht ohne Ehrgeiz, nicht ohne das Streben nach Macht";

▷ Georg Gölter, 29, CDU-Kandidat in Speyer: „Der Dienst am Mitmenschen läßt sich durchaus mit einer Portion Ehrgeiz und mit einem unkomplizierten Verhältnis zur Macht verbinden."

Doch der „skeptischen Generation" (Soziologie-Professor Helmut Schelsky) der Machttechniker ist auf dem Weg an die Bonner Schalthebel bereits ein neuer Gegner erwachsen. Ihre um zehn Jahre jüngeren, ideologiefähigen Brüder wollen sie am Vatermord hindern.

Peter Corterier, 33, Rechtsanwalt in Karlsruhe und dortiger Kandidat der SPD, Bundes-Juso-Chef und Mitglied des Bonner Parteivorstands: „Die Generation der 30- bis 40jährigen wird ihre Überzeugung, daß Weltanschauungen aller Art uns nicht weiterbringen werden, gegenüber nicht wenigen 20jährigen zu verteidigen haben." In diesen nämlich sieht Alt-Juso Corterier „wildgewordene Neo-Marxisten und Anarchisten" mit Ideen aus der Mottenkiste des 19. Jahrhunderts.

Die Jüngsten der Jusos fanden es daher ratsam, sich zuweilen mit den Großvätern zu verbünden und die Altherren so lange amtieren zu lassen, bis sie selbst stark genug sein würden, Ansprüche auf die Nachfolge anzumelden. Im Wahlkreis 6 Kiel verhalfen die Jusos zum Beispiel dem bisherigen Abgeordneten Dr. Hans Müthling, 67, zum Sieg über Dr. Emil Bandholz, 57. Der Erbstreit wurde zugunsten der Jüngsten vertagt.

Der CDU-Nachwuchs griff zur gleichen Strategie. In ihrer Monats-Postille „Civis" entdeckten die Unions-Junioren plötzlich die Unersetzlichkeit der alten Parlamentskämpen: „Es könnte sein, daß die Jüngeren zu spät kommen, weil die Älteren zu früh gehen."

Die Klügsten der Mittleren haben das Problem inzwischen erkannt. Die CDU-Jungstrategen um den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl, 39, haben sich ein „Rotationssystem" ausgedacht. Kohls Pressereferent Hanns Schreiner: „Wir können die Verjüngung nur durchhalten, wenn der Rücktritt normal und hoffähig gemacht wird. Sonst haben junge Leute in den nächsten 20 Jahren keine Chance für den Aufstieg. Zwei Legislaturperioden für einen Abgeordneten sind normal."

Die halbtrockene Parlaments-Auslese der mittleren Jahrgänge hält sich jedoch für unbegrenzt lagerfähig. „Ich glaube", so urteilt Parlamentsaspirant Dr. Erich Riedl, „ich kann für alle sagen, soweit wir Kandidaten für den Bundestag sind, wir gehen davon aus, daß wir die richtigen Leute sind."



Bild-Zeitung

„Wollt ihr nicht Abgeordnete werden?"


WOB VL 10

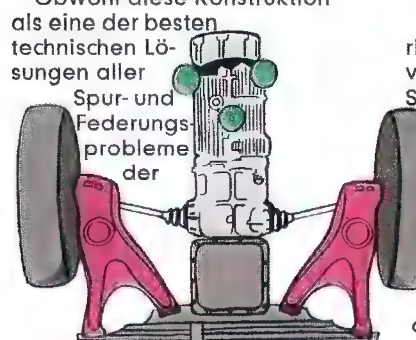
Was der VW 411 nicht nur anderen Volkswagen voraushat.

Gemessen an anderen Volkswagen ist der VW 411 der Größte. Der Schnellste. Der Komfortabelste. Der Geräumigste.

Aber das hält ihn nicht davon ab, auch einer Menge anderer Automobile eine Menge vorauszuhaben.

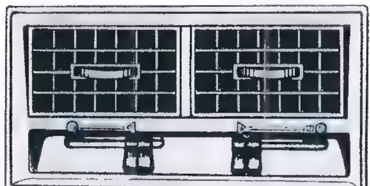
Nehmen wir beispielsweise die Schräglenker-Hinterachse mit Radantrieb durch Doppelgelenkwellen.

Obwohl diese Konstruktion als eine der besten technischen Lösungen aller Spur- und Federungsprobleme der Hinterräder gilt, ist sie bisher nur bei einigen sportlichen Wagen zu finden. Und oft zu einem Preis, der es den meisten Autofahrern unmöglich machte, sich diese zusätzliche Sicherheit zu leisten.



Oder nehmen wir die Einzelsitze. Sie lassen sich beim VW 411 nicht nur in Längsrichtung und Sitzlehnenneigung verstellen. Sondern auch in der Sitzhöhe. (Keine große Erfindung. Aber auf langen Strecken unbezahlbar.)

Nehmen wir schließlich noch die serienmäßigen Gürtelreifen hinzu. Das Zweikreis-Bremssystem. Die Drehstrom-Lichtmaschine. Die Bodenteppiche im ganzen Wagen. Den ausgekleideten Kofferraum und den vollverkleideten Innenraum. Die Mittelarmlehne im Rücksitz. Die Heizung, die auch dann heizt, wenn der Motor steht. Und ein gutes Dutzend weiterer sympathischer Kleinigkeiten.



Dann bleiben nur noch wenige Wagen übrig, die in dem einen oder anderen Detail mithalten können.

Aber nur ein einziger, der das alles serienmäßig bietet. Ohne einen Pfennig Aufpreis.

Der VW 411 L.

Der VW 411 kostet als Zweitürer 7.700 Mark a. W. Mit vier Türen kostet er 320,– Mark mehr, mit Luxusausstattung 395,– Mark mehr und mit Automatic 800,– Mark mehr.
(Alle Preise inklusive Umsatzsteuer.)

MANAGER

HUSSEL AG

Onkel, Onkel

Als Schüler hatte Jörn Kreke nach eigenem Bekenntnis nur einen Wunsch: „Ich wollte dasselbe tun wie Onkel Herbert."

Jetzt erfüllte sich die Hoffnung. Drei Wochen nach seinem 29. Geburtstag löste er Herbert Eklöh, 64, als Chef der Hagener Süßwarenfilialfirma Rudolf Hussel AG ab. Kreke wurde damit der jüngste Vorstandsvorsitzende einer deutschen Aktiengesellschaft.



Neuer Hussel-Chef **Kreke**
Von Schokolade zu Parfüm

Der Generaldirektor-Twen dankt die Bekanntschaft mit dem Boß der größten deutschen Süßwaren-Ladenkette (298 Filialen und 74 Millionen Mark Jahres-Umsatz) seiner Mutter Erne Kreke. Sie ist Herbert Eklöh seit 1936 geschäftlich wie privat verbunden; auf ihren Namen sind auch acht Prozent der Hussel-Aktien eingetragen. Die Tochter eines niedersächsischen Molkerei-Besitzers fliegt noch heute als Bordfunker mit, wenn Eklöh am Steuerknüppel einer sechssitzigen Maschine vom Typ „Aztec" zu Geschäftsbesuchen bis nach Amerika reist.

Eklöh, der es nach dem Krieg auf 24 Supermärkte in Westdeutschland brachte, schickte den 16jährigen nach der mittleren Reife an eine High School in Florida und daran anschließend zu einem Lehrgang für angehende Supermarkt-Manager an die Michigan State University nach East Lansing.

Im Hörsaal hoffte der junge Deutsche, seine Kenntnisse zu vertiefen, die er zwischendurch bei einer New Yorker Handelsberater-Firma erworben hatte, für die er ein Jahr lang in Europa an neuen Laden-Projekten mitwirkte. In nur zweieinhalb Jahren erwarb er den Grad eines Master of Arts in Wirtschaftswissenschaften.

Ein Empfehlungsschreiben des Michigan-Professors Abba Lerner wies Kreke nach seiner Heimkehr auch ohne deutsches Examen den Weg in das Frankfurter Doktoranden-Seminar von Fritz Neumark. Sein Dissertations-Thema: „Die Harmonisierung der Mineralölsteuer in der EWG".

Herbert Eklöh hatte unterdessen aus dem Erlös seiner an vier Warenhäuser verkauften Supermärkte dem aufs Altenteil drängenden Firmengründer Rudolf Hussel 95 Prozent seiner Süßwaren-Aktien zum Preis von 20 Millionen Mark abgekauft. Und als der neue Groß-Aktionär und Generaldirektor 1963 in die Hagener Hussel-Verwaltung einzog, stellte er den 23jährigen Kreke als seinen Assistenten vor. Zwei Jahre später rückte der Jung-Manager an „Onkel Herberts" Seite in den Vorstand auf.

Krekes Hilfe war der Geschäftsführung höchst erwünscht, denn als Folge der aufgehobenen Preisbindung fielen um diese Zeit die Schokoladen-Preise von 1,30 Mark pro Tafel auf bis zu 60 Pfennig.

Als im vergangenen Jahr Verbrauchermärkte mit Lockvogel-Angeboten auf Kundenfang gingen, gerieten auch bis dahin stabil gebliebene Artikel in den Preisstrudel. So kosten 200 Gramm Schokolinsen, die vor 18 Monaten bei Hussel noch mit 98 Pfennig ausgezeichnet waren, heute nur 68 Pfennig, Weinbrandbohnen purzelten von 1,98 Mark auf 98 Pfennige. Kreke: „Solche Preise gehen uns an den Lebensnerv."

Hussels Aktionäre bekamen die schrumpfenden Erlöse durch drastische Dividenden-Kürzungen zu spüren*. Von 22 Prozent (1967) über 18 Prozent (1968) schmolz der ausgeschüttete Gewinnanteil in diesem Jahr auf zwölf Prozent ab.

Kreke hatte in Amerika viel von Diversifikation gehört. Er empfahl deshalb, dem ruinösen Preisdruck bei Süßwaren dadurch zu entgehen, daß Hussel sich in Branchen mit attraktiveren Spannen engagiere. So setzte er im vorigen Jahr gegen den zögernden Eklöh die Übernahme der Braunschweiger Parfümeriekette Hanhausen durch, der neun Läden angeschlossen sind. In den nächsten Jahren will Kreke die Hussel AG zu Deutschlands größter Duft-Gruppe ausbauen.

Mit dem Kölner Grossisten Lekkerland schloß er überdies einen Vertrag über die Belieferung der Hussel-Filialen mit Spirituosen. Ebenso sollen bald Weine und Zigaretten in die Regale. Krekes Ziel: „Wir wollen Hussel-Genußmittel in breiter Palette anbieten."

Kreke, den Firmengründer Rudolf Hussel der Einfachheit halber „Eklöhs Sohn" nennt, hat aus Amerika auch die Erkenntnis mitgebracht, „daß man sich für das Gemeinwohl einsetzen muß".

Als Chef der Hagener CDU ist der Hussel-Primus jüngster Kreisvorsitzender der Kiesinger-Partei in der Bundesrepublik. Höhepunkt seiner bisherigen Politiker-Karriere: Als Mitglied der Bundesversammlung durfte er Anfang März an der Wahl des Bundespräsidenten in Berlin teilnehmen.

* Hauptaktionäre der Hussel AG (Grundkapital: 7,5 Millionen Mark) sind außer der Eklöh-Gruppe (noch rund 30 Prozent) die Frankfurter Investitions- und Handels-Bank (über 25 Prozent) sowie Oetker und die Hamburger Kaffee-Händlergruppe Rothfos mit je 12,5 Prozent.

BERLIN

SCHÜTZ

Alles verschenkt

Drei Tage lang reiste Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz durch Polen. Dann forderte er, was die Mehrheit der Deutschen laut Demoskopen-Befund schon seit Jahr und Tag für unvermeidlich hält: den endgültigen Verzicht auf die ehedem deutschen Provinzen jenseits von Oder und Neiße.

Schütz in der Hamburger „Zeit": „Es geht ... um eine Anerkennung der bestehenden Grenzen."

Diesseits von Elbe und Werra freilich fanden die Ansichten eines Schütz (Postkartenanrede: „Sie Klon"), obschon Mehrheitsmeinung, keine Meinungsmehrheit.

Unions-Christen, Berufs-Vertriebene und National-Verteidiger stellten sich schützend vor das Reich (in den Grenzen von 1937) und gegen den Berliner — diesen „Interpreten und Befürworter sowjetischer und sowjetpolnischer Annexionsziele" (Vertriebenen-Vorsteher Reinhold Rehs), diesen „Sowjet-Speichellecker", der „von Politick keine Anung" hat (anonyme Zuschrift), diesen „Mann auf Abwegen" (Springers „Welt am Sonntag"), der einfach „alles das verschenkt, was deutsche Substanz ist" (CDU/CSU-Fraktionsführer Rainer Barzel).

Auch Kompromiß-Kanzler Kiesinger nahm — beim Brühler Empfang zum Präsidentenwechsel — seinen ehemaligen Außenamts-Staatssekretär kummervoll beiseite. Kiesinger: „Sie ma-

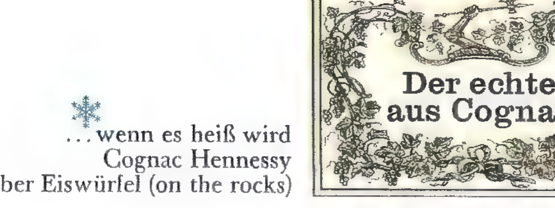


Berlin-Politiker **Brandt, Schütz**
Zünder vom Klon

Genießen* Sie doch „Erster Klasse"

Cognac Hennessy

Bei Hennessy lagern die wertvollsten Cognac-Bestände der Welt.



* ... wenn es heiß wird
Cognac Hennessy
über Eiswürfel (on the rocks)

CH 19/6

chen mir ja Sorgen." Und sogar die Genossen in der Bonner SPD-Baracke leisteten, im Wahljahr auf heimatvertriebenes Stimmgut erpicht, nur widerwillig Schützenhilfe.

Allein Herbert Wehner, den es noch 1965 „kalt ans Herz" griff, als de Gaulle ähnliches sagte wie jetzt Schütz, nahm öffentlich und eindeutig Partei für den Bürgermeister: Der SPD-Vize nannte die Angriffe gegen Schütz „frivol" und „bewußt bösartig".

Und wirklich: Schützens „Zeit"-Zünder ist nichts weiter als die Summe „einiger unbestreitbarer Tatsachen" („Stuttgarter Zeitung"). Der Regierende Bürgermeister erinnerte an den Umstand, der auch den Bonner Reichs-Verwesern geläufig ist: daß es „keinen Verbündeten" für diejenigen gibt, „die darauf hoffen, die Gebiete jenseits der Oder und der Neiße für Deutschland zurückzugewinnen", weil „niemand, wirklich niemand Interesse daran hat, die bestehende Balance in Europa zu stören".

Bonns Rechtsauslegern präsentierte Schütz eine nun bald 20 Jahre alte Einsicht: Die Hoffnung auf eine Erfüllung des vergilbten Potsdamer Abkommens — endgültige Grenzregelung durch einen Friedensvertrag — sei „überholt", „niemand" scheine den Vertrag zu wollen, „denn niemand arbeitet auf ihn hin".

Daß gerade der Berliner Bürgermeister — wie ihm ein Bremer Bewunderer schrieb — „als erster unter den maßgebenden ... Männern der Bundesrepublik den Mut hatte, die Wahrheit zu sagen", erklärt sich freilich nicht allein aus der Reichs-Fiktion der rheinischen Konservativen und der Wahlräson etlicher Sozialdemokraten.

Es ist die Atmosphäre der permanent bedrohten Halbstadt, es sind die augenfälligen Folgen des Mauerbaus, die bei Berlins Rathausherren — schneller als im grenzfernen Bonn und schneller vor allem als beim Berliner Frontstadt-Volk — Verständnis für politische Tatbestände fördern.

1962 begann Berlins Regierender Brandt — mit den Passierscheinverhandlungen — seine Politik der kleinen Schritte; und während Konrad Adenauer noch gegen die „Machthaber in der Sowjetzone" zu Felde zog, hieß es im Rathaus Schöneberg bereits: „Heraus aus den Schützengräben des Kalten Krieges." Brandt und sein Nachfolger, der Polit-Pastor Heinrich Albertz, waren bereit, die Kontakte mit dem Nachbarn DDR zu normalisieren.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten beim Erkennen der Wahrheit setzte Brandt-Zögling Schütz die Berliner Bürgermeister-Tradition fort. Unter dem Zwang, die kränkelnde Halbstadt allen Pressionen zum Trotz aufzupäppeln, erschloß sich dem Schöneberger Regierungschef, daß West-Berlin nicht länger Speerspitze des Westens gegen den Osten und mithin Hebel des Ostens gegen den Westen sein dürfe.

Deshalb auch bot Klaus Schütz den Polen für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze „Sicherheit gegen Sicherheit". Der Bürgermeister: „Das polnische Volk muß die Sicherheit haben, daß an seinen Realitäten nichts verändert wird. Und das deutsche Volk braucht in der Bundesrepublik und wohl auch mehr und mehr in der DDR, vor allem aber braucht Berlin die Gewißheit, daß an diesen ... Gegebenheiten" nichts geändert werde.

Und der Senatschef will, wie es scheint, diesem Konzept der Sicherheit durch Anerkennung treu bleiben. Denn schon rührt Schütz an das nächste Tabu. Auf einer Jubel-Feier der Berliner Lampen-Fabrik Osram riet der Bürgermeister, um die „Existenz West-Berlins ... auf die Zukunft hin abzusichern", zur „Verständigung", zur „Normalisierung der Verhältnisse zu unserer Umgebung".

Jene Umgebung heißt bei Kurt Georg Kiesinger „Phänomen"; sonst DDR.





Krankenhaus-Chef **Lichtenauer, Krankenhaus Harburg:** Notbremse am Irrgarten

KRANKENHÄUSER

REFORMEN

Guten Morgen

Professor Dr. Gustav Hopf, 69, Vorsitzender des Verbandes der leitenden Krankenhausärzte Deutschlands, ist für klare Verhältnisse. „Für Demokratie", sprach er im Januar vor einem Ärzte-Symposion in Innsbruck, „ist an den Krankenhäusern kein Platz."

Derartiger Platz-Mangel soll nun, ein halbes Jahr später, just in Hopfs Heimat Hamburg behoben werden: Die Deputation der hanseatischen Gesundheitsbehörde verabschiedete eine „Vorlage Nr. 1198", die es Krankenhaus-Bediensteten gestattet, sich die Krankenhaus-Spitze selbst zu wählen.

Diese Neuerung — bislang einzigartig im außeruniversitären Krankenhauswesen der Bundesrepublik — soll vom 1. August an im Allgemeinen Krankenhaus Hamburg-Harburg, Am Irrgarten 1 erprobt und dann möglicherweise auch auf andere Hospitäler übertragen werden.

Das Novum ist Teil einer umfassenden Struktur-Reform: Die Harburger Krankenhaus-Abteilungen, in denen, wie überall in Deutschland, Spezialisten ohne ausreichende Koordination nebeneinanderher arbeiten, sollen in drei Funktionsgruppen zusammengefaßt werden: medizinischer, chirurgischer und biologisch-technischer Fachbereich*.

Krankenhaus-Kritikern erscheint solcher Wandel seit langem überfällig. Denn in Deutschlands Heilhäusern haben sich mit der fortschreitenden Spezialisierung der Medizin „Zaunkönigreiche" („Deutsches Ärzteblatt") gebildet, die „ein nahtloses Zusammenwirken aller Ärzte im Interesse der Patienten" erschweren. Noch längst nicht überwunden ist vielerorts eine internationale Mediziner-Mentalität, die auf einem Düsseldorfer Krankenhauskongreß ein britischer Arzt so umschrieb: „Als ich noch jung war und studierte, haben sich die Spezialisten nicht einmal gegrüßt. Jetzt sagen sie ‚Guten Morgen' zueinander, und das ist schon ein großer Fortschritt."

Solches Denken hat, wie Hamburgs Gesundheitssenator Dr. Hans-Joachim Seeler behutsam formuliert, „hier und da Überschneidungen zur Folge". Da werden leerstehende Betten nicht mit Patienten anderer, überfüllter Abteilungen belegt; da helfen sich zuweilen Nachbar-Abteilungen nicht gegensei-

* Medizinischer Fachbereich: innere Medizin, Hämatologie, physikalische Therapie, Neurologie, Psychiatrie, Psychotherapie, Lungenheilkunde, Kinderheilkunde, Geriatrie, Dermatologie; chirurgischer Fachbereich: Chirurgie, Neurochirurgie, Urologie, Anästhesie, Orthopädie, Geburtshilfe und Gynäkologie, Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, Augenheilkunde, Zahnheilkunde; biologisch-technischer Fachbereich: Pathologie, Laboratorien (chemisches, bakteriologisches, serologisches und klinisches Labor), Blutbank, Röntgenologie, Apotheke beziehungsweise Dispensierstube.

tig mit Pflegepersonal aus; da werden die gleichen medizinischen Groß-Geräte von mehreren Abteilungen beschafft, obwohl oft ein einziges, gemeinsam genutzt, gerade ausgelastet wäre.

Der an der Spitze eines kommunalen Krankenhauses stehende, von der Gesundheitsbehörde eingesetzte Ärztliche Direktor ist solchen Mängeln gegenüber machtlos; er ist zumeist, so Senator Seeler, „kaum noch in der Lage, den vielfältigen Führungsaufgaben in einem großen Krankenhaus gerecht zu werden". Und der Hamburger Chirurg Professor Friedrich Lichtenauer findet, „daß ein Haus mit tausend Betten für einen einzelnen nicht zu überblicken ist". Lichtenauer muß es wissen, denn er leitet derzeit, bis zum Inkrafttreten der Reform-Regelung, das Harburger Krankenhaus.

In Harburg soll der behördlich bestellte Ärztliche Direktor durch ein dreiköpfiges „Ärztliches Direktorium" ersetzt werden, in das jeder der drei Fachbereiche einen Vertreter entsendet. Aus seiner Mitte soll das Chef-Trio einen Ärztlichen Direktor wählen, der — gemeinsam mit dem weiterhin von der Behörde eingesetzten Verwaltungsleiter — für die Anstalt verantwortlich ist.

In das Ärztliche Direktorium (Amtszeit: vier Jahre) sind nur Chefärzte wählbar; wahlberechtigt dagegen sind „alle Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und wissenschaftlichen Beamten und Angestellten". Krankenschwestern haben keine Stimme, denn „eine Mitsprache Nichtverantwortlicher" kommt nach Ansicht des Präsidenten der Hamburger Gesundheitsbehörde, Dr. Eckbert Zylmann, nicht in Frage.

Durch die Wahl der Krankenhausspitze soll nicht nur die Koordination verbessert, sondern auch die traditionelle Hospital-Hierarchie abgebaut werden. Senator Seeler: „Damit wird eine gewisse Selbstverantwortlichkeit des einzelnen gefördert."

Manchem Hamburger Mediziner geht freilich das Harburger Experiment noch nicht weit genug. So beanstandet Professor Reinhard Aschenbrenner, Ärztlicher Direktor des Allgemeinen Krankenhauses Altona und Initiator der hanseatischen Reform, daß „nicht auch noch die Oberin zur Krankenhausleitung gehört — eine Möglichkeit, den Schwesternberuf aufzuwerten".

Und dem Harburger Krankenhaus-Chef Professor Lichtenauer ist an der neuen Regelung suspekt, daß alle Wahlen und Wahlvorschläge zum Ärztlichen Direktorium von der Gesundheitsbehörde „bestätigt" werden müssen. Lichtenauer: „Das ist ein springender Punkt. Das muß noch besprochen werden."

Die Behörde will diese „Notbremse", so ihr Präsident, freilich nur aus formalen Gründen eingebaut haben. Zylmann: „Wir können uns kaum vorstellen, daß unter den jetzigen Chefärzten auch nur einer ist, dessen Wahl ins Ärztliche Direktorium wir nicht bestätigen würden."



Agfa Microflex Sensor - die kleinste Super 8 Spiegelreflex-Camera der Welt! Präzision im Taschenformat.

Das ist die perfekte Filmcamera im Taschenformat. Man nimmt sie einfach aus der Rock- oder Manteltasche und filmt. Mit Finessen, bei denen man sich wundert, wie sie die Agfa-Techniker auf genau 15,4 x 9,6 x 3,4 cm unterbringen konnten: *außerordentlich heller, großer Reflex-Sucher. Lichtstarkes Vario-Objektiv 1,9. Automatische Belichtungssteuerung. Extrem weiche, elektrische Sensor-Auslösung*. Super 8-Komfort.*

Mit der Microflex Sensor wird schon der erste Agfacolor-Film ein sehenswerter Streifen. Fragen Sie Ihren Photohändler nach Microflex Sensor, der kleinsten Super 8-Reflex-Camera der Welt. DM 498,–

AGFA-GEVAERT

*Sensor – das neue Auslösesystem von Agfa-Gevaert



„MIT DEM KÖLNER DOM ALS ZENTRUM"

Arnulf Baring über Konrad Adenauers politisches Deutschlandbild

Daß sich sein katholisches Rheinland vom protestantischen Preußen trennen müsse, ist Konrad Adenauers Überzeugung gewesen sein Leben lang. 1919 plante der Kölner Oberbürgermeister, Westdeutschland als autonome Republik im Rahmen des Reiches von Preußen zu separieren. 1923 legte er dasselbe Projekt in verfeinerter Fassung noch einmal vor. Als Kanzler erstrebte er die Verschmelzung der Bundesrepublik mit Westeuropa. Doch am Ende war „alles vergebens". Westeuropäer und Wahltaktiker Adenauer begann, „national im traditionellen Sinne zu werden". Zu diesem Schluß kommt ein Buch über „Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie"*, das in diesen Tagen erscheinen wird. Autor Arnulf Baring, 37, Publizist und Politologe, der jetzt einen Ruf der Universitäten Berlin und Bochum empfangen hat, lehrt gegenwärtig politische Wissenschaften an der Universität Harvard, USA. Bekanntgeworden ist er unter anderem durch eine „nüchterne und vielfach ernüchternde" (Historiker Gerhard Ritter) Studie über Verlauf und Bedeutung des Aufstandes vom 17. Juni 1953. Seiner jüngsten Arbeit, mit der er sich an der FU Berlin habilitierte, entnimmt der SPIEGEL den folgenden Auszug über Motive und Ursprünge der außenpolitischen Konzeption Konrad Adenauers.

Friedrich Naumann hat einmal gesagt, Bismarck habe Europa von Preußen aus gedacht.

Sowenig man Bismarck und Adenauer gleichsetzen kann — hier lassen sie sich vergleichen. Adenauers politische Vorstellungen bleiben unverständlich ohne den Hintergrund der Landschaft, aus der er stammt. Sie wurzeln im Rheinland, genauer: in Köln.



Kanzler **Adenauer:** „Vom Rhein — das ist natürlicher Adel"

Im Denken dieses Pragmatikers gibt es im Grunde nur einen festen Punkt — seine Vaterstadt.

Nicht nur den widerstrebenden Wilhelm Vocke, den Präsidenten der Deutschen Bundesbank, hat er mit bewegender Wärme und Begeisterung zu überzeugen versucht, „daß Köln der eigentliche Mittelpunkt des Abendlandes" sei. Kölner Stadtgeschichte ist für ihn Menschheitsgeschichte, jedenfalls Geschichte der europäischen Grundlagen.

„Das ‚heilige Köln', von den Römern gegründet, von den Werken des Christentums geformt, im humanistischen Geiste gewachsen, war im hohen Mittelalter einmal das Herz Europas."

Damals war Köln mit 40 000 bis 50 000 Einwohnern nicht nur die größte Stadt Deutschlands. Sie galt auch politisch und militärisch als die erste Stadt und führte den Vorsitz auf der Städtebank der Reichstage; die größten Gelehrten der Zeit zierten die — im Jahre 1388 gegründete — Kölner Universität. Meint man nicht, es sei von Mitgliedern einer weitläufigen und berühmten Verwandtschaft die Rede, wenn Adenauer so familiär wie verehrungsvoll sagt:

„Vor unserem geistigen Auge ragen empor die ehrfürchtigen Gestalten des großen Albert, des Aquinaten Thomas, des Schotten Duns."

Als Kölner weiß man, daß Albertus Magnus, den Dante später „Albert von Köln" nannte, aus Paris gekommen war. Man weiß, daß sein Schüler Thomas von Aquin von Köln aus nach Paris ging. Man kennt viele Fäden, die beide Städte seit Jahrhunderten verbunden haben.

Was aber den Geist der Rheinlande eigentlich ausmacht, ist schwer zu fassen. Boisserées Klage über das fast völlige Fehlen einer rheinischen Geistesentwicklung, Joseph Hansens Vorwurf, das Rheinland des 18. Jahrhunderts habe vom Geist der Lessing und Kant, der Goethe und Schiller kaum Kenntnis genommen, kommen dem Betrachter noch heute in den Sinn. Man hat lange Heine wie Marx aus dem Bewußtsein verdrängt; Friedrich Engels blieb immer für Adenauer nur ein mißratener Verwandter seines Freundes Robert Pferdmenges. Was diese Landschaft geformt hat, ist so alt, daß es ins Unterbewußtsein gesunken, in den Volkscharakter eingegangen ist.

Adenauer hat daher sein Lebensgefühl, seine Weltsicht, die geistigen Grundlagen seiner Politik Außenstehenden nie recht verständlich machen können. Seine Überzeugungen schienen weniger aus dem Verstand als einem Instinkt, einem ererbten Wertsinn und Gefühl für Proportionen zu stammen.

Ein Leben lang ist bei Adenauer ein landsmannschaftliches Selbstgefühl spürbar, das sich mit einem starken persönlichen Selbstbewußtsein verbindet; wie Carl Zuckmayer in „Des Teufels General" könnte er sagen: „Vom Rhein — das heißt vom Abendland. Das ist natürlicher Adel."

Schon 1925 rechnete Gustav Stresemann unter dem Eindruck der prunkvollen Kölner Feier tausendjähriger Zugehörigkeit der Rheinlande zum Reich Konrad Adenauer neidvoll unter die Oberbürgermeister, die er „Könige der Gegenwart" nannte — was kaum übertrieben ist, wenn man bedenkt, daß Adenauer bei der Eröffnung der Kölner Zeitungsmesse 1928, der ersten und bisher einzigen Presseausstellung der Welt, den französischen Ministerpräsidenten Edouard Herriot im Festsaal des Gürzenich wie von gleich zu gleich fürstlich empfangen konnte.

Schon damals ist er ein republikanischer Monarch, dem der Stolz auf seine Stadt und ihre Geschichte deutlich anzumerken ist — sie prägten ihn wie

* Arnulf Baring: „Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie". R. Oldenbourg Verlag, München; 500 Seiten; broschiert 28 Mark, Leinen 38 Mark.

er sie. Treffend spricht Hans-Peter Schwarz von der deutschen und europäischen Politik Adenauers „mit dem Kölner Dom als Zentrum“, was nur insofern mißverständlich ist, als es eine klerikale Abhängigkeit Adenauers anzudeuten scheint.

Heinrich Böll, sein bald ebenso berühmter Mitbürger, der für das Verständnis Adenauers bei aller Gegensätzlichkeit unentbehrliche Interpret Kölns, hat mit Recht betont, daß geistliche Macht in seiner Vaterstadt weniger ernstgenommen wird, als man gemeinhin in deutschen Landen glaube.

Zwar mag Adenauer geradezu wie ein Kirchenfürst wirken; ein scharfsinniger Beobachter hat bemerkt, „in Rot gekleidet würden bei ihm alle jene Züge hervortreten, die wir von den Kardinalsporträts her kennen“. Aber es gab kaum einen weniger klerikalen Mann als ihn — eine Haltung, die vom sanften Robert Schuman wie von Alcide de Gasperi geteilt wurde, dessen Beziehungen zu Papst Pius XII. geradezu eine Tragödie waren.

Adenauers Überzeugung, daß Köln in der Mitte des Abendlandes liege, ist nicht so sehr geographisch zu verstehen. Sie entspricht eher der inneren Balance einer Bevölkerung, die Katholizismus und Liberalismus, Nordeuropa und Südeuropa, französische Lebensart und preußische Tugenden vereint. Freilich in einer durchaus akzentuierten Verbindung. Wie sagt Adenauer im Februar 1948 zum „Rheinischen Merkur“? „In den Ländern des deutschen Westens lebt eine natürliche Sehnsucht aus der Enge nationaler Beschränktheit in die Weite gesamteuropäischen Bewußtseins.“

Dieses Bewußsein — hier muß man Adenauer korrigieren — ist weniger gesamt- als westeuropäisch; das Rheinland empfindet sich vor allem als ein Teil des europäischen Westens.

Zugleich hat es als westlichster Teil Deutschlands bei allem selbstverständlichen Zugehörigkeitsgefühl ein selten geäußertes, aber deutlich empfundenes Selbstbewußtsein gegenüber den übrigen Deutschen, vor allem denen im Norden und Osten.

Beides zusammen, die Stellung in Deutschland *und* in Westeuropa, machen Vorzug und Bestimmung der Rheinlande aus. Adenauer sagt es ganz deutlich: Man glaubt sich hier nicht nur zur Vermittlung zwischen den deutschen Ländern, zum „ausgleichenden Faktor zwischen dem nüchternen zentralistischen Norden und den von starker landsmannschaftlicher Eigenwilligkeit geprägten Ländern des Südens“ berufen, sondern auch zum vermittelnden „Glied zwischen Deutschland in seiner Gesamtheit und den westeuropäischen Ländern“.

Westeuropa ist nahe. Paris und Brüssel liegen in Köln dem Herzen ungleich näher als Berlin, von Warschau und Prag ganz zu schweigen. „Zwischen Loire und Weser(!) schlug einst das Herz des christlichen Abendlandes. Der Stil des Kölner Doms, des ehrwürdigen Wahrzeichens des deutschen Westens, hat seine Wurzeln im französischen Boden ...“

Beim Graben im heimatlichen Geschichtsgrund also stieß Adenauer auf die Verwandtschaft mit Frankreich, und nicht nur in den Tiefenschichten einer fernen Vergangenheit fielen die Verbindungen ins Auge. Täglich hatte er als Kind, wenn er an St. Aposteln vorüberkam, in der Kirchenmauer die zweisprachige Ortsbezeichnung aus französischer Zeit lesen können: „Cloître SS Apôtres St. Aposteln Kloster“; als er studierte und seinen Referendardienst absolvierte, galt im Rheinland noch immer Napoleons Code civil.

Von daher, als geschichtsbewußter Kölner, kann ein Mann, der die französische Literatur und Kultur sowenig kennt wie die französische Küche, ein miserables Französisch spricht und erst im hohen Alter in Frankreich gereist ist, glaubwürdig fortfahren: „Eine Erneuerung des abendländischen Gedankens kann nur das Ergebnis einer fruchtbaren Begegnung zwischen Deutschland und Frankreich sein.“



Adenauer-Geburtsstadt **Köln**
Abneigung gegen Preußen

Wie seine Zuneigung zum französischen Nachbarn scheinen auch seine antipreußischen Affekte nicht von ihm selbst, sondern aus seiner Heimat zu stammen; Adenauers Abneigung gegen Preußen ist historisch bedingt.

Als es 1815 zur beiderseits unerwünschten Verbindung der Rheinlande mit Preußen kam, trat dieses seine Herrschaft mit starkem Selbstgefühl an. Waren nicht die rheinischen Kurfürstentümer beim Einrücken der Franzosen wie ein Kartenhaus zusammengefallen, während sich der preußische Staat trotz seiner Niederlage behauptet und aus eigener Kraft erneuert hatte? Hatte sich nicht die Bevölkerung der Rheinlande rasch den Franzosen angepaßt und damit einen Mangel an Eigenständigkeit bewiesen, der sie dazu vorherbestimmte, in







Kölner Prominenz **Albertus Magnus, Thomas von Aquin, Böll:** Verwandtschaft mit Frankreich



Wenn sich bleierne Schwere über Augenlider und rechten Fuß legt … morgens 3.48 Uhr … Kilometerstein 653 … Dann erwartet Sie kein Schlaf der Erquickung und kaum ein frohes „Guten Morgen". Dann vielleicht ist Ihre Reise zu Ende, bevor Sie am Ziel Ihrer Wünsche sind … Damit Sie ankommen, wo Sie hinwollen, sollten Sie SCHO-KA-KOLA mit auf die Reise nehmen. SCHO-KA-KOLA gibt neue Energie. Macht Müde munter. Denn SCHO-KA-KOLA enthält Koffein und Kola und Schokolade. SCHO-KA-KOLA gibt's in zwei Geschmacksrichtungen: Zartbitter und Vollmilch. Aber es gibt nur ein SCHO-KA-KOLA: das, in der Dose mit den Energiestrahlen.

SCHO-KA-KOLA … die gesunde Art zu dopen.

SCHO-KA-KOLA – ein gesetzlich geschütztes Warenzeichen des Hauses Imhoff. Alleinvertrieb: XOX Bisquitfabrik GmbH Kleve/Rhld.

Imhoff

einem stärker geprägten Staatswesen aufzugehen?

Dem Überlegenheitsgefühl der einen entsprach ein gestörtes Selbstbewußtsein der anderen Seite. Alle Traditionen waren abgebrochen, die historischen Herrschaften, unter denen man gelebt hatte, für immer dahin. Das Heilige Römische Reich, eine übernationale Ordnungsmacht, bestand nicht mehr; der Reichspatriotismus des Rheinlandes fand innerhalb der norddeutsch-protestantischen Landesgrenzen kein Betätigungsfeld. Die Errungenschaften der französischen Herrschaft drohten verlorenzugehen, je mehr der Reformeifer in Preußen erlahmte — eine Befürchtung, die sich allerdings als unbegründet erwies.

Von einer angemessenen Beteiligung des wirtschaftlich führenden westdeutschen Landesteils an politischen Entscheidungen Berlins konnte bis zum Ende des Kaiserreiches keine Rede sein; was — wie Franz Petri sehr vorsichtig sagt — der „entscheidende Grund" dafür ist, „daß nicht ganz wenige Rheinländer, wenn auch sich selber weitgehend unbewußt, noch heute ein minder unmittelbares Verhältnis zu den östlichen Teilen unseres Volkes haben als zu manchen unserer Nachbarn im Westen".

Sogar im Rheinland selbst besetzten Preußen aus den östlichen Provinzen — man nannte sie spöttisch die „armen Litauer" — die Mehrzahl der Beamtenstellen. Wer als Rheinländer mitreden wollte, ging — wie Adenauer — in die Kommunalverwaltung.

Aber auch sie wurde den Rheinländern erst spät zugebilligt: Erst 1850, fast ein halbes Jahrhundert nach Einführung der Steinschen Städteordnung in den altpreußischen Städten, gab man ihnen das Recht, ihre Bürgermeister und Beigeordneten frei zu wählen; erst 1887, später als alle anderen preußischen Provinzen, erhielt die Rheinprovinz eine Selbstverwaltungsorganisation.

An rheinischen Ressentiments gegen die preußische Herrschaft hat Konrad Adenauer ein Leben lang festgehalten.

Diese tiefe Abneigung läßt leicht übersehen, wie nachhaltig das Rheinland und gerade er selbst preußisch geprägt worden sind.

Der Lebenslauf seines Vaters ist bezeichnend: Berufssoldat geworden, um den Zivilversorgungsschein für die mittlere Beamtenlaufbahn zu erwerben, wurde er 1866 bei Königgrätz schwer verwundet und wegen besonderer Tapferkeit vor dem Feinde zum Leutnant befördert, schied aber — da er die erforderliche Kaution für die Heiratserlaubnis nicht aufbringen konnte — aus der Armee wieder aus, um als Sekretär, später als Kanzleirat am Kölner Oberlandesgericht zu wirken.

Sind es nicht die preußischen Beamtentugenden des Fleißes, der Pflichttreue, der Pünktlichkeit, Unbestechlichkeit, Redlichkeit, auch des Ehrgeizes, die der Vater dem Sohn — nach



Vater Konrad Adenauer
„Wer mitreden wollte ...

dessen dankbarem Zeugnis — vermittelt hat? Hat man nicht von Konrad Adenauer gesagt, er habe Auftreten und Haltung eines preußischen Generals, und gibt es etwas Preußischeres als sein Motto für Paul Weymars autorisierte Biographie?

„Ich habe den Wunsch, daß später einmal, wenn die Menschen über den Nebel und Staub dieser Zeit hinwegsehen, von mir gesagt werden kann, daß ich meine Pflicht getan habe."

Für Adenauer ist noch der Nationalsozialismus, dessen Namensbestandteile ihm beide gleichermaßen widerwärtig sind, auf demselben Grunde gewachsen: Er ist ein besonders verderbter Sozialismus gewesen.

Ohnehin kein geistig interessierter Mensch, war er offenbar zu einer genaueren, differenzierten Analyse des vermeintlich Preußischen der genannten Phänomene nicht aufgelegt oder nicht imstande. Man gewinnt den Eindruck, als sei ihm alles, was östlich



Kölner Oberbürgermeister **Adenauer***
... ging in die Kommunalverwaltung"

des Bergischen Landes lag, letztlich rätselhaft und unheimlich geblieben.

Seine Phantasie blieb rheinisch-katholisch begrenzt. Spätestens jenseits der Weser begann für ihn eine Welt, die er weder kannte noch kennen wollte. Er wußte wahrscheinlich, daß es Wittenberg und Weimar gab, er hatte als Staatsratspräsident sogar Ostpreußen besucht (und es dort ganz nett gefunden), aber im Grunde war ihm all das — und erst recht alles noch weiter Östliche — fremd und gleichgültig.

„Adenauer weiß wenig von Osteuropa, und oft erweckt er den Eindruck, sich noch weniger dafür zu interessieren", meinte der damalige amerikanische Verbindungsoffizier Charles W. Thayer.

Schon am Ausgang des Ersten Weltkrieges war Adenauer überzeugt, daß sich das Rheinland von Preußen trennen müsse — zum eigenen Besten wie zum Besten des Reiches. In seiner Rede vor rheinischen Politikern vom 1. Februar 1919, diesem in vieler Hinsicht bemerkenswerten frühen Zeugnis seines außen- und innenpolitischen Denkens, sprach er sich für eine Teilung Preußens durch Neugliederung der deutschen Bundesstaaten aus und sagte:

„Nach den Erfahrungen, die Deutschland mit dem Hegemonialstaat Preußen gemacht hat, nachdem die Hegemonie Preußens nicht zufällig, sondern als notwendige Folge eines Systems zum Zusammenbruch geführt hat, wird Preußens Hegemonie von den anderen Bundesstaaten nicht mehr geduldet werden ...

Preußen ist ein Staatswesen, das aus ganz verschiedenen Stämmen und Wirtschaftsgebieten besteht. Ostpreußen und Rheinland sind so verschieden wie Ostpreußen und Bayern ...

Ich glaube, auch diejenigen, meine Damen und Herren, die tiefüberzeugte Verehrer des alten Preußens sind, können die Augen nicht davor verschließen, daß namentlich im Westen eine separatistische Strömung auf Loslösung von Preußen besteht, deren Stärke man unter keinen Umständen unterschätzen darf; die auch nicht etwa durch Agitatoren künstlich in die Bevölkerung hineingetragen worden ist, sondern die aus dem innersten Wesen des Volkes heraus entstanden ist."

Adenauers Projekt eines westdeutschen Bundesstaates im Rahmen des Reiches, das er in verbesserter Form noch einmal im Herbst 1923 vorlegen sollte, ist aber noch aus einem anderen Grunde bemerkenswert und für Adenauer charakteristisch. Er versprach nämlich nicht nur gleichzeitig den Interessen des Rheinlands, des Reiches und der westlichen Nachbarn Deutschlands zu dienen, sondern ganz entschieden auch denen Adenauers und seiner Vaterstadt.

Würde nicht Köln, der rheinischen Metropole, ganz von selbst die Rolle der Landeshauptstadt zufallen? Hatte nicht der Oberbürgermeister der größten rheinischen Stadt, zumal wenn er

* 1932 mit Reichspräsident Hindenburg (M.).

Adenauer hieß und dessen Energie, Übersicht und Autorität besaß, alle Aussichten, an die Spitze des neuen Bundesstaates berufen zu werden und damit, angesichts des voraussehbaren wirtschaftlichen wie finanziellen Gewichts des neuen Gebildes (wie die Geschichte des späteren Bundeslandes Nordrhein-Westfalen zeigen sollte), auch eine einflußreiche Rolle im Reiche zu spielen?

Es hatte viele Gründe, aber lag nicht an ihm, wenn seine Initiative damals ohne Erfolg blieb. Im Kräftefeld der Ersten Republik blieb das Rheinland eine Randzone und Adenauer, aufs Ganze gesehen, eine Nebenfigur. Sein Wirklichkeitssinn ließ ihn rasch erkennen, daß die Stunde seiner Konzeptionen nicht gekommen war.

Erst recht sah er ein, daß er unter den gegebenen Machtverhältnissen in Berlin keinen Boden unter den Füßen haben würde, wenn er es wagen sollte, das Amt des Reichskanzlers anzutreten. Dieser rheinische Antäus fühlte instinktiv, daß ihm außerhalb seiner westdeutschen Heimat der Rückhalt für eine erfolgreiche Politik fehlte, und es war nicht seine Sache, sich auf Unternehmungen einzulassen, die seine Möglichkeiten überspannen, seine Kräfte überfordern mußten.

In weiser Beschränkung wandte er daher alle Tatkraft dem Aufbau und Ausbau seiner Vaterstadt zu.

Doch bei aller Arbeit für Köln verlor er nie sein größeres Ziel aus den Augen, dem zuzustreben ihm vorläufig die Umstände verboten.

Im Hintergrund stand für ihn immer ein großes außenpolitisches Konzept: Von Köln aus sollte der Brückenschlag zum demokratischen Westen erfolgen. Diesem Ziel diente der Ausbau des Hafens, und auch die Messehallen und die Universität waren von ihm als wirtschaftliches und kulturelles Schaufenster ganz Deutschlands für die westlichen Nachbarn gedacht.

Der Nationalsozialismus, Krieg und Niederlage konnten die Grundlagen der außenpolitischen Konzeption Konrad Adenauers nicht ändern.

Seine rheinische Weltsicht hatte ihn schon vor Jahrzehnten zu außenpolitischen Grundvorstellungen geführt, an die sich jetzt unschwer anknüpfen ließ. Wie damals ging es jetzt wieder um den Versuch, die Interessen Deutschlands, seiner westlichen Nachbarn und nicht zuletzt die des Rheinlandes in einer ausgewogenen Lösung aufeinander abzustimmen.

Schon im Herbst 1945 konnte Adenauer daher mit Vorschlägen hervortreten, die auf seinen Gedankengängen der zwanziger Jahre beruhten. Sie lassen sich im Grunde in einem Satze zusammenfassen:

(West-)Deutschland, das in jeder Hinsicht zu Westeuropa gehöre, und insbesondere der — im Rahmen eines westdeutschen Staatsverbandes — neu zu errichtende Rhein-Ruhr-Staat müßten sich vor allem mit Frankreich und den Beneluxländern wirtschaftlich verflechten, wobei das Endziel eine Union westeuropäischer Staaten, ein vereinigtes (West-)Europa sei.

Indem eine solche Lösung eine selbständige deutsche Wirtschafts- und damit auch Rüstungspolitik in Zukunft unmöglich machte, entsprach sie dem Sicherheitsverlangen der Nachbarn Deutschlands, besonders Frankreichs, dessen Berechtigung Adenauer schon 1919 nüchtern erkannt und anerkannt hatte.

Zugleich entsprach diese Lösung aber auch den wohlverstandenen Interessen Deutschlands. Sie schloß ein für allemal, so hoffte er, das „Unstete und Schaukelnde" aus, das Adenauer schon 1926 an der deutschen Außenpolitik der Ära Stresemann mißfallen hatte.

Der weitere Verlauf der deutschen Geschichte seither hatte ihn nur in der Auffassung bestärken können, daß die Deutschen einer unabhängigen Politik,



Adenauer-Freund Schuman*
Paris dem Herzen näher als Berlin

gar einer Mittlerrolle zwischen Ost und West (in der sie vorzugsweise ihre nationale Bestimmung zu erkennen meinen), in keiner Weise gewachsen seien. Er war aus dem Desaster Deutschlands mit der Überzeugung hervorgegangen, daß man die Deutschen künftig vor sich selber schützen müsse, indem man sie so fest wie nur möglich mit den Staaten des europäischen Westens verbände.

Zwar war Mißtrauen ein Grundzug seines Wesens; Adenauer mißtraute ohne Unterschied allen Menschen und Völkern. Aber sein Mißtrauen gegen das eigene Volk war besonders groß, weil er es für besonders gefährdet hielt — vor allem durch sich selbst. Er bezweifelte das politische Augenmaß der Deutschen, vermißte bei ihnen die Fähigkeit, die eigenen Möglichkeiten richtig abzuschätzen. Scharfsichtig hat Lord Pakenham, der ihn als Minister für die britische Zone in Deutschland während der Jahre 1947/48 gekannt und beobachtet hat, über Adenauer geschrieben:

„Alle großen Staatsmänner, die ich in meiner Laufbahn getroffen habe, lieben ihr Volk. Aber bei Adenauer habe ich noch etwas gefunden, was ich anderswo nicht gesehen habe — nämlich eine Art, sein Volk zu lieben, indem man sich außerhalb dieses Volkes stellt, ein wenig wie ein Vater oder Großvater zu seinen Kindern oder Enkelkindern. Er kennt besser als andere die verhängnisvollen Schwächen dieses Volkes. Eine zukünftige Politik hatte in seinen Augen nur in dem Maße Sinn, als sie die wertvollen nationalen Eigenschaften stärkte und die gefährlichen Seiten des deutschen Charakters zurückdrängte."

Verständlicherweise hat sich Adenauer nur vor Vertrauten besorgt über die inneren Gefährdungen Deutschlands ausgesprochen; öffentlich pflegte er seine Furcht in die weniger überzeugende Formel zu kleiden, eine Neutralisierung Deutschlands werde auf seine Sowjetisierung hinauslaufen.

Es ist nur auf den ersten Blick verblüffend, daß Adenauer schon im Herbst 1945, erheblich früher als die meisten deutschen und auch westlichen Politiker, die neue Lage öffentlich wie privat ruhig und richtig analysierte. So wie man damals im westlichen Lager hoffte, das Scheitern der Kriegskoalition doch noch vermeiden zu können, genauso wollte man in Deutschland die Spaltung des Reiches, auf die viele Tatsachen unmißverständlich hindeuteten, einfach nicht wahrhaben. Man weigerte sich, einen Zustand zu erkennen, den man als vollkommen unnatürlich und daher unhaltbar empfinden mußte.

Nicht jedermann war so klarsichtig und zugleich so kühl, schon damals die sowjetisch besetzte Zone schlicht abzubuchen: „Der von Rußland besetzte Teil", sagte Adenauer am 5. Oktober 1945 zu Vertretern des „News Chronicle" und der „Associated Press", „ist für eine nicht zu schätzende Zeit für Deutschland verloren."

Zudem erkannte er offenbar frühzeitig, welche Möglichkeiten die neue Lage für Westdeutschland, für das Rheinland, für ihn selbst bot. Das Unglück des Vaterlandes, das er nicht herbeigeführt hatte und für das andere verantwortlich waren, hatte auch eine Seite, aus der sich etwas machen ließ. Die neue Lage war auf ihn und sein Konzept zugeschnitten. In einer radikal vereinfachten Situation, in der Deutschlands Osten in den Machtbereich der Sowjet-Union geraten und Westdeutschland auf den europäisch-atlantischen Westen angewiesen war, hatten seine alten Ziele plötzlich Chancen der Verwirklichung.

Hemmungen und Hindernisse, die in der Weimarer Republik seinem Vorhaben eines dauerhaften Ausgleichs mit den westlichen Nachbarn auf der Grundlage einer westdeutsch-westeuropäischen Wirtschaftsverflechtung

* Bei der Verleihung des Internationalen Karlspreises in Aachen 1958.



Süddeutsche Zeitung

Von höherer Warte betrachtet ...

im Wege gestanden hatten, waren beseitigt. Preußen war ausgelöscht, Berlin kam als Hauptstadt nicht mehr in Frage, Deutschland diesseits der Grenze würde nicht mehr vom Nordosten her regiert werden, möglicherweise das wirtschaftliche und das politische Machtzentrum künftig in einer Landschaft zusammenfallen. Bot sich nicht seine Heimat, das Land an Rhein und Ruhr, ganz von selbst als Kerngebiet eines neuen westdeutschen Staatsgefüges an?

Man muß freilich immer im Auge behalten, daß es sich bei solchen Erwägungen um alles andere als ein geschlossenes Gedankengebäude handelte.

Nur die allgemeine Richtung lag fest: eine westeuropäische Einigung unter Einschluß Westdeutschlands. Alles andere blieb bewußt offen, alle Einzelheiten wurden der Gunst des Augenblicks überlassen. Den Politiker machte nach Adenauers Auffassung die Fähigkeit aus, sich bei seinen Vorhaben von den Gegebenheiten der Stunde leiten zu lassen; anpassungsfähige Beweglichkeit war in seinen Augen die Vorbedingung politischen Erfolges.

Diese Wandlungsfähigkeit ist höchst verwirrend. Sie erschwert die Interpretation aller seiner Äußerungen sehr. Da Adenauer geradezu der Typ eines immer absichtsvoll, immer zweckhaft handelnden Menschen war, sind alle seine Stellungnahmen nur im Zusammenhang der Zeitumstände und Tagesereignisse verständlich.

Erst wenn man die jeweils verfolgten Zwecke in Rechnung stellt, läßt sich die wirkliche Bedeutung eines Adenauerschen Arguments bestimmen. Er dachte viel zu pragmatisch, als daß er seinen Worten eine große Bedeutung beigemessen hätte. Wie alle Taktiker handelte er viel zu sehr aus dem Tag heraus, als daß er bereit gewesen wäre, sich auf einen vorgefaßten Plan, bestimmte Partner oder einen einzigen Weg festzulegen.

Zunächst mußten alle Initiativen ohnehin von anderen ausgehen: Es gab gar keinen Staat, in dessen Namen er oder irgendwer sonst hätte sprechen können, und auch nach Errichtung der Bundesrepublik blieb deren außenpolitische Entwicklung noch viele Jahre vollkommen von alliierten Projekten und Zugeständnissen abhängig. An eine eigene Außenpolitik war auf lange Zeit gar nicht zu denken; im übrigen hatte man in der Welt seit den Erfahrungen der nationalsozialistischen Herrschaft von deutschen Vorschlägen zur internationalen oder europäischen Neuordnung sowieso vorerst genug.

Adenauer war sich klar darüber, daß als erstes versucht werden mußte, die Position der Bundesrepublik schrittweise zu verbessern. Dann würde man weiter sehen — es war nicht seine Sache, über die fernere Zukunft nachzugrübeln.

Das belegen viele Äußerungen wie: er könne sich jetzt nicht den Kopf über künftige Gefahren zerbrechen; er wolle sich nicht mit den Sorgen von übermorgen belasten; er habe es sich abgewöhnt, alle künftigen Möglichkeiten bis zum letzten Punkt zu überdenken, die Welt sei ja schließlich in Bewegung. Hatte nicht Bismarck gesagt, den hier Adenauer oft zitierte, daß Politik die Kunst des Möglichen sei?

Sein rheinisches Konzept, die nüchterne Lagebeurteilung und die praktisch-taktische Begabung Adenauers waren innenpolitisch erprobt worden, ehe er sich in die Außenpolitik begab, die in den ersten Nachkriegsjahren keineswegs an der Spitze seiner Sorgen und Tätigkeiten gestanden hatte: Nur langsam wuchs er in die Außenpolitik hinein, schrittweise erweiterte sich seine Rolle und Perspektive vom Rheinischen ins Nordwest-, ins Westdeutsche, ins Europäische und endlich Weltpolitische.

Sein außenpolitischer Scharfblick kam ihm dabei zustatten: Er brauchte nur zuzusehen, wie seine Konkurrenten um Jakob Kaiser ohne sein Zutun im Laufe der Zeit an den Gegebenheiten scheiterten. Als der Parlamentarische Rat zusammengerufen wurde, war seine Position schon so gefestigt, daß er auf den Präsidentenstuhl gelangte.

Ein Jahr darauf war er Bundeskanzler — noch dazu in Bonn, das in mehreren Abstimmungen „unter nicht sehr löblicher Beeinflussung" (Alfred Grosser) anstelle des Zweizonen-Mittelpunktes Frankfurt zur Bundeshauptstadt bestimmt worden war.

Wieder ein Jahr später wurde Adenauer auch zum Vorsitzenden der CDU-Bundespartei gewählt, deren Gründung er hinausgezögert hatte, solange unsicher war, ob die Parteiführung an ihn fallen werde.

Der neue Staat hatte ein rheinisches Machtzentrum unter einem rheinischen Kanzler, als sich Adenauer 1949 anschickte, im Westteil des geschlagenen und geteilten Landes die von den Tatsachen nahegelegte und zugleich in seinen Augen einzig sinnvolle Politik der Eingliederung in den Westen zielstrebig in die Wege zu leiten.



Fronleichnams-Beter **Adenauer**: „Wie ein Kardinalsporträt"

PARTEIEN

F.D.P.

Alle machen

Landauf, landab werben Deutschlands Liberale mit forschen Barbier-Parolen um Wählerstimmen: „Die F.D.P.", so hallen Parteilautsprecher, „macht die alten Zöpfe ab." Sie attackieren Staatsallmacht und Bürokraten-Herrschaft, das schwarz-rote Parteienkartell und die Siegelbewahrer des Kalten Krieges.

In West-Berlin hingegen flechten Freidemokraten ungeschoren an einem Zopf von konservativem Wuchs: Seit 1955 nimmt der Vorstand der 1200-Mann-Partei neue Mitglieder nur dann auf, wenn das West-Berliner Landesamt für Verfassungsschutz die FDP-Kandidaten durchleuchtet hat.

Die staatsfromme Aufnahmepraxis der staatskritischen Liberalen wurde ruchbar, als die Berliner FDP-Spitzen Anfang Mai den Beitrittswunsch des Apo-Aktivisten Heinz Stahl, 28, „aus Sicherheitsgründen" ablehnten.

Von parteiverdrossenen Studenten des Liberalen Studentenbundes West-Berlin (LSW) einen Monat später um Präzisierung dieses Bescheids gebeten, konterte FDP-Vorstandsmitglied Rolf-Peter Magen, 43, mit der Frage: „Ist Herr Stahl nicht Vorsitzender der Roten Garden?" In der Tat gilt der ehemalige Fremdenlegionär auch bei seinen Genossen als Dauer-Demonstrant und Maoist. Doch die Roten Garden, Jünger der permanenten Revolution, belehrte LSW-Sprecher Harald Loch die Parteiobrigkeit, „haben gar keinen Vorsitzenden".

Daß gerade Magen, Senatsrat der Berliner Innenverwaltung, mit derlei Informationen aufwartet, schien den Studenten nur logisch: Der Senatsrat, so erinnerten sie sich, diente bis 1954 dem Regierenden Bürgermeister als „Aufsichtsreferent" über das Landesamt für Verfassungsschutz.

Und aus der Magen-Karriere schlossen die Partei-Rebellen auf enge Beziehungen zwischen Verfassungswächtern und Freidemokraten. Sie behaupteten: „Sämtliche Aufnahmeanträge laufen über den Schreibtisch des Verfassungsschutzes." Und der „Extra-Dienst", West-Berlins Apo-Blatt, sekundierte: „F.D.P. läßt Aufnahmegesuche vom Verfassungsschutz prüfen."

Berlins Zopfabschneider bekannten sich sogleich freimütig zu ihren Bräuchen und beriefen sich auf überkommene Frontstadt-Praktiken. FDP-Vize Hans Dieter Jaene: „Das ist keine Spezialität der FDP. Das stammt wohl noch aus der alten Unterwanderungsfurcht, aus Vor-Mauer-Zeiten." William Borm, 74, bis Ende April FDP-Vorsteher: „Das machen alle Parteien seit Mitte der fünfziger Jahre so, aufgrund einer Absprache mit dem damaligen Innensenator."

Was, nach Borm, alle machen, beschreibt der linksliberale Rechtsanwalt und Borm-Nachfolger Hermann („Teddy") Oxfort, 40, so: „Eine Vertrauensperson aus dem Vorstand überreicht dem Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz ein weißes Papier mit Namen und Anschrift des Antragstellers." Ist der Kandidat ein „Sicherheitsrisiko", nimmt „das Amt Gelegenheit, die Partei darauf hinzuweisen". Oxfort kritisch: „Selbstverständlich übernehme ich nicht alles, was gesagt wird."



Berliner FDP-Chef **Oxfort**
Partner beim Verfassungsschutz

Der FDP-Hinweis auf die Komplicenschaft von SPD und CDU freilich provozierte bei Sozial- wie Christdemokraten helle Empörung. Sie können sich weder einer Absprache mit dem Senat noch ähnlicher Aufnahmesitten in ihren Parteien entsinnen.

Ernst Lemmer, 71, CDU-Vorsitzender bis 1961: „Faule Ausrede." Joachim Kalisch, 39, CDU-Landesgeschäftsführer: „Das ist nie gemacht worden — hundertprozentig!"

Franz Neumann, 64, SPD-Chef bis 1958: „So ein Unsinn — mit den Leuten vom Verfassungsschutz habe ich mich nie befreunden können." Eberhard Hesse, 58, SPD-Landesgeschäftsführer: „Das ist eine grobe Lüge." Immerhin: „Wenn man den dringenden Verdacht hat, daß jemand von der SED eingeschleust werden soll, wird man vielleicht beim Verfassungsschutz Erkundigungen einziehen."

Von solcher Demokraten-Phalanx beeindruckt, versprach Hans Dieter Jaene, 44 (LSW-Spitzname: „Niesfisch"), Besserung: „Auch dieser Zopf wird fallen."


Pop-Künstler **Vostell**
Gefrorenes nach Orgelklängen

RUNDFUNK

HESSEN

Große Wirkung

Vor dem Haus des Hessischen Rundfunks am Frankfurter Dornbusch stoppten zwei Polizeiwagen. Pförtner Heinz Fausel, am Sonntag vorletzter Woche im Dienst, notierte die Zeit — 9.50 Uhr. Ein Dutzend Polizisten, darunter ein Beamter mit Wachhund, stürmte unter Führung eines Kommissars ins Funkhaus.

Pförtner Fausel beteuerte zwar, es sei alles in bester Ordnung. Doch der Kommandotrupp ließ sich zum Leiter vom Dienst, Heinz Günther Hähling, führen, wo sich schließlich — so Fausel — „die Herren überzeugten, daß es sich wirklich um eine Sendung handelte".

Wie Frankfurts Schupos, so mißtrauten diesem Tatbestand an jenem Morgen zahlreiche Rundfunkhörer. Und rund 1000 Bürger versuchten vergeblich, die Wahrheit telephonisch zu erfragen — alle Leitungen waren blokkiert. Zivilisten und Polizisten quälte der Verdacht, revolutionäre Kräfte hätten sich der öffentlich-rechtlichen Mikrophone bemächtigt.

Schuld daran war der Happening-Künstler Wolf Vostell. Er hatte unvermittelt nach kirchlichen Orgelklängen seine Version zum Thema „Die Kunst ist tot, es lebe die Kunst — Wandlungen im kulturellen Bewußtsein in Deutschland" vorführen dürfen. Und das hörte sich so an:

Die Zeitansage der Post untermalte, mal laut, mal leise, eine Sendung, in der Sprecher zusammenhanglose Texte monoton vorlasen und sich — durch Rückspielung — scheinbar endlos wiederholten. „Ein Mädchen", hieß es da, „mußte einen nackten Mann mit der Peitsche schlagen und beschimpfen." Oder: Nach einem knappen, ernsten Bericht von der Beerdigung eines amerikanischen Studenten, der von Polizisten erschossen worden war, kam die Empfehlung: „Denken Sie bei der täglichen Körperpflege auch an Ihre Füße — Füße — Füße ..."

Zerstückelte und mithin verfremdete Apo-Sentenzen mischten sich mit sinnlosem Reklame-Gefasel, ein Kauderwelsch absurder Informationen tönte in Hessens Bürgerstuben: ein Rezept für Rahmspeise, der Hinweis, daß „der überwiegende Teil der Män-

ner nach dem Liebesakt einschläft", oder etwa der Rat: „Umwickeln Sie Ihre Propeller mit Stanniolpapier, das stört den Funkverkehr zwischen den Polizeiwagen und den Hubschraubern." Die „Pop-Art", ließ Vostell zwischendurch verkünden, „ist tiefgefrorenes Happening, und Happening ist aufgetaute Pop-Art".

Hessens Hörer, auf einen beschaulichen Sonntagmorgen eingestimmt, ahnten das Schlimmste. Binnen Minuten waren die 50 Fernsprechanschlüsse des Funkhauses besetzt. Polizeidienststellen aus Wiesbaden und Schwalbach riefen an und offerierten Hilfe. Rundfunk-Teilnehmer, die nicht durchkamen, alarmierten Landesregierung, Polizei und selbst den Rundfunk-Korrespondenten im 200 Kilometer entfernten Kassel.

Aus Düsseldorf klingelte eine Dienststelle der Post an, mit anderen Sorgen. Die Postler begehrten nur Aufklärung, warum zwischen der — auf Band aufgenommenen — Zeitansage in der Sendung und der Original-Ansage eine Differenz von zwei Sekunden bestehe.

Frankfurts Polizei versuchte zunächst, den Hessischen Rundfunk telephonisch zu erreichen — ohne Erfolg. Auch ein Ruf über den „heißen Draht", der zwischen der Nachrichtenredaktion und dem Polizeipräsidium besteht, brachte keine Antwort; die Rundfunk-Redakteure meldeten sich nicht, denn der Wecker im Telephonapparat war auf leise gedreht, niemand hörte ihn.

Der Verdacht, die Apo habe den Sender besetzt, schien nicht mehr von der Hand zu weisen. Der Einsatzleiter im Präsidium ordnete schließlich die Blitzaktion an, an der insgesamt vier Polizeifahrzeuge teilnahmen. Um 10.10 Uhr notierte Pförtner Fausel den Abzug der Entsatztruppe.

Kultur-Redakteur Dr. Uwe Schultz, der das Vostell-Szenarium für seine Sendereihe bestellt hatte, sprach das Schlußwort: „Daß Kunst, sogar moderne Kunst, große Wirkung hat, haben wir uns immer gewünscht — jetzt aber, seit dem vergangenen Sonntag, fürchten wir ihre Wirkung."

BEAMTE

BEFÖRDERUNGEN

Nach oben geschaukelt

Der Frankfurter Gerichtsdirektor Hans Georg Ehrig machte es aktenkundig: Westdeutschlands Beamte steigen allzu häufig auf unvorschriftsmäßige Weise zu höheren Positionen und besseren Gehältern auf.

Unter Ehrigs Vorsitz umschrieb die dritte Kammer des hessischen Verwaltungsgerichts das Faktum bündig als „Beförderungs- und Besoldungswildwuchs" und fällte das Urteil: „Außerhalb der Legalität."

Anlaß zu dem brisanten Verdikt gab der Polizeiobermeister Gustav Stegemann aus Bottenhorn bei Marburg. Noch kurz vor der Pensionierung hatte der Beamte seiner Behörde fürsorgepflichtwidriges Verhalten vorgeworfen und die Beförderung zum Polizeihauptmeister verlangt.

Seit elf Jahren, klagte der Polizist, der im Frankfurter Polizeipräsidium den Fernschreibdienst und jahrelang auch die Telephonzentrale beaufsichtigte, sei er bei allen Beförderungen übergangen worden. Sechs andere Obermeister, zum Teil beruflich weniger ausgelastet als Stegemann, waren erfolgreicher; sie rückten zu Hauptmeistern auf, unter ihnen der Chef der Morsefunkstelle, die noch nie benötigt wurde.

Gerichtsdirektor Ehrig und seine Beisitzer wiesen die Polizistenklage, obzwar „im Kern berechtigt", ab. „In der Tat unerträglich" erschien den Richtern nämlich nicht die ausgebliebene Beförderung Stegemanns, sondern die rechtswidrige Höherstufung der sechs Kollegen.

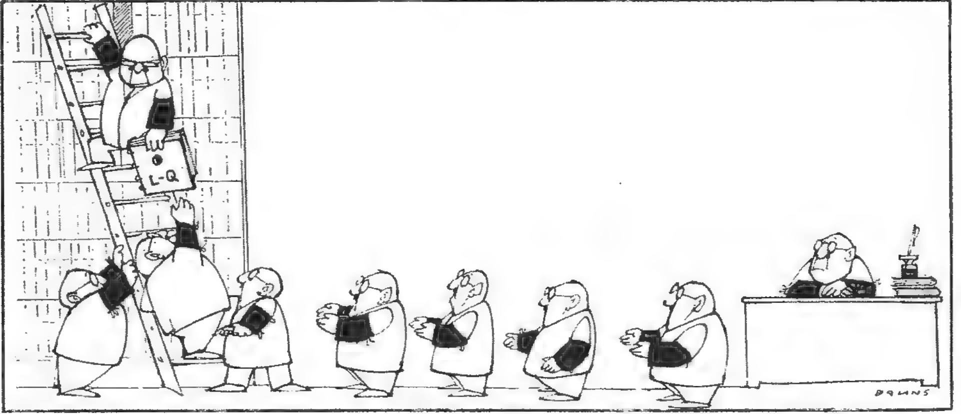
Denn das Bundesbesoldungsgesetz, das die Richter zu Rate zogen, koppelt Amtsbezeichnung und Entgelt starr an eine festumschriebene Tätigkeit (Amtsinhalt), für die das Gehalt mit den Dienstjahren automatisch steigt. Mehrarbeit auf der gleichen Ebene wie in Stegemanns Fall — so las es Richter Ehrig aus dem Gesetz — rechtfertigt keine Besserstellung. Beförderungen seien vielmehr allein zulässig aufgrund höherer fachlicher Leistungen. Beamte durch „bloße Höher-Etikettierung hinaufzumanipulieren" sei deshalb „rechtswidrig".

Die Richter hatten dabei die gängige Verwaltungspraxis bei Bundesbehörden, Ländern und Gemeinden im Visier. Deren „Wildwuchs", forderte die Kammer, müsse „auf das besoldungsrechtlich zulässige Maß" zurückgeschnitten werden.

Wildwuchs war den Richtern schon in Frankfurts Polizeipräsidium aufgefallen. Die Behörde hatte vor den Gerichtsschranken die Nichtbeförderung ihres Polizeiobermeisters Stegemann damit begründet, daß er, im Gegensatz zu seinen beförderten sechs Kollegen, nicht Vorgesetzter anderer Beamter gewesen sei. Das Gericht aber fand heraus, daß in Wahrheit zunächst eine Reihe von Polizeimeistern zu Obermeistern gemacht worden waren, um ihre sechs Vorgesetzten zu Hauptmeistern erheben zu können. Richter Ehrig: „Scheinbeförderungen."

Hessens Bund der Steuerzahler registrierte das Frankfurter Urteil mit Befriedigung. Geschäftsführer Dr. Walter Hennig hält die Begründung der Richter „in ihrer politischen Tragweite für außergewöhnlich". Seit er ausrechnete, daß bereits mehr als die Hälfte des Steueraufkommens allein für die Beamtenbesoldung aufgebraucht wird, befürchtet Hennig ohnehin, daß „der Staat von seinen Dienern aufgefrühstückt" wird.

Auch dem Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes in Hessen, Otto Rudolf Pulch, lieferte Ehrigs Rechtsentscheid neue Munition. Pulch kämpft bereits seit Jahren im „Dschungel des Besoldungsrechts" und kritisiert vor allem die Vermehrung lukrativer Planstellen für höhere und höchste Dienstgrade, durch die die Beamtenbesoldung systematisch „nach oben geschaukelt" worden sei.



Handelsblatt

Beamten-Beförderung

Pulch rügt, daß beispielsweise in Rheinland-Pfalz die Zahl der Ministerialräte im Justizministerium sich seit 1960 verdreifacht hat. Auch in Hessen, dessen Beamtenschaft sich in den letzten zehn Jahren um 45,77 Prozent vermehrte, verdoppelten und verdreifachten sich die höheren Chargen: Die Zahl der Ministerialräte wuchs von 34 auf 53, die Gruppe der Leitenden Ministerialräte von 37 auf 115 und die der Regierungsdirektoren von 46 auf 144.

Laut hessischem Beamtengesetz aber sollen über die Laufbahn eines Staatsdieners nicht allein Eignung und Befähigung entscheiden, sondern — wie in der freien Wirtschaft — auch die „fachliche Leistung". Die „gerichtsbekannte Verwaltungspraxis", kommentierte dagegen Hans Georg Ehrigs Frankfurter Kammer die zahlreichen Beförderungen ohne Verpflichtung zu höherer Leistung, handle dem „immer krasser zuwider".

Und Richter-Kollege Pulch spottete: „In einem deutschen Ministerium kann eine weitere Beförderung nur durch alsbaldigen Tod verhindert werden."

Wer nur die Autos tes

Autos muß man an den Menschen messen, die sie fahren sollen.

Deshalb hat Mercedes-Benz als erster einmalige Testanlagen für seine Autos entwickelt. Nicht für besonders geschulte Testfahrer, sondern für ganz normale Autofahrer.

Wir holen diese Autofahrer auf unsere Teststrecke in Stuttgart-Untertürkheim. Mit diesen Menschen machen wir das Spiel „Unverhofft kommt oft". Nach einem festgelegten Programm, von dem sie nichts wissen.

Alles, was sie zu tun haben, ist, mit 60 km/h geradeaus zu fahren. Und zu reagieren. Auf spielende Kinder oder unaufmerksame Fußgänger. Die schießen wir in Form von Gummipuppen plötzlich über die Fahrbahn.

Und was dann geschieht, interessiert uns. Wir messen es. Jeder Fahrer wird von vielen Meßgeräten

tet, testet nicht genug.

begleitet, die jede seiner Reaktionen aufzeichnen: Lenkt oder bremst er zuerst? Gibt er Vollgas, verreißt er den Wagen?

Und wir messen, wie der Wagen auf den Fahrer reagiert: das Ausbrechen, Querstellen oder Schleudern. (Im Test ist das ungefährlich.)

So erfahren wir, wie Menschen in bestimmten Situationen beim Autofahren immer wieder reagieren. Das müssen wir bei der Konstruktion unserer Autos berücksichtigen, um menschliche Fehler aufzufangen.

Unsere Art, Autos zu bauen, verlangt das.

Mercedes-Benz

Ihr guter Stern
auf allen Straßen



RÜSTUNG

ANTI-SCHIFFS-RAKETEN

Fische und Vögel

Vor bald zwei Jahren lehrten ägyptische Matrosen die Nato das Fürchten. Seit sechs Wochen bangen nun rote Admirale um ihre Schiffe.

Am 21. Oktober 1967 hatten Nassers Schnellboote vom sicheren Port Said aus mit drei sowjetischen Raketen des Typs „Styx" den 22 Kilometer entfernten israelischen Zerstörer „Elath" versenkt. Bestürzt registrierten die westlichen Marinestäbe, daß sie dieser Waffe nichts entgegenzusetzen hatten.

Gut zwei Dutzend sowjetische Raketenzerstörer und über 150 „Styx"-Schnellboote der Typen „Osa" und „Komar" in den Warschauer-Pakt-Flotten konnten theoretisch die Kampfschiffe der Nato ausschalten, ohne sich überhaupt in die Reichweite westlicher Abwehrwaffen zu begeben. Zumal in der Ostsee wurde die zahlenmäßige Überlegenheit der Roten Flotte, kombiniert mit dem waffentechnischen Vorsprung, zum Alptraum der Nato-Mariner.

Beeindruckt von düsteren Prophezeiungen der Admirale, beauftragten die Regierungen in Bonn und Paris ihre renommiertesten Raketenbauer mit der Entwicklung wirksamer Gegenmittel. Ergebnis: zwei Anti-Schiffs-Raketen, deren Reichweite und technologische Raffinesse bislang einmalig sind.

Mit höchster Dringlichkeit und unter strengster Geheimhaltung zeichneten, bauten und erprobten die Ingenieure von Nord-Aviation (NA) in Paris und Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) in München. Dann drängte es die beiden durch technische und finanzielle Zusammenarbeit verbundenen Firmen, ihren Erfolg auch in der Öffentlichkeit zu feiern.

Von den Verteidigungsministerien zur Verschwiegenheit in Detailfragen vergattert, lobten der Ex-General und heutige NA-Präsident Jean Crépin sowie MBB-Chef Diplom-Ingenieur Ludwig Bölkow ihre Produkte.

Neu-Kaufmann Crépin über die NA-Schiff-Schiff-Rakete „Exocet" (Fliegender Fisch): „Ich glaube, daß Nord-Aviation eine außerordentlich günstige Position hat, um daraus Nutzen zu ziehen."

Nebenbei-Kaufmann Bölkow über die nach dem Wasservogel benannte MBB-Luft-Schiff-Rakete „Kormoran": „Durchbruch zum Weltstandard."

Die derart gepriesenen Geschosse sind in der Tat geeignet, Moskaus Flottenboß Admiral Sergej Gorschkow um den Schlaf zu bringen: Mit Hilfe von „Exocet" und „Kormoran" kann die Nato demnächst, was bisher nur die Sowjets konnten: gegnerische Schiffe zerstören, ohne selbst das Risiko der Vernichtung zu laufen.

Des Kremls Seemacht, die „Styx" nur von Schiffen verschießen kann, würde im Ernstfall Raketenschläge des Westens vom Wasser und aus der Luft einstecken müssen. Dabei übertreffen die beiden Projektile ihr östliches Gegenstück in nahezu jeder Hinsicht. Hauptgründe für die Überlegenheit von „Kormoran" und „Exocet":

▷ Vom Abschuß bis zum Auftreffen auf das Ziel fliegen beide Raketen in Höhen von nur zwei bis drei Metern über der Wasseroberfläche. Sollte das feindliche Radar sie überhaupt auf den Bildschirm bekommen, so lassen sie sich nicht von den Spiegelungen der Wellenköpfe unterscheiden. Eine Gegenwehr ist deshalb fast ausgeschlossen. Die „Styx" fliegt 300 bis 600 Meter hoch, ist im Radar deutlich zu erkennen und kann mit Fla-Raketen bekämpft werden.

▷ Die Reichweite der westlichen Geschosse ist mit fast vierzig Kilometern um ein gutes Viertel größer als die der „Styx".

Flugphasen der deutschen Luft-Schiff-Rakete „Kormoran" ① und der französischen Schiff-Schiff-Rakete „Exocet" ②

1. Phase: Raketenstart außerhalb des feindlichen Abwehr-Bereichs.

2. Phase: Die Raketen fliegen auf der beim Start vorgegebenen Bahn. Eingebaute Flugregler korrigieren Abweichungen von der Soll-Flugbahn. Durch die extrem niedrige Flughöhe sind sie in dieser Phase fast jeder Radar-Ortung entzogen.

3. Phase: Die Radar-Lenkköpfe schalten sich ein und leiten die Raketen ins Ziel.

DER SPIEGEL

Als Sensation wirkte unter den internationalen Waffenexperten vor allem die extrem gestreckte Flugbahn. Dazu Diplom-Ingenieur Werner August Schnäbele, unter dessen Leitung bei MBB die „Kormoran" entstand: „Wir rasieren eine Koordinate einfach weg und gehen so flach, daß in der Höhe nicht mehr gesteuert werden muß."

Beide Raketen, aus früheren Gemeinschaftsprojekten von NA und MBB weiterentwickelt, werden vom gleichen „Gehirn" kommandiert: dem von der französischen Elektronikfirma Thomson-CSF im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums gebauten Suchkopf „Autodirecteur RE. 576".

Das ebenso geheime wie komplizierte Gerät macht „Kormoran" und „Exocet" im Augenblick des Abschusses unabhängig von weiterer Außensteuerung. Nachdem Pilot oder Kapitän den Bordcomputer die Zielkoordination des gegnerischen Schiffes eingegeben haben,

▷ fliegt die Rakete zunächst auf dem angegebenen Kurs bis in die Nähe des Zieles,

▷ korrigiert dabei Kursabweichungen selbsttätig und

▷ schaltet kurz vor dem Einschlag auf ein Zielsuchradar um, das — elektronisch nicht mehr störbar — auf jedes eventuelle Ausweichmanöver mit einer entsprechenden Änderung der Flugbahn reagiert.

Hauptvorteil dieser technischen Spitzenleistung: Während die Rakete auf ihr Ziel zufliegt, haben Pilot oder Kapitän ihr Flugzeug oder Schiff bereits abgedreht und bringen sich in Sicherheit.

Obwohl die Rüstungs-Ingenieure Fragen nach der Nutzlast nur mit „ausreichend" beantworten, ist klar, daß Schiffe bis zur Größe von Zerstörern durch einen Treffer versenkt werden können, „wenn der Einschlag in einer kritischen Zone des Fahrzeuges erfolgt" (so die französische Fachzeitschrift „Air et Cosmos").

Selbst noch größere Schiffe können von einem „Kormoran" oder „Fliegenden Fisch" mit dem vom MBB-Ingenieur und Erfinder der „Panzerfaust" Franz-Rudolph Thomanek entwickelten „hochenergetischen Gefechtskopf" für lange Zeit lahmgelegt werden.

Fische und Vögel sind nicht eben billig. Der Preis einer „Kormoran" wird etwa 700 000 Mark betragen. MBB-Pressesprecher Eduard Roth bleibt gefaßt: „Man muß doch denken, was kostet eine Rakete, wenn man damit einen Zerstörer von 200 Millionen Mark vernichten kann?"

Deutsche und französische Rüstungsfabrikanten sehen Absatzchancen für ihre neuesten Produkte nicht nur im eigenen Land. Bestätigt der „Figaro": „Exocet interessiert schon acht westliche Staaten." Grund: Eine in der Wirkung dem Torpedo gleichwertige Luft-Schiff-Rakete gibt es auf der ganzen Welt noch nicht. Und die auf dem internationalen Waffenmarkt übermächtigen Amerikaner haben kürzlich bei ihrem aussichtsreichsten Projekt für eine Schiff-Schiff-Rakete („Harpune") die Entwicklungsgelder um 90 Prozent gekürzt.

Die erste Exportorder über „Fliegende Fische" steht schon im Auftragsbuch der NA: Den griechischen Obristen werden „Exocet"-Raketen für vier Küstenwachboote geliefert.

In der erregten Debatte über ausgerechnet diese Kunden ging beim Pariser Aero-Salon eine andere Sensation unter: Prunkstück auf dem Thomson-CSF-Ausstellungsstand war ein aufgeschnittenes Exemplar des hochgeheimen Suchkopfes für die deutsch-französischen Raketen.

Während russische Photographen dankbar die Gelegenheit zur Detailarbeit ergriffen, zeigten die Partner der Elektronikfirma wenig Verständnis für diese Art der Public Relations. MBB-„Militärberater" Oberstleutnant a. D. Günther Klemm eisig: „Wir waren sehr überrascht."

KRIEGSVERBRECHEN

BISCHOF DEFREGGER

Teutonisches Blei

Im Münchner Liebfrauendom schlug dem Priester Matthias Defregger die bislang größte Stunde: Julius Kardinal Döpfner spendete seinem langjährigen Generalvikar die Bischofsweihe.

Papst Paul VI. rühmte in der Berufungsurkunde die persönliche Qualifikation des 53jährigen Defregger zum Weihbischof: „... scheinst uns Du, geliebter Sohn, mit Deinen Gaben des Herzens und des Verstandes besonders geeignet."

Das war am 14. September 1968, zu einer Zeit, da die Staatsanwaltschaft Frankfurt schon ein Jahr lang gegen den geliebten Sohn des Papstes ermittelte — wegen Mitwirkung am Massenmord.

Die Tat geschah am 7. Juni 1944, rund 100 Kilometer nordostwärts des Vatikan, in den Abruzzen. Hier, in dem Bergnest Filetto di Camarda (1068 Meter über dem Meer), schlug Defreggers dunkelste Stunde.

Hauptmann Matthias Defregger, Kommandeur der Nachrichtenabteilung der 114. Jäger-Division, wurde vom Divisionskommandeur Oberst Boelsen als geeigneter Mann für einen Sonderauftrag ausersehen: Er sollte „sämtliche männlichen Einwohner" von Filetto erschießen lassen. Defregger, der bald darauf zum Major befördert wurde, gehorchte.

Drei Tage vor der Bluttat — am 4. Juni 1944 — hatten die Alliierten Rom besetzt und rüsteten nun gemächlich zum weiteren Vormarsch. Dadurch war, wie der deutsche Oberkommandierende in Italien, Feldmarschall Albert Kesselring, in seinen Memoiren schreibt, den Deutschen „eine Schnaufpause" vergönnt. Vereinzelte Einheiten nutzten sie, um die in den Bergen versteckten Partisanen durch blutrünstige Aktionen abzuschrecken.

Für derartige Einsätze brachte die 114. Jäger-Division spezielle Erfahrungen mit. Zweieinhalb Jahre lang hatte sie sich in Serbien, Bosnien, Dalmatien und an der Adria-Küste ausschließlich mit Partisanen herumgeschlagen, wobei die Kampfmethoden, beiderseits, immer barbarischer wurden. Auch in Italien leisteten die 114er, kaum hatten sie Ruhe vor den alliierten Truppen, ganze Arbeit.

Zum Anlaß für das Blutbad in Filetto nahm Divisionskommandeur Boelsen die Ermordung von angeblich vier deutschen Soldaten. Die Bürger von Filetto versichern jedoch heute noch übereinstimmend, die Partisanen hätten im Dorf und der Umgebung nur einen deutschen Soldaten getötet.

Defregger hingegen erinnert sich, was die Tat völkerrechtlich in ein milderes Licht rücken könnte, an vier deutsche Opfer — wie seine Aussagen überhaupt wesentlich von den Angaben der überlebenden Dorfbewohner abweichen. So gab der Weihbischof zu, es seien „22 bis 24 Männer im Alter von 20 bis 50 ausgesondert und dem Zugführer der 1. Kompanie" zur Exekution übergeben worden. Der Zugführer habe „in einem nahe gelegenen Wäldchen vor dem Ort die Erschießung befehlsgemäß" durchgeführt.

Tatsächlich wurden jedoch 17 Dörfler erschossen, fünf oder sieben weniger, als Defregger erinnert. Auch die Altersangaben treffen nicht zu: Der jüngste Erschossene war 17, der älteste 65.

Weihbischof Defregger am vergangenen Freitag zum SPIEGEL: „Die vier von Partisanen getöteten Soldaten gehörten zu meiner Nachrichtengeräte-Kolonne. Daher wohl erging der Exekutionsbefehl an mich." Er habe zweimal vergeblich „Einwendungen menschlicher Art" dagegen erhoben und dann den Exekutionsbefehl an einen Leutnant „delegiert, im Bewußtsein, daß diese Maßnahme in jedem Fall durchgeführt worden wäre".

Hauptmann Defregger sah noch, wie die Dörfler zusammengetrieben wurden. Dann rief ihn der Dienst: „Ich begab mich zum Nachrichtengerät, um dessen Abtransport einzuleiten."

Die delegierte Erschießung hatte jedoch mit einer militärischen Exekution nichts gemein: Es war ein Massaker. Die Dörfler wurden an mindestens drei verschiedenen Plätzen mit Maschinenwaffen zusammengeschossen.

Die deutschen Partisanen-Jäger schonten sogar Wehrmachtsangehörige nicht. Der Führer der in Filetto stationierten Soldaten, die nicht zur 114. Division gehörten, war ein Feldwebel, über dessen Tod heute noch im Ort gesprochen wird. So berichtete der Bauer Antonino Palumbo: „Als sie meinen Vater umgebracht hatten, ging der deutsche Feldwebel zu ihnen und sagte: ‚Ihr habt einen anständigen Mann erschossen.' Da sagte ein Offizier: ‚Du bist ein Kollaborateur', und schoß ihn nieder. Die Leiche haben sie mitgenommen."

Die anderen Toten wurden fast alle verbrannt. In dem nächtlichen Wirrwarr aber gelang drei Verwundeten die Flucht; zwei von ihnen überlebten.

Dr. Attilio Cerone, Amtsarzt im nahe gelegenen Paganica, gab Auskunft: „Einen der Angeschossenen konnte ich retten helfen, er heißt Mariano Morelli, ist jetzt 61 Jahre alt und wohnt in Rom. Damals mußte ich ihn ins Krankenhaus schmuggeln; allein hätte ich ihn nicht durchgebracht. Er hatte schon zuviel Blut verloren" (siehe Morellis Augenzeugenbericht Seite 69).





Gedenkstein in Filetto, Bischof **Defregger***: Zwei überlebten

Gegen Morgen plünderten die Partisanen-Jäger das Dorf, brannten fast alle Häuser nieder und trieben das Vieh weg.

Danach verödete das katholische 1000-Seelen-Dorf vorübergehend, und auch gegenwärtig wird es erst wieder von 512 Menschen bewohnt. An das Massaker erinnert ein bescheidener Gedenkstein am Ortsausgang. Er wurde 1950 errichtet und trägt außer den Namen und den Emaille-Photos der 17 Erschossenen einen Text, der so beginnt: „Die Namen der großherzigen Märtyrer, denen meuchlerisches, teutonisches Blei das Leben nahm ..."

Berufsoffizier Defregger überlebte den Krieg und entging der US-Militärjustiz, die nichts von dem Filetto-Massaker erfuhr. Robert M. W. Kempner, einer der prominentesten Ankläger in Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen, zum SPIEGEL: „Solche

* 1968 beim Empfang der Bischofsweihe im Münchner Liebfrauendom.



Überlebender **Palumbo in Filetto:** „Ihr habt einen anständigen Mann erschossen"

Fälle kamen schon wegen der Unverhältnismäßigkeit der Erschießungsaktionen häufig vor ein Militärgericht. Die Täter wurden im ersten Jahr nach dem Krieg mit ziemlicher Sicherheit zum Tode verurteilt."

Der davongekommene Defregger, der vor dem Krieg Philosophie gehört hatte, studierte nun Theologie und wurde 1949 von Kardinal Faulhaber zum Priester geweiht.

1962 wurde Defregger von Kardinal Döpfner zum Generalvikar und damit an die Regierungsspitze der Erzdiözese München und Freising berufen.

Die „Süddeutsche Zeitung" nannte den neuen Diözesan-Chef das „andere Ich" Döpfners und erläuterte seine Herkunft: Er sei „Träger eines berühmten Namens". Großvater Franz war ein begabter Kunstmaler, der hauptsächlich kernige Tiroler Typen konterfeite. Vater Hans, der eine Französin geheiratet hatte, war geachteter Bildhauer und Architekt in München.

Der geistliche Sproß dieser weltoffenen Künstler-Sippe und der Hausdiener-Sohn Döpfner verstanden sich sofort. Aber auch den alten Kameraden blieb Defregger verbunden. So zelebrierte er 1961 beim Kriegertreffen seiner Jäger-Division in Bad Tölz mehreren tausend ehemaligen Landsern eine Feldmesse, um sie dann mit einer Ansprache im „Kamerad weißt du noch"-Stil zu erfreuen: „Was im Staub der russischen Steppe, im kaukasischen Feld, im Bersten der Granaten entstanden ist, trotzt auch dem praktischen Materialismus unserer Tage."

Im selben Jahr forderte Döpfner anläßlich eines Kriegsverbrecher-Prozesses: „Soll die Jugend neuem Unrecht widerstehen, dann müssen wir ihr Vorbilder geben. Sie muß die Menschen kennenlernen, die auch in den schwersten Stunden ihrem Gewissen treu geblieben sind."

Sechs Jahre später drohte des Kardinals „rechter Hand", wie Defregger vielfach genannt wird, selber ein Kriegsverbrecher-Verfahren. Ende 1964 bat die Bundesregierung um Material zur Aufklärung von Kriegsverbrechen.

Italien schickte zahlreiche Akten über Geisel-Erschießungen, darunter auch Berichte über den Fall Filetto. Diese Akten gelangten nach Frankfurt, da dort der vermeintliche Hauptschuldige an dem Massaker wohnte. Doch schon bald stellte sich heraus, daß der Münchner Defregger den Exekutionsbefehl des inzwischen verstorbenen Divisionskommandeurs hatte ausführen lassen.

Frankfurts Oberstaatsanwalt Dr. Dietrich Rahn reiste nach München, wo er Defregger vernahm. Auch andere deutsche Beteiligte wurden gehört.

Todesursache: Schußwaffe

Hinter den Namen der 17 Erschossenen vom 7. Juni 1944 steht im Standesamtsregister von Camarda jeweils als Todesursache „arma di fuoco" (Schußwaffe). Als Todesstunde ist 19 Uhr angegeben, der Zeitpunkt, an dem die deutsche Aktion begann. Die meisten wurden erst nach Mitternacht erschossen. Es sind:

Mario Marcocci, 17
Tito Marcocci, 20
Antonio Celestini, 24
Luigi Marcocci, 30
Giovanni Gambacurta, 32
Domenico Marcocci, 36
Clemente Ciampa, 39
Cesidio Altobelli, 40
Gradito Alloggia, 40
Raimondo Ciampa, 41
Agostino Spezza, 44
Pasquale Cialone, 45
Sabatino Riccidelli, 47
Carlo Marcocci, 49
Loredo Cialone, 57
Ferdinando Mego, 64
Antonio Palumbo, 65.

Aus der Summe ihrer Aussagen gewann Rahn die Überzeugung, daß die Bluttat von Filetto „niemals Mord" gewesen sein könne.

Italienische Augenzeugen wurden nicht vernommen.

Nach zwei Jahren Ermittelns war der Fall für den Oberstaatsanwalt Rahn erledigt. Er setzte den Schlußpunkt in einem umfänglichen Einstellungsbeschluß, in dem er dartat, daß die Handlung des Divisionskommandeurs „allenfalls als Totschlag, nicht aber als Mord gewertet werden" könne.

Denn: „Keine der Mordqualifikationen des Paragraphen 211 StGB liegt vor. Die Tötung der Geiseln war weder heimtückisch noch grausam. Sie wurde auch nicht aus niedrigen Beweggründen befohlen."

Daher könnte „der Beschuldigte Defregger nur der Beihilfe zu einem Verbrechen des Totschlags schuldig sein". Und Totschlag sei nach 15 Jahren verjährt.

Solche Rechtsauffassung scheint allenfalls verständlich, wenn man — wie die deutschen Staatsanwälte — die näheren Umstände der Erschießungsaktion außer acht läßt oder gar nicht erst ermittelt. Hätten die Frankfurter Strafverfolger — wie der SPIEGEL — Nachforschungen am Ort des Verbrechens anstellen lassen, so hätten sie bei den Schilderungen der Hinterbliebenen des italienischen Abruzzendorfes zwangsläufig erfahren, daß die meisten der 17 Opfer mindestens sechs Stunden lang die Vorbereitungen für ihre eigene Hinrichtung bis ins Detail miterleben mußten.

Wenn eine Tötung aber — so Strafrechtskommentator Schröder-Schönke — „schwere Leiden körperlicher oder seelischer Art hervorruft, sei es durch die Stärke oder durch die Dauer der Handlung des Täters ... auch dann, wenn die eigentliche Tötung schmerzlos erfolgt, jedoch die vorhergehenden Handlungen dem Opfer seelische Leiden zufügen" — so ist sie „grausam" und deshalb rechtlich nicht als Totschlag, sondern als Mord anzusehen.

Wertet man aber das Massaker von Filetto als einen durch grausame Tötung begangenen Mord, so ist die Tat bis heute nicht verjährt. Gleichgültig, wie man den Tatbeitrag Defreggers beurteilt, ob nur als Beihilfe (wie die Frankfurter Staatsanwaltschaft) oder aber nach der von Rechtslehrern vertretenen „objektiven Teilnahmetheorie" sogar als Täterschaft: In beiden Fällen hätte eine Anklage den Bischof vor das Schwurgericht bringen können.

Zwar hat der Frankfurter Einstellungsbeschluß den Bischof zunächst vor dem Gericht bewahrt, doch kann bei Bekanntwerden neuer Tatsachen jederzeit wieder gegen ihn ermittelt werden.

Oberstaatsanwalt Rahn freilich betrachtet das Resultat seiner bisherigen Anstrengungen einstweilen noch mit Wohlgefallen: „Wir haben uns verdammte Mühe gegeben mit der Sache."

„IHR SCHLAFT BALD ALLE FÜR IMMER"

Überlebender Mariano Morelli über das Massaker in Filetto di Camarda am 7. Juni 1944

Bei uns in Filetto waren etwa 30 Deutsche stationiert, die dort ein Nachschubdepot und einen Sender hatten. Es waren alles brave Jungs. Am 7. Juni 1944 kamen zwei Partisanen aus den Bergen und erzählten, daß sie das deutsche Depot überfallen wollten, um den Deutschen den Radiosender abzunehmen. Einer kam auch zu mir ins Haus; ich war damals krank und lag viel im Bett. Ich sagte zu dem Partisanen: „Laßt die Deutschen in Ruhe. Heute gehen sie ja sowieso weg." Darauf der Partisan: „Wir sind etwa 30 Leute und müssen den Sender haben. Es ist beschlossene Sache."

Gegen Mittag hörte ich eine Schießerei. Die Partisanen hatten angegriffen und einen deutschen Soldaten getötet.

Viele Dorfbewohner flohen in die Berge, weil sie die Rache der Deutschen fürchteten. Ich sagte mir: Ich bin krank und habe nichts getan, außerdem habe ich Frau und vier Kinder. Mir werden sie schon nichts tun. Gegen sieben Uhr abends kamen dann die Deutschen mit Lastwagen und gepanzerten Autos.

Wir hatten unsere Türen von innen abgeriegelt. Plötzlich schlug jemand mit dem Stiefel dagegen. Meine Frau ging öffnen; sie hatte unsere damals zweijährige Tochter auf dem Arm. Draußen stand ein deutscher Soldat mit dem Gewehr im Anschlag. Er stieß meine Frau beiseite und kam ins Haus. Als er mich im Bett sah, schrie er: „Du raus!" Ich sagte: „Ich bin sehr krank." Darauf er: „Du raus oder kaputt!" Als ich dann noch nicht gleich aufstand, schlug er mit dem Gewehrkolben auf mich ein, auf den Kopf, auf die Seite und auf den Rücken ... Da ging ich mit ihm mit.

Auf dem Platz waren schon 200 oder 300 Dorfbewohner versammelt. Zwei oder drei hatten die Deutschen schon in den Häusern erschossen. Nach einer Weile wählten die Deutschen etwa 30 Männer aus, mich auch. Wir mußten uns an eine Mauer stellen. Die Frauen und Kinder standen zehn oder 20 Meter entfernt. Als die Soldaten Anstalten machten, uns zu erschießen, schrien die Frauen und warfen sich auf die Erde. Daraufhin brach der deutsche Offizier die Aktion ab.

Die Frauen, Kinder und die Alten wurden auf die Straße nach Camarda geführt; in ein Tal, das etwa einen Kilometer wegliegt. Dort mußten sie bis spät in die Nacht bleiben ... Wir dreißig wurden 50 bis 100 Meter weiter geführt, näher an die Stelle, wo heute der Gedenkstein steht. Dort mußten wir uns hinsetzen ... Als ich später austreten mußte, begleitete mich ein Soldat. Ich fragte ihn: „Wann dürfen wir schlafen gehen?" Der Deutsche antwortete: „Ihr werdet bald alle für immer schlafen."

Die Deutschen warteten offenbar auf einen Befehl. Nach Mitternacht, der Mond schien und es war hell wie am Tag, kam ein Melder. Dann sahen wir, daß die Deutschen etwas vorbereiteten ... Die meisten luden ihre Gewehre durch; es waren mindestens 200.

In Dreierreihen mußten wir dann zum Erschießungsort gehen. Es war vielleicht ein Uhr nachts. An der Stelle, etwa 80 Meter vom heutigen Denkmal entfernt, war eine Mauer, hinter der sich Deutsche mit Maschinengewehren versteckt hatten. Die MG konnten wir sehen, die Soldaten nicht.



Überlebender **Morelli**
„Ich stellte mich tot"

Jetzt geht es los, sagte ich mir, und warf mich auf die Erde. In diesem Augenblick gab es ein großes Durcheinander. Viele schrien: „Madonna, hilf uns" und flüchteten in die Felder. Die Deutschen konnten nicht gleich auf sie schießen, denn ein Teil von uns lief auf die Deutschen zu und klammerte sich an ihren Gewehren fest. Sie schrien: „Wir haben nichts getan!" Die Deutschen stießen sie von sich weg und fingen an, aufs Geratewohl zu schießen.

Plötzlich fingen die MG an zu knattern. Ich fühlte, wie eine Garbe meine Beine traf. Ich blieb aber bei voller Besinnung. Als das MG-Geknatter aufhörte, war alles still ...

Später kamen ein Deutscher und ein Italiener zu mir und drehten mich um, so daß ich auf dem Rücken lag. Ich stellte mich tot und wagte nicht zu atmen. Der Italiener gab mir einen Fußtritt an den Kopf. Der Deutsche legte sein Gewehr an und gab den Gnadenschuß auf mich ab. Doch der Schuß ging vorbei; vielleicht wollte der Deutsche mich auch gar nicht treffen ... Auch die anderen bekamen Gnadenschüsse, größtenteils ins Ohr.

Als die Deutschen merkten, daß nur zehn oder elf Leichen am Boden lagen, gingen sie ins Dorf, wo sie dann noch andere Männer erschossen haben. Es waren die Männer, die ihnen geholfen hatten, die Häuser auszuräumen und denen sie versprochen hatten, ihnen werde nichts geschehen. Sie steckten auch alle Häuser an.

Bevor die Deutschen zurückkamen, um unsere Leichen zu verbrennen, bin ich bis zu einer Stelle gekrochen, an der man mich nicht sehen konnte. Weil mein rechtes Bein sehr stark blutete, band ich mir den Gürtel um den rechten Oberschenkel und zog ihn fest zu ... Am rechten Bein war mir die ganze Wade weggeschossen; in die linke Wade waren auch mehrere Schüsse gegangen, und hier war auch der Knochen zersplittert ...

Später bin ich wohl besinnungslos gewesen. Gegen Morgen fanden mich einige Frauen und schickten nach Paganica, um Hilfe zu holen. Als ich gegen zwölf Uhr mittags aus einer neuen Bewußtlosigkeit aufwachte, war August, ein deutscher Soldat, mit dem ich befreundet war, da und mit ihm ein Medizin-Student aus Paganica, der mich notdürftig verband. Später hat August mich im Beiwagen seines Krads unter eine Plane gesteckt und nach L'Aquila ins Krankenhaus San Salvatore gebracht, wo ich dann mehrere Monate lag.

Heute hinke ich etwas, kann aber auch ohne Stock schon wieder ganz gut gehen. Wegen meiner Kriegsverletzung habe ich in den ersten Jahren monatlich 2000 Lire (13 Mark) Rente bekommen. Seit zwei Jahren bekomme ich, weil ich jetzt ja auch arbeitsunfähig bin, 15 000 Lire (96 Mark) Rente. Für mein Geschäft und meine beiden Häuser, die in Filetto niedergebrannt sind, habe ich im Laufe der Jahre 70 000 Lire (450 Mark) Entschädigung bekommen. Auch die meisten anderen Bewohner von Filetto haben gar keine oder nur kleine Entschädigungen erhalten ...

Ich habe keinen Haß auf die Deutschen, denn es war ja ein Deutscher, der mir das Leben gerettet hat. Aber ich finde, die Deutschen, die heute so reich sind, hätten etwas für Filetto tun können, das immer noch eines der ärmsten Dörfer Italiens ist.



Sie haben nur eine Stimme. Und nur zwei Möglichkeiten, sie einzusetzen. Entweder bei den beharrenden Kräften – oder bei der treibenden Kraft der F.D.P.

Von der großen Koalition hört man fortschrittliche Reden – ihre Taten sind ein Schritt vor und zwei zurück.

Wenn Sie wollen, daß das besser wird – dann dürfen Sie weder CDU noch SPD wählen.

Keine Partei vertritt den Fortschritt besser als die F.D.P. Hier sind die Beweise.

Treibende Kraft für die Gesundheit der DM

Die F.D.P. als einzige Partei hat einen klaren Standpunkt zur Aufwertung der DM. Sie ist dafür. In der großen Koalition geht alles durcheinander. Dabei ist die Sache eindeutig.

Aufwertung heißt: Wir bekommen für unsere Mark soviel, wie sie wirklich wert ist. Wenn Sie nach Frankreich in Urlaub fahren, können Sie nach der Aufwertung ein besseres Hotel nehmen. Fürs gleiche Geld.

Aufwertung heißt auch: Wir bekommen für unsere Ware soviel, wie sie wirklich wert ist. Wenn die Bundesrepublik Volkswagen in die USA verkauft, muß sie nicht von jeder Schiffsladung ein paar verschenken.

Das geschieht nämlich, wenn wir die DM nicht aufwerten. Im Ausland steigen die Preise schneller als bei uns. Der Franc ist weniger wert in Frankreich, das Pfund weniger wert in England, der Dollar weniger wert in den USA. Nur bei uns sind sie noch gleichviel wert – weil wir den Kurs nicht heraufsetzen, nicht aufwerten.

Die Folgen sind logisch: Das Ausland kauft in der „billigen" Bundesrepublik, soviel es nur kann. Eine Unmenge billiges Geld kommt herein – und treibt bei uns die Preise in die Höhe. Wir importieren die Inflation. Das will die F.D.P. verhindern.

Treibende Kraft in der Deutschland-Politik

Wir stehen an einem Wendepunkt der Deutschland-Politik. Immer mehr Länder – wie in jüngster Zeit Kambodscha, aber auch einige arabische Staaten – nehmen diplomatische Beziehungen zur DDR auf. Unsere jetzige Regierung reagiert darauf mit einem untauglich gewordenen Mittel – der Hallstein-Doktrin: Wo der Botschafter der DDR hinkommt, geht der Botschafter der Bundesrepublik weg.

Jeder kann sehen, wohin das führt: Wir überlassen Ulbricht das Feld. Die Bundesrepublik geht in die Selbstisolierung. Sollen die deutschen Interessen in der Welt mehr und mehr von DDR-Botschaftern wahrgenommen werden? Eine Bundesregierung, die das zuläßt, schadet der Bundesrepulik. Sie muß vom Wähler abgelöst werden.

Treibende Kraft für die Bildungs-Reform

Die F.D.P. will die Offene Schule. Damit folgendes nicht mehr passiert.

Sohn ist 10. Vater sagt: Im Rechtschreiben ist er schwach. Höhere Schule? Schafft er nie. Hauptschule also. Punktum.

Später stellt sich heraus, daß er das Zeug zum Architekten hätte. Aber später ist zu spät. Ein Talent geht verloren. Soll das Ihrem Kind passieren? Es wird nicht passieren, wenn wir die Offene Schule haben:

Volksschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium – alles ein einziges, offenes Schulsystem.

Die Offene Schule hat keine Klassen. Sie hat Talentgruppen. Wenn Ihr Kind gut in Englisch ist, aber schlecht in Chemie – dann kommt es in die Sprach-Gruppe.



Ist es gut in Chemie, aber schlecht in Englisch – dann kommt es in die Technik-Gruppe. Ohne Angst vorm Sitzenbleiben kann jeder sein Talent entfalten.

Wer aus der Offenen Schule kommt, weiß genau, was er kann und will: Er wählt den richtigen Beruf. Oder das richtige Studium. Er wird Erfolg haben.

Die Offene Schule ist eine Idee der F.D.P. Verankert im F.D.P.-Bildungsplan.

Die F.D.P. will diesen Bildungsplan mit aller Kraft vorantreiben. Wenn Sie dafür sind: Helfen Sie uns mit Ihrer Stimme.

Treibende Kraft für mehr Bürgerrechte

Die F.D.P. ist die Partei, die sich am freiesten bewegen kann. Sie schleppt keine Koffer voll verstaubtem ideologischen Ballast mit – sie hat beide Hände frei zum Anpacken.

Sie packt die Aufgaben von heute und morgen an – und sie hat auch die Maßstäbe von heute und morgen. Sie kämpft nicht für Konfessionen oder Klassen oder Gruppen-Interessen:

Die F.D.P. kämpft für den Menschen. Für seine Chancen, aus seinem Leben das Beste zu machen. Für sein Recht als Bürger. Hier sind die Beispiele:

Die F.D.P. fordert Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre. Wer sich mit 18 selbst ernähren kann und Steuern zahlen muß, der muß auch mitentscheiden können.

Wer mit 18 die Pflicht hat, unsere Politik notfalls mit Waffen zu verteidigen, muß auch das Recht haben, auf diese Politik mit seiner Stimme einzuwirken.

Der Bundespräsident muß in direkter Wahl, von den Bürgern, gewählt werden – sie können selbst beurteilen, wer für das höchste Amt im Staat der beste Mann ist.

In den Betrieben muß die Mitwirkung und Mitverantwortung der Bürger stärker werden. Das Gesetz, das diese Möglichkeiten sichert, muß voll ausgenutzt und weiter ausgebaut werden. Keine Funktionärs-Mitbestimmung von außen, durch die Gewerkschaft – sondern mehr Mitwirkung von innen, durch den Einzelnen im Betrieb. Dann hat der arbeitende Bürger beides: Starke, unabhängige Vertretung im Tarifgespräch durch die Gewerkschaft, zugleich Einfluß und Kontrolle im Betrieb durch ein gutes Betriebsverfassungsgesetz.

„Gut schön", werden Sie sagen. „Klingt alles vernünftig. Aber seid Ihr stark genug, es durchzusetzen?" Sehen Sie, jetzt kommen wir zum Punkt. Wir werden so stark sein, wie Sie uns stark machen. Nicht stärker. Und nicht schwächer. Sie entscheiden.

Wenn Sie wollen, daß alles beim alten bleibt: Dann wählen Sie CDU oder SPD. Wenn Sie aber wollen, daß es vorwärts geht mit unserem Land – wenn Sie die Zukunft nicht den Gestrigen überlassen wollen: Dann müssen Sie Schluß machen mit der großen Koalition. Dann dürfen Sie weder CDU noch SPD wählen. Die Alternative heißt F.D.P. Jede Stimme für die F.D.P. ist eine Stimme gegen die große Koalition.

Setzen Sie Ihre Stimme da ein, wo sie wirkt. Nicht bei den beharrenden Kräften, sondern bei der treibenden Kraft. Es ist wichtig.

F.D.P.

Bitte ausschneiden und einsenden

Freie Demokratische Partei, 53 Bonn, Bonner Talweg 57

○ **Bitte senden Sie mir weiteres Informationsmaterial**

○ **Ich spende DM __________ für die Arbeit der F.D.P. und überweise den Betrag auf Ihr Postscheck-Konto Köln 42201**

○ **Ihr Konzept überzeugt mich. Ich möchte Mitglied der F.D.P. werden.**

Meine Anschrift: ______________________________

____

Bitte senden Sie Unterlagen über die F.D.P. auch an: ______________________________

____

____

USA

NIXON-REISE

Drei Zeilen

Ein vermeidbarer Mißgriff", urteilte „New York Times"-Chef Reston. „Auswirkungen so ernst wie die U-2-Krise", fürchtete die Londoner „Times". Und der französische Rundfunk war von der „Ungeheuerlichkeit dieser Nachricht" hörbar erschüttert: US-Präsident Richard Nixon setzt seinen Fuß ins Glacis der Sowjet-Union. Er kehrt — am Ende seiner Asien-Reise — in der Sozialistischen Volksrepublik Rumänien ein.

Zwar: Der Besucher bleibt nur 20 Stunden. Er war seit vier Monaten geladen. Er mag eine sentimentale Anhänglichkeit an das einzige Ostblockland haben, das den Privatmann Nixon 1967 freundlich empfing.

Zwar: Die Amerikaner versicherten, ein Affront gegen Moskau liege ihnen gänzlich fern. Die Rumänen versicherten, die Freundschaft zu Moskau sei ihnen Bedürfnis. Und aus Moskau ertönte — jedenfalls vorerst — kein Protestschrei.

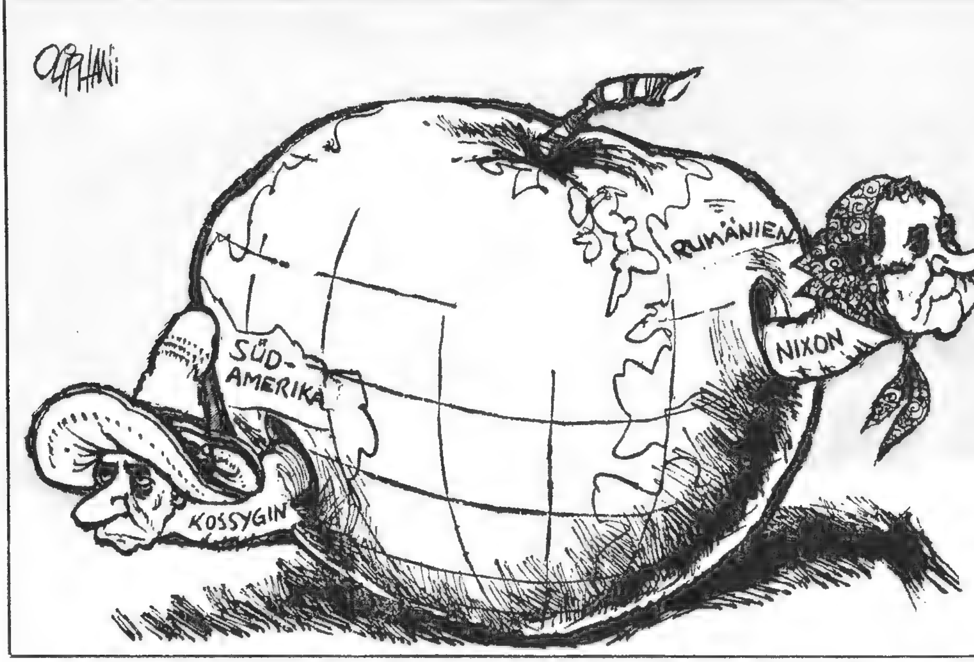
Doch der Präsident der Vereinigten Staaten reist in ein Land, das — unter strenger Parteiherrschaft im Innern —

- ▷ seit 1963 nationalistische Erosion im Ostblock betreibt und Gebietsforderungen an die Sowjet-Union hat;
- ▷ als einziger Ostblockstaat (von Albanien abgesehen) freundliche Beziehungen zum roten Häretiker in Peking und diplomatische Beziehungen zu Israel unterhält;
- ▷ nicht an der Invasion der ČSSR teilnahm.

Nixons Besuch in einem solchen Land muß wie eine Belohnung riskanter Aufsässigkeit wirken und die desintegrierenden Kräfte im Ostblock stärken, die durch die Breschnew-Doktrin eingedämmt werden sollten. Er könnte sogar ein Versuch sein, den in Moskau anstehenden Klärungsprozeß zwischen Falken und Tauben zu beschleunigen — mit dem schwer kalkulierbaren Risiko, ob sich dieser Prozeß nicht in die falsche Richtung entwickelt. Moskau könnte in der Reise eine Provokation sehen, eine Art Aufkündigung des verständnisvollen Augenzwinkerns, mit dem die beiden Supergroßen bislang ihre Reviere abgesteckt und ihre „deals" gemacht haben.

Gründe für einen solchen Wandel gibt es: Der russisch-chinesische Konflikt und die Entschlossenheit, den Vietnamkrieg um nahezu jeden Preis zu liquidieren, haben der amerikanischen Politik erstmals seit Jahren eine gewisse Bewegungsfreiheit verschafft, die den Russen wie die Möglichkeit zur Option zwischen Moskau und Peking erscheinen könnte.

Doch es gibt auch Gegengründe: Die Logik, den Ausgleich und nicht die Konfrontation mit der anderen großen Wasserstoffbomben-Macht zu suchen, hat sich für Amerika nicht verändert. Am 31. Juli sollen die ersten bilateralen Gespräche über Rüstungsbegrenzung strategischer Waffen beginnen.



Denver Post

Einflußsphären

Wenn es aber so ist — warum wählte Richard Nixon dann als Besuchsland ausgerechnet das rebellische Rumänien? Welchen Sinn kann die Abweichung von der Hauptstraße des Gebots „Moscow first" („The Washington Post") — die gleiche Abweichung wie Brandts Ostpolitik — dann haben?

Wahrscheinlich verfolgt Taktiker Nixon mit seiner Rumänien-Reise keine strategischen, sondern taktische Ziele — ähnlich wie mit seiner Europareise im Februar und März: Sie brachte eine gute Presse — und enthüllte den Widerspruch eines Programms, das den Ausgleich mit Moskau und die Rücksicht auf Moskaus Feinde (etwa Bonn) als miteinander vereinbar anpries.

Wahrscheinlich will Nixon der auf Vietnamkrieg und Städte-Elend fixierten amerikanischen Öffentlichkeit dartun, daß Amerika gleichwohl noch handlungsfähig sei — wenn sein Präsident nur gute Einfälle habe. Das wäre der alte trickreiche („tricky") Nixon.

Ko-Absicht könnte sein, den Sowjets die Erkenntnis aufzuzwingen, sie müßten einem solch einfallsreichen Mann Respekt erweisen, etwa bei den künftigen Abrüstungsgesprächen.

Freilich: Nixons Absichten und die Interpretation dieser Absichten durch eine verunsicherte, seit dem Nahost-Krieg auch durch außenpolitische Mißerfolge gezeichnete Moskauer Führungsequipe müssen sich nicht decken. Das tagelange Rätselraten darüber, ob das sowjetische Dreigestirn die geplante Reise zu Nixons Gastgeber Ceauşescu antreten oder in Rumänien zum Rapport nach Moskau bestellen werde, deutet auf eine gefährliche Irritation der Sowjets hin.

„Zu gegebener Zeit", klang es dunkel aus Moskau, werde man die Entscheidung bekanntgeben. Moskaus Nachrichtenagentur Tass brachte nur eine Drei-Zeilen-Meldung über die Rumänien-Reise des amerikanischen Präsidenten.

In den USA war gleichfalls Beklemmung spürbar. „Wenn er aber wieder zu Hause ist", sagte James Reston voraus, „hat er an den alten Lasten zu tragen und die alten Rechnungen zu begleichen."

SOWJET-UNION

ZENTRALKOMITEE

Mehr Licht

Mit statutenwidriger Verspätung trat vorletzten Donnerstag in Moskau das Zentralkomitee zusammen: Laut Artikel 38 der Parteisatzung soll das ZK „mindestens einmal innerhalb von sechs Monaten" einberufen werden — die letzte Sitzung war am 9. Dezember vorigen Jahres.

Mehr noch als das Parteistatut drängte der Moskauer Untergrund: In illegalen Abschriften kursieren in der sowjetischen Hauptstadt die freimütigen Ansprachen ausländischer Genossen auf der roten Weltkonferenz Anfang Juni. Die Sowjetpresse veröffentlichte nur gekürzte Fassungen in indirekter Rede. Ehe das vollständige Konferenz-Protokoll gemäß Konferenz-Beschluß offiziell publiziert wird,

soll das Sowjetvolk die parteiamtliche Auslegung erfahren.

Das Zentralkomitee genehmigte am 26. Juni auf einer eintägigen Sitzung nachträglich die Resolution der KP-Weltkonferenz vom 17. Juni — obwohl deren Vorbereitungskonferenz im März beschlossen hatte, der Resolutions-Entwurf solle *vor* der Gipfel-Abstimmung erst einmal von den Zentralkomitees aller Parteien beurteilt werden.

Rechtzeitig befragt, hätten die sowjetischen ZK-Mitglieder der Welt-Resolution widersprechen müssen: Sie enthält nur freundliche Worte über das kommunistische China, das als Mitglied des „sozialistischen Weltsystems" ausgewiesen und dessen Revolution als ein rotes Muster empfohlen wird.

Unter Berufung auf die „erdrückende Mehrheit" der Bruderparteien beschloß jedoch das Sowjet-ZK, „einen unversöhnlichen Kampf gegen die antileninistischen ideologischen Zielsetzungen der gegenwärtigen Führer Chinas, gegen ihre Spalterpolitik und den außenpolitischen Großmachtkurs" zu führen.

Auch die von den Welt-Delegierten aus dem Text gestrichene Breschnew-Doktrin einer begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten schmuggelten die Sowjet-Kommunisten wieder in ihre Auslegung der Resolution: „Die Beratung hat mit allem Nachdruck erklärt, daß die Verteidigung des Sozialismus die internationale Pflicht der Kommunisten ist" — die Konzils-Forderungen nach „Gleichberechtigung, Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" verschweigt das Sowjet-ZK. Dafür heißt es: „Gemeinsame Interessen der Bewegung ... sind von den Interessen jeder einzelnen Partei nicht zu trennen."


Sowjet-Parteichef **Breschnew**
Korrektur des Konzils

Ferner: Obwohl die Konzil-Kommunisten beschlossen hatten, daß „heute in der kommunistischen Weltbewegung kein leitendes Zentrum besteht", beschlossen die Sowjet-Kommunisten: „Die Außenpolitik der UdSSR spielt eine überaus wichtige Rolle im gemeinsamen Kampf der antiimperialistischen Kräfte und bei der Festigung der Macht und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft und wird sie auch weiterhin spielen."

Für eine solche Interpretation des Weltkonzils votierte der Partei-Apparat: Nach einer Geheimrede seines Chefs, des Generalsekretärs Breschnew (seit seinem Amtsantritt 1964 werden ZK-Sitzungsprotokolle nicht mehr veröffentlicht), sprachen in der Diskussion die Parteisekretäre von Moskau und Leningrad, der Ukraine, der mittelasiatischen Unionsrepublik Kasachstan und aus dem sibirischen Jakutsk, der Armee-Chefpolitruk und zwei für ideologische Fragen zuständige Funktionäre. Die Vertreter des Staatsapparats schweigen; sie sind im ZK ohnehin in der Minderheit: Von den 360 Vollmitgliedern und Kandidaten sind 185 (51 Prozent) Funktionäre der Partei und ihrer Gliederungen.

118 ZK-Mitglieder sind Staatsfunktionäre; 30 Marschälle, Generale oder Admirale vertreten die Sowjet-Streitkräfte — vor allem die 1966 in das ZK eingerückte Lobby der Wehrkreisbefehlshaber (SPIEGEL 26/1966). Zur Dekoration gehören dem sowjetischen Zentralkomitee noch neun Wissenschaftler und Schriftsteller sowie sieben Betriebsdirektoren und Ingenieure an, ferner vier „Brigadiere" (Vorarbeiter), fünf Metallarbeiter, eine Hafen-Kranführerin und eine Melkerin.

Über wichtige Entscheidungen wird das Zentralkomitee erst unterrichtet, wenn Politbüro und Parteichef Breschnews Sekretariat bereits entschieden haben: Wie jetzt zu Weltkonzil und China-Konflikt wurde auch vor der ČSSR-Intervention das ZK nicht nach seiner Meinung gefragt — obwohl laut Artikel 35 des Statuts das ZK die Sowjetpartei „in ihren Beziehungen zu anderen Parteien" repräsentiert.

Einem der ungefragten ZK-Angehörigen scheint die Entmachtung der Partei-Repräsentanten indessen zu mißfallen: dem Parteisekretär von Nowgorod, Basowski. In einer vor kurzem veröffentlichten Broschüre „Lenins Prinzipien der zwischenparteilichen Demokratie in Aktion" argumentiert Basowski mit einem Lenin-Zitat:

„Mehr Licht! Laßt die Partei alles wissen, unterbreitet ihr *das gesamte, absolut das gesamte* Material für die Beurteilung aller und jeder Meinungsverschiedenheiten, aller Rückfälle in den Revisionismus, Verstöße gegen die Disziplin usw. Mehr Vertrauen zur selbständigen Urteilskraft der ganzen Masse der Partei-Arbeiter ..."

HEIMATRECHT FÜR RUSSEN IN GERAUBTEN GEBIETEN

Beansprucht China wirklich sowjetisches Territorium?

Die Zwischenfälle an den Grenzen zwischen Rußland und China begleitet ein Propaganda- und Noten-Krieg der Regierungen, in den Moskau auch die Bundesrepublik hineingezogen hat. Die Sowjet-Union behauptet, China erhebe Anspruch auf 1,5 Millionen Quadratkilometer sowjetischen Territoriums. China verdächtigt die Sowjet-Union einer Fortsetzung der imperialistischen Zaren-Politik. Der Text der beiden letzten Noten zeigt jedoch: Peking ist zur Anerkennung der bestehenden Grenzen bereit, wenn Moskau die Unrechtmäßigkeit des Erwerbs der strittigen Gebiete eingesteht – und so durch einen Kotau sein Gesicht preisgibt. Moskau wiederum beruft sich auf fast 50 Jahre alte Erklärungen des jungen Sowjetstaats, die in Wahrheit allerdings den chinesischen Standpunkt stützen.

Sowjetbotschafter Zarapkin übergab am 18. Juni Außenminister Brandt ein Memorandum zu den sowjetisch-chinesischen Grenzstreitigkeiten, dessen Inhalt mit der am 13. Juni Peking übermittelten Regierungserklärung übereinstimmt. Darin heißt es:

„Die chinesische Seite hat offenbar beschlossen, einigen Tatsachen aus der Geschichte der Beziehungen zwischen Rußland und China einen neuen Akzent zu geben, und zwar in der Hoffnung, daß durch Verfälschungen und wissentliche Entstellungen eine für die chinesische Seite erwünschte, der Wirklichkeit jedoch in keiner Weise entsprechende Vorstellung darüber aufkommt, wie die Grenzen zwischen unseren Ländern entstanden sind. Dabei wird die Frage der rechtsungleichen Verträge ... in den Vordergrund gerückt. Unter dem an den Haaren herbeigezogenen Vorwand, die in früheren Jahrhunderten begangenen ‚Ungerechtigkeiten' beseitigen zu wollen, versucht die chinesische Regierung, Ansprüche auf 1,5 Millionen Quadratkilometer ureigensten sowjetischen Bodens zu begründen."

Die Regierung der Volksrepublik China hatte am 24. Mai eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt:

„Von den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts an betrieb das zaristische Rußland im Zusammenspiel mit den westlichen imperialistischen Ländern eine Aggressionspolitik zur Aufteilung Chinas und zwang China in der kurzen Zeitspanne eines halben Jahrhunderts, eine Reihe ungleicher Verträge zu unterzeichnen, nach denen Rußland mehr als 1,5 Millionen Quadratkilometer chinesischen Territoriums annektierte, dreimal die Fläche von Frankreich oder zwölfmal die Fläche der Tschechoslowakei."

Diese chinesische Regierungserklärung wurde in der UdSSR nicht veröffentlicht, während alle sowjetischen Erklärungen zur Grenzfrage in der chinesischen Presse ungekürzt wiedergegeben wurden. Dazu die Pekinger Nachrichtenagentur Hsinhua: „Wir möchten hiermit die Sowjetregierung auffordern, ein Gleiches zu tun und die Erklärung der chinesischen Regierung im vollen Wortlaut in der sowjetischen Presse zu veröffentlichen. Tut das doch bitte, wenn ihr kein schlechtes Gewissen habt, wenn ihr nicht zu feig' dazu seid und wenn ihr sie nicht vor dem sowjetischen Volk verheimlichen wollt."

Auch im Westen blieb weithin unbekannt, daß in der chinesischen Erklärung aus den „ungleichen Verträgen" keine Gebietsansprüche hergeleitet werden:

„Die chinesische Regierung ist der Ansicht, daß die sich auf die jetzige chinesisch-sowjetische Grenze beziehenden Verträge alle ungleiche Verträge sind, die China vom zaristisch-russischen Imperialismus aufgezwungen wurden. Aber aus der Erwägung,

▷ daß der zaristisch-russische Imperialismus China zur Unterzeichnung der Verträge zwang, als das chinesische Volk wie das russische Volk rechtlos waren ...,



Sowjet-Posten an Chinas Grenze
Leichnam geplündert

▷ daß daher das sowjetische Volk keine Verantwortung dafür trägt,

▷ daß breite Massen der sowjetischen Werktätigen lange Zeit in diesen Gebieten angesiedelt sind,

ist die chinesische Regierung, vom Wunsch der Aufrechterhaltung der revolutionären Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und der Sowjet-Union geleitet, noch immer bereit, diese ungleichen Verträge als Grundlage für die Bestimmungen des ganzen Grenzverlaufs zwischen beiden Ländern zu nehmen sowie für die Beilegung aller die Grenze betreffenden vorhandenen Fragen."

Damit hat China seine Bereitschaft erklärt, das Heimatrecht der in den strittigen Gebieten angesiedelten Russen zu respektieren — wenn auch die Annexion dieser Gebiete durch Rußland unrechtmäßig erfolgt sei. Zum Beweis der fehlenden Rechtsgrundlage verweist die chinesische Erklärung darauf, daß der Sowjetstaat in den ersten Jahren seines Bestehens selbst die zaristischen Verträge als „ungleich" bezeichnet habe; Lenin sei für ihre Annullierung eingetreten, und die Sowjetregierung habe 1919, 1920 und 1924 die Verträge auch förmlich annulliert.

Dazu erklärte die Sowjetregierung am 13. Juni folgendes:

„Weder in der Botschaft von 1919 noch im Abkommen zwischen der Sowjet-Union und der Chinesischen Republik von 1924 ist ein Hinweis darauf enthalten, daß die Verträge, die den Verlauf der jetzigen sowjetisch-chinesischen Grenze bestimmen, zu den rechtsungleichen oder geheimen Verträgen gehören. Naturgemäß war auch von ihrer Aufhebung oder Überprüfung nicht die Rede."

In der Erklärung des Sowjet-Vize-Außenministers Karachan vom 25. Juli 1919 seien lediglich annulliert worden: „die Verträge über Einfluß-Sphären in China, über die Rechte auf Exterritorialität und Konsularrechtsprechung, über die Konzessionen auf chinesischem Hoheitsgebiet sowie über den russischen Anteil der Kontribution, die die imperialistischen Länder China nach der Niederschlagung des ‚Boxeraufstands' aufgezwungen hatten". In der Karachan-Botschaft heißt es:

„Die Regierung der Arbeiter und Bauern hat alle geheimen Verträge mit Japan, China und den Ex-Alliierten, die es der russischen Regierung des Zaren und ihren Alliierten ermöglichten, die Völker des Ostens und vor allem das Volk Chinas zu versklaven, ... für null und nichtig erklärt ... Wir wenden uns hiermit an das chinesische Volk mit der Absicht, ihm nachdrücklich zu versichern, daß die Sowjetregierung alle Eroberungen der zaristischen Regierungen, die von China die Mandschurei und andere Gebiete wegnahmen, preisgegeben hat."

Dementsprechend wurde am 27. September 1920 eine gemeinsame sowjetisch-chinesische Erklärung herausgegeben, deren Artikel I lautet:

„Die Regierung der Russischen Föderativen Sowjetrepublik erklärt für null und nichtig alle Verträge, die von den früheren Regierungen Rußlands mit China geschlossen worden sind, gibt alle Besitznahme von chinesi-

schem Territorium und alle russischen Konzessionen in China auf und gibt ohne Kompensation und auf ewig alles das an China zurück, was ihm von der Regierung des Zaren und der russischen Bourgeoisie geraubt wurde."

Am 31. Mai 1924 wurde zwischen der Sowjet-Union und der chinesischen Republik ein Abkommen geschlossen, das im Artikel III lautet:

„Die Regierungen der beiden vertragschließenden Parteien kommen überein, ... alle Konventionen, Verträge, Kontrakte usw., die zwischen der Regierung Chinas und der zaristischen Regierung abgeschlossen wurden, zu annullieren und sie durch neue Verträge, Abkommen usw. auf der Grundlage der Gleichheit, Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit als auch des Geistes der Erklärungen der Sowjetregierung von 1919 und 1920 zu ersetzen."

Die am 13. Juni in Bonn überreichte Sowjeterklärung sagt dagegen:

„In keinem einzigen Dokument des Sowjetstaats, in keiner Erklärung Lenins werden die Grenzverträge mit China zu den rechtsungleichen oder revisionsbedürftigen gezählt. Wladimir I. Lenin hat die Grenze der UdSSR mit China niemals angezweifelt."

Lenin schrieb im Jahre 1900 in seinem Artikel „Der China-Krieg":

„Will man die Dinge bei ihrem richtigen Namen nennen, so muß man sagen, daß die europäischen Regierungen (und die russische ist dabei so ziemlich eine der ersten) mit der Aufteilung Chinas bereits begonnen haben ... aber nicht offen, sondern heimlich, wie Diebe. Sie sind darangegangen, China auszurauben, wie man einen Leichnam ausraubt, und als dieser vermeintliche Tote Widerstand zu leisten versuchte, fielen sie wie wilde Tiere über ihn her, indem sie ganze Dörfer niederbrannten, wehrlose Einwohner, Frauen und Kinder im Amur ertränkten, niederschossen und auf Bajonette spießten."

In seiner Schrift „Sozialismus und Krieg" schrieb Lenin 1915:

„Wenn zum Beispiel morgen ... Persien oder China an Rußland den Krieg erklärten, so wären das ‚gerechte' Kriege, ‚Verteidigungs-Kriege' unabhängig davon, wer als erster angegriffen hat, und jeder Sozialist würde mit dem Sieg der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Staaten über die Räuber—die ‚Groß'-Mächte — sympathisieren ...

„Nirgends in der Welt gibt es eine solche Unterdrückung der Mehrheit der Landesbevölkerung wie in Rußland: Die Großrussen machen nur 43 Prozent der Bevölkerung aus, das heißt weniger als die Hälfte, alle anderen aber sind als ‚Fremdstämmige' entrechtet. Von den 170 Millionen Einwohnern Rußlands sind *rund 100 Millionen* unterdrückt und entrechtet."

In einer Tabelle bezeichnet Lenin von den 22,8 Millionen Quadratkilometern des Russischen Reiches im Jahre 1914 (einschließlich Finnland; Umfang der UdSSR 1969: 22,4 Millionen Quadratkilometer) als „Kolonien": 17,4 Millionen Quadratkilometer.

TSCHECHOSLOWAKEI

PARTEISÄUBERUNG

Immer im Herbst

Zur Restauration der „führenden Rolle" der Partei — so Sowjet-Presseagentur „Tass" am 22. August 1968 — marschierten die Sowjettruppen in die Tschechoslowakei. Seither beginnt die Partei sich aufzulösen — wegen des Sowjetmarschs auf Prag.

Parteichef Dubček hatte die Führungsrolle dieser Partei durch Reformen retten wollen. Nachfolger Husák säuberte die Partei-Führungsspitze von Reformern. Beim großen Aufräumen auf der ZK-Sitzung vom 30. Mai empfahl eine Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des Genossen František Šorm den Ausschluß des Wirtschaftsreformers Ota Šik aus dem ZK — auf derselben Sitzung wurde auch gegen Šorm (und mehr als ein Dutzend anderer Führungs-Genossen) ein Ordnungsverfahren wegen „Verletzung der Parteidisziplin" eröffnet.

Šorm, Präsident der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, hatte am 25. August 1968 den sowjetischen Akademie-Präsidenten Keldysch in einem Brief beschworen, „alles in Ihren Kräften stehende zu tun, daß unser Land von den Fesseln der Okkupation befreit wird, damit es selbständig den Sozialismus verwirklichen kann".

Jetzt griff der „Kader-Wechsel" auf die Regional- und Bezirkskomitees der Partei über. Nach Überprüfung des mittleren und unteren Funktionärs-Korps werden nun die einfachen Mitglieder auf Sowjettreue durchleuchtet. Husák vorletzte Woche auf einer „gesamtstaatlichen Funktionärs-Konferenz": „Die Aufgabe besteht darin, mit den oppositionellen Tendenzen abzurechnen, sie zu schlagen und der Möglichkeiten zu berauben, auf



Dikobraz, Prag*

Dressur für Journalisten

die tschechoslowakischen Werktätigen einzuwirken, und sie überall dort zu unterdrücken, wo sie eine subversive, feindselige Haltung beziehen."

Partei-Säuberer Miloš Jakeš, Chef der „Zentralen Kontroll- und Revisionskommission", meldete, über 2000 Sonderkommissionen hätten ihre Tätigkeit in den örtlichen Partei-Grund-



Prager KP-Chef **Husák**
Partei zerstört

organisationen aufgenommen — selbst in der dunkelsten Stalin-Zeit gab es solche Kommissionen nicht auf lokaler Ebene.

Doch die einfachen Parteimitglieder warten die entwürdigenden Vernehmungen und Aufforderungen zur Selbstkritik nicht ab: Sie geben ihre Mitgliedsbücher der Partei zurück. Vor allem in Nordböhmen und Südmähren hat die Austrittsbewegung Dimensionen angenommen, die Husáks Kommunistische Partei zur Kader-Gruppe schrumpfen lassen.

Von den 1850 Parteimitgliedern der Belegschaft der „Java"-Elektronik-Fabrik in Prag-Pankrác sind 1400 Genossen ausgetreten. Im Motol-Krankenhaus hat die ganze Parteibetriebsgruppe (rund 100 Mitglieder) ihre Mitgliedschaft aufgekündigt; nur der Vorsitzende und der Parteisekretär blieben in der KPČ.

Partei-Grundorganisationen — so in nordböhmischen Elektrizitätswerken — haben sich vollständig aufgelöst. Auf dem Schreibtisch des Direktors liegt ein Umschlag mit sämtlichen Partei-Ausweisen — und niemand ist bereit, das Päckchen im Bezirks-Parteisekretariat abzuliefern. Die Bezirks-Parteikomitees aber können ihren Bürobetrieb nicht mehr aus Beiträgen finanzieren und verlangen Geld vom ZK, um ihrem Personal wenigstens die Gehälter auszuzahlen.

Der Mitgliederbestand der KPČ von früher 1,6 Millionen Genossen, darunter 330 000 Slowaken, hat sich im tschechischen Landesteil derart vermindert, daß jetzt erstmals weniger Tschechen als (meist Husák-treue) Slowaken der Partei angehören.

Obwohl der frühere Armee-Politchef Prchlík und der vorige Woche als Direktor der Partei-Hochschule entlassene Milan Huebl mit Verhaftung rechnen, zaudert Parteichef Husák noch, den Staatssicherheitsdienst bei der Partei-Säuberung einzusetzen. Husák war selbst in der Stalin-Ära

* Februar 1969.

Opfer des Polizeiterrors gegen Parteigenossen.

Die Staatssicherheitsorgane wurden bei ihrer bisher meist nur observierenden Tätigkeit mehrfach rasch enttarnt: So entdeckte der Schriftsteller Václav Havel Anfang des Jahres eine Abhöranlage in seiner Wohnung und beobachtete, wie ein Mikrophon aus der Zimmer-Decke gezogen wurde — Havel publizierte den Fall.

Mit der Überschrift „Die Gangster sind unter uns" veröffentlichte das Organ des Jugendverbandes „Mladá fronta" eine andere Affäre:

„Kurz nach zehn Uhr vormittags am 5. Februar 1969 klingelte es an der Wohnungstür des Maschinisten der Wittkowitzer Eisenwerke, J. K., in der Siedlung Roviny in Hlučín. Er war damals krank. Als er die Tür öffnete, kamen zwei Männer in Ledermänteln in die Wohnung. J. K. führte die Gäste höflich herein und fragte nach ihrem Begehr. Statt einer Antwort wurde er zusammengeschlagen, und dann begann das Verhör. Vor allem wollten sie die Namen und Adressen weiterer vier Mitglieder des Verbandes antifaschistischer Widerstandskämpfer wissen, die mit ihm gemeinsam im vorigen Jahr Resolutionen verfaßt und abgesandt hatten."

Der Zentralausschuß des Widerstandskämpfer-Verbandes beschwerte sich: „Leider ist dies kein vereinzelter Fall in dem Gebiet von Ostrau. Es kommt dort zu groben, verborgenen und offenen Angriffen auf die Funktionäre unseres Verbandes, die sogar polizeilich überprüft werden, wie sie sich im August und nach dem August benommen haben."

Jetzt gibt es indessen keine Plattform für Proteste mehr, seit die Presse wieder gleichgeschaltet ist. Mit Verhaftungen wird jedoch erst nach dem 15. September gerechnet — zu diesem Termin läuft die Amnestie für Emigranten ab.

Und aus der historischen Erfahrung eines dreimal — 1939, 1948, 1969 — verfolgten Volkes sagen ältere Tschechoslowaken: „Bei uns wird immer erst im Herbst verhaftet."

GRIECHENLAND

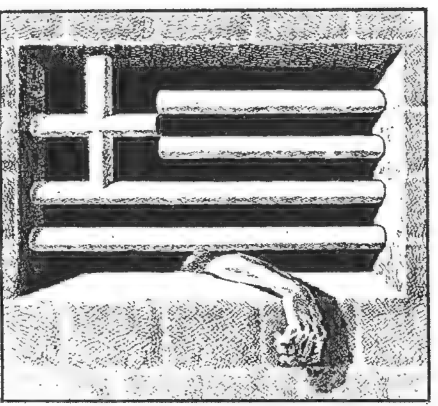
WIDERSTAND

Brief an den Boß

Beim montäglichen Lever des Panzergenerals und Junta-Witzbolds Stylianos Pattakos im Athener Innenministerium erzählte der Journalist Georgios Drossos dem Minister einen neuen Pattakos-Witz:

Griechische Archäologen hatten eine antike Statue ausgegraben, konnten sich aber nicht über deren Alter einigen. Sie zankten sich, bis einer vorschlug: „Gehen wir doch zu Pattakos. Der weiß alles."

Vizepremier Pattakos entscheidet: „Lassen Sie die Statue bis morgen



Hellenic Review*

hier." Anderntags gibt er Auskunft: „Die Statue stammt aus dem ersten Viertel des fünften Jahrhunderts vor Christus."

Staunend fragen die Wissenschaftler, wie der Minister so genau Bescheid wissen könne. Pattakos: „Ganz einfach. Ich habe die Statue Herrn Lambrou übergeben. Er hat sie binnen 24 Stunden zum Sprechen gebracht."

Lambrou ist einer der berüchtigtesten Folteroffiziere der Athener „Asphalia", der Sicherheitspolizei, die für politische Häftlinge zuständig ist.

Pattakos fand den Witz gut und reihte ihn in seine Sammlung ein. Sein Chef, Junta-Boß Oberst Papadopoulos, mag Folter-Scherze nicht, konkrete Folter-Berichte freilich noch weniger.



Vizepremier **Pattakos**
Statue zum Reden gebracht

Auf Presseberichte über Foltermethoden seiner Polizisten reagierte der Premier selbst mit einem makabren Witz: Er sagte vor Journalisten, er werde jeden einzelnen Polizisten, dem eine Folterung von Häftlingen nachgewiesen werden könne, auf dem Athener Syntagma-Platz erschießen lassen.

„Amnesty International" nahm den Premier beim Wort und nannte einen Todeskandidaten: den „Asphalia"-Offizier Karapanagiotis, der „in den vergangenen Wochen den Studenten Nikos Voulelis auf das grausamste folterte".

Der SPIEGEL kann weitere Namen nennen: Neben der Witz-Figur Lambrou die „Asphalia"-Männer Mallios, Babalis, Spanos und Kravaritis.

Diese polizeilichen Schläger haben zahlreiche der 700 in diesem Jahr bisher angeklagten politischen Häftlinge behandelt — sie zu Geständnissen gepreßt und für die öffentlichen Verhandlungen vorbereitet.

Ihre Methoden: Schläge mit Knüppeln und Eisenrohren, Aufhängen der Delinquenten an Händen und Füßen, Brechen von Gliedmaßen, Ausreißen von Finger- und Zehennägeln.

Ihre Opfer — Studenten, Arbeiter, Soldaten, Intellektuelle, Politiker — sagten über die Folterqualen zum Teil in öffentlicher Verhandlung aus oder wiesen Wunden vor. Die Richter unterbanden solche Aussagen oder übergingen sie.

Darin hat die Athener Junta einen eigenen Stil entwickelt: Sie läßt keinen Anlaß aus, ihren „unblutigen" Putsch zu feiern — und spricht per Gesetz Nummer 578 vom 28. September 1968 gleichzeitig „den bei der Revolution vom 21. April 1967 und der Niederschlagung der Konterrevolution vom 13. Dezember 1967 gefallenen Angehörigen der Armee sowie deren Familien" eine Rente zu.

Sie erzählt von „Beweisen für kommunistische Umsturzversuche", die „auf 70 Lastwagen weggeschafft werden mußten" (Pattakos in einem SPIEGEL-Gespräch), hat bisher aber noch keinen dieser Beweise vorgezeigt. Papadopoulos selbst erklärte jüngst, es habe in Griechenland „nie einen Massenkommunismus gegeben". In der Tat befinden sich unter den politischen Häftlingen des Regimes mehr Konservative als Kommunisten.

Vorletzte Woche nahm der Diktator per Dekret Nr. 197 den Rücktritt von Athens oberstem Verwaltungsrichter, Michael Stasinopoulos, an, da der Richter — so der Premier — „einen äußerst schweren Fehler" begangen und ein „in der Justizgeschichte der Welt beispielloses Verhalten gezeigt" habe.

In Wahrheit hatte der auf Lebenszeit ernannte, unabsetzbare Richter nur getan, was seines Amtes war: Er setzte 21 Richter, die von der Junta gesetzwidrig entlassen worden waren, wieder in ihre Ämter ein.

* Ein in London erscheinendes Blatt der Exil-Griechen.

Das war für Papadopoulos eine „Provokation". Der Premier berief sich auf „Recht, das die Revolution geschaffen hat".

Stasinopoulos hatte seinen Rücktritt, den der Premier so bereitwillig annahm, freilich nie eingereicht und gab in seinem Amt ausdrücklich zu Protokoll, daß er auch nicht beabsichtige zurückzutreten, da „meine Richterehre, meine Pflichten und die Interessen der griechischen Justiz dies verbieten" (Stasinopoulos).

Daraufhin setzten Junta-Polizisten den bei seinen Landsleuten hoch angesehenen Oberrichter unter Hausarrest und sperrten ihm das Telephon. Papadopoulos bestellte von sich aus einen Nachfolger — ohne diesen vorher zu befragen.

Der Diktator war den Juristen lange gram gewesen, denn sie hatten allein 1968 fast 500 Ministerverfügungen für nichtig erklärt — zehnmal so viele wie unter den früheren parlamentarischen Regierungen. Darunter waren auch 37 Verfügungen von Papadopoulos selbst.

Auch nun beugten sich die Richter nicht. Bis Mitte letzter Woche traten 13 der 24 lebenslangen Mitglieder des Staatsrates aus Protest zurück — und machten das Verwaltungsgericht damit funktionsunfähig. Jede künftige Entscheidung des Gremiums, selbst wenn es mit Lakaien der Obristen aufgefüllt ist, wird rechtlich umstritten sein.

Die Palastrevolution der Richter (der Staatsrat residiert wie der Premier im zweckentfremdeten Parlamentsgebäude, dem „Alten Schloß") traf die Athener Militärherren in einem gefährlichen Augenblick.

Trotz aller Zwangsmaßnahmen, trotz Terror, Ausnahmezustand und Zensur ist Europas jüngste Diktatur in ihrem dritten Jahr in die Krise geraten. Der Widerstand, aktiv und passiv, ist stärker als jemals seit dem Coup. Bomben explodieren mitten in Athen, vor Offiziersvillen und Ministerautos. Die Politiker von einst formieren sich zur Opposition — für die Zeit „nachher".

Die Mißerfolge der Junta:

- ▷ Sie konnte die Mehrheit des Griechenvolkes nicht für das Militärregime gewinnen.
- ▷ Sie konnte Griechenlands Erzübel, die Korruption, nicht beseitigen, sondern wurde selbst von ihr befallen.
- ▷ Die bisherige Basis ihrer Macht, die Armee, ist in sechs einander bekämpfende Cliquen zerfallen. Der SPIEGEL kann die Zersetzung in der Armee erstmals anhand eines geheimen Dokuments belegen.

Nach vielen Monaten furchtsamen Schweigens sind die Hellenen wieder zu einer ihrer Lieblings-Beschäftigungen zurückgekehrt: zum Politisieren im Kafenion.

Unter den Sonnendächern des Café-Restaurants „Floca" in der Panepistimou-Straße und in der Stehkneipe „Pinci" in der Voukourestiou-Straße nahe dem Außen- und Informationsministerium treffen sich arbeitslose Abgeordnete, abgehalfterte Staatssekretäre und Minister, Journalisten und Ex-Offiziere zum leidenschaftlichen Polit-Disput. Sie schmieden Pläne für „nachher".

Daß dies „nachher" nicht mehr allzu fern sein mag, darüber sind sie sich einig — trotz der reglementierten Nachrichtengebung des Regimes, die alles als in bester Ordnung hinstellt.

Die Zensur, Nachbarin der Informations-Generaldirektion, kann die Zeitungen mundtot machen, nicht aber die florierende Untergrundpresse und den lebhaften Mund-Funk.

Die Zensur verbietet Berichte über Preissteigerungen, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Doch jede Athener Hausfrau merkte, daß Lammfleisch im Juni um acht Drachmen (über eine Mark) pro Kilo teurer wurde. Bei Angaben über Preise ist die Zensur so hellhörig, daß sie auch eine Überschrift wie „Rekordpreise an der Börse" kommentarlos strich.



Junta-Günstling **Onassis**
Mit dem Haifisch gefeilscht

Die Zensur unterbindet Meldungen über die steigende Kriminalität — Folge einer Zweckentfremdung der Polizei für Spitzeldienste und politische Überwachung —, ließ aber einen Aufruf der Tageszeitung „Akropolis" durch, die Bürger sollten im Gedränge besser als bisher auf ihre Brieftaschen achten.

Die Zensur ließ den Bildhauer Vlassis Caniaris in der Galerie „Nees Morfes" ungehindert beziehungsreiche Kompositionen aus Gips und Stacheldraht ausstellen — Papadopoulos vergleicht sein unterjochtes Volk gern mit einem „Kranken, der bis zur Gesundung im Gipsbett liegen muß".

Für das „nachher" bereiten sich bereits Politiker wie der ehemalige konservative Außenminister Averhoff vor, der dem Papadopoulos persönlich schrieb, noch nie habe Griechenland eine so katastrophale Verwaltung gehabt wie heute, und der das internationale Prestige der Junta so qualifiziert: „Früher besuchten uns Staatsmänner wie Eisenhower, Adenauer, de Gaulle, Tito und Johnson. Heute kommt der Kongo-Präsident Mobutu."

Heute glaubt niemand mehr an die Demokratisierungs-Versprechen der Junta, heute hat die Junta in den Augen der Griechen abgewirtschaftet.

„Höchst beunruhigte Freunde der Revolution", die sich seit April sogar nur noch „Ex-Freunde" nennen, verbreiten in vervielfältigten Flugblättern an die „tapferen Kameraden" der Armee pikante Details über die „Korruption, die heute viel schlimmer ist denn je".

Sie beschuldigen die Junta, die „das Erzübel der Korruption an der Wurzel ausrotten" wollte, beispielsweise, einen „kolonialen Vertrag" über den Bau einer Querstraße durch Nordgriechenland mit der US-Gesellschaft „McDonald Construction" abgeschlossen zu haben.

McDonald ist bei dem 150-Millionen-Dollar-Projekt Ingenieurbüro, Bauunternehmer und Überwachungsbehörde zugleich.

Als Studien-Honorar erhält die Firma sechs Millionen Dollar. Doch McDonald gab die Durchführung der Projekt-Studie an die in solchen Arbeiten unerfahrene Athener Firma „Hydromichaniki" weiter — für ein Salär von 2,5 Millionen Dollar. Reingewinn für McDonald ohne Gegenleistung somit 3,5 Millionen.

Aber auch „Hydromichaniki" kann noch zufrieden sein, denn Tiefbaufachleute haben errechnet, daß die Studie höchstens eine Dollarmillion kostet.

Enthüllung der Revolutions-Ex-Freunde: Bei „Hydromichaniki" diente bis zum Putsch der seither engste Berater des Junta-Koordinationsministers Makarezos als Wirtschaftskonsulent.

Solche Kreuz- und Querverbindungen sprossen überall im Obristen-Staat. Athener Wirtschaftstreibende vermitteln die Binsenwahrheit, alles, was man heute in Hellas brauche, sei ein Offizier.

Beispiel: Ein Hotelier beantragt einen staatlichen Kredit. Er erhält eine Absage. Anderntags kommt er mit einem befreundeten Major wieder. Die Uniform macht's möglich: Der Kredit wird bewilligt, das Honorar für den Militär-Helfer beträgt fünf Prozent.

Die Korruption beginnt an der Spitze. Über Landwirtschaftsminister Mattheou, einen Schwager des Koordinationsministers Makarezos, enthüllten die „Ex-Freunde": Eine wenige Wochen vor dem Putsch gegen ihn erstattete Erpressungsanzeige mußte zurückgezogen werden. Gegen Mattheou liegen in seiner Heimatstadt Levadia zahlreiche unerledigte Zahlungsbefehle vor, was dem Minister dort den Beinamen „trakadoros" — Schmarotzer — eintrug. Dennoch begann Mattheou als Minister in Athen, teure Immobilien zu kaufen.

Gegen Justizminister Kyriakopoulos ruht eine — unerledigte — Anzeige

wegen fortgesetzten Betrugs, weil er als Professor an der Universität Thessaloniki fingierte Spesenrechnungen kassiert hatte.

Der Staatssekretär im Sozialministerium, Dimitras, war als Reserveleutnant wegen Unterschlagung zu drei Jahren verurteilt worden.

Die Tochter des Panzer-Pattakos erhielt zur Hochzeit 80 Kühlschränke und Fernseher sowie von Papadopoulos-Freund Pappas einen Brillanten geschenkt.

Um seinen Bruder Charalampos, einen mittleren Beamten im Handelsministerium, zum Generaldirektor eines Ministeriums befördern zu können, erließ Premier Papadopoulos ein eigenes Gesetz — das Dekret Nummer 83. Bruder Konstantin, früher mittelloser Offizier, fährt heute einen Jaguar.

Seine Finanzen stockt das Regime mit Vorschüssen auf: Jüngst borgte sich die Junta von der Württembergischen Girozentrale in Stuttgart 16,5 Millionen Dollar — auf fünf Jahre zu einem Zinssatz von sieben Prozent.

Die größten Coups leistet Papadopoulos sich selbst. Seinem Freund, dem Amerika-Griechen Tom Pappas, schanzte der Premier das profitable Coca-Cola-Monopol zu.

Seinem Freund, dem Reeder-König Aristoteles Onassis, schenkte Papadopoulos einen Vertrag für dessen „Olympic Airways", der die Onassis-Flieger bis zum Jahre 2006 von jeder lästigen Konkurrenz befreit.

Mit Onassis paraphierten die Obristen im letzten November einen Vertrag, nach dem der Tanker-Tycoon in den nächsten fünf Jahren 1,6 Milliarden Mark in Griechenland investieren soll: in Ölraffinerien, Aluminium-Werke, Touristenzentren.

Der zuständige Minister im Koordinationsministerium, Ioannis Rodinos Orlandos, fand das Onassis-Projekt zunächst zwar „verlockend, aber zu vage".

Über 500 Stunden lang feilschten Orlandos und sein Vertreter Nassoufis



Gips-Komposition von Caniaris
Die Preise gestrichen

seither um Einzelheiten des Vertrages. Dann fanden die beiden — im Ministerium „deutsche Garde" genannt, weil sie beide in Deutschland studierten und arbeiteten —, sie hätten es mit einem „Haifisch" zu tun. Denn des Onassis Investitionspläne erwiesen sich zum Teil als Luftprojekte.

Als schließlich Onassis' Erz-Konkurrent und Ex-Schwager Niarchos die Onassis-Offerte überbot, zeigte der Haifisch seine Zähne. Er tat vor Papadopoulos die Niarchos-Offerte (Investitionen von zwei Milliarden Mark) als „Quatsch" ab und befand: „Der Vertrag gehört mir."

In einer Konfrontation beim Premier am 17. Mai suchte der Reeder den Minister Orlandos anzuschwärzen. Onassis: „Haben Sie mir nicht einmal gesagt, es müßten Wahlen kommen, damit die Obristen verschwinden?"

Papadopoulos stellte sich zunächst scheinbar vor seinen Minister. Einen Monat später aber feuerte er die „deutsche Garde" und schickte ihr den Staatsanwalt ins Haus. Er soll untersuchen, weshalb Orlandos sich gegen Onassis stellte.

Zugleich bildete Papadopoulos seine Regierung um und heuerte statt Orlandos einen Minister an, der sich verpflichten mußte, trotz einer öffentlichen Ausschreibung des Investitions-Projekts mit Onassis abzuschließen.

Den unlauterer Machenschaften beschuldigten Landwirtschaftsminister Mattheou entfernte Papadopoulos aus seinem Amt — aber nicht aus der Regierung. Mattheou wurde Minister für Nordgriechenland.

Der „Boß" und „archistratigos" (Feldmarschall) — wie er sich selber nennt — Papadopoulos blieb auch in der neuen Regierung gleich fünffacher Amtsträger: Er ist Premier und Verteidigungsminister, leitet daneben aber auch das Außen- und Erziehungsministerium und ist noch Minister beim Ministerpräsidenten.

Trotz dieser Machtfülle scheint die Stellung des Allzweck-Obersten gefährdet. Der konspirative Regierungsstil des „moraitis", des Schlitzohrs, wie ihn seine Landsleute (nach einem alten Namen für die Peloponnesier) nennen, setzt sich auch im Unterbau der Junta fort: Die griechische Armee ist heute nach dem Urteil eines früheren hohen Offiziers eher eine cosa nostra denn eine militärische Streitmacht.

Ein Teil der einst „königlichen" 170 000-Mann-Streitkräfte hatte sich schon beim Putsch gegen die Obristen gestellt und putschte später mit dem König gegen Papadopoulos. Ein Armee-Offizier versuchte, den Premier umzubringen. Organisationen wie „Eleftheroi Ellines" (Freie Griechen) und „Akritas" (Bewegung des nationalen Widerstands) haben die Armee trotz der Entlassung und Verhaftung von über 2000 Offizieren (ein Viertel des Offizierkorps) weiter unterwandert.

Es gibt Offiziere, die Griechenlands Streitkräfte wieder entpolitisieren wollen, wie Oberbefehlshaber Angelis — aber auch Offiziere, die im Staat die ganze Macht übernehmen möchten.

Der Cliquenkampf minderte die Disziplin jener Armee, die Europas Südostflanke für die Nato schützen soll: Leutnants kommandieren Obersten herum, Majore befehlen Generalen, einfache Soldaten bespitzeln „im Auftrag der Revolution" ihre Vorgesetzten.

Die Einheiten sind nicht nach strategischen Gesichtspunkten stationiert, sondern nach machtpolitischen. Die schlagkräftigsten und bestausgerüsteten stehen in Attika, rund um Athen. Sie sollen das Regime schützen — sind aber zugleich seine größte Bedrohung. Denn die mächtigsten Offiziere des „Asden" (Oberkommando für Attika) sind „sklirоi" — Harte.

Ihnen ist Papadopoulos zu lax, für sie hat die Junta die Revolution verraten. Sie wollen Griechenland wie einen Kasernenhof regieren, ohne Einfluß von Zivilisten, ohne Rücksichtnahme auf die Außenwelt, „die uns ohnedies um unsere Ordnung und



Griechen-Truppen bei Geländemarsch: Die Armee in eine cosa nostra verwandelt

unsere Sicherheit beneidet" — so Oberst Ladas.

Sie wollen den exilierten König endgültig loswerden. Ihnen mißfällt, daß scheidende Botschafter — wie der Deutsche Schlitter — noch immer beim Monarchen in Rom zu offiziellen Abschiedsvisiten antreten.

Führer der „sklirol" ist Oberstleutnant Dimitrios Ioannidis, Kommandeur der Militärpolizei („Esa"). Die Esa steht über Polizei und Gendarmerie. Sie darf — unter dem geltenden Belagerungszustand — selbständig verhaften und deportieren.

Ioannidis nutzt seine Macht. Im Februar und Mai verhaftete er eigenmächtig royalistische Offiziere, um eine Annäherung zwischen Papadopoulos und dem König zu hintertreiben.

Seine Esa inszenierte wahrscheinlich die sensationelle Flucht und Wiedergefangennahme des Papadopoulos-Attentäters Panagoulis — um der Junta die Gefahren eines „organisierten Widerstands" zu demonstrieren. Den eingefangenen Panagoulis schläferten Esa-Beamte vor seiner Pressevorführung mit einer Überdosis des Beruhigungsmittels Largactil ein, damit er nichts verraten konnte.

Am 12. Juni holte Ioannidis zum bisher härtesten Schlag gegen den Premier aus. Aus dem Pentagon, dem Sitz des Generalstabs, schickte der Oberstleutnant seinem Boß Papadopoulos einen ultimativen Brief mit elf Punkten, die „den Offizieren mißfallen und zu ändern sind".

In dem streng geheimen Brief heißt es unter

▷ Punkt drei: „Die fortschreitende Entartung des Gesetzes der Revolution vom 21. April 1967 schafft äußerste Unruhe unter den Offizieren, die bisher vergebens auf die verkündete Erneuerung des Staates warteten. Jede Fortsetzung dieser Politik bringt eine unmittelbare Gefahr für das Offizierkorps mit sich, mit unvorhersehbaren Entwicklungen und Folgen."

▷ Punkt fünf: „Die Verwendung von Bürgern verdächtiger Herkunft und mit belastetem Leumund in Regierungsposten ist ein Makel für die Revolution."

▷ Punkt sechs: „Die längst zugesagte Regelung der bekannten Frage der Offiziere Nordgriechenlands und deren Verschleppung rufen bei den Offizieren des Gebietes der Asden Skepsis hervor und geben Anlaß zu Protesten und Beschwerden."

▷ Punkt sieben: „Die Hoffnung ehemaliger Politiker auf eine Rückkehr zum Parlamentarismus aufgrund von Regierungs-Verheißungen macht die Verwirklichung des Programms der Revolution äußerst schwierig. Diesen Hoffnungen muß durch eine verantwortliche Erklärung ein Ende gesetzt werden."

„Nur eine sofortige Regelung dieser schwebenden Fragen", schließt Ioannidis, „würde den Offizieren neues Vertrauen einflößen."



Premier **Papadopoulos**, Bruder **Konstantin**: Auf den Dächern lauern Polizisten

Wenige Tage nach Empfang des Kameraden-Ultimatums begann Papadopoulos, zivile Minister zu entlassen, noch mehr Offiziere und ehemalige Politiker zu verhaften, und entfernte den lästigen Staatsrats-Vorsitzenden. Drei der prominentesten griechischen Anwälte wurden letzte Woche in abgelegene Dörfer deportiert.

Griechenland stört neuerdings Radio-Sendungen eines Nato-Landes: der „Deutschen Welle" (Regierungsorgan „Nea Politeia": „Nagetiere aus Köln"), die scharfe Anti-Junta-Berichte ausstrahlt.

Noch wagte sich Papadopoulos nicht an die von Ioannidis verlangte Bereinigung der Nordgriechenland-Frage heran. Dort, in Mazedonien, haben sich Offiziere, die sich fern von den attischen Pfründen als Hintersassen der uniformierten Revolution fühlen, Puritaner und Royalisten, zu einem Anti-Athen-Bund vereint. Ihr Führer ist Oberstleutnant Nikolaos Petanis, der in Saloniki Panzer- und Infanterie-Einheiten kontrolliert.

Petanis hatte seinerzeit dem König nach dessen gescheitertem Putsch freies Geleit zugesichert und soll bis heute Kontakte nach Rom unterhalten.

Ein offener Konflikt mit Petanis könnte zu Blutvergießen führen — und das wäre der Anfang vom Ende der Junta, die sich vorgenommen hatte, „den Staat vom Jahr 2000" zu errichten (Papadopoulos) oder auch „200 Jahre zu bleiben" (Oberst Ladas).

Denn Papadopoulos hat nicht nur Ioannidis und Petanis gegen sich. Eingeweihte nennen insgesamt sechs einander bekämpfende Gruppierungen in den Streitkräften. Die vier übrigen:

▷ die Marine-Infanterie, vom Papadopoulos-Bruder Konstantin gegründet und in Attika stationiert — eine Hausmacht des Premiers;

▷ die Gruppe Pattakos, dessen Hausmacht die Panzerschule bei Athen ist und der den Militärkommandanten der Hauptstadt, Kefalas, zum Freund hat;

▷ Brigadegeneral a. D. Nikolaos Gantonas, Generalsekretär im Ministerium für Nordgriechenland, Saloniki, Chef des sogenannten „Politbüros Saloniki";

▷ Generalstabschef Angelis, der den Oberbefehlshaber des Heeres, General Tsoumpas, und Stabsstellen auf seiner Seite hat.

Eine Konfrontation so vieler Troupiers scheint unausweichlich, zumal sich die Gruppengewichte durch Doppel-Verschwörer, die sich jeweils den stärker scheinenden Bataillonen anschließen, ständig verschieben.

Um die unruhigen Offiziere zu beschwichtigen, beförderte Papadopoulos Anfang Juli über dreihundert von ihnen; mehr als 30 stiegen in den Generalsrang auf.

Der Diktator muß dennoch Blutvergießen befürchten, seit eine Offiziers-Verschwörergruppe auf Pamphleten mit dem Königsbild zum „Tyrannenmord" aufgerufen hat. Der Schutzwall, mit dem er sich selbst umgibt, wird immer dichter.

Fährt er mit seiner kugelsicheren Staatskarosse im Hunderter-Tempo zu seiner zweistöckigen Villa im Athener Vorort Neo Psychiko, Adrianou-Straße, dann stoppen die Begleit-Bullen allen Verkehr.

Die Adrianou-Straße ist gesperrt. In den Nebenstraßen parken ständig Polizeifunk- und Mannschaftswagen. Auf den Dächern der von ihren Bewohnern geräumten Nachbarhäuser lauern schwerbewaffnete Polizisten und Soldaten. Mülleimer dürfen in der Nachbarschaft erst vor das Haus gestellt werden, wenn der Premier abgefahren ist — sie könnten Sprengkörper enthalten.

Der Diktator übernachtet fast nie außerhalb Athens. Bei einem Thessaloniki-Besuch flog er eigens zum Schlafen nach Athen und am nächsten Morgen wieder zurück.

„Wir haben Angst um Europa", sorgte sich jüngst Scherzbold Pattakos vor Journalisten — auf die Studentenunruhen anspielend. Europa hat aber wohl mehr Grund, Angst um Griechenland zu haben.

GLASDACH FÜR DIE FERNSEH-MONARCHIE

Peter Brügge über die Investitur des Prince of Wales

Lange nach Mitternacht sah ich Lord Snowdon in der schneidigen dunkelgrünen Livree, die er sich als königlicher Schlüsselbewahrer der Burg Caernarvon selber verordnet hatte, tanzend unter den befrackten Lords und Beamten von Wales. Sie stiegen auf die goldbronzierten Party-Stühlchen und bewunderten den smarten Grünling Antony, als sei er und nicht Charles der wahre Held der Investitur.

Dieser stolze Beau mit dem Brillanten am Finger, den drei goldnen Federn am Stehkragen und den schweren Quasten an der Hüfte, hatte mit einem drei Kilo schweren Schlüssel auf dem Tablett am großen Fernsehtag der britischen Monarchie angemutet wie der Oberpage vom „Weißen Rössl"; doch war vor allem er es, der in Caernarvon demonstrierte, wie vollkommen die älteste Regierungsform und das neue Massenmedium, wie Monarchie und BBC aufeinander eingespielt sind.

Snowdons Hausschlüssel, auf dreimaliges Pochen eines Leibgardisten artig vors Tor serviert und von der Königin in planmäßiger Huld ihm wieder belassen, war pompöse Attrappe wie die von den Burgmauern strahlenden historischen Wappen auch: Symbole aus Plastik, bronziert, und grellfarbig auf Fahnentuch, voran der fürs Fernsehen zu einem feuerspeienden Dackel stilisierte Drachen von Wales und die drei üppigen, mit Snowdons Bewilligung phallisch verfremdeten Kronenfedern, die einst ein Prince of Wales, der „Schwarze Prinz", dem Böhmenkönig Johann samt Johanns Wahlspruch „ich dien" angeblich abgenommen hat.

Snowdon und seine Clique von Designern konnten sich aus dem Keller der Historie frei bedienen und sprachen ganz offen von Show, wobei sie freilich in anhaltende Spannungen zum Herzog von Norfolk gerieten. Der verteidigt als königlicher Chefbutler und Earl Marshal bärbeißig eine mitunter recht nebelhafte Tradition — und des zum Zeichen trug er am Tage der Investitur den Hut, mit dem sein Vater zur Beerdigung der Queen Mary gegangen war.

Der Tele-Graf Antony, von Schwägerin Elizabeth zum Burg-Constable erhoben, wählte Material aus Englands Archiven wie aus der chemischen Industrie und mixte daraus zum Preise von 1,3 Millionen Mark — zehnmal mehr, als einst die Burg gekostet haben soll — ein monarchisches Musical: mit A-cappella-Chören und Popfarben und erhaben wallenden Druiden und Barden, mit wehenden, leuchtenden Roben, mit Opernsängern und königlichen Garden und einer königlichen Familie, die absolute Spitze ist in ihrem Fach.

Die Thronsessel und das Kreuz, hinter dem Hohepriester aller Konfessionen sich erstmalig in einem solchen Schauspiel der Krone betend und zum Fernsehruhm derselben vereinten, schlug man kubisch und düster aus Schiefer, dem Stein von Wales: Requisiten eines Shakespeareischen Königsdramas.

Darüber erhob sich als monumentales Regendach, einem Luftbrücken-Denkmal ähnlich, höchst durchsichtig ein Baldachin aus Plexiglas: Licht, nicht Schatten frommt der Fernseh-Monarchie. Doch ruht der neue Stoff auf stilisierten Speeren, denen altertümliche Goldzier zu applizieren die königlichen Designer nicht umhin konnten.

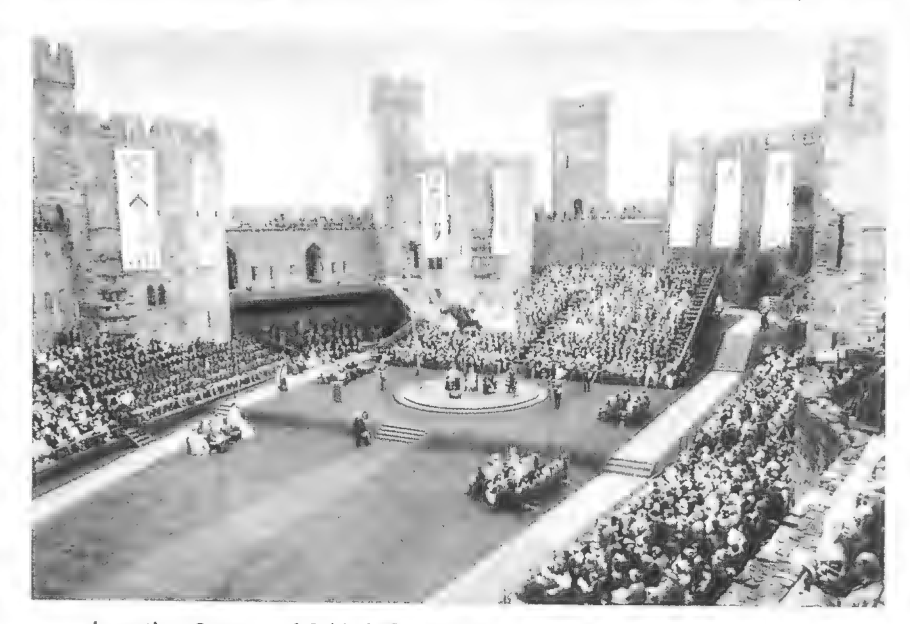
Des Prinzen Krone, auf Kosten der britischen Goldschmiedezunft galvanisch und 24karätig geformt und mit Rücksicht auf die abstehenden Ohren des 21. und demnächst 21jährigen Prinzen von Wales zu tragen wie ein Bowlerhut, offenbart trotz des Kreuzes obenauf eine formale Verwandtschaft mit Weltraum-Satelliten. Doch Hermelin schmückt sie, das traditionelle Pelzwerk der Könige, das auch den neuen Prinzen-Mantel so märchenhaft warm macht, obwohl er auf Wunsch seines Trägers nur bis zum Knöchel reicht.

Der Herzog von Windsor, dem im Jahre 1911 als erstem in Caernarvon die Insignien des für Englands Könige seit 1301 selbstverständlichen walisischen Anspruchs aufgeladen worden waren, erhob, dankbarer Honorar-Empfänger, der er geworden ist, seine Stimme im „Daily Express". 58 Jahre nachträglich klagte er über den warmen, damals noch viel längeren Mantel, die ihm aufgezwungenen heißen Breeches aus Satin und die Seidenstrümpfe, unter denen er auf Wunsch des mächtigen Lloyd George ganz sinnlos geschmachtet hat.

Unter einem bunt gestreiften königlichen Zelt, umgeben von 11 000 enggedrängten Honoratioren aus ganz Britannien hatte er in jener Inszenierung des Walisers Lloyd George in den walisischen Originalruf ausbrechen müssen: „Ganz Wales ist ein Meer von Liedern!"

Der Erfolg war eine spontane Zunahme der Sympathie für die alte englische Vormundschaft. Ein Ergebnis, das nach zwei Weltkriegen, in einem von zentrifugalen Energien geplagten Schrumpf-Imperium inniger denn je erwünscht wäre.

Charles, der zweite in Caernarvon installierte Fürst von Wales, hat es in neun Wochen Schnellstudium zu einem leidlich flüssigen Wortschatz in der zungenbrechenden Ursprache gebracht. In ihr las er ohne Fehl ein umfängliches Herzensbekenntnis zu seinem Lehen vom Blatt, unter stürmischem Applaus und getreu der neuerdings königlichen Devise: werben geht über erben. Nicht 11 000, sondern 500 Millionen hingen an seinen Lippen, die er sich, in Opern-Ornat vor Mutter kniend, zuvor schon aufgeregt mit der Zunge befeuchtet hatte.



Investitur-Szene auf Schloß Caernarvon: Noch immer zu viel Hermelin

Pompöse Geste gegenüber einer schmollenden Minderheit war die von Lloyd George erfundene Investitur zu Schloß Caernarvon schon 1911. Schwert wie Krone, Tradition wie Zeremoniell wurden samt historischer Patina einfach gemacht.

Die Belebung der 600jährigen Legende, wonach König Eduard I. vom

Queenstor aus seinen neugeborenen Erben den Walisern als einen Herrn gezeigt haben soll, der ihrem Wunsch gemäß kein Wort Englisch spreche, half, darüber hinwegzutäuschen, daß den Prinzen von Wales nur die Spekulation mit dem politischen Theater nach Caernarvon führt.

Von dem mit rotem Plastik gepolsterten Balkon dieses Queenstores begann denn auch Queen Elizabeth ihren soeben von ihr erhobenen Charles seinen Schutzbefohlenen und den Touristen zu präsentieren. Die Konsumenten hatten ihren Part.

Von vereinzelten Buh-Rufern nur noch angefeuert, jubelten sie heftig dort unten, wo der sehr ehrenwerte David Lloyd George — später vielleicht einmal Snowdon — als Denkmal eine bronzene Faust erhebt. Hippies und Gammler hatten, mitunter zugedeckt mit einem verfleckten Union Jack, im Staub des Platzes genächtigt und huldigten nun mit den Bürgern, als sei dieser im Zeichen des Skorpions geborene Charles Philip Arthur George mit seinem frischen Obersten-Haarschnitt unter der Strato-Krone auch ein kommender König von Hasch und Happening. Dank einer allumfassenden Show-Regie hatten ihnen in der endlosen Wartezeit Lautsprecher von den Zinnen Gutes über den Prinzen heruntergedonnert.

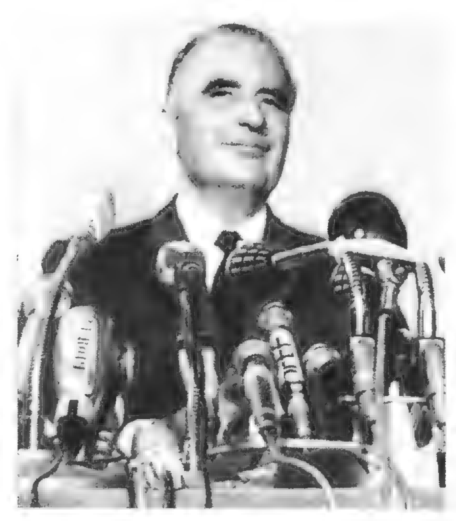
Ihn so im Jahrmarktstil als einen unpathetischen („Ich bin etwas spät in meiner Entwicklung") und witzigen Jüngling von heute anzudienen, paßte zu dem Konzept des Photo-Lords Snowdon ebenso wie die Montage riesiger Spiegel und Fernsehgeräte im Innern der Burg, mit deren Hilfe 2000 bedauernswert placierte Ehrengäste dem Ereignis folgten.

4300 Gäste im Burghof — mehr hatten sich mit seinem hohen Anspruch auf Kamera-Schußfeld nicht vereinbaren lassen. Außer Fanfarenbläsern sollte sich auch keiner zwischen den Zinnen der Burg blicken lassen. Den trompetenden Bärenmützen wurden die Einsätze aus dreihundert Meter Distanz mit einer großen Stange gegeben. Ein Dirigent hätte die Optik gestört.

Keinem außer der Königin war es gestattet, die Übersichtlichkeit der Szene durch einen Regenschirm zu verderben, obwohl es regnete (und sie war ohnehin im Trockenen).

Folgsame Statisten von Snowdon & Co., saßen die Privilegierten auf roten Schaumgummikissen und Eschenstühlen neuesten und entsprechend geometrischen Entwurfs; das Fernsehvolk zu Hause bekam die freilich ebenfalls — für 115 Mark vom Staat geliefert.

Da mehr als die Hälfte der erwarteten 500 000 Zaungäste das Nichtdabeisein und die Mattscheibe vorzogen, fand die Regie von BBC es mitunter schwierig, neben den Koppelglanz von 7000 Soldaten und Polizisten überhaupt noch genügend Volk ins Bild zu bekommen. Auch Volk ist demnächst wohl mitzubringen.



Reformer **Pompidou**
Heilige Handlung gesäubert

FRANKREICH

PRESSEKONFERENZ

Endlich wieder Fragen

Kein Hochamt mehr, keine Heldenoper, kein Psychodrama. Kein Scipio mehr, auf Trümmern klagend, kein Tiefsinn mehr mit Kabarett, keine Eiseskälte trotz Hitze im Saal.

Keine Frage mehr vorher: „Was wird er wohl sagen?" Keine Frage mehr hinterher: „Was hat er wohl gesagt?" Vielleicht sogar nicht einmal mehr der Verdacht, die heilige Handlung könne schlaue Diversion zum Ziele haben: Die Pressekonferenzen im Elysée-Palast sollen künftig nur noch Pressekonferenzen sein. Pompidou räumt auf mit der schwülstigen Pracht des Vorgängers.

16mal hatte Eremit de Gaulle der Welt von 1947 bis 1958 Weisheiten gespendet, 17mal von 1959 bis 1968. Rund 1000 Durstige tranken jedesmal am Brunnen der Erkenntnis: Journalisten, Minister, Höflinge, Diplomaten.

Punkt 15 Uhr jedesmal ging der himbeerrote Vorhang auf, und der einzige Held der Handlung betrat die Szene. Niemals las er ein Wort vom Blatt, niemals aber auch wich er vom Auswendiggelernten ab. Fast alle Fragen waren bestellt.

Staatschef Pompidou will aus dem Selbstgespräch wieder einen Dialog, aus der Monster-Schau einen Frage-Zirkel von maximal 100 Journalisten machen — ohne Hofstaat und Kabinett. Seine Pressekonferenzen sollen öfter stattfinden als die bisherigen Halbjahres-Spektakel und im Bedarfsfall nur einem einzigen Thema gewidmet sein. Gleichwohl soll jeder jede Frage stellen dürfen. Das byzantinische Vorbestellen ist abgeschafft.

Auf der Suche nach einem neuen Regierungsstil machte Reformer Pompidou dem Ritual von gestern lediglich eine Konzession: Seine erste Pressekonferenz (am 10. Juli) beginnt — wie unter de Gaulle — um 15 Uhr.

WÄHRUNG

ZINSEN

Ewig lange crawlen

So etwas", konstatierte die Frankfurter Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank, „hat es in normalen Zeiten noch nie gegeben". Und Thomas O. Waage, Vize-Präsident der New Yorker Federal Reserve Bank, klagte: „Einige Herren bluten bereits."

Das Blutbad ist weltweit. Noch nie seit den hektischen Tagen vor der Weltwirtschaftskrise 1929 kostete Geld so viel Geld wie in den vergangenen Monaten. Auf dem sogenannten Euro-Dollar-Markt schossen die Zinssätze für Drei-Monats-Darlehen in die Höhe:

▷ Von sechs Prozent im September stiegen sie

▷ über sieben Prozent im Januar,

▷ achteinhalb Prozent im April,

▷ neuneinachtel Prozent im Mai,

▷ auf 13 Prozent im Juni.

„Bei einer solchen Zitterprämie", so Wirtschaftsminister Schillers Geldexperte Dr. Wilhelm Hankel, „bekommen sogar ergraute Bankiers eine Gänsehaut."

Schuld an der Gänsehaut sind die weltweite Inflation sowie die Unfähigkeit der Politiker, den Preisaufstieg wirksam zu bekämpfen. Vor allem aber trifft die Verantwortung Amerikas Nixon und Westdeutschlands Kiesinger. Nixon, weil er den Geldwertschwund im eigenen Land mit falschen Mitteln bekämpfte, und



New Yorker Börse
Amerikanische Inflation exportiert

Kiesinger, weil er die Aufwertung der Mark verhinderte.

Bei Nixons Amtsantritt im Januar war der Dollar, von 1952 bis 1965 mit nur 1,5 Prozent Wertverlust im Jahr die härteste Währung der Welt, mit einer Inflationsrate von fünf Prozent zu einer Art Weichwährung geworden. Doch statt den Geldwertschwund an seiner Wurzel — jährlichen Vietnam-Kosten von 120 Milliarden Mark — zu bekämpfen, überließ Nixon den Krieg gegen die Inflation allein der amerikanischen Zentralbank. Im April dieses Jahres schraubte Notenbankpräsident Martin den Diskontsatz auf sechs Prozent hinauf, den höchsten Satz seit 40 Jahren.

Für Amerikas Großbanken war dies das Signal, auch ihrerseits die Kreditkosten heraufzusetzen. Kontinuierlich erhöhten sie die sogenannte prime rate auf die Krisenmarke von 8,5 Prozent. Geld, noch 1968 überreichlich vorhanden, war über Nacht zur teuren Mangelware geworden.

Um das Kreditloch zu stopfen, entsannen sich Amerikas Bankiers des Euro-Dollar-Markts. In dem Maße, in dem Amerika in den vergangenen Jahren seine Weltmachtpolitik mit Defiziten seiner Zahlungsbilanz finanzierte, hatten sich bei Europas Banken Unsummen amerikanischen Geldes angesammelt — Dollars im Gegenwert von über 100 Milliarden Mark.

Auf diese Dollarreserve griffen die Finanz-Tycoons aus Übersee nun zurück — und übertrugen damit die Zins-Inflation auf Europa. Denn jeder Dollar, den die US-Banker aus Europa abzogen, verknappte und verteuerte das Geldangebot in Europa. Vor allem Englands Finanzreserven drohten unter dem Ansturm der Dollarjäger auszutrocknen. Um das Geld im Land zu halten, setzte Londons Notenbank den Diskontsatz auf acht Prozent hinauf.

Schon bei sieben Prozent Diskont hatte die „New York Times“ gemeint: „Ein solcher Zins reicht aus, um Geld vom Mond zu locken.“

Nun blieb das Mondgeld sogar bei acht Prozent-Punkten nicht in England liegen. Und wie aus England, floß Geld auch aus Schweden, Holland, Belgien und Frankreich ab.

Am meisten aber zahlten die Deutschen. Allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres exportierte die Bundesrepublik Kapital in Höhe von 8,5 Milliarden Mark. Nach Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums wird die Kapitalausfuhr bis Jahresende auf 24 Milliarden Mark steigen. „Und das sind“, so Schillers Hankel, „bei 14 Milliarden Mark Außenbeitrag schlicht zehn Milliarden Mark zuviel.“

Überdies droht nun auch in Deutschland die Kreditexpansion. Die Industrie wird in diesem Jahr für 38 Milliarden Mark Kredit aufnehmen — mehr als doppelt soviel wie 1968. Diese Kreditnachfrage allein schon treibt die Zinsen hoch. Und die konjunkturpolitisch notwendigen Restriktionsmaßnahmen verschärfen die Entwicklung.

Für Karl Schiller ist die Zinsentwicklung lediglich ein neuer Beweis dafür, wie dringend eine Änderung der internationalen Währungskurse vonnöten gewesen wäre. Denn nur durch eine Aufwertung der D-Mark hätte die Zinsinflation von Deutschland ferngehalten werden können.

Auf der 16. Tagung der American Bankers Association in Kopenhagen diskutierten Bankiers aus den USA und Europa jene „sehr interessante Variante“ (Hankel), durch die das festgefahrene Währungsgefüge der Welt aufgelockert werden könnte: Hiernach sollen die festen Wechselkurse der Währungen untereinander durch Mini-Auf- und Abwertungen („crawling peg“, zu deutsch: „wandernder Reißbrettstift“) an die tatsächlichen Wertverhältnisse angepaßt werden.

Unter Amerikas Bankern, so wußte Hankel zu berichten, gewinne die Theorie des crawling peg immer neue Freunde. Und in der vorletzten Woche sprach sich auch Schiller erstmals offiziell für den Reißbrettstift aus. Allerdings, so erklärte jetzt Hankel, müßten die Staaten der Welt bei der gegenwärtig schiefen Währungsordnung „ewig lange crawlen“, ehe das Gleichgewicht und die Normalisierung des Zinsniveaus erreicht seien. Deshalb ist laut Schiller eine Vorwegbereinigung der internationalen Wechselkurse dringend nötig — zu deutsch: auch eine Aufwertung der Deutschen Mark.

ÄTHIOPIEN

WIDERSTAND

Ende des Lebens

Seinen Stammbaum führt er zurück auf König Salomon und die Königin von Saba. Er nennt sich „König der Könige“, „Auserwählter Gottes“, „Löwe von Juda“ und „Macht der Dreifaltigkeit“.

Äthiopiens Kaiser Haile Selassie genießt den Ruf eines Kämpfers gegen Unrecht und Gewalt, seit er 1936 vor dem Völkerbund eine Anklagerede gegen die Besetzung Äthiopiens durch das faschistische Italien gehalten hatte. Doch der kleine, hagere Kaiser regiert noch heute im Stil eines mittelalterlichen Feudalherschers.

Jetzt ist die Herrschaft Haile Selassies gefährdet wie selten zuvor. Denn im Reich des Löwen von Juda

- sammeln sich Regime-Gegner aus dem Militär, der Landbevölkerung und der Intelligenz im Untergrund,
- rebellieren die Studenten,
- kämpfen bewaffnete Verbände für die Loslösung des Landesteiles Eritrea.

Unzufriedene Militärs mittlerer und unterer Ränge, Bauern, Studenten und Angehörige einer neuen Mittelschicht haben sich im „Ethiopian People's Movement“ zusammengeschlossen, um den alternden Potentaten und die herrschende Clique zu stürzen.

Sie betreiben Flüsterpropaganda, verteilen Flugzettel und bereiten sich auf den Tag X vor, an dem das Feudalregime des greisen Haile Selassie fällt.

Sie wollen den einsamen Alleinherrscher entmachten, weil er „das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein mit den Füßen niedertrampelt“ (so ein prominenter Haile-Selassie-Gegner zum SPIEGEL), weil er in jahrzehntelanger Herrschaft weder Armut noch Analphabetentum überwunden hat.

In der Tat ist das Durschnittseinkommen der Äthiopier mit 200 Mark pro Kopf und Jahr nach Malawi das niedrigste in ganz Afrika. Nur etwa vier Prozent der Äthiopier können schreiben und lesen, nur zehn Prozent der Kinder werden nach einer Schätzung der Unesco in Schulen unterrichtet. Äthiopien wendet von allen afrikanischen Staaten den geringsten Anteil am Staatshaushalt für das Bildungswesen auf.

Einen positiven Rekord hält der Kaiser hingegen mit seiner 40 000-Mann-Armee: Sie ist — abgesehen von dem kriegführenden Nigeria — die größte aller schwarzafrikanischen Staaten. Rund 17 Prozent des Staatshaushalts gibt Haile Selassie für seine Soldaten aus.

Die Armee soll ein System schützen, dessen feudale Gesellschaftsstruktur



Herrscher **Haile Selassie**
10 000 politische Häftlinge

Bei diesem Einkaufszentrum hat unser Beratungsteam den Architekten nur einmal im Stich gelassen. Bei der Eröffnung.

GWL

Eröffnung eines Einkaufszentrums

Weil es schon wieder beim nächsten Projekt war. Um auch hier dem Architekten die Arbeit zu erleichtern. Bei der Planung zum Beispiel. Bei den Detaillösungen. Bei den statischen Berechnungen. Bei den Zeichnungen und Verlegeplänen.

Selbstverständlich übernehmen wir auch die Montage. Damit der gesamte Leistungsumfang in einer Hand liegt. Und der Architekt entlastet wird. Bis zur Eröffnung.

Mit Mannesmann-Bauelementen — bandverzinkt und auf Wunsch kunststoffbeschichtet in jeder Farbe — können Architekten leichter, schneller und billiger bauen. Dächer bis 1000 m² täglich. Und Wände. Auch im Winter.

Damit bauen die Architekten für die Zukunft. Denn unsere bandverzinkten Bauelemente sind bruchfest, frostsicher, wetterfest, blitzsicher — kurzum: wirtschaftlich auf lange Sicht.

Wie wirtschaftlich Sie mit unseren Bauelementen bauen, sagen wir Ihnen genau. Senden Sie uns den Coupon.

MANNESMANN BAUELEMENT



An das Bauelement-Beratungsteam
Mannesmann AG Hüttenwerke
41 Duisburg-Huckingen, Postf. 251167

○ Schicken Sie mir bitte sofort Informationsmaterial

○ Wir bitten um den unverbindlichen Besuch eines Beratungsingenieurs

Name oder Firmenstempel

5307/3/203

Fragen Sie den Mann von  Mannesmann



Ausgebrannte Tankwagen in Eritrea: Steuern für die Befreiungsfront

sich seit Jahrhunderten kaum verändert hat. Während in den meisten Gebieten Afrikas die traditionellen Herrscher von den Kolonialisten entmachtet wurden, überlebte Äthiopiens Oberschicht die Kolonialzeit ungeschoren — das Kaiserreich stand nur für kurze Zeit, während der italienischen Besetzung von 1936 bis 1941, unter Fremdherrschaft.

Noch immer beherrschen daher wenige, dem Kaiser treu ergebene Familien das Land. Noch immer besitzen nur fünf Prozent der Bevölkerung den gesamten Boden Äthiopiens.

Wer gegen diese Zustände opponiert oder auch nur von der Geheimpolizei des Widerstands gegen das Regime verdächtigt wird, kommt hinter Gitter. „Amnesty International" schätzt die Zahl der politischen Häftlinge in Äthiopien auf 10 000.

Sie sind teilweise in dem Mammut-Gefängnis „Alem Bekagne" („Ende des Lebens") in Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba untergebracht. Dort hausen 5000 Gefangene in Zellen ohne Licht und bewacht von Wärtern, die ihre Opfer nach Belieben mißhandeln dürfen. Eine bevorzugte Foltermethode: Ein schwerer Stahlstab wird über den Körper des Gefangenen gerollt. Viele sterben an Unterernährung und Erschöpfung.

Auch Studenten wurden im Frühjahr eingesperrt: Bei Protestaktionen in Addis Abeba nahmen die kaiserlichen Polizisten gleich 1000 Demonstranten fest. Sie hatten gewagt, gegen den Bildungsnotstand aufzumucken und auf Flugblättern gesellschaftliche Reformen gefordert. Ein Studentenführer: „Wenn die Regierung 15 unserer Forderungen erfüllt, dann bringen wir 30 neue. Unser wirkliches Ziel ist der Sturz der Regierung."

Auf einen Sturz des Haile-Selassie-Regimes arbeiten auch jene Kaiser-Gegner hin, die bereits seit sieben Jahren mit Waffen gegen die Soldaten des Autokraten kämpfen: die Guerillas der „Eritrea Liberation Front" (ELF). Ihr Ziel ist die Loslösung der Provinz Eritrea von Äthiopien.

Haile Selassie hatte sich 1962 über eine UN-Resolution aus dem Jahre 1952 hinweggesetzt, die für die ehemalige italienische Kolonie Eritrea einen autonomen Status innerhalb Äthiopiens forderte. Er machte das großenteils moslemische Eritrea zu einer Provinz Äthiopiens, dessen Staatsreligion das koptische Christentum ist.

Mit Waffen aus Osteuropa, mit materieller und moralischer Unterstützung arabischer Staaten kämpfen rund 2000 ELF-Krieger seither gegen „den äthiopischen Imperialismus" und für „ein unabhängiges Eritrea" (so der Text eines Befreiungsfront-Flugblatts).

Ihr Hauptquartier schlugen die Separatisten im syrischen Damaskus auf. In Syriens Ausbildungslager Aleppo lassen sie sich im Guerilla-Kampf ausbilden.

Sie überfallen Einheiten der Kaiser-Truppen, setzen Tankwagen in Brand und kassieren auf den beiden großen Landstraßen Eritreas Wegezoll. In der Hafenstadt Dschibuti, dem Endpunkt der für Äthiopien lebenswichtigen Eisenbahnlinie von Addis Abeba zum Golf von Aden, zerstörten Zeitzünderbomben der Befreiungskämpfer Mitte Mai Lokomotiven und Anlagen der äthiopischen Eisenbahn.

Wie einst die algerische FLN verfügen ELF-Männer über eine eigene Verwaltung in den von ihnen beherrschten Ortschaften. Des Kaisers Soldaten und Beamte kontrollieren nur noch die größeren Städte Eritreas. Aber selbst dort zahlen die Händler bereits ihre Steuern an die Eintreiber der Befreiungsfront.

Mitte März fochten die Eritrea-Separatisten auch erstmals außerhalb der Grenzen Äthiopiens: Auf dem Frankfurter Flughafen ließen die Befreiungskrieger in einer Maschine der „Ethiopian Airlines" eine Bombe explodieren. Und am 18. Juni schossen drei ELF-Kämpfer auf dem Flughafen Karatschi eine Boeing 720 der kaiserlichen Luftfahrtlinie in Brand.

Attentäter Abdullah in Karatschi: „Unser Kampf hat sich bisher auf Äthiopien und Eritrea beschränkt, doch nun haben wir entschieden, ihn auf die übrige Welt auszudehnen."

INDIEN

WESTBENGALEN

Arm verdreht

Im Ruhrgebiet Indiens, im Unionsstaat Westbengalen, kämpfen Polizisten gegen Polizisten.

Polizisten der Landesregierung in Kalkutta verhafteten Polizisten der Zentralregierung in Delhi: Diese hatten auf Streikende geschossen und fünf Arbeiter getötet.

„Die Polizei muß umlernen und endlich dem Volk, nicht den Kapitalisten dienen", hatte Marxist Dschaioti Basu, 55, Westbengalens Innenminister, vor vier Monaten gefordert. Die Polizei lernte um: Seit Anfang März unterstützt sie den Klassenkampf des bengalischen Proletariats gegen die Zentralgewalt in Delhi.

In keinem Bundesland der Indischen Union ist das Elend so erschreckend





Marxist Basu, Indira Gandhi: Geld für die Volksfront

Weil wir Menschen keine Fische sind: Endlich weg mit den Schuppen!

Reden wir offen. Schuppen sind unästhetisch, gräßlich. Mit Schuppen wirkt man ungepflegt. Ziemlich peinlich. Also, gehen Sie den Schuppen an den Kragen – ganz einfach, ganz angenehm und ganz, ganz gründlich. Das ENDEN SchuppenKur-System wurde in den amerikanischen Helene Curtis-Laboratorien mit viel wissenschaftlichem Aufwand entwickelt: Spezial-Präparate gegen fette und trockene Schuppen und deren Folgen.

1. ENDEN SchuppenKur Shampoo bekämpft die Schuppen schon bei der Haarwäsche – das garantiert die ENDEN SchuppenKur-Wirkstoffrezeptur.
2. ENDEN SchuppenKur HaarWasser ist frisch im Duft, fettfrei und enthält den Exclusiv-Wirkstoff Dantrol 39.
3. ENDEN Schuppen Kur-Packung (Intensiv HaarKur) für besonders gründliche Behandlung mit Regenerationswirkung. Schaffen Sie das Schuppen-Problem aus der Welt mit der

ENDEN® SchuppenKur

Shampoo · HaarWasser · Kur-Packung

Helene Curtis

HAARKOSMETIK INTERNATIONAL



E 6-69



Basu-Anhänger (in Kalkutta)
Manager eingesperrt

wie in Westbengalen, in keinem Bundesland leben die Menschen so dicht gedrängt — 40 Millionen auf einem Gebiet von fast der Größe Bayerns.

In der Sieben-Millionen-Stadt Kalkutta drängen sich 79 Prozent aller Familien auf weniger als zehn Quadratmeter Wohnraum; Millionen sind unterbeschäftigt, 400 000 sind arbeitslos. Unterstützung gibt es nicht.

Über eine Million Flüchtlinge aus Ostpakistan kampieren noch immer unter Straßenbrücken, auf den Trottoirs oder in den Wartehallen des Sealdah-Bahnhofs im Osten der Stadt.

Die Kongreß-Partei Indira Gandhis, die seit 1947 auch in Westbengalen die Regierung stellte, hatte das Elend nicht abwenden können. Sie beließ es bei einem Hilferuf an die Weltbank und verbrauchte sich in Korruption und Intrigen. Die Landtagswahlen im Februar verlor sie. Seither regiert in Westbengalen eine Volksfront unter Führung der Kommunisten.

Seitdem führt Basu, ein Arztsohn aus Kalkutta, einen hartnäckigen Kampf um Geld und Hilfe gegen Delhi. Ein Anhänger Basus: „Wenn er nur ein neues Abwässersystem in einem einzigen Bezirk Kalkuttas durchsetzt, hat er mehr getan als die Kongreß-Regierung in zwanzig Jahren."

Zusammen mit seinem Chefminister Adschoy Mukherdschi, der die Kongreß-Partei aus Abscheu vor deren Machenschaften vor vier Jahren verlassen und eine eigene bengalische Splitterpartei gegründet hatte, fordert Bengale Basu eine Verfassungsänderung: größere Unabhängigkeit der Landesfinanzen, um Westbengalen zu sanieren.

Westbengalens Volksfront-Regierung fordert von der Zentralgewalt in Delhi ferner:

▷ Anteile an den Devisen-Einnahmen aus Bengalens Exportgütern — Jute und Tee;

▷ Anteile an den Zolleinnahmen der bengalischen Luft- und Seehäfen, über die der gesamte Import Nordindiens aus Japan und Südostasien läuft.

Außerdem drängt Basu auf Verdoppelung der im vierten Fünfjahresplan für Westbengalen vorgesehenen 1,1 Milliarden Mark Wirtschaftshilfe aus der Bundeskasse sowie auf größere Lebensmittellieferungen, um Hunger und Teuerung zu mindern.

„Die westbengalische Regierung will Indiens Verfassung zerschlagen", klagte Indiras Parteigängerin Sucheta Kripalani vor dem Parlament in Neu-Delhi. Doch Basus politische Gegner in der Kongreß-Partei, die den unbequemen Mann zu Zeiten ihrer unumschränkten Herrschaft mehrfach ins Gefängnis schickten, sind heute machtlos gegen ihn.

„Basu ist stark genug, um Delhi den Arm so lange auf den Rücken zu drehen, bis es die seit zehn Jahren überfällige Hilfe gewährt", urteilt der britische „Guardian".

Basu ist sicher, daß Delhi zahlen wird. Trotz leerer Kassen erhöhte er den 200 000 Beamten seiner Landesregierung die Gehälter und strich die Tariferhöhungen der öffentlichen Verkehrsmittel in Kalkutta.

In den 260 Kohlengruben Westbengalens und bei den Arbeitern der drei Stahlwerke — darunter das mit deutscher Hilfe erbaute Rourkela — liefen dem Volkstribun Basu Tausende neuer Anhänger zu.

In dem von den Briten errichteten Stahlwerk Durgapur (Jahresproduktion 1,8 Millionen Tonnen Rohstahl) stellte Basu sich auf die Seite der Arbeiter, die wegen drohender Entlassungen streikten. Denn die Werksleitung hatte die Bundespolizei „Central Reserve Police" (CRP) gerufen, die für Delhi die Rüstungs- und Schwerindustriebetriebe bewacht. Als die CRP-Männer das Feuer eröffneten und 50 Arbeiter verletzten, verhafteten Basus Landespolizisten vier der verantwortlichen CRP-Offiziere.

In der Munitionsfabrik Cossipore bei Kalkutta erschossen CRP-Polizisten zwei Wochen später fünf Arbeiter bei Streik-Unruhen. Basu ließ die Offiziere der Bundespolizei in Handschellen abführen und klagte sie wegen Mordes an.

Die Rebellen-Regierung in Kalkutta rief außerdem zum 24stündigen Generalstreik gegen Delhi auf (Gesamtschaden durch diesen „Bengal Bandh": 50 Millionen Mark). Innenminister Basu fordert seither den Abzug der Bundespolizei, die bengalische Landespolizei macht mit den Streikern gemeinsame Sache.

Die Provinzpolizei unternimmt auch nichts mehr gegen die bengalischen Einsperr-Streiks („Gheraos"), mit denen Arbeiter die Industriebosse so lange in ihren Büros einschließen, bis diese den Lohnforderungen nachgeben.

Erst am 18. Juni schloß die einflußreiche „Aluminium Corporation" ihr Werk in der Nähe Kalkuttas: Drei Monate hatte die Belegschaft ihre Manager „gherao"-isiert, die Polizei unternahm nichts. Die Aluminium Corporation in Delhi klagte, die bengalische Landespolizei habe zwar belagerte Manager verhaftet, nicht aber die Angestellten vor leiblichem Schaden und die Büros vor der Zerstörung bewahrt.

Sogar die Engländer, die noch einen Großteil des bengalischen Handels und der Industrie kontrollieren, fürchten die Energie und Unbestechlichkeit des Marxisten. Ausländische Geldgeber investieren seit Basus Amtsantritt nicht mehr in Westbengalen.

Doch Klassenkämpfer Basu gibt sich optimistisch: „Wenn Delhi nicht mit der (bengalischen) Landesregierung zusammenarbeitet, können wir die Leiden der Bevölkerung nicht lindern. Das Volk jedenfalls weiß dann, wo der Feind sitzt."

ENGLAND

WOHNUNGSBAU

Kriminell langsam

Etwas Ähnliches wie ein Bürgerkrieg" — so der britische Abgeordnete Ben Whitaker — brandete um Haus Nr. 25 in Londons Audrey Road:

An das städtische Gebäude robbte ein mit Stahlhelmen und Mülleimer-Deckeln gepanzerter Zivilisten-Trupp heran, zerschmetterte die Fenster, stellte Leitern an die Mauern und brach die Haustür mit Eisenstangen auf — vergebens: Mit Hammern, Gartenforken und stacheldrahtumwickelten Holzlatten bewaffnet, trieben 30 Belagerte die 12 Invasoren in die Flucht.

Verlierer der mittelalterlich anmutenden Schlacht im London von 1969: eine vom Bezirksgemeinderat Redbridge angeheuerte und von einem Ex-Matrosen geleitete Privatarmee. Sieger: Mitglieder der „London Squatters Association" (Squatter = rechtswidriger Ansiedler). Illegal weisen idealistische junge Squatters obdachlose Familien in leerstehende Bauten



Belagertes Squatter-Haus in London
Behörden ausgesperrt

ein und schützen sie — so auch das Ehepaar Fleming und seine drei Kinder in der Audrey Road — vor behördlichen Maßnahmen.

Jede von den Squatters okkupierte Wohnung brandmarkt die Londoner Baupolitik: 40 000 Londoner Familien hausen in Slums, Tausende in provisorischen Wohlfahrts-Unterkünften. Aber rund 32 000 Wohnungen stehen in der Metropole leer. Denn:

▷ Baufällige Sozialwohnungen werden geräumt und dann gesperrt, obwohl noch keine Ersatz-Wohnungen für die Ausgewiesenen gebaut sind. So wurden im Londoner Vorort Ilford, wo Squatters sechs Mietgebäude besetzten, 1000 Häuser zum Abbruch bestimmt, bevor alle Betroffenen neu untergebracht waren.

▷ Vorhandener Wohnraum wird nicht ausgenützt. So nisteten sich 20 Squatters in einem Neun-Zimmer-Pfarrhaus ein, in dem Pfadfinder lediglich ihre Ausrüstung stapelten.

Ungewollt verschärfen pensionierte Ehepaare die Londoner Wohnmisere. Sie verharren in Wohnungen, die nach dem Auszug ihrer Kinder für sie allein zu groß sind. Würden sie in bescheidenere Appartements umziehen, stünden Londons Obdachlosen rund 136 000 Zimmer mehr zur Verfügung.

Zwar erstellte der Greater London Council (GLC) zu diesem Zweck bereits über 500 Bungalows für Londoner Pensionäre an der Südküste Englands. Zwar lockerte der GLC in den letzten 15 Jahren den stickigen Londoner Wohnballungsraum auf: über 260 000 Londoner siedelte er bislang in 22 „new towns" in ganz England um.

Englands Jungliberale aber fanden dieses Umbau-Tempo „kriminell langsam". Mit der Parole „Wehe dem, der Wohnungen leer läßt", drangen 40 Demonstranten in den neunstöckigen Luxus-Wohnblock „The Hollies" ein. Dort besetzten sie anderthalb Stunden lang das Dach. Grund: Elf der 32 Appartements (Kaufpreis: bis zu 100 000 Mark) standen schon vier Jahre leer.

Und 100 Jungkommunisten, die an Königin Elizabeths Buckingham Palace vorbeidefilierten, forderten: „Erobert den Palast — so bringt ihr 1000 Obdachlose unter."

JUGOSLAWIEN

HIRTEN

Hammel im Boot

Die „Front", das illustrierte Blatt der „Jugoslawischen Volksarmee", sieht einen Bürgerkrieg am Horizont heraufziehen: zwischen den wohlhabenden Bauern der Landschaft Slawonien im jugoslawischen Bundesland Kroatien und den armen Hirten des jugoslawischen Bundeslands Bosnien.

Jahrhundertelang hatte der Jahreslauf der bosnischen Hirten einen festen Rhythmus: Im Herbst, wenn der Schnee und die Wölfe die bergige Heimat bedrohten, zogen sie mit ihren Herden über die Save nach Kroatien, zu Weihnachten und Neujahr feierten sie dort ihre Feste. Im frühen Sommer trieben sie ihre satten und molligen Schafe zurück in die kärgliche Heimat, im Juni schoren sie ihr Vieh, und nach beendeter Arbeit badeten sie sich schließlich selbst einmal.

Rund 2500 dieser letzten Nomaden Europas treiben noch heute mindestens zwei Millionen Schafe jährlich zweimal über den Fluß — aber seit Jahren stoßen sie dort auf bewaffneten und obendrein noch gesetzlich legitimierten Widerstand. Jugoslawiens Teil-Republik Kroatien, besorgt um ihren höheren Lebensstandard, erließ am „Tag der Arbeit", dem 1. Mai, eine Verordnung, die den Bosniaken die Benutzung von Asphaltstraßen, Brücken und Feldern verbietet.



Bosnische Schafhirten: Krieg in Sicht

Grund: Jedes Kilogramm Gras der Schafs-Nahrung, kostet als Heu auf dem Markt 23 Pfennig. Die Bosnier aber zahlen nichts, obgleich ein Schaf in einer Weideperiode mindestens 200 Kilogramm frißt und wiederkäut. Und die Schafe schleppen auch noch Seuchen ein. Der Gesamtschaden, den die Bauern Slawoniens jährlich erleiden, beläuft sich nach kroatischer Rechnung auf etwa 100 Millionen Mark.

Auf einen Kromproмißvorschlag aber wollen sich die hartnäckigen Bosnier bei fallendem Marktwert ihrer lebenden Ware nicht einlassen: ihr Vieh mit der Eisenbahn oder auf Lkw zu transportieren und dann pro Stück 17 Mark Weidepacht zu zahlen.

Svetozar Vulin aus Banja Luka, der als Panzersoldat in der Armee gedient hat: „Wem gehört denn dieses Land, durch das wir unsere Schafe führen, wenn nicht Jugoslawien? Wenn morgen ein großer Krieg ausbricht, sind auch diese Schafe staatlich, denn die Armee wird sie fressen!"

Und: „Auch ich glaube an den Sozialismus, aber die verantwortlichen Leute sollen wissen, daß er sich in einigen Gebieten unseres Landes nur langsam oder überhaupt nicht bemerkbar macht."

Dennoch hält es Vulin, der ständig ein Offizierskoppel mit Pistole bei sich führt, noch immer für besser, im blutigen Kampf ums Weideland zu fallen denn als Gastarbeiter zu „den Schwaben" (worunter er die Deutschen versteht) zu gehen.

1500 der jugoslawischen Nomaden sind bewaffnet — nur jeder zehnte aber besitzt einen Waffenschein. Die Ausrüstung reicht vom Revolver bis zum automatischen Gewehr. Alarm wird gegeben, sobald ein reicher Bauer, ein Milizionär oder ein Feldhüter sichtbar werden.

In Bosanska Gradiška kam es zur offenen Feldschlacht über eine Brücke hinweg, die beide jugoslawischen Bundesländer verbindet. Die abgeschlagenen Hirten setzten in der Nacht ihren Leithammel in ein Boot, stießen ihn auf der Flußmitte ins Wasser und ließen auf diese Weise die ganze Herde folgen.

Der Hirt Spasoje Verić, sein Enkel und sein Gehilfe suchten die kroatische Schützenlinie zu umgehen und drangen über serbische Felder auf slawonisches Territorium vor. Ein ergrimmter Jüngling von der Gegenpartei schnitt ihnen die Köpfe ab. Seither hat sich auch Bojan Punorac, 65, Vorsitzender des Ehrengerichts der bosnischen Hirten, bewaffnet.

Nur den wenigsten Hirten gehört die Herde selbst. Sie stehen als rechtlose Lohnsklaven im Dienste von „Begs", wie sie ihre Herren in Erinnerung an die türkischen Feudalen noch immer nennen. Doch die Antreiber des Schäferkrieges sind — so vermutet die Illustrierte „Front" — moderne Stalinisten: „Pensionierte Offiziere und Angehörige der Sicherheitsorgane."



Schockemöhle auf „Donald Rex"
Vermögen aus dem Pferdehandel

TURNIERREITEN

PREISE

Klötze und Kommerz

Vor den Olympiarichtern sind alle Amateure gleich: Geldpreise haben ihnen ein Greuel zu sein — wenigstens offiziell. Nur die Turnierreiter sind gleicher als die anderen. Sie dürfen Prämien kassieren — sogar fünfstellige.

Auf dem Höhepunkt der bundesdeutschen Saison, während des Internationalen Turniers in der letzten Woche in Aachen und beim Springderby in Hamburg (9. bis 14. Juli), stehen allein Geldpreise von zusammen 270 000 Mark auf dem Spiel.

Im Turnierreiten sind Kommerz und Klötze — die Bauteile der künstlichen Sprunghindernisse — für erfolgreiche Reiter gleichsam zu zwei Seiten einer Medaille zusammengeschmolzen.

Bis zum Zweiten Weltkrieg hatten die deutschen Turnierreiter nahezu problemlos Erfolge eingeheimst; 1936 erritten sie bei den Olympischen Spielen alle erreichbaren vier Goldmedaillen. Die Reiter dienten als Offiziere; sie trainierten an der Kavallerieschule Hannover; Pferde, Futter, Transport und Spesen bezahlte der Staat.

Inzwischen übernahmen Zivilisten die Herrschaft auf dem Parcours — vorwiegend Landwirte. Ein Pferd kostet den Besitzer während der Ausbildung ungefähr 5000 Mark im Jahr, ein Spitzenspringer durch zusätzliche Betreuung, Transport- und Nenngelder etwa doppelt soviel.

So fördern vor allem die Geldpreise das Turnierreiten und die Pferdezucht. 1968 setzten die bundesdeutschen Veranstalter insgesamt 1 925 293,68 Mark an Preisen aus. Dagegen stehen 15 000 Turnierpferde in den Ställen; mithin beträgt der Anteil an den Preisgeldern je Pferd im statistischen Durchschnitt nur 128 Mark. Die meisten Hobby-Reiter (155 000 sind organisiert) setzen zu, sogar siegreiche wie der Landshuter Möbelfabrikant Hans Emslander, der 1968 überraschend Zweiter im Springderby geworden war.

Doch geschickte Turnierreiter galoppierten weit in die Gewinnzone. Von den 1893 Prüfungen bei den 199 Turnieren des Vorjahres etwa pickten sie sich Springen heraus, die ihren Pferden den sichersten Gewinn versprachen. Das Holsteiner Rekordpferd „Meteor" (150 Siege) verdiente insgesamt 177 112 Mark, die Stute „Halla" 157 920 Mark. Der Wallach „Donald Rex" ersprang in einem Jahr mehr als 40 000 Mark. Aus dem Gewinn ihrer erfolgreichen Pferde finanzieren viele Besitzer die Ausbildung von Nachwuchspferden.

Die private Terminplanung führte zwangsläufig zu Nachteilen bei wichtigen internationalen Prüfungen: Die besten Pferde wurden auf 20 und mehr Turnieren pro Jahr strapaziert. Aber wegen einträglicher Verpflichtungen fehlten die erfahrensten Reiter und Pferde vielfach bei den am höchsten eingestuften Wettbewerben um den Nationenpreis für National-Equipen: Er ist nicht mit Geldpreisen ausgestattet. Von 1925 bis 1964 siegten deutsche Equipen 69mal — darunter viermal bei Olympischen Spielen —, obwohl sie von 1940 bis 1952 nicht für Deutschland satteln konnten. In den letzten fünf Jahren glückten nur noch zwei Erfolge im Preis der Nationen.

Findige Reiter erschlossen sich zusätzliche Geldquellen. Sie handelten Besitzern, deren Pferde sie ritten, Anteile von 50 Prozent und mehr an Siegprämien und Verkaufsgewinnen ab. So ritt Gert Wiltfang die Pferde des Homberger Fabrikanten Josef Kun, Olympiasieger Hans Günter Winkler „Fidelitas" und „Romanus" aus dem Besitz der Bayer-Werke, für die er auch als Repräsentant auftritt.

In wertvollen Springen (Deutsches Springderby: 27 000 Mark) dürfen meist nur zwei Pferde pro Reiter starten. Pfiffige Eigner verdoppelten ihre Chancen, indem sie Reiter verpflichteten. So setzte Olympiasieger Alwin Schockemöhle zeitweilig Wiltfang als zweiten Reiter — und somit vier Pferde — ein. Der Fleischwaren-Fabrikant Werner Stockmeyer beschickte gleichzeitig stattfindende Turniere in Dortmund und Wiesbaden mit seinen Angestellten, den Springreitern Lutz Merkel und Sönke Sönksen.

Einige Turnierexperten verleibten ihrem Stall gelegentlich bis zu 30 Pferde ein. Sie bereiteten sie auf leichtere Turniere vor und verkauften sie anschließend. So brachten Nachwuchspferde, die der erfolgreiche Springreiter Hartwig Steenken beim ersten Turnier des Jahres in Münster vorstellte, schon 20 000 Mark ein. Für seine besten Springer „Fairness" und „Porta Westfalica" schlug er freilich Angebote von 200 000 Mark aus. 1968 erkrankte „Fairness" und schied aus — unverkauft.

„Der kann im Dunkeln Pferde kaufen", bewunderte der frühere Olympiasieger Fritz Thiedemann den Oldenburger Schockemöhle, der beispielsweise „Ferdl" für 2100 Mark einkaufte und mit dem Wallach mehr als 100 000 Mark gewann. 1964 boten die Japaner 90 000 Mark. Den Verkaufsgewinn für „Monodie" legte Schockemöhle in einem Jaguar-Sportwagen an. „Da fährt Monodie", witzelten Nachbarn.

Das meiste Geld investierte Schockemöhle gewinnträchtig. Der geschäftstüchtige Turnierreiter sanierte zunächst seinen Erbhof in Mühlen. Dann stach er Torf und zog pro Jahr 75 000 Küken auf. Aus dem Dung produzierte er Dünger. Außerdem stellt er Blechschneide-Maschinen her und gründete mit einem Schwager die Alwin Schockemöhle KG zur Herstellung von Baustahlgewebe. Insgesamt setzte er schätzungsweise 40 Millionen Mark um. Demnächst will Schockemöhle VW-Zulieferer werden.

Mit seinen zwei Brüdern arbeitet Alwin Schockemöhle eng zusammen. Bruder Werner ist Zuchtspezialist und kaufte günstig Fohlen ein: Für den durch seinen Stall gegangenen „Shirokko" bot ein Engländer jüngst 180 000 Mark. Zudem ist Werner Schockemöhle Mitinhaber der Eierverwertungsfirma „Egga" und Buchautor („Deutsche Springreiter").

Der jüngste Schockemöhle-Bruder Paul reitet selbst und reiste als Pferdepfleger zum Olympia in Mexiko mit. Er brach sein Studium ab und begann einen Getreide- und Futtermittel-Handel. Fachleute schätzen den Ge-



Steenken auf „Porta Westfalica"
Galopp in die Gewinnzone

samtumsatz der Schockemöhle-Unternehmen auf jährlich 80 Millionen Mark.

In Aachen galoppierte Schockemöhle auf „Donald Rex“ zum Springchampionat von Deutschland (Dotierung: 20 000 Mark). Dagegen blieb im Sixtant-Springen am letzten Dienstag sogar ein Preis liegen. Die Siegerin Barbara Simpson aus England hatte keine Verwendung für den ausgesetzten Elektrorasierer.

GOLF

EUROPAMEISTERSCHAFT

Abschlag für Athleten

In der Bar des Falkensteiner Golfclubs labten sich die Außenseiter am Sekt aus dem Siegerpokal. Die Favoriten betäubten ihre Niederlage mit irischem Whisky.

Zum erstenmal hatte sich die deutsche Golf-Nationalmannschaft am vorletzten Wochenende durch einen unerwarteten Sieg gegen den zweimaligen Europameister Irland ins Finale der 6. Europameisterschaft durchgeschlagen.

Zwei der sechs eingesetzten deutschen Spieler, Mannschafts-Senior Hans Lampert, 34, und der jüngste, Betriebswirtschafts-Student Veit Pagel, 23, hatten der Konkurrenz aus 18 Nationen gründliche Ortskenntnis voraus: Sie spielen für den Veranstalter-Klub im Hamburger Vorort Falkenstein.

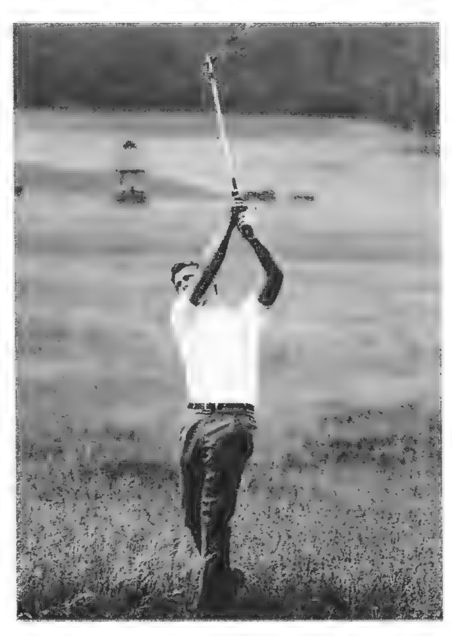
Aber die Funktionäre des Deutschen Golf Verbandes (DGV) können ihre Auswahl unter immer mehr Jung-Golfern treffen. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatten 6000 Golfspieler auf 61 Plätzen im damaligen Reich einschließlich Österreichs, Böhmens und Mährens ihre Bälle eingelocht. 1948 strebten 1000 Golfer auf die Grüns der 25 erhaltenen westdeutschen Anlagen.

Rasch entdeckte die High Society der Bundesrepublik Golf als gesundheitsfördernden und stress-dämpfenden Sport. Jahr für Jahr rückten bis zu 1000 Neu-Golfer von den Wartelisten der Klubs nach. Die Mitgliederzahl des DGV wuchs prozentual stärker als in allen übrigen Sportarten. Unter 40 Wettkampfdisziplinen folgen die 20 000 Golfer an 17. Stelle, noch vor den Badmintonspielern, vor Fechtern und Rollsportlern.

Obwohl eine 18-Löcher-Anlage mit Klubhaus kaum für weniger als eine Million Mark einzurichten ist, gibt es zur Zeit schon 80 Plätze im Bundesgebiet. Ein Satz der erforderlichen Spezialmähmaschinen kostet bis zu 75 000 Mark. Die hohen Erstellungs- und Unterhaltungskosten erzwingen hohe Aufnahmegebühren und Beiträge. „Wenn die Schwimmer ihre Bäder bezahlen müßten“, verglich DGV-Präsident Heinz O. Krings, „kämen sie nicht mit fünf Mark Beitrag aus.“

Viele Klubs stunden oder erlassen jüngeren Mitgliedern die hohen Gebühren, bis sie ihre Ausbildung vollendet haben. Vor allem Nachwuchsspieler trieben Golf zunehmend als athletischen Leistungssport. Im Juni standen sechs Spieler in Falkenstein einen 17stündigen 50-Kilometer-Marsch im Wettkampf um einen „100-Löcher-Pokal“ durch. Die deutschen Nationalspieler verbesserten ihre Kondition systematisch durch eine spezielle Golf-Gymnastik und Waldläufe. Einige kräftigten sich zusätzlich durch Hantel-Training.

Nationalspieler Pagel schwimmt dreimal wöchentlich. Bankier und Börsenspezialist Lampert übte im Morgengrauen, kurz nach vier Uhr, in Falkenstein mit drei Bällen über 13 Löcher. Er verzichtete auf seinen Wagen und legte tagsüber alle Wege in leichtem Trab oder strammem Marschtritt zurück.



Deutscher Nationalspieler **Lampert**
Golfgymnastik und Hantelheben

Denn in Falkenstein mußten Spieler, die auch im Vierer antraten, während der Europameisterschaften vom ersten Abschlag bis zum letzten Grün ungefähr 60 Kilometer zurücklegen. Nur konditionsstarke Golfer vermögen sich auch in der Endphase noch auf präzise Schläge zu konzentrieren. Ein Unwetter erschwerte die Bedingungen am Schlußtag: Zwei überflutete Löcher mußten versetzt werden.

Erst im Endspiel geriet die Bundesmannschaft gegen England in Rückstand. Als der englische Sieg feststand, brach der führende Engländer Rodney Foster ab und schenkte seinem deutschen Gegner Jürgen Weghmann einen halben Punkt.

„Wir haben uns genug gequält“, begründete er. „Jetzt wird gefeiert.“



DDR-Hochschulforschungsgruppe in der Industrie-Praxis*: „Gesunde Ehe"

„Mit dem Latein am Ende"

SPIEGEL-Serie über Krise und Zukunft der deutschen Hochschulen

2. Fortsetzung

Humboldt ade, Aufgabe der traditionellen Universitätsstruktur, Revision der Prüfungsordnungen, praxis-orientierte Neuordnung der Studiengänge — das alles gibt es schon in Deutschland: in der DDR.

Um ihrer Vision vom produktiven, hochqualifizierten und zugleich parteiergebenen Wissenschafts-Pionier ein Stück näher zu kommen, haben die Hochschul-Experten des SED-Zentralkomitees den sieben Universitäten, 34 Hochschulen und drei medizinischen Akademien der DDR eine gründliche Reform verordnet:

▷ Der bislang eingleisige Studiengang wird aufgegliedert in ein vierjähriges kombiniertes Grund-, Fach- und Spezialstudium mit Forschungsarbeiten (Abschluß: Diplom) und in ein sich anschließendes etwa dreijähriges Forschungsstudium (Abschluß: Promotion für spätere „Führungskräfte der sozialistischen Gesellschaft").

▷ Die herkömmlichen Fakultäten und Institute werden durch „Sektionen" für Forschung und Lehre ersetzt, die insbesondere die Zusammenarbeit einzelner Wissenschaftsdisziplinen und „Praxisnähe" zu Wirtschaft und Technik gewährleisten sollen.

▷ An die Stelle der traditionellen akademischen Senate treten das Konzil, „wissenschaftliche Räte" (aus den Vertretern der Sektionen) und „gesellschaftliche Räte" (in denen neben Professoren und Studenten auch Betriebe, der Staat und Massenorganisationen, etwa die Gewerkschaften, Sitz und Stimme haben).

„Praxisnähe" ist eine DDR-Maxime, an der sich die gesamte Bildungspolitik orientiert. Schon in den oberen Klassen der „allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule" — sie hat das traditionelle dreigliedrige Schulsystem ersetzt — lernen die DDR-Schüler ausnahmslos „Technisches Zeichnen". Auf dem Stundenplan steht auch: „Einführung in die sozialistische Produktion".

Einmal in der Woche ist Schultag Werktag: Die Schüler besuchen mit ihren Fachlehrern Fabriken oder landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften; sie lernen den Umgang mit Schraubenschlüsseln und Feilen, bedienen Drehbänke, fahren Traktoren und können den Facharbeiterbrief erwerben.

Die Erfolge derart praxisnaher Unterweisung hat Willy Voelmy, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in West-Berlin, analysiert. In einer Studie über den „Polytechnischen Unterricht in der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der DDR seit 1964" kommt er zu dem Ergebnis, daß die jungen DDR-Bürger ihren westdeutschen Altersgenossen voraus sind. Denn als „wesentliche, realisierbare Leitlinie" des polytechnischen Unterrichts hat sich erwiesen, was Pädagogen an den Schulen der Bundesrepublik noch vermissen: eine „Erziehung zur schöpferischen Initiative, Aktivität und Selbständigkeit" — Eigenschaften, die den Übergang ins Berufsleben ebenso erleichtern wie die Anpassung an sich wandelnde Berufsanforderungen.

Um den gleichen psychologischen und ökonomischen Effekt mühen sich die DDR-Hochschulen, wenn sie Theorie und Praxis in ihren Studiengängen kombinieren — zum Nutzen der volkseigenen Industrie, die sich mitunter kostspielige Planungsabteilungen ersparen kann, weil die Hochschulen wissenschaftliche Analysen von Fertigung und Management vorlegen. Beispielsweise erarbeiteten Betriebswirtschaftler der Technischen Universität Dresden in einem Seminar des „wissenschaftlich-produktiven Studiums" für den „VEB Herrenmode" ein „Arbeitsprogramm zur weiteren Qualifizierung des Systems der operativen Planung".

„Unsere Hochschulen", so verkündete der DDR-Minister für das Hoch- und Fachschulwesen, Professor Ernst-Joachim Gießmann (SED), „müssen sozialistische Fachleute ausbilden, die in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit

* In der Rostocker Warnow-Werft. Der Forschungsauftrag: Einschränkung körperlich schwerer und zeitaufwendiger Arbeit bei der Montage von Schiffskörpern.

die notwendigen Pionierleistungen in Wissenschaft und Technik erzielen." Und DDR-Chef Walter Ulbricht forderte: „Die enge Verflechtung von Wissenschaft und Industrie muß zum Normalfall werden."

Dementsprechend sind die DDR-Hochschulen dazu übergegangen, Lehr- und Ausbildungspläne mit der volkseigenen Industrie abzustimmen — im Rahmen langfristiger „Verträge über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit", wie sie beispielsweise die Technische Hochschule Magdeburg „Otto von Guericke" mit sechs staatlichen Konzernen und dem Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau abschloß.

Die Universität Rostock orientiert Lehre und Forschung am Bedarf der Seewirtschaft (Schiffsbau, Hochseefischerei, Meeresbiologie, Schiffstechnik). Dresdens TU arbeitet mit dem Radeberger Computer-Werk „Rafena" zusammen, zwecks „Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitungsindustrie besonders in Dresden und Radeberg".

Jenas „Friedrich-Schiller-Universität", an der einst Karl Marx über Demokrit und Epikur promovierte, konzentriert 75 Prozent ihres Forschungspotentials auf den wissenschaftlichen Gerätebau: zum Nutzen des Vertragspartners VEB Carl Zeiss Jena, mit dem sich die Universität — wie Rektor Bolck (SED) und Generaldirektor Gallerach (SED) formulierten — zum „Jenaer Ensemble" vereinte.

Ob freilich eine derart enge Verflechtung von Hochschule und Industrie eine auf die Dauer „gesunde Ehe"



DDR-Oberschüler beim polytechnischen Unterricht*: „Schöpferische Initiative"

bedeutet, wie das SED-Blatt „Ostsee-Zeitung" behauptet, steht dahin. Nach dem sozialistischen Honigmond von Theorie und Praxis ist selbst bei staatsloyalen DDR-Intellektuellen die Befürchtung aufgekommen, die Universität könnte in die Rolle eines „Dienstmädchens" der Industrie gedrängt werden (so der Leipziger Rektor Professor Ernst Werner).

In der Tat steht das DDR-Schlagwort „Praxisnähe" nicht nur für die — sinnvolle — Bemühung, intellektuelle und praktische Betätigung zu kombinieren; es signalisiert auch die Gefahr einer — fragwürdigen — Indienstnahme der Wissenschaft durch die Interessen der industriellen Produktion, die von der SED definiert werden.

Insofern stellt sich die DDR-Hochschulreform, die bis 1975 abgeschlossen sein soll, als ein zum Teil vorbildliches, zum Teil abschreckendes Modell für westdeutsche Reformbemühungen dar: vorbildlich wegen der intensiveren Berufsvorbereitung durch praxisorientierte Neuordnung des Studiums; abschreckend wegen der Umfunktionierung der Alma mater zum „Dienstmädchen", das sich über die Herrschaft gefälligst keine Gedanken machen soll.

Mit notorischer Gründlichkeit exerzieren die Deutschen in Ost und West wieder einmal, wie gut sich Extreme strapazieren lassen, wenn man nur Prinzipien hat. Dem Bildungsdirigismus in der DDR entspricht der Mangel an Bildungs- und Berufsplanung in der Bundesrepublik — wenn man vom Regionalversuch in Baden-Württemberg (Hochschul-Gesamtplan) absieht.

Der ideologisch fixierten, in den Produktionsprozeß einbezogenen Wissenschaft in der DDR entspricht ein in der Bundesrepublik noch weithin gepflegtes Wissenschaftsverständnis, das es erlaubt, auf die Niederungen des gewerblichen Alltags herabzusehen, sich auf diese Gesellschaftsferne noch etwas einzu-„bilden" und sich so „frei" zu wähnen.

Diese Illusion gedeiht unter konservativen Professoren, obwohl schon die öffentliche Wissenschaftsförderung, Forschungsaufträge staatlicher Stellen (Bundesverteidigungsministerium) oder von Interessengruppen (Industrieunternehmen, Gewerkschaften) die gesellschaftliche Abhängigkeit fast jeder Wissenschaft längst dokumentiert haben. Nach Ansicht des Stuttgarter Politologie-Professors Martin Greiffenhagen entspricht der Grundgesetz-Artikel 5 Absatz 3 („Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei") denn auch „kaum der Realität". Wenn dieser Satz trotzdem normativen Sinn behalte, so allein deshalb, weil Wissenschaft angewiesen sei „auf die Freiheit schöpferischer Gestaltung und die Freiheit ‚rücksichtsloser' Forschung".

Und diese Illusion gedeiht auch unter studentischen Linksradikalen, die Wissenschaft nicht nur aus kritischer Distanz zur Gesellschaft, sondern gegen die bestehende Gesellschaft betrieben sehen möchten. Sie können sich nur noch „revolutionäre Wissenschaft" vorstellen und kämpfen um „Freiräume" innerhalb der Hochschulen, in denen sie, ebenfalls unter Inanspruchnahme der „Freiheit schöpferischer Gestaltung", unter sich zu treiben suchen, was sich ihnen als Wissenschaft darstellt — obwohl bisherige Versuche solcher „Selbstorganisation der Wissenschaft" ergeben haben, „daß der bisher vom Dozenten ausgeübte Zwang nunmehr in eigene Regie übernommen wird" (so selbstkritisch das SDS-Journal „Neue Kritik").

Es scheint, als unterschieden sich betagte Professoren, die den „esoterischen Charakter der Wissenschaft" bewahren, und radikale Jung-Akademiker, die ihr Studium „nicht mehr als Abrichtung auf geistiges Vasallentum" verstehen wollen, nicht so sehr voneinander, wie sie selber es gern möchten.

Verstrickt in Bildungs-Illusionen oder Revolutions-Ideologien sind die



Ost-Berliner **Humboldt-Universität**
„Notwendige Pionierleistungen"

* In der August-Bebel-Oberschule Frankfurt/Oder. Schüler der 10. Klasse werden in Halbleiter-Technik unterwiesen und so auf Tätigkeiten im Halbleiter-Werk Frankfurt/Oder vorbereitet.

LTV Tower, Dallas, Texas

Manche halten uns für Snobs. Denn wir kaufen nur das Beste.

Wir kaufen es für unsere Anleger. Zum Beispiel den LTV-Tower in Dallas, eines der schönsten Hochhäuser der Stadt. Unser UNITED STATES INVESTMENT FUND ist ein einzigartiger internationaler Fonds, der sein Kapital in ausgesuchten gewerblichen Immobilien und Wohnkomplexen in Großstadtgebieten der USA investiert.

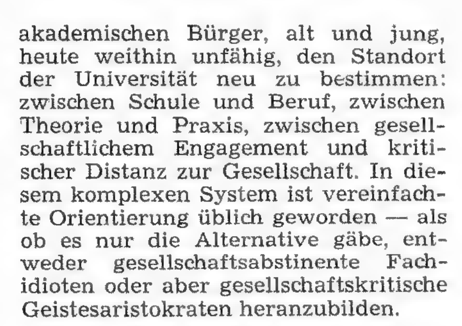
USIF-Anleger sind gegen Börsenschwankungen und inflationäre Tendenzen geschützt. Das Einkommen aus erstklassigen Immobilien wächst in dem gleichen Maße, wie Kosten und Preise steigen. Wer sich am UNITED STATES INVESTMENT FUND beteiligt, erwirbt einen Besitz an ausgesuchten Immobilienobjekten mit hoher Rendite in den USA, der ihm stetige Wertsteigerung, jederzeitige Liquidierbarkeit und maximale Sicherheit bietet. Die Wertsteigerung des Fonds beträgt Monat für Monat ein Prozent. Tausende von Anlegern in der ganzen Welt haben die Chance, die er ihnen bietet, wahrgenommen.

Der UNITED STATES INVESTMENT FUND wächst Monat für Monat um über 20 Millionen Dollar, und sein Immobilienbestand hat einen Wert von fast 300 Millionen Dollar. Eine ganz schöne Menge erstklassiger Immobilien – selbst für unsere Ansprüche.

Wenn für Sie und Ihr Geld nur die beste Anlageform gut genug ist, rufen Sie Ihren nächsten GRAMCO-Finanzberater an, um mehr über uns zu erfahren. Oder fragen Sie Ihre Bank nach dem UNITED STATES INVESTMENT FUND, oder wenden Sie sich direkt an uns.



Fulton National Bank Building, Atlanta, Georgia.



„SCHLENDRIAN UND LUXURIÖSES NEBENBEI"

Professor Andreas Flitner über Studium und Beruf

In einem Aufsatz, der in dem Sammelband „Was wird aus der Universität?" (Rainer Wunderlich Verlag, Tübingen) erschienen ist, setzt sich der Tübinger Pädagogik-Professor Andreas Flitner, 46, mit einer These des Soziologen Helmut Schelsky auseinander: Schelsky hatte 1960 empfohlen, die Universität möge ihre Bildungsaspirationen aufgeben und sich auf die Ausbildung funktionstüchtiger Glieder der Industriegesellschaft beschränken. Der SPIEGEL veröffentlicht Auszüge aus der Entgegnung des Tübinger Pädagogen.

Müssen wir mit Schelsky gegenüber der Aufgabe einer akademischen Bildung resignieren? Das heißt: müssen wir zu dem herrschenden Spezialismus im Wissenschaftsbetrieb nun auch noch einen gesellschaftlichen Funktionalismus in der Ausbildung hinzufügen?

Das würde die Zersplitterung der Universität bedeuten, ihre Aufspaltung in Forschungslaboratorien auf der einen Seite und Berufsschulen auf der anderen, es brächte die totale Verzweckung der Universität, ihre Preisgabe an die vordergründigen Interessen der etablierten Gesellschaft. Die kritische, distanzierende, entwikkelnde Aufgabe und Bedeutung der Universität für die Gesamtgesellschaft würde erlöschen.

Flitner

Es muß also zu den genannten Funktionen — Forschung und Berufsausbildung — unabdingbar etwas hinzutreten und im Lehrangebot zum Ausdruck kommen, das man „akademische Bildung" oder sonstwie nennen mag, das ich aber ganz anders definieren möchte als Schelsky sein „luxuriöses Nebenbei"...

Die kritische Auseinandersetzung mit der Berufsproblematik, ... das heißt die Reflexion der Berufs- und Arbeitswelt von dem Studiengebiet aus, bildet heute eine unentbehrliche Ergänzung zum Studium der Fachwissenschaft.

Ein Jura-Student hört zwar ein wenig Rechtsphilosophie, aber von den Berufsproblemen, den ethischen und sozialen Aufgaben des Richters, des Staatsanwalts, des Verteidigers und des Verwaltungsjuristen wird ihm kaum etwas gesagt.

Einem Mediziner wird gelehrt, sich in der medizinischen Wissenschaft auszukennen, aber er erhält auf der Universität kaum eine Vorstellung und wenig Anstöße, sich damit zu beschäftigen, was es heute heißt, Arzt zu sein.

Für den künftigen Lehrer, Pfarrer, Wirtschaftler stellen sich ähnliche Probleme. Bei den Ökonomen und bei den Ingenieuren sind es besonders die Sozialprobleme des Betriebs, von denen sie im Studium nichts hören und denen sie später dann mit theoretischer Ignoranz gegenüberstehen, um sich gar zu oft rasch in die Verhaltensklischees eines überlebten Akademikertums zu flüchten.

Man wird einwenden, dieses alles könne man später in der Praxis lernen. Die Praxis lehrt aber gerade das nicht, um das es hier geht. Die Praxis und ihre sogenannte „Erfahrung" lehrt meist nur das erfolgreiche Verhalten; sie lehrt den Schlendrian der bisherigen Praxis. Sie liefert und produziert nicht die Kategorien und sittlich-sozialen Gesichtspunkte, von denen aus diese Praxis gerade zu kritisieren wäre. Die Praxis lehrt nicht, wie sie selber zu beurteilen ist.

Man wird weiter einwenden, daß ein großer Teil der Studenten noch gar nicht entschieden sei, ja sich noch nicht entscheiden wolle, welchem Berufsfeld er sich zuwende. Klammern wir die Gebiete aus, für die ohnehin nur die Wissenschaft selber als Beruf in Frage kommt, so ist es gerade eine der fatalen Schwächen unserer Universität, daß nicht nur die Berufsentscheidung, sondern die Auseinandersetzung mit den Berufsaufgaben so weit aus ihr verbannt sind, daß man zu einer solchen Entscheidung gar nicht reif wird.

Die Berufswahl besteht freilich in der Industriegesellschaft nicht mehr in einem einmaligen Entschluß, den man mit 15 oder mit 20 Jahren fällt, sondern vielmehr in einem langen und immer wieder korrigierbaren Prozeß ... Aber dieser Prozeß müßte beim Akademiker von einer permanenten, auf dem Niveau seiner Fachstudien sich vollziehenden Auseinandersetzung mit bestimmten Berufsfeldern und öffentlichen Aufgaben begleitet sein ...

Diese systematische und permanente Auseinandersetzung mit den Berufsfeldern ist nun gerade nicht zu verwechseln mit dem, was Schelsky „funktionale Ausbildung" nennt. Die funktional Ausgebildeten funktionieren eben gerade deswegen nicht, weil sie in dieser Hinsicht nicht gebildet, das heißt nicht kritisch auf ihre Berufswelt bezogen sind.

Der Arzt, der nur funktioniert, oder der Sozialarbeiter sind in entscheidenden Situationen ihres Berufs nicht zu brauchen. Der Richter kann funktionieren, ohne vom Rechtsgedanken berührt zu sein, und zum Beispiel auf den Verurteilten oder die Zuhörer so wirken, daß er sie zu lebenslänglichen Rechtsverächtern macht.

akademischen Bürger, alt und jung, heute weithin unfähig, den Standort der Universität neu zu bestimmen: zwischen Schule und Beruf, zwischen Theorie und Praxis, zwischen gesellschaftlichem Engagement und kritischer Distanz zur Gesellschaft. In diesem komplexen System ist vereinfachte Orientierung üblich geworden — als ob es nur die Alternative gäbe, entweder gesellschaftsabstinente Fachidioten oder aber gesellschaftskritische Geistesaristokraten heranzubilden.

Solche Extrem-Huberei schließt aus, was Reformer geradezu als den Kern jeder Hochschul-Neuordnung betrachten müssen: daß sich gründliche, praxisorientierte Berufsausbildung sehr wohl vereinbaren lasse mit kritischer Reflexion eben dieser Ausbildung, aus der verantwortliches gesellschaftliches Handeln erwachsen kann.

Dieser Reformer-Standpunkt kalkuliert ein, daß die moderne Industriegesellschaft hochqualifizierte Spezialisten braucht, mithin funktionsbezogene Hochschulausbildung. Aber er berücksichtigt auch, daß diese funktionale Ausbildung ergänzt werden muß durch die „kritische Auseinandersetzung mit der Berufsproblematik" (so der Tübinger Pädagogik-Professor Andreas Flitner; siehe Kasten).

Doch nirgendwo versucht bislang eine deutsche Universität, intensive Berufsausbildung mit der Erziehung zu sozial verantwortlichem Handeln planvoll zu koordinieren. Die Hochschulen, davon weit entfernt, sind fürs erste noch nicht einmal in der Lage, Fachleute hinlänglich auszubilden und das herkömmliche Stoffpensum ökonomisch zu vermitteln.

In vielen Fächern wird noch, wie der Kölner Althistoriker Professor Christian Meier diagnostiziert, „ohne rechten Bezug zur Gegenwart gearbeitet"; in der Fülle des Lernstoffs verfängt sich der Student „wie in einem Kreuzworträtsel". Hinter den Kathedern zelebrieren akademische Lehrer noch immer die „großartige Tradition, Kompliziertes noch kompli-



Studenten-Parole (FU Berlin)
„Überlebtes Akademikertum"

DIE ESSO FLITTERWOCHEN



Für die Neuen Europäer Zimmer mit Bad und Blick auf den Mont Blanc (tout compris)

Die Gletscher des Mont Blanc, tief unten eingebettet das Esso Motor Hotel von Courmayeur, Italien. Hier kann man sagen: Vergiß den Alltag.

Denn drinnen warten Wärme und Komfort, typisch für die Esso Motor Hotels von Stockholm bis Florenz. ESSO führt in Europa, wenn es darum geht, eine Reisenacht gut zu verbringen.

Die Esso Motor Hotels haben wir für die Neuen Europäer gebaut. Für die Autofahrer, die mehr verlangen, die viel mehr von einer Tankstelle erwarten als Benzin, Werkzeug oder Reifen.

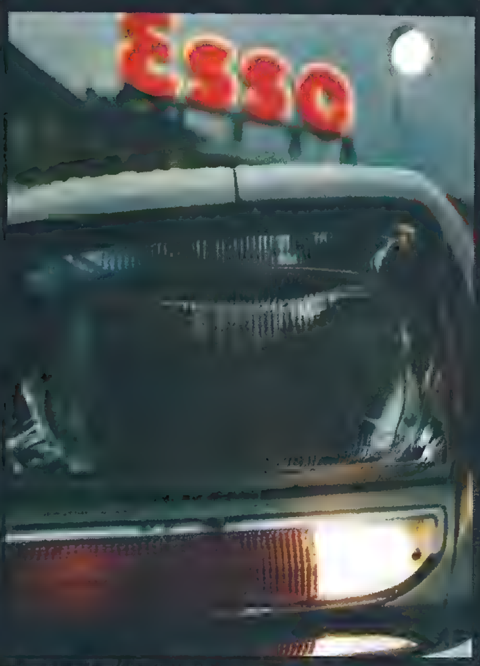
ESSO heißt: moderne und perfekte Pflege für Ihren Wagen. Natürlich. Aber für die Neuen Europäer ist ESSO mehr: alles für Happy Motoring. Ein Platz für den Geschäftsmann, der nach einer langen Nachtfahrt seine Bartstoppeln loswerden will, eine Kaffee-Pause auf der Autobahn, eine klare Antwort auf die Frage, wo Aalborg liegt – oder die einladenden Lichter eines unserer Hotels.

Vielleicht ist unser Service heute noch nicht überall so komplett. Aber bald! Kommen Sie zu den Neuen Europäern. An eine von 37800 ESSO Stationen in Europa. Besuchen Sie uns – egal, ob Sie gerade Flitterwochen machen oder nicht.





Drei Kilometer vor der italienischen Einfahrt zum Mont-Blanc-Tunnel liegt das Esso Motor Hotel Courmayeur mit 60 komfortabel eingerichteten Zimmern, einem Restaurant und einer Snack-Bar. Unser Service für die Neuen Europäer: ESSO Busse bringen sie kostenlos zu den nahen Ski-Abfahrten.



Zwei Uhr nachts, noch eine Stunde bis Brüssel, und der Zeiger der Benzinuhr pendelt nahe bei ‚leer'. Aber ESSO ist wach – für Augenblicke wie diese. Immer mehr ESSO Stationen sind 24 Stunden am Tag geöffnet, um für die Neuen Europäer zu sorgen.



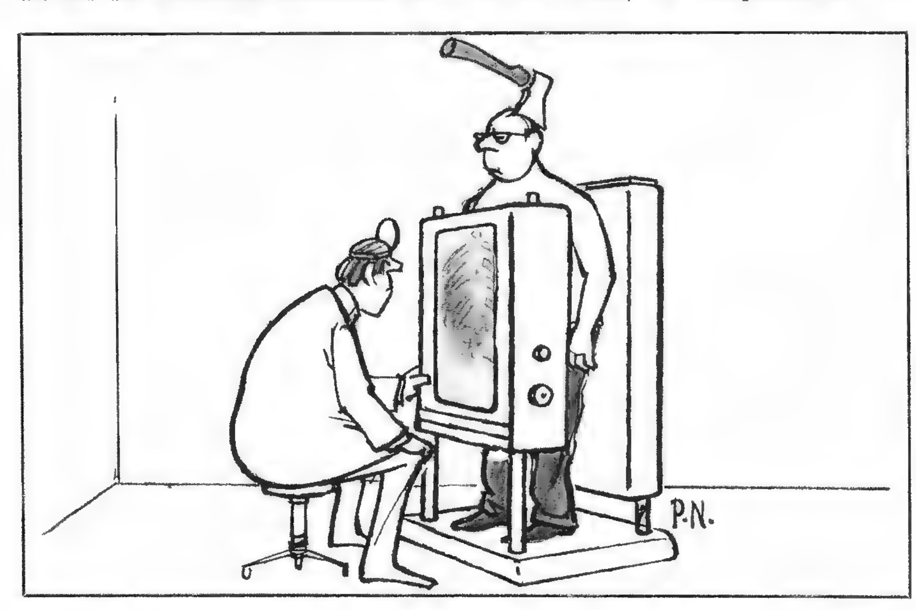
Für die Neuen Europäer gibt es Augenblicke, wo nichts so gut schmeckt wie ein kräftiger, dampfender Espresso. Und sie bekommen ihn: an vielen ESSO Stationen – von Sizilien bis Finnland – zusammen mit einem Sandwich und manchmal sogar mit einem 4-Gänge-Dinner.

Alles für Happy Motoring – für die Neuen Europäer Esso

zierter auszudrücken" (so ein Studenten-Flugblatt) und geben sich — wie der Aachener Emeritus Professor Hubert Cremer — schon zufrieden, „wenn die Hälfte der Studenten die Hälfte dessen versteht, was ich gesagt habe".

„Die wahre Heimsuchung der Universitäten", so klagt denn auch der Göttinger Pädagoge Hartmut von Hentig, sei das „Fehlen einer wissenschaftlichen Lehre vom Lehren der Wissenschaft", das Fehlen einer Fach-Didaktik, wie sie an den Pädagogischen Hochschulen — für Grundschullehrer freilich — längst gelehrt wird.

„Man beginnt etwa in der Mathematik in der Nähe der Axiome ..., man durchläuft die Tierwelt linear vom Einzeller bis zum Menschen oder umgekehrt, die Geschichte von einst bis jetzt, Schritt für Schritt" — so beschreibt der Tübinger Didaktik-Professor Martin Wagenschein die geläufige Lehrpraxis an den Hochschulen, die vor den Studenten immenses Wissen aufhäuft, Wichtiges wie Unwichtiges, häufig ohne Unterscheidung.



Was dem wissenschaftlichen Lehren und Lernen — trotz Wissenschaftsrats-Empfehlungen und Professoren-Bekundungen — heute meist noch fehlt, ist der Mut zur Lücke, die Beschränkung auf den exemplarischen Fall, an dem der Student methodisch arbeiten lernt und die Fähigkeit erwirbt, Probleme auch künftig eigenständig zu lösen.

„In einer Zeit, in der es Disziplinen gibt, deren Wissensschatz sich innerhalb von fünf Jahren fast völlig verändert" (so der Göttinger Jura-Professor Wolfram Henckel), stünde es der Universität wohl an, in sämtlichen Disziplinen Stoffballast abzuwerfen und mehr Gewicht zu legen auf:

▷ Unterweisung in der wissenschaftlichen Methodik der einzelnen Fächer, damit die Akademiker befähigt werden, sich im Beruf ständig neues Wissen anzueignen, neue Entwicklungen in ihrem Fachgebiet zu beurteilen und für die Praxis nutzbar zu machen;

▷ Orientierungshilfen, die es dem Akademiker ermöglichen, die gesellschaftlichen Bezüge seines Berufes kritisch zu ermessen (etwa: soziologisch, psychologisch, ökonomisch) und so der Fachidiotie zu entrinnen.

Eine derart reformierte Hochschule könnte mithin Juristen entlassen, die sich nicht nur in Paragraphen, sondern beispielsweise auch in den Grundzügen der Sozialpsychologie auskennen; die Praktika in der Sozialhilfe oder bei der Resozialisierung von Verurteilten hinter sich haben — Erfahrungen, die ihnen verdeutlichen, was sie mit einem Urteil bewirken oder auch anrichten können.

Mediziner, die nicht nur die richtige Dosierung von Medikamenten beherrschen, sondern auch dafür interessiert worden sind, ob beispielsweise die deutschen Krankenhäuser kollegial geleitet werden sollten — wie das Allgemeine Krankenhaus Hamburg-Harburg, wo dies jetzt zum erstenmal versucht wird (siehe Seite 50).

Architekten, die nicht nur imstande sind, moderne Werkstoffe kostensparend zu verbauen, sondern auch gelernt haben, kritisch zu prüfen, was wohl Eigenheim-Ideologie mit Landschaftszersiedlung zu tun habe — und warum der Bundestag auch in dieser Legislaturperiode das Städtebauförderungsgesetz noch nicht verabschiedet hat.

Das hieße nicht, Medizinern zusätzlich ein Soziologie-Studium aufzubürden oder Ingenieuren ein Psychologie-Studium. Es hieße vielmehr, den Studenten in Praktika, Seminaren und Arbeitsgruppen den Blick zu öffnen für gesellschaftliche Probleme — mitnichten ein Studium generale, in dem Fachidioten mit den Musen kokettieren.

Diesem Zeiterfordernis von Praxisnähe und gesellschaftsbezogener Ausbildung entspräche es, auch das Verhältnis von Forschung und Lehre zueinander neu zu bestimmen. Die Hochschulgesetze gehen von der Fiktion aus, daß die Universitäten noch in der Lage seien, in allen Disziplinen — von der Archäologie bis zur Kernphysik — die Forschung voranzutreiben und zugleich eine Viertelmillion Studenten zu unterrichten; obwohl die Grundlagenforschung in vielen Bereichen an den Hochschulen stagniert und immer mehr Forschung außerhalb der Hochschulen betrieben wird.

„Wenn man berücksichtigt, daß die in den Hochschulen tätigen Wissenschaftler einen Großteil ihrer Tätigkeit auf Lehr- und Prüfungsverpflichtungen aufwenden müssen", so erkannten die Autoren des Forschungsberichts II der Bundesregierung schon im Jahre 1967, dann werde erklärlich, daß sich der Anteil der Hochschulen an der Forschung „nicht unerheblich zugunsten der Wirtschaft und der hochschulfreien Institute" verschiebe.

Die Amerikaner haben versucht, einer solchen Forschungsaufsplitterung zu begegnen, indem sie die hochschulinterne und die außeruniversitäre Forschung in Wechselwirkung brachten. Beispiel für solche Forschungsinterdependenz bietet das „Massachusetts Institute of Technology" (MIT), wo Dozenten und Professoren dazu ermuntert werden, ein Drittel ihrer Arbeitszeit als Berater oder freie Mitarbeiter in den Forschungs- und Entwicklungslabors der Industrie zu verbringen. Auf dem Hochschulgelände liegen mehrere vom MIT unabhängige Institute für Grundlagenforschung (etwa das „Materials Science Center"), die den interessierten Studenten ebenso offenstehen wie den MIT-Professoren.

Gegen eben solche Forschungsverflechtungen laufen linke US-Studenten ebenso Sturm wie ihre Kommilitonen in der Bundesrepublik. Sie sehen darin ein Indiz dafür, daß sich die Hochschulen im kapitalistischen System ebenso zum „Dienstmädchen" vordergründiger Produktionsinteressen degradieren lassen wie in kommunistischen Bürokratien — ein Konflikt, der sich in der Bundesrepublik am Beispiel der Auftragsforschung entzündet hat.

Als problematischer für Westdeutschland, wo es kein MIT-Modell gibt, erweist sich fürs erste, daß immer mehr Wissenschaftler aus den häufig ärmlich gehaltenen Instituten der Hochschulen in die großzügig ausgestatteten Industrielabors und in die hochschulfreien Forschungsinstitute drängen. Verständlich angesichts etwa der Zustände am Chemischen Institut der Universität Frankfurt, wo sommers Temperaturen gemessen wurden, die den „Äther in den Flaschen" sieden lassen, „daß die Stöpsel herausfliegen" („Bei Regen Einbruch von Regenwasser, bei schönem Wetter teilweise Einflug von Tauben") — so ein studentischer Bericht aus dem vergangenen Jahr.

Obwohl 50 Prozent des gesamten wissenschaftlichen Personals an den


Top your day with Marlboro!
Flavor:
Geschmack * Aroma*
Genuss *
Marlboro flavor
der Welterfolg *
I really go for that
Marlboro flavor
FINE TOBACCOS
FILTER CIGARETTES
Marlboro
Marlboro
26/69

Hochschulen tätig sind, beträgt — wie neuere Berechnungen ergeben haben — der Anteil der Hochschulen am Forschungspotential der Bundesrepublik nur 18 Prozent. 55 Prozent aller Forschungsvorhaben werden in der Wirtschaft betrieben, 27 Prozent an hochschulfreien Instituten, etwa denen der Max-Planck-Gesellschaft.

Soziologe Schelsky meint, „daß die Hochschule auf die Dauer nur der Ort der Lehrforschung und zum Teil der Nachwuchsausbildung der Forschung sein kann, während Schwerpunktforschung und Angewandte Forschung in die kommenden Hochschulstrukturen kaum noch hineinpassen".

Es gibt gewichtige Argumente dafür, daß zumal die Grundlagenforschung zum erheblicheren Teil bei den Hochschulen verbleiben und dort intensiviert werden sollte, damit beispielsweise die Lehre den jeweils jüngsten Stand der Wissenschaft vermitteln kann. Deshalb erweist sich angesichts des Dilemmas von Forschung und Lehre an der Massen-Universität als dringend entscheidungsbedürftig,

▷ ob nicht im Rahmen einer Hochschul-Gesamtplanung gewisse Forschungsprioritäten oder auch -verzichte für einzelne Hochschulen oder auch Hochschulbereiche gelten sollten;

▷ ob nicht, wie beispielsweise in Großbritannien üblich, den Professoren die Möglichkeit gegeben werden könnte, sich entweder für Hochschulforschung oder Hochschullehre zu entscheiden — „jedenfalls auf Zeit und im Wechsel" (Greiffenhagen).

In Deutschland aber finden sich bislang nur zaghafte Ansätze, die Doppelfunktion der Universität als Träger von Forschung und Lehre neu zu interpretieren. Umfassende Versuche werden nur an den beiden neuen Universitäten Konstanz (1966 eröffnet) und Bielefeld (Lehrbetrieb beginnt im Herbst 1969) gemacht:

▷ Beide Universitäten konzentrieren sich in Forschung und Lehre jeweils auf nur einige Fächer und Forschungsschwerpunkte (Bielefeld unter anderem auf Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsdidaktik, Konstanz auf die Biologie), weil „die Vorstellung vom ‚Kosmos der Wissenschaften' aufgehört hat, kanonisch zu sein" (so der Konstanzer Gründungsrektor Gerhard Hess).

▷ Beide Universitäten wollen die Wissenschaftler der einzelnen Fachbereiche zu interdisziplinärer, fachübergreifender Arbeit anregen: in Konstanz durch die Einrichtung besonderer Zentren für Bildungsfragen, Populationsforschung und Linguistik, in Bielefeld durch den Aufbau eines „Zentrums für interdisziplinäre Forschung", in dem — mit wechselnden Aufgabenstellungen — „etwa 30 bis 40 Wissenschaftler aus dem Inland und Ausland für in der Regel ein Jahr zu fachübergreifender Arbeit" versammelt werden sollen (so die Empfehlung des Gründungsausschusses).

▷ Beide Universitäten beschränken die Studentenzahlen (Konstanz auf 3000, Bielefeld nach vollem Ausbau auf rund 4000), um eine „intensive Kommunikation zwischen Professoren, Assistenten und kleinen Studentengruppen zu ermöglichen" — so der Bielefelder Universitätsplaner Schelsky. In Bielefeld soll das Zahlenverhältnis zwischen Professoren und Studenten jeweils 1 zu 30 betragen, die Hochschullehrer sollen sich im jährlichen Wechsel jeweils nur der Forschung oder nur der Lehre widmen.

Beide Universitätsplanungen zeugen von eher gemessenen denn radikalen Reformkonzepten, aber solche Experimente — deren Erfolg oder Mißerfolg sich erst erweisen muß — reichen bereits hin, deutsche Gelehrte zu injurierenden Auseinandersetzungen anzustacheln. Solcher Professoren-Hader mutet ebenso fruchtlos an wie die endlosen Diskussionen linksradikaler Studenten über eine von jeglichen Ausbildungszwängen freie Universität.

Allenthalben, bei Studenten wie Professoren, besteht „die Neigung, ein vornehmlich praktisches Problem ideologisch zu überlagern" (so der Mainzer Mikrobiologe Professor Paul Klein).

Denn fast immer, wenn Professoren und Studenten sich an einer Teilreform der Alma mater versuchten, blieb unbeachtet, was stets oberste Maxime der Wissenschaften gewesen ist: vorurteilslos zu prüfen, zu experimentieren und die Ergebnisse von Denkprozessen und Versuchsreihen kritisch gegeneinander abzuwägen.

Nichts verdeutlicht das besser als die Diskussion um die „Demokratisierung" der Hochschule, die durch Mitbestimmungsforderungen der Studenten ausgelöst wurde. Unter der Parole „Drittelparität" verlangten die Studenten, daß in allen Entscheidungsgremien der Hochschule die Stimmen zu je einem Drittel unter Professoren, Assistenten und Studenten aufgeteilt werden sollten.

Es ist bezeichnend, daß diese Forderung den Hochschullehrern in ihrer überwiegenden Mehrheit von Anfang an als „indiskutabel" (so deren Standesorganisation, der Hochschulverband) erschien, weil zu weitgehend, und den radikalsten Studenten am Ende auch, weil zu „reformistisch"; sie erstrebten mittlerweile studentische Alleinherrschaft.

Wenn man einmal von dieser SDS-Eskalation absieht, so etikettiert „Demokratisierung" ein ganzes Bündel studentischer Forderungen — vor allem Abbau unnötiger Herrschaftsstrukturen in der Universität, Öffentlichkeit bei Prüfungen und Sitzungen der Universitätsorgane, Mitsprache und Entscheidungsbeteiligung für Studenten und Assistenten in den Hochschul-Gremien.

So verstandene Demokratisierung ist für linke Studenten und liberale Professoren Ausdruck von Emanzipa-





Neue Universitäten Bielefeld, Konstanz: Schwerpunkte der Forschung statt Kosmos der Wissenschaften



Industrie-Labor (BASF)
Großzügig ausgestattet

tionsbestrebungen, die auf einen „herrschaftsfreien Dialog" von Lehrenden und Lernenden abzielen. Wissenschaft und Wissensvermittlung werden begriffen als ein Prozeß, an dem Assistenten und Studenten neben den Professoren gleichberechtigt beteiligt sind. Ergo: wesentliche Mitbestimmung.

So verstandene Demokratisierung erweist sich hingegen nach Meinung vor allem der meisten Ordinarien als untauglich für die Universität, die zwar als Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden ausgewiesen wird — aber mit fest verteilten Rollen. In einer Erklärung des Hochschulverbandes vom 27. April 1968 heißt es: „Freiheit und Verantwortung für Forschung

* Chemisches Institut: Arbeitsraum in einer ehemaligen Damentoilette.



Universitäts-Labor (Frankfurt)*
Ärmlich gehalten

und Lehre kommen den Forschenden und Lehrenden zu. Die Studenten lernen." Ergo: keine wesentliche Mitbestimmung.

Im Spannungsfeld zwischen diesen Interessenpolen wogt die Diskussion mit einer Intensität, die Deutschlands hohe Schulen in den Fugen krachen läßt. Was den einen als Selbstbesinnung der Wissenschaft gilt, mutet die anderen an wie Meuchelmord an Forschung und Lehre.

In aufgeregter Polemik bezichtigen „senile Toren" (wie radikale Studenten ihre Lehrer heißen) und „minderjährige Ignoranten" (wie der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Hochschulverbandes, Professor Bodo Börner, radikale Studenten titulierte) einander des Verrates an der Wissenschaft.

Es ist mittlerweile freilich auch in dem Sinne ein „akademischer Streit" geworden, indem diese Floskel metaphorisch für Nutzlosigkeit steht. Denn eine erweiterte Mitbestimmung — wenn auch nicht immer die Drittelparität — ist längst beschlossene Sache; auch wenn Ordinarien wie der Marburger Historiker Professor Ernst Nolte mit der „inneren Emigration der überwiegenden Mehrzahl der Ordinarien aus der Universität und aus dem Staate" drohen (siehe Kasten).

Die neuen Hochschulgesetze oder die entsprechenden Entwürfe räumen Assistenten und Studenten in Grundordnungsversammlungen, satzungsgebenden Konzilien, in akademischen Senaten und auf Fachbereichs- und Fakultätssitzungen mehr Stimmen ein als je zuvor.

An einzelnen Universitäts-Instituten — so am Erziehungswissenschaftlichen Seminar in Marburg und am Seminar für Sozialwissenschaften in Hamburg — beraten bereits Assistenten und Studentenvertreter in drittelparitätisch besetzten Institutsräten mit den Professoren über Forschungsprogramme und Haushaltsfragen, Lehrpläne und Prüfungsordnungen.

In Hessen wie in Nordrhein-Westfalen und in Hamburg sehen die Hochschulgesetzentwürfe Drittelparität zumindest für die satzungsgebenden Versammlungen vor. Und selbst nach dem bayrischen Hochschulgesetzentwurf, der den Professoren im allgemeinen die Mehrheit läßt, gestattet der Grundsatz der „funktionsgerechten Mitbestimmung", daß Studenten und Assistenten dort, wo es um ihre eigenen Belange geht, mehr Stimmen beanspruchen dürfen als in den übrigen Organen der Universität.

In Berlin, wo die Studenten einst die Forderung nach Mitbestimmung mit besonderem Nachdruck artikulierten, gewährt ihnen der Hochschulgesetzentwurf, der in dieser Woche dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden soll:

▷ ein Drittel der Stimmen im neu zu schaffenden Universitätsparlament, dem Konzil, das sich zu gleichen Teilen aus gewählten Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten zusammensetzt — der Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, Gerd Löffler (SPD), sieht in diesem Vertretungsschlüssel den „berechtigten Anspruch aller" verwirklicht, „prinzipiell gleichwertig über gewisse Kardinalfragen der Universität zu befinden";

▷ 20 Prozent der Stimmen im wichtigsten Beschlußorgan, dem Akademischen Senat (bisher zehn Prozent), und in den Leitungen der Fachbereiche, die an die Stelle der Fakultäten treten — Löffler: „Auch hier findet keine der vorhandenen Gruppen eine Majorität; jede ist darauf angewiesen, daß Vertreter anderer Gruppen sich ihren Sachargumenten anschließen, um zu einer Mehrheit zu kommen";

▷ 50 Prozent der Stimmen in den neu zu schaffenden Ausbildungskommissionen, die — so eine SPD-Stellungnahme — „faktisch Entscheidungskompetenz" haben — Löffler: „Das Urteil vieler Professoren über die hervorragende Mitwirkung von Studenten in schon bestehenden Studienreform-Kommissionen hat uns ermutigt, den Studierenden hier einen so hohen Stimmenanteil einzuräumen";

▷ 11 Prozent der Stimmen in den gleichfalls neuartigen „Forschungskommissionen" — Löffler: „Die studentische Mitwirkung ist hier bewußt beschränkt worden, weil die Studierenden naturgemäß nicht die gleiche Verantwortung für Forschungsfragen tragen können wie die beamteten Hochschullehrer."



SPD-Hochschulpolitiker **Löffler** (2. v. l.): „Berechtigter Anspruch aller"

Mit diesem Katalog gestaffelter Mitbestimmung entsprechen die Berliner Gesetzesmacher einer Empfehlung der Ständigen Konferenz der Kultusminister, die „Mitwirkungsrechte" an der Universität zu differenzieren. Die Kultusminister: „Ein *schematisches* Beteiligungsverhältnis der Gruppen für alle Selbstverwaltungsorgane stünde im Widerspruch zum Grundsatz der Gewährleistung einer sachbezogenen Aufgabenerfüllung der einzelnen Gremien."

In der Tat scheint das starre Schema der Drittelparität nicht geeignet, jeden Entscheidungsprozeß innerhalb der Universität zu fördern. „Drittelparität" orientiert sich eher an ständestaatlichen Vorstellungen als am Optimum zweckdienlicher Zusammenarbeit, das von Fach zu Fach, von Gremium zu Gremium ein unterschiedliches Maß an Mitbestimmung ratsam erscheinen läßt.

Sowohl die Gesetzesmacher als auch reformbereite Professoren gehen beispielsweise davon aus, daß den Studenten in Fragen der Lehre und des Studiums eher mehr denn weniger Mitsprache zugestanden werden müsse — einleuchtend angesichts der Tatsache, daß alles, was der Student von der Universität mitnimmt oder nicht (Wissen, Methodik, Kritikvermögen), sein eigenes Leben entscheidend prägt. „Didaktische Überlegungen und Entscheidungen", so der Stuttgarter Politologe Greiffenhagen, „dürfen nicht allein Sache der Lehrenden sein. Studenten können sehr wohl sagen, welche Stoffvermittlungsmethode für welche Disziplin ihnen angemessen erscheint."

Eher weniger denn mehr Mitbestimmung billigen die Gesetzesplaner den Studenten im Bereich der Forschung zu, wo die größere Sachkompetenz in aller Regel bei den Professoren liegt. Der Grundsatz der funktionsgerechten Mitbestimmung, an den sich die Kultusbehörden halten wollen, würde beispielsweise erfordern, daß über die Aufnahme eines Sonderforschungsprojekts oder die Finanzierung von Schwerpunktforschungen nur

„LAHME REICHSTAGE, PLEBISZITÄRE MÄRKTE"

Meinungen zur Mitbestimmung an der Universität

Professor Hans Heinrich Rupp (Öffentliches Recht), Universität Mainz:

Soweit man wissenschaftliche Lehre nicht im Sinne der chinesischen Kulturrevolution versteht und solange die Hochschullehrer und nicht die Studenten den Auftrag der Lehre besitzen, scheint mir jede Mitentscheidung der Studenten über Ausrichtung und Inhalt der Lehre nicht akzeptabel zu sein. Moderne Wissenschaft setzt allemal Arbeit, Fleiß und ein eminentes Hintergrundwissen voraus und läßt sich nicht in einem allgemeinen Massenpalaver um Gott und die Welt erlernen.

Die Professoren Jürgen Habermas (Philosophie und Soziologie), Erhard Denninger (Öffentliches Recht), Ludwig von Friedeburg (Soziologie) und Rudolf Wiethölter (Bürgerliches Recht), Universität Frankfurt:

Die effektive Beteiligung aller drei Gruppen (Professoren, Assistenten und Studenten) ist notwendig, um die oft beschworene Autonomie der Wissenschaft zu sichern. Erst die ungehemmte Diskussion



Soziologe **Habermas**

über Ziele der Studiengänge, über Kriterien der Auswahl von Forschungsprojekten, über den sozialen Zusammenhang der wissenschaftlichen Qualifikationen und der wissenschaftlichen Informationen kann die am Wissenschaftsprozeß Beteiligten in den Stand setzen, vermeidbare und unvermeidbare gesellschaftliche Abhängigkeiten zu reflektieren.

Professor Walther Killy (Deutsche Philologie), Universität Göttingen:

Eine Universität ist keine Räterepublik, und die viel beschriene Drittelparität würde aus den zu reformierenden akademischen Gremien entweder lahme Regensburger Reichstage oder plebiszitäre Märkte machen.

Hartmut Häußermann (Student der Soziologie), Asta-Vorsitzender an der Freien Universität Berlin im Sommersemester 1967:

Die Übertragung demokratischer Prinzipien auf die Universität wird heute von denjenigen abgelehnt, die eine „Aristokratie des Geistes" konstatieren und hierarchische Über- und Unterordnungen somit als „natürlich gegeben" ansehen. Demgegenüber sind aber ganz ent-



Student **Häußermann**

schieden die Prinzipien wissenschaftlicher Arbeit anzuführen, als deren erstes die rationale herrschaftsfreie Diskussion hier genannt werden muß, das auch in die Humboldtschen Organisationsvorstellungen von der Universität als einer Gemeinschaft von prinzipiell gleichberechtigten Lehrenden und Lernenden eingegangen ist.

Professor Manfred Hättich (Politikwissenschaft), Universität Mainz:

Niemand, der an der Funktionsfähigkeit der Feuerwehr interessiert ist, würde vorschlagen, daß bei einem Brand die Einsatzorganisation erst von der ganzen Gruppe diskutiert wird und der Einsatzleiter nur auf Mehrheitsbeschlüsse gestützte Anweisungen geben darf.

Professor Martin Greiffenhagen (Politikwissenschaft), Universität Stuttgart:

Die Feuerwehr muß wie die Armee nach der Soziologie von Befehl und Gehorsam funktionieren. Effektivität heißt für diese Gruppe Schnelligkeit und Schlagkraft. Das aber ist nicht das Arbeitsprinzip der Universität. Sie will nicht eine vom Feind besetzte Höhe zu einem bestimmten Zeitpunkt unter Anwendung vorgegebener und limitierter Mittel erobern, ... sondern sie bedarf der freien Kooperation aller am Forschungs- und Lehrprozeß beteiligten Personen, um ihr „Produkt" zu erstellen.

Professor Werner Flume (Römisches Recht, Bürgerliches Recht, Steuerrecht), Universität Bonn:

Eine der Zahl nach relevante Mitbestimmung der Studenten und nicht habilitierten Bediensteten der Universität in den Fakultäten oder Fachbereichen wäre ein Verstoß gegen die Gewährleistung der Freiheit von Forschung und Lehre nach Art. 5 des Grundgesetzes.



Jurist **Flume**

Wenn der Gesetzgeber eine solche verfassungswidrige Mitbestimmung durch Gesetz einführen sollte, werden diejenigen, welche die Verantwortung für Forschung und Lehre auf den Universitäten tragen, an der Durchführung eines solchen verfassungswidrigen Gesetzes nicht mitwirken dürfen.

Professor Leonhard Froese (Vergleichende Erziehungswissenschaften), Universität Marburg:

Der verfassungsmäßig verbriefte Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz macht weder vor dem Ansehen des Professors noch vor den Toren der Hochschule halt.

Professor Ernst Nolte (Neuere Geschichte), Universität Marburg:

Der Staat denkt nicht daran, zu den Regierungssitzungen drittelparitätisch die Minister, Vertreter der mittleren und Vertreter der unteren Beamten heranzuziehen oder die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts durch einen pari-



Historiker **Nolte**

tätisch aus Bundesrichtern, Vertretern der Assessoren und Vertretern der Referendare besetzten Senat fällen zu lassen: wenn er allein seine Professoren einem Sonderregime unterwirft und sie zu den Sparringspartnern der künftigen politischen Prominenz macht, wird er unweigerlich die innere Emigration der überwiegenden Mehrzahl der Ordinarien aus der Universität und aus dem Staate hervorrufen.

Der Bildungspolitische Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei, Bonn:

Die staatliche Hochschulgesetzgebung und -politik ... muß die Bedingungen dafür schaffen, daß die Hochschulen den Ansprüchen der demokratischen Gesellschaft gerecht werden. Diese Ansprüche richten sich besonders auf eine prinzipiell offene Struktur der Hochschule, eine demokratische Willensbildung, eine weitgehende Versachlichung bei der Rekrutierung des Lehrkörpers, die Verwirklichung des Grundrechts auf Bildung und die Deckung des Bedarfs an qualifizierten Hochschulabsolventen.



„Kritische Universität" Berlin (Gründungsversammlung 1967): „Voreiliges Zeugnis"

wissenschaftlich qualifizierte Universitätsbürger entscheiden.

Das schließt Studienanfänger von vornherein aus, kann aber auch nicht das Alleinverfügungsrecht der Professoren bedeuten. Immerhin werden schon Diplomanden und Doktoranden wissenschaftliche Leistungen abverlangt (so die Dissertation nicht eine Farce ist, wie häufig in der Medizin). Greiffenhagen: „Kreativitätsforschungen in den USA haben gezeigt, daß sehr junge Wissenschaftler, das heißt, bei uns Assistenten und Doktoranden, einen großen Teil der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten leisten. In manchen Fächern sinkt die wissenschaftliche Kreativität mit der Mitte der dreißiger Lebensjahre rapide ab. Wenn bei uns gegenwärtig ein Wissenschaftler selten unter 35 Jahren einen Lehrstuhl bekommt, so dürfen die Ordinarien über die an einem Institut betriebenen Forschungsrichtungen und Forschungsmittel nicht allein verfügen."

Ob die Mitbestimmungsdifferenzierungen in den Hochschulgesetzentwürfen wie in Berlin bereits hinreichen, bleibt abzuwarten. In welchem Maße Studenten über Wirtschaftsprobleme und Personalfragen, über Forschungsprogramme und Lehrmethodik mitentscheiden sollten, wann das Wort der Lehrer mehr Gewicht haben sollte als das der Schüler — das sachgemäß zu entscheiden, erfordert wahrscheinlich jahrelanges Experimentieren, wobei Fehlschläge mit Sicherheit zu erwarten sind.

Nicht eben zuversichtlich werten Reformer den Verlauf des bislang umfassendsten Drittelparitäts-Experiments, zu dem sich Studenten, Assistenten und Professoren im Juni 1968 an Deutschlands größter Politologen-Schule entschlossen hatten: am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Die militante Politik der Linksradikalen, die heute mit Farbeiern bekämpfen, was sie gestern mit Proteststreiks durchsetzen wollten, hat den Versuch an den Rand des Scheiterns gebracht, wie Mit-Experimentator Professor Alexander Schwan bekundet (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 107).

Doch Schwan zieht aus den bisherigen Erfahrungen keineswegs den Schluß, daß Mitbestimmung grundsätzlich untauglich oder gar die Rückkehr zur Ordinarien-Universität angezeigt sei. „Sie ist", sagt Schwan, „ebenso abzulehnen wie eine studentische Alleinherrschaft."

Während sich die Mitwirkung der Assistenten — also des akademischen Mittelbaus — in Lehre und Forschungsfragen am Otto-Suhr-Institut als „sehr produktiv" (Schwan) erwiesen hat, zeigte sich, daß „ein Großteil der Studenten an einer Mitbestimmung gar nicht interessiert" ist: „Nur etwa die Hälfte der Studenten beteiligt sich an den Wahlen für ihre Vertreter."

Das hatte zur Folge, daß die gemäß Drittelparität gewährten Sitze von der radikalen Linken eingenommen wurden, der Mitbestimmung nun nicht mehr genügt. Daraus ließe sich, meint auch Schwan, die „Folgerung ziehen, daß die Drittelparität ... die Studenten in ihrer Gesamtheit vorläufig noch überfordert" und Mitbestimmung nicht notwendigerweise nach diesem starren Schema verwirklicht werden müsse.

Voraussetzung für eine erfolgversprechende Mitbestimmung wäre in der Tat, daß die Studentenschaften ihre unter Reformgesichtspunkten qualifiziertesten Vertreter in die Entscheidungsgremien entsenden würden — was heute mancherorts noch nicht möglich ist,

▷ weil ein großer Teil der Studierenden den Wahlen für Mitbestimmungsgremien fernbleibt und es so den revolutionstrunkenen Studenten überläßt, ihre Vertreter in die Gremien zu entsenden;

▷ weil die Richtlinien studentischer Politik meist auf sogenannten Vollversammlungen beschlossen werden, an denen in Wirklichkeit nur ein geringer Teil der Studentenschaft teilnimmt — in der Mehrheit wiederum die Ultraradikalen, die dann mit dem Anspruch auftreten, die gesamte Studentenschaft zu repräsentieren.

Diese reformblockierende Radikalismus-Mechanik ließe sich zurückschalten, wenn ein sogenanntes Wahl-Quorum eingeführt würde (wie in Frankreich). Das heißt: Die Zahl der studentischen Vertreter in den Entscheidungsgremien wäre abhängig von der Wahlbeteiligung — eine Relation, die auch für Professoren und Assistenten gelten müßte.



Institutsrats-Sitzung am Otto-Suhr-Institut (1969): „Starres Schema"

Ein solches Regulativ, das die studentischen Interessen getreulicher hervorkehren würde als die jetzige Prozedur, liefe freilich allen strategischen und taktischen Absichten der radikalen Linken zuwider. Denn sie braucht Plattformen und Instrumente für die geplante Hochschulrevolution, der dann die Revolutionierung der gesamten Gesellschaft folgen soll.

Da die erweiterte Mitbestimmung, die nun von Staats wegen gewährt wird, ihnen wie eine Finte der



Politologe **Greiffenhagen**
„Rücksichtslose Forschung"

Herrschenden vorkommt, allein bestimmt, die abtrünnigen Studenten wieder heimzuholen in den Schoß der Gesellschaft, erscheinen ihnen selbst drittelparitätisch besetzte Gremien als „Quasselbuden". Über Gegenwart und Zukunft, Wohl und Wehe der Universität sollen nach SDS-Vorstellungen nun nicht mehr Professoren, Assistenten und Studenten mit gleichem Stimmanteil entscheiden, sondern Vollversammlungen, in denen Studenten die Mehrheit haben.

Gremien dagegen, „in denen die Studenten in der Minderheit sind und entscheidenden Einfluß nicht nehmen können", belehrte unlängst ein Politologie-Student seine Kommilitonen auf einer Vollversammlung in Berlin, hülfen nur „die Macht der Lehrstuhlinhaber zu stabilisieren" und vergrößerten „den Einfluß des objektiv den Interessen der Studierenden entgegenstehenden Mittelbaus".

Den linken Studenten, so schrieb der „FU-Spiegel", gehe es nicht mehr darum, den Dozenten „Wunschzettel vorzulegen und Zeit mit endlosen Satzungsdiskussionen zu verplempern, sondern die mögliche Neuorganisation des Seminarbetriebes selbst durchzuführen" — unter dem Schlagwort „Selbstorganisation der Wissenschaft": Die Radikalen wollen die absolute Kontrolle über Lehrinhalte und Prü-

„OHNE PROFESSOREN GEHT ES NICHT"

Jens Litten über „Kritische Universitäten"

Die Kritischen Universitäten (KU), die 1967 zuerst in Berlin und Hamburg gegründet wurden, waren die ersten Versuche der studentischen Linken, einen „selbständigen studentischen Wissenschaftsbetrieb" oder zumindest ein „Kontrastprogramm" zur traditionellen Hochschule zu organisieren. Warum diese neue Form des wissenschaftlichen Lehrens und Lernens scheitern mußte, analysiert für den SPIEGEL einer der Begründer der Hamburger KU, der Soziologie-Doktorand Jens Litten.

Kritische Universität, dieser Begriff steht für einen Reformversuch studentischer Politik, als noch nicht bombastisches Wortgeklingel ernsthafte Arbeit ersetzte. Im Vorwort ihres Programmes schrieben die Initiatoren der Berliner KU: „Die Texte und Veranstaltungsprogramme ... sind voreilige, vorauseilende Zeugnisse eines Versuchs der Emanzipation von erstarrten Formen und Inhalten der akademischen Lehre."

Der Bruch mit der überkommenen Studienorganisation, der zur Etablierung einer Gegenuniversität führen sollte, ging nicht so weit, daß alle akademischen Lehrer von vornherein als „Fachidioten" abgestempelt wurden, vielmehr sollten sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse einbringen in diesen Versuch der Neubestimmung der Wissenschaft als kritischer Wissenschaft.

Vorsichtiger als ihre Berliner Kollegen beurteilten dagegen Hamburger Studenten die Möglichkeiten eines Emanzipationsversuches. Sie, die sich selbst des Revisionismus bezichtigten, verfolgten von vornherein ein pragmatisches Ziel, das sich neben dem Berliner Höhenflug kärglich ausnahm: „Unser Programm soll in einem zunächst bescheidenen Umfang jene Leerstellen besetzen, die in den verschiedenen Fachstudiengängen ausgespart bleiben."

Selbst dieser eher zaghafte Versuch scheiterte an der Tatsache, daß auch die Reformer durch einen Lernprozeß geformt waren, der das Denken eher behindert als fördert. So warnten die Hamburger im vornherein davor, in die alten Lehrformen zurückzufallen:

Sie ahnten, daß „die studentischen Dozenten ... nun Kritik am Bestehenden (indoktrinieren), ... am gewohnten Lehrstoff nichts als seine Verunsicherung (lassen) und ... ihre Argumente in einer so esoterischen Sprache (geben), die deren freie Diskussion schon wieder kaum zuläßt".

Neugierig geworden aufgrund des großen publizistischen Interesses, dessen die Kritischen Universitäten in den Gründertagen gewiß sein durften, und auch ihrerseits bemüht, den bereits vielfach beschworenen Kontakt zwischen Studenten und Arbeitern nun ihrerseits herzustellen, erschien zu den ersten Kolloquien eine bunte Mischung aus Studenten, Schülern, Angestellten, Arbeitern und Hausfrauen. Aber aller guter Wille reichte nicht, um die Sprachbarriere zu überwinden. Gewiß waren die Veranstalter bemüht, sich in „deutsch" verständlich auszudrücken, aber die sprachliche Kluft war damals schon so groß, daß der Versuch, sie zu schließen, bald aufgegeben wurde.

Aber die studentischen Reformer stießen auch bei ihren Kommilitonen auf Schwierigkeiten: Gewöhnt, ein bestimmtes Pensum an Scheinen und Mentorenprogrammen zu absolvieren, ständig also einem — oft massiven — Lerndruck ausgesetzt, wollte der plötzlich gestattete „herrschaftsfreie Dialog" nicht einsetzen. Der vorgesehene rotierende Vorsitz bei den Arbeitssitzungen erwies sich als Formalie. An die Stelle der Amtsautorität eines Professors trat nun die reale oder nur eingebildete Sachautorität der jeweiligen Wortführer, die anstelle eines bestimmten Lehrstoffes nun allerdings dessen Kritik indoktrinierten.

Der agitatorische Charakter vieler Veranstaltungen, der mit Lernprozeß möglicherweise viel, mit kritischem Bewußtsein aber stets wenig gemein hatte, erwies sich bereits darin, daß schon in den Veranstaltungsprogrammen die Ergebnisse angestrengter Reflexion vorweggenommen waren. Die Umkehrung des im offiziellen Lehrbetrieb vorherrschenden Positivismus, der das Bestehende unbefragt hinzunehmen zur Tugend macht, in die ungeschminkte Aufforderung, die Negation des Bestehenden ebenso unbesehen zu akzeptieren, bewies, wie sehr die Studienorganisation heute den Studenten zum Anpasser konditioniert.

Was blieb, waren dann entweder Mentorengruppen alten Stils mit neuem Etikett oder jene esoterischen Zirkel, in denen Kritik wie anderswo Gesinnung gepflogen wird. Am „grauen Studenten" ging die KU vorbei.

Daß der Wissensvorsprung akademischer Lehrer in persönliche Macht über Abhängige umgesetzt wird, bleibt aufs schärfste zu verurteilen. Diesen Vorsprung aber leugnen zu wollen und dabei seine eigenen Kräfte zu überschätzen, kann nur die Genugtuung der Reaktion provozieren. Selbstorganisation als Vorbereitung und Nacharbeitung ist nicht nur sinnvoll, sondern notwendig, um Lernen und Reflektieren im rechten Maß auswiegen zu können. Neuorganisation aber — die seit Jahrzehnten überständige — ist ohne akademische Lehrer in der freien Diskussion des herrschaftsfreien Dialogs undenkbar. Ohne Professoren geht es nicht.


S-E 1201

fungsbedingungen, Finanzplanung und Forschungsobjekte.

„Selbstorganisation der Wissenschaft“ versuchten die Studenten schon vorübergehend in besetzten Universitäts-Instituten, zu deren Namenspatronen sie Karl Marx, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und den sozialistischen Psychoanalytiker Wilhelm Reich erklärten. In „befreiten Räumen“ studierten die Sozialisten Marx- und Mao-Schriften, „Revolutionstheorien“ und „Widerstandsrecht“, „politische Apathie“ und die Gefahren „privatistischer Politik“.

Aber zumeist scheiterten solche Versuche. Die 1967 innerhalb einiger Hochschulen gegründeten „Kritischen Universitäten“ zerbrachen an der Selbstüberschätzung der Selbstorganisatoren, wie ein Mitbegründer der Hamburger KU, Jens Litten, darlegt (siehe Kasten Seite 103). Und die



KU-Kritiker **Litten**
„Umkehrung des Lehrbetriebs“

„autonomen Seminare“, in denen sich während des vergangenen Semesters Studenten mancherorts zusammenfanden, lieferten bislang auch keine sicheren Indizien dafür, daß die Studenten unter sich fruchtbringend Wissenschaft treiben können.

Das SDS-Blatt „Neue Kritik“ berichtet aus Berlin: „Im autonomen studentischen Sektor am philosophischen Seminar waren nicht länger Dozenten anwesend, und an Stelle von Kant, Leibniz und Marx wurde nun stramm Strukturalismus, Anthropologie und Formale Logik getrieben. Mit der Abschaffung der Dozenten waren scheinbar auch die gesellschaftlichen Widersprüche abgeschafft.“

Scheinbar.

IM NÄCHSTEN HEFT

Mediziner-Ausbildung in Deutschland: Seit zehn Jahren Reformpläne, aber keine Reform – Zensuren in Religion entscheiden über Mediziner-Zulassung – Nutzloser Ballast im Lehrplan – Jung-Ärzte als „billige Krankenhausknechte“

John Gore-Buller wurde 'Knight of the Guild of Anglers' für seine Berieselungsversuche bei der Lachsaufzucht.

Er ist Schweppes-Trinker.

Jeden Tag, wenn John Gore-Buller sich von dem Wohlbefinden seiner Lachse überzeugt hat, führt ihn sein nächster Weg zu einer Flasche Schweppes.

Schweppes ist das geheimnisvolle Erfrischungselixier, das den Durst auf eigenwillige Weise wegnimmt. Durch bizzelnde, sprühende, funkelnde, bittersüßblaue Perlchen, die noch auf der Zunge pieksen. Und dann den ungewöhnlichen Schweppes-Geschmack freigeben.

Schweppes ist so quirlig und frisch, daß es unverzeihlich scheint, wenn es die Deutschen erst jetzt entdecken.



Schweppes Tonic Water · Schweppes Bitter Lemon

Schweppes verpflichtet.

„IN LETZTER ZEIT WAREN FARBEIER MODE"

SPIEGEL-Gespräch mit Professor Alexander Schwan über studentische Mitbestimmung am Otto-Suhr-Institut



Schwan (r.) beim SPIEGEL-Gespräch in der SPIEGEL-Redaktion*

SPIEGEL: Herr Professor Schwan, Sie haben vor einem Jahr als Direktor des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin die gleichberechtigte Mitbestimmung von Assistenten und Studenten an Ihrem Institut durchgesetzt. Beide Gruppen erhielten damals das Recht, über Lehrpläne und Forschungsprogramme, über Personalangelegenheiten und Prüfungsordnungen im drittelparitätisch besetzten Institutsrat mit zu entscheiden. Heute aber betrachten Sie diese Reform als „erledigt".

SCHWAN: Ich habe erklärt, wenn die radikalen Studenten auch weiterhin Gewaltaktionen unternehmen und billigen, dann sei der Institutsrat nicht mehr arbeitsfähig und damit sei das Kernstück der Reform erledigt — es sei denn, die studentischen Vertreter im Institutsrat distanzieren sich von den Gewaltaktionen.

SPIEGEL: Haben sie sich distanziert?

SCHWAN: Die Vertreter der linken Ad-hoc-Gruppe** — das sind neun von insgesamt elf Studentenvertretern — haben dies ausdrücklich verweigert, sie haben im Gegenteil zu erkennen gegeben, daß sie Gewalt für ein geeignetes Mittel der Auseinandersetzung halten. Sie haben im übrigen die Auffassung vertreten, der Institutsrat sei nicht das Gremium, vor dem sie sich zu verantworten hätten. Dies sei für sie nur nötig gegenüber jenem Teil der Studentenschaft, der ihre eigene Position vertritt.

SPIEGEL: Haben die Studenten Sie tätlich angegriffen?

SCHWAN: Man hat einige Professoren und auch mich mit Farbeiern beworfen. Meist beginnen solche Auseinandersetzungen damit, daß in einer Vorlesung Diskussionen erzwungen werden sollen: über die Ordnungsverfahren zum Beispiel, aber auch über bestimmte Stellungnahmen zur Hochschulpolitik, und daß dann, wenn diese Diskussion entweder abgelehnt wird oder nicht befriedigend verläuft, institutsfremde Personen, die nicht identifiziert werden können, mit Handgreiflichkeiten beginnen.

SPIEGEL: Sind auch schon Steine geflogen?

SCHWAN: In letzter Zeit waren Farbeier Mode. Es sind aber auch schon Steine geflogen und Molotow-Cocktails explodiert. Und welche Mittel von den Radikalen demnächst als brauchbar angesehen werden, das weiß ich nicht, ich könnte mir aber denken, daß sich das eskaliert.

SPIEGEL: Die SDS-Studenten begründen die Gewaltanwendung damit,

---

* Mit SPIEGEL-Redakteur Ernst Elitz.

** Ad-hoc-Gruppen, die Reformdiskussionen ablehnen und „studentische Interessen" am „Arbeitsplatz" vertreten wollen, haben sich auch an anderen Instituten der FU und an anderen Hochschulen als Kadergruppen der Linken konstituiert (siehe Kasten Seite 109).

ALEXANDER SCHWAN

ist Ordinarius für die „Wissenschaft von der Politik" und lehrt seit 1965 am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin. Im vergangenen Jahr setzte er sich als Instituts-Direktor für eine grundlegende Satzungsreform an der größten deutschen Ausbildungsstätte für Politologen ein, an der heute rund 1000 Studenten unterrichtet werden.

Erstmals in der Geschichte der deutschen Universität wurde in der von Schwan, 38, mitkonzipierten neuen Satzung den Studenten und Assistenten in den Entscheidungsgremien — dem Institutsrat und den Fachkommissionen — je ein Drittel aller Stimmen eingeräumt (Drittelparität).

Die neue Ordnung (OSI-Politologe Professor Gilbert Ziebura: „Ein dialektisches Produkt von Reform und Revolution") stieß auf den Widerstand des Akademischen Senats der FU. Zweimal lehnte der Senat das Reform-Begehren der Politologen ab. Professor Erich Loos, seinerzeit Dekan der Philosophischen Fakultät, im Sommer 1968: „Uns wird hier die Machtfrage gestellt." Erst nach Verkündung eines besonderen Gesetzes, das Satzungs-Experimente auch ohne Zustimmung des Akademischen Senats gestattete, trat, im Oktober letzten Jahres, das neue OSI-Statut in Kraft.

Seitdem sind im Institutsrat, der unter anderem Lehrpläne verabschiedet, Forschungsvorhaben koordiniert und die Institutsleitung wählt, neben den elf Lehrstuhlinhabern für Politologie, insgesamt elf Repräsentanten der Assistenten, Dozenten und des Personals sowie elf Studenten vertreten.

In den letzten Monaten versuchten die linken Studenten-Vertreter im OSI-Rat — zumeist Mitglieder oder Sympathisanten des Sozialistischen Deutschen Studenten-Bundes (SDS) oder des Sozialdemokratischen Hochschul-Bundes (SHB) — ihr Mitbestimmungsrecht nach und nach auszuweiten. Sie verlangten, in eigenwilliger Auslegung der Satzung, autonome studentische Lehr- und Forschungsgruppen, die Berufung eines marxistischen Politologen und plädierten schließlich, nach immer neuen Abstimmungs-Niederlagen im Institutsrat, für studentische Selbstbestimmung.

Ende Mai weigerten sich die Jung-Politologen, Farbei-Attacken ihrer Kommilitonen gegen Ordinarien mittels Institutsrats-Beschluß zu verurteilen. Professor Schwan (SDS: „Obskurer Papier-Schwan") damals: „Von dieser Stunde an ist der Institutsrat als das entscheidende Gremium der Reformsatzung erledigt und auch die Reform selbst". Und am 12. Juni, auf einer OSI-Vollversammlung, hielt er dann die „Aufnahme einer reinen Interessenpolitik der Ordinarien" für angezeigt.

Damit zog der Politologie-Professor die Konsequenz aus der Politik von SDS und SHB, die sich bereits im vergangenen Jahr zu einer sogenannten „Ad-hoc-Gruppe" zusammengeschlossen hatten, um die Machtinteressen der radikalen Studenten wirksam zu vertreten.

Ob die zerstrittenen Parteien am Otto-Suhr-Institut auch künftig im drittelparitätisch besetzten Institutsrat einander gegenübersitzen, soll sich diese Woche entscheiden: Bei der Beratung des neuen Hochschulgesetzes im Berliner Abgeordnetenhaus.

daß Entscheidungsgremien, in denen Studenten nicht die Mehrheit haben, ohnehin nur die Macht der Professoren festigen würden.

SCHWAN: Das ist erweislich falsch. Zum Beispiel haben an unserem Institut der akademische Mittelbau, Assistenten und Akademische Räte also, und auch das nichtwissenschaftliche Personal, erheblichen Einfluß auf die Entscheidungen genommen, die im Institut gefallen sind. Die Mehrheit der Studenten hat sich diese Möglichkeit durch ihr intransigentes Verhalten selbst verscherzt. Sie hat immer wieder Maximalforderungen mit ultimativen Drohungen verbunden.

SPIEGEL: Was waren das für Maximalforderungen?

SCHWAN: Etwa die sofortige Abschaffung der Zwischenprüfung, die der Studienplan nach dem vierten Semester vorsieht. Andere Maximalforderungen waren die sofortige Einführung autonomer Seminare, die nur in eigener Regie der Studenten durchgeführt werden sollten, und die Umstrukturierung des Lehrbetriebs im Institut, was dazu führen würde, daß nur ganz bestimmte, aktuell interessierende Fragestellungen — zum Teil unter marxistischen Vorzeichen — behandelt würden. Aufgrund dieser sehr harten Gegensätze ist die Mehrheit der studentischen Vertreter, die mit dem SDS und dem Sozialdemokratischen Hochschulbund identisch ist, im Institutsrat immer wieder in der Minderheit geblieben.

SPIEGEL: Viele Professoren fürchten aber gerade das Gegenteil; sie glauben, in drittelparitätisch besetzten Entscheidungsgremien immer ins Hintreffen zu geraten und Abstimmungsniederlagen einstecken zu müssen.

SCHWAN: Das hat sich an unserem Institut nicht bestätigt. Die Professoren mußten mit den Vertretern der anderen Gruppen immer wieder sehr lebhafte Diskussionen führen. Sie standen ganz sicher unter dem Zwang, ihre Auffassungen zu legitimieren. Wenn diese Auffassungen aber durch gute Argumente gestützt waren, so haben sie sich auch meist durchgesetzt.

SPIEGEL: Sind die Professoren überhaupt einmal von Assistenten und Studenten überstimmt worden?

SCHWAN: Als ganze Gruppe nicht. Einzelne Ordinarien dagegen durchaus. Wir haben zum Beispiel eine neue Assistentenordnung verabschiedet, die die Assistenten eindeutig zu Mitarbeitern des gesamten Instituts und nicht mehr der Lehrstühle erklärt. Gegen diese Ordnung haben einige Ordinarien opponiert.

SPIEGEL: Auch Sie?

SCHWAN: Auch ich. Andere Ordinarien haben ihr wiederum zugestimmt, so daß sich eine sehr große Mehrheit gefunden hat, an der schließlich auch die Mehrheit der Hochschullehrer beteiligt war.



Studenten-Parole im Otto-Suhr-Institut: „Irrsinnige Dinge"

SPIEGEL: Der Institutsrat am Otto-Suhr-Institut hat immer öffentlich getagt. Viele Ihrer Kollegen fürchten, daß durch die Öffentlichkeit Druck auf die Delegierten der einzelnen Gruppen ausgeübt wird. Ist das geschehen?

SCHWAN: Gerade das Problem der Öffentlichkeit hatte bisher keine Schwierigkeiten bereitet. Erst in der allerletzten Phase — der Phase militanter Aktionen an der Universität — gab es bei uns eine Institutsratssitzung, bei der rund 50 institutsfremde Studenten zugegen waren; sie erweckten den Eindruck, daß sie sehr schnell bei irgendeinem Punkt der Diskussion zur Gewalt greifen könnten.

SPIEGEL: Und was geschah?

SCHWAN: Wir haben unter diesen Umständen und auch weil die linken Studenten weitere Diskussionen verweigerten, die Institutsratssitzung abgebrochen. Sollte diese Form von Öffentlichkeit, die tatsächlich einen starken Druck auf die Verhandlungen ausüben kann, sich fortsetzen, so werden wir uns in bezug auf dieses Problem etwas Neues einfallen lassen müssen. An sich galt der Konsens, daß Öffentlichkeit als Institutsöffentlichkeit zu verstehen sei.

SPIEGEL: Das heißt?

SCHWAN: Daß alle Angehörigen des Instituts Zugang zu den Sitzungen haben müßten, aber nicht unbedingt auch Institutsfremde. Nach diesem Maß könnte man in Zukunft die Öffentlichkeit einschränken.

SPIEGEL: Der Hochschulverband, die Interessenvertretung der Hochschullehrer, hält die Drittelparität, wie Sie sie ausüben, für „indiskutabel". In einer Stellungnahme des Verbandes heißt es: „Freiheit und Verantwortung für Forschung und Lehre kommen den Forschenden und Lehrenden zu." Das ist dann wohl die Freiheit der Professoren?

SCHWAN: Der gesamte akademische Mittelbau ist heute so stark in den Lehrbetrieb eingespannt und auch bereits so intensiv an der Forschung beteiligt, daß er zweifellos in Entscheidungen über Wissenschaftsfragen ebenso kompetent ist wie die Hochschullehrer. Das hat sich bei uns gezeigt.

SPIEGEL: Und wie qualifiziert sind die Studenten?

SCHWAN: Was die Studenten betrifft, so sind auch von ihnen immer wieder sehr fruchtbare Anregungen ausgegangen. Das hat sich besonders in unseren Fachkommissionen erwiesen, wo konkret über die Organisation und über den Inhalt von Lehrveranstaltungen diskutiert wird.

SPIEGEL: Die Fachkommissionen sind ebenfalls erst durch die neue Satzung geschaffen worden?

SCHWAN: Ja, sie umreißen zugleich die Schwerpunkte unserer Arbeit: „Theorie und Grundlagen der Politik", „Politische Ökonomie und Soziologie", „Innenpolitik" und „Internationale Politik". In jeder Fachkommission sind die Professoren der betreffenden Disziplin vertreten, eine ebenso große Zahl von Dozenten und Assistenten und ebenso viele Studenten. Auch hier also Drittelparität.

SPIEGEL: Und die Studenten haben sachlich mitgearbeitet?

SCHWAN: Sie haben es in den Fachkommissionen ebenso getan wie in einigen Seminaren, die die inhaltliche Reform des Studiums und des Lehrplans weitertreiben sollen. Dort ist die Qualifikation der Studenten deutlich geworden.

SPIEGEL: Auch die Qualifikation der SDS-Studenten?

SCHWAN: In diesen Kommissionen und Seminaren sind wenige SDSler. Die haben an einer solchen konkreten Reformarbeit kein Interesse. Ihr Podium ist der Institutsrat als das Entscheidungsgremium des Instituts, das im vollen Licht der Öffentlichkeit tagt und darum immer wieder dazu verführt, politische Reden zum Fenster hinaus zu halten. Darum sind die Diskussionen im Institutsrat hin und wieder von einem hohen Maß an Irrationalität bestimmt gewesen.

SPIEGEL: Die Arbeit in den Fachkommissionen ist für den SDS propagandistisch nicht so ergiebig?

SCHWAN: In den Fachkommissionen stehen Einzelfragen eines bestimmten Fachgebietes zur Debatte, weniger prinzipielle Entscheidungen. Jedenfalls haben wir bisher in diesen Fachkommissionen durchaus sachbezogene Erörterungen gehabt. Im übrigen ist zu sagen, daß auch akademische Gremien, in denen Studenten nicht in diesem Maße vertreten sind, immer wieder in Gefahr geraten, unsachlich zu diskutieren. In der zugespitzten Situation, in der Hochschule und Gesellschaft sich befinden, ist das durchaus erklärlich.

SPIEGEL: Werden studentische Vorschläge von den Professoren akzeptiert?

SCHWAN: Wir haben uns mit solchen Vorschlägen auseinandergesetzt und größere Teile übernommen. Es gab zum Beispiel recht brauchbare Anregungen für Lehrstuhlbesetzungen und Lehraufträge, wo gerade die Studenten darauf geachtet haben, daß moderne Forschungsmethoden — wie die Systemtheorie** — eine stärkere Berücksichtigung finden, etwa durch die Berufung eines dafür spezialisierten Dozenten; oder daß die Ausbildung für die Sozialkundelehrer, die dem Institut obliegt, einen besseren Standard erreicht. Es kommen immer wieder kritische Anmerkungen und konstruktive Vorschläge von studentischer Seite.

SPIEGEL: Ihr Kollege am Otto-Suhr-Institut, der Staatsrechtler Professor Roman Herzog, scheint da andere Erfahrungen gemacht zu haben. Er fürchtet, daß selbst bei einer bescheideneren Mitbestimmung der Studenten, wie sie die Hochschulgesetzentwürfe allerorten vorsehen, „die Universität in den nächsten Jahren in einer Springflut unfruchtbarer Debatten ertrinken wird".

SCHWAN: Herr Herzog kann seine Erfahrungen nicht bei uns gemacht haben, da er von Anbeginn des Reformexperiments allen Sitzungen des



FU-Professor*
„Handgreiflichkeiten"

„PROFS"

Ad-hoc-Politik

Um „studentische Interessen" am „Arbeitsplatz" besser durchsetzen zu können, gründen die studentischen Linken derzeit Ad-hoc-Gruppen, die zum Teil in Opposition zu den gewählten Studentenvertretern, den Fachschaftsvertretern, stehen. Als Beispiel für Strategie und Taktik dieser linken Aktionsgruppen druckt der SPIEGEL auszugsweise einen Bericht aus der Studentenzeitung der Technischen Universität Berlin, „Anrisse".

Die Studenten haben handfeste Probleme in rauhen Mengen: kaum erträglicher Arbeitsdruck durch Konstruktionsübungen, Klausuren, Praktika, Hilflosigkeit gegenüber den Launen und Finten ihrer Profs, Resignation vor der Borniertheit der Bürokratie.

Die Fachschafts-Funktionäre scheinen davon nichts zu wissen und tun nichts dagegen. Sie hocken in den Gremien der Profs (welch hohe Ehre für einen kleinen Studenten!), wo sie — weit weg von ihrer Basis — daran mitwirken, die Probleme der Profs zu lösen, nicht aber die unsrigen. Sie bemühen sich um Anerkennung bei den Profs und nicht um unsere ...

Wir scheißen auf diese Interessen-Verräter!!!

Seit ungefähr zwei Jahren haben verständige Fachschaftsvertreter mehrfach in wichtigen Sitzungen schwierige Verhandlungen über den eventuellen Wegfall der Physik-Klausuren des Herrn Boersch geführt.

Das Ergebnis dieser langwierigen Verhandlungen war insofern nicht negativ, als geklärt werden konnte, daß Herr Boersch von seinen unrechtmäßigen Klausuren freiwillig nicht würde abgehen wollen. Als daraufhin die Ad-hoc-Gruppen Maschinenbau und Physik in zwei Vorlesungen des Reaktionärs Boersch durch ihr zähes Auftreten Diskussionen über Sinn und Rechtmäßigkeit der Boersch-Klausuren erzwangen, da begriff die Mehrheit der Anwesenden endlich, wie sie bisher verschaukelt worden war: Die Klausuren sollten den Vorlesungsbesuch erzwingen.

Boersch, den Aufstand der Massen fürchtend, opferte grollend sein Druckmittel. Merke:

- ▷ Nicht schöne Reden oder Mauscheleien beschneiden die Macht der Professoren, sondern das solidarische Auftreten der Betroffenen!
- ▷ Wir brauchen keine Fachschaftsfunktionäre, die unsere Interessen bei den Professoren verschaukeln, sondern Fachschaftsvertreter, die die Ad-hoc-Gruppen unterstützen und in ihnen mitarbeiten.



FU-Student*
„Anmerkungen"

Institutsrats und der Fachkommissionen ferngeblieben ist.

SPIEGEL: Der ehemalige Göttinger Rektor Professor Walther Killy meint, daß drittelparitätisch besetzte Gremien „lahmen Regensburger Reichstagen oder plebiszitären Märkten" glichen, auf denen nur palavert, aber nicht entschieden würde.

SCHWAN: Unser drittelparitätisch besetzter Institutsrat hat eine ganze Reihe von Entscheidungen fällen können — in allen wichtigen Dingen, die beraten wurden. Wegen der sehr verhärteten Haltung der linken Studenten waren es häufig Mehrheitsentscheidungen. Auf der anderen Seite kenne ich Fakultätssitzungen, auf denen auch Professoren untereinander überaus lange diskutieren und wo es dann ebenfalls zu Mehrheitsentscheidungen kommt, weil kein Konsensus zu erreichen ist. Das ist also kein Problem der Drittelparität, sondern der hochschulpolitischen Situation und der Politisierung der Diskussionen überhaupt.

SPIEGEL: Aber die SDS-Studenten haben im Institutsrat häufig mit Auszug gedroht und Diskussionen verweigert; sie wollen offenbar nicht mehr mit den Professoren reden, auch nicht mehr forschen, wie es scheint.

SCHWAN: Ich habe den Eindruck, daß sie lediglich ihre eigenen Forschungen nach selbstgewählten Voraussetzungen betreiben wollen und daß sie dafür „Freiräume" in der Universität schaffen möchten. Eine solche studentische Autonomie steht — ebenso wie der Reformboykott einiger Ordinarien — im klaren Gegensatz zur

* Oberes Bild: SDS-Ideologe Reinhard Wolff (mit Megaphon) bei einer Versammlung im Otto-Suhr-Institut, Sommersemester 1968; linkes Bild: Jura-Professor Helmut Quaritsch (mit Megaphon), von einem Farbei getroffen, Sommersemester 1969.

** Nach der Systemtheorie werden gesellschaftliche Gruppierungen, etwa Parteien und Organisationen, als soziologisch geschlossene Systeme betrachtet; das wissenschaftliche Interesse gilt der inneren Entwicklung solcher Systeme und ihrem Verhältnis zur Umwelt.

Intention des Mitbestimmungsmodells, das wir entworfen haben und auch heute noch praktizieren wollen. Dem Institutsrat muß die Kontrolle über alle Vorgänge im Institut zustehen — nicht nur über das, was die Professoren treiben.

SPIEGEL: Und was treiben die linksradikalen Studenten in den autonomen Forschungsbereichen?

SCHWAN: Eine angeblich marxistisch orientierte und ideologisch festgelegte Wissenschaft, die unmittelbar praktisch dadurch wirkt, daß sie durch Agitation und Propaganda in die politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingreift, und zwar auch mit Aktionen, die direkt aus dieser sogenannten wissenschaftlichen Arbeit hervorgehen. Es handelt sich hier um ein Wissenschaftsverständnis, das auch die Anwendung von Gewaltmethoden — zumindest bei einigen ihrer Vertreter — durchaus erlaubt.

SPIEGEL: Der Institutsrat hat einigen Arbeitsteams der von den linken Studenten gebildeten „Sozialistischen Lehr- und Forschungsgruppe" am Otto-Suhr-Institut dennoch Gelder bewilligt.

SCHWAN: Dort, wo der Institutsrat zu der Ansicht kam, daß es sich um keine wissenschaftswürdigen Veranstaltungen handelt, sind diese Mittel nicht bewilligt worden. So haben wir eine Projektgruppe abgelehnt, die den Titel trug: „Zerschlagt die Entwicklungshilfe" und die in ihrem Programm auch die „materielle Behinderung der von der Bundesrepublik und West-Berlin ausgehenden neokolonialistischen Konterrevolution" vorsah. Vollkommen irrsinnige Dinge also, die mit Wissenschaft nichts zu tun haben. Dagegen sind zwei andere Projekte — „Psychoanalyse und Politik" und „Kritik neuer Imperialismustheorien" — akzeptiert worden.

SPIEGEL: Warum?

SCHWAN: Weil wir anerkannt haben, daß dadurch eine Lücke im Lehrplan des Instituts auf angemessene Weise ausgefüllt werden könnte. Dies ist geschehen, nachdem ein Kollege, Herr Professor Flechtheim, die verantwortliche Leitung dieser Projekte übernommen hat.

SPIEGEL: Autonome studentische Arbeitsgruppen, für die kein Hochschullehrer verantwortlich zeichnet, werden also auf keinen Fall gefördert?

SCHWAN: Nein. Sie können auch nicht gefördert werden, da die Rechtsaufsichtsbehörde, der Berliner Senator für Wissenschaft und Kunst, ausdrücklich festgestellt hat, daß die verantwortliche Leitung eines Hochschullehrers die Bedingung ist, daß Mittel für solche Gruppen genehmigt werden.

SPIEGEL: Das ist ein juristisches Argument. Sprechen Sie den Studenten grundsätzlich die Fähigkeit ab, in autonomen Arbeitsgruppen verantwortlich zu forschen?

SCHWAN: Diese Fähigkeit spreche ich ihnen nicht prinzipiell ab. Jedoch ist es nach meiner Ansicht nötig, daß solche Gruppen in den gesamten Lehrbetrieb eines Instituts einbezogen und mit den übrigen Lehr- und Forschungsveranstaltungen koordiniert werden, so daß auch diese Arbeit unter der Kontrolle des gesamten Instituts vonstatten geht. Wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, läßt sich überlegen, ob im Rahmen des Studienganges Arbeitsgruppen einzubauen wären, die von den Studenten selbst geleitet werden.

SPIEGEL: Die Professoren sollen aber weiterhin autonom forschen dürfen?

SCHWAN: Wenn sie staatliche Mittel, also Institutsmittel, beanspruchen, müssen sie ihre Forschungs- und Lehrvorhaben mit den Lernbedürfnissen der Studenten und mit den Projekten der übrigen Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter koordinieren und überzeugend darlegen, daß es sich um förderungswürdige Vorhaben handelt.

SPIEGEL: Und wer soll entscheiden, was gefördert wird und was nicht?

SCHWAN: Forschungskommissionen, wie sie etwa das neue Berliner Universitätsgesetz vorsieht. In diesen Forschungskommissionen sollen Hochschullehrer, Assistenten und Studenten in unterschiedlicher Zahl vertreten sein. Auf jeden Fall haben die Wissenschaftler die Mehrheit. In zweiter Instanz müßte dann das Entscheidungsgremium eines Instituts beziehungsweise eines Fachbereichs, der Fachbereichsrat, darüber befinden, ob Mittel zur Verfügung gestellt werden oder nicht. In dieses Gremium würden Assistenten und Studenten dann eine größere Zahl von Vertretern entsenden als in die Forschungskommission.

SPIEGEL: Eine ziemlich umständliche Prozedur.

SCHWAN: Aber doch eine Aufschlüsselung, die ich aufgrund der Funktionen, die die einzelnen Gruppen im Lehr- und Forschungsbetrieb übernehmen, unter den gegenwärtigen Umständen für sehr sinnvoll halte — sinnvoller jedenfalls als das starre Schema der Drittelparität...

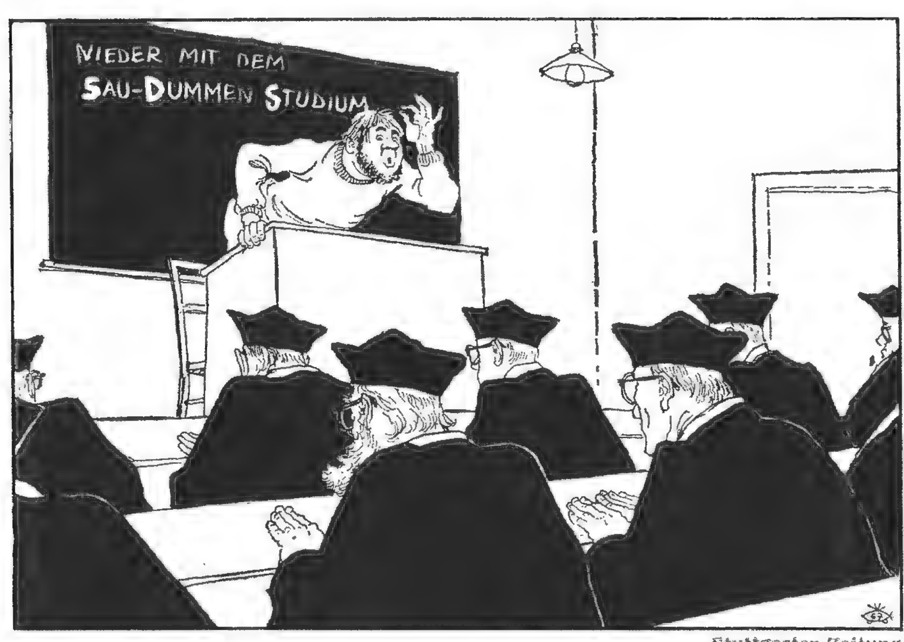
SPIEGEL: ... das Sie vor einem Jahr noch für angemessen hielten.

SCHWAN: Als wir uns vor einem Jahr probeweise für diesen Schlüssel entschieden, gingen wir von der etwas idealistischen Vorstellung aus, daß alle Gruppen unbedingt die gleiche Stimmenzahl haben müßten. Dabei haben wir nicht hinreichend berücksichtigt, daß Professoren, Assistenten und Studenten jeweils über einen unterschiedlichen Erfahrungsreichtum verfügen und — schon aufgrund der Zeit, die sie am Institut verbringen — auch ein verschiedenes Maß an Verantwortung tragen, insbesondere für alle Entscheidungen, die ihre Auswirkungen auf den Lehr- und Forschungsbetrieb in ein paar Jahren haben. Andererseits haben die radikalen Studenten die Drittelparität längst aufgekündigt. Sie fordern Alleinherrschaft überall, wo es ihnen nützlich erscheint.

SPIEGEL: Sie resignieren also?

SCHWAN: Ich resigniere keineswegs. Die Mitwirkung des akademischen Mittelbaus hat sich im Ganzen als sehr produktiv erwiesen. Für die Studenten kann man diese Aussage nicht so uneingeschränkt treffen. Ein Großteil ist an einer Mitbestimmung gar nicht interessiert. Nur etwa die Hälfte der Studenten beteiligt sich an den Wahlen für ihre Vertreter. Daraus könnte man die Folgerung ziehen, daß die Drittelparität sie in ihrer Gesamtheit vorläufig noch überfordert und daß daher vorerst andere Schlüssel sinnvoller erscheinen. Aber daß Studenten, der Mittelbau und auch das technische Personal mitberaten und mitentscheiden, ist meines Erachtens unabdingbar. Die Ordinarien-Universität, in der die Professoren allein bestimmen, ist mit ihrem Latein am Ende. Sie ist ebenso abzulehnen wie eine studentische Alleinherrschaft.

SPIEGEL: Herr Professor, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Stuttgarter Zeitung

„So lehren Blinde Blinde sehn ..."





Kollektiv-Stück **„Rekonstruktion"** (in Amsterdam): „Ich bin verrückt auf Gott"

MUSIKTHEATER

„REKONSTRUKTION"

Liebe im Amazonas

Don Giovanni räkelt sich auf einem Bett, das den Küstenkonturen Südamerikas nachgebildet ist. Von den Anden herab wälzt er sich auf die schöne Dame Bolivia und vergewaltigt sie im Amazonasbecken.

Und der Frevler muß sühnen wie von alters her, nur anders: Don Giovanni verröchelt am Sockel eines steinernen Gastes — und der heißt diesmal Che Guevara.

Mehr als 350 Jahre lang, in Dramen, Romanen, Gedichten und Bühnenmusiken, hatte Don Juan stets nur Damen unter sich — jetzt unterdrückt er erstmals ganze Völker.

In dem im Amsterdamer „Theater Carré" uraufgeführten Musik-Stück „Reconstructie" ist Giovanni, der legendäre Schürzenjäger, zum Handlanger des US-Imperialismus in Südamerika umfunktioniert worden.

Wann immer der Frauenheld seine Doñas und Señoritas, mögen sie Bolivia oder Kuba heißen, zur allegorisch gezimmerten Liegestatt führt, symbolisieren seine Geschlechtsakte schlichte Gewalt an den Völkern Südamerikas.

Um diese politische Passion zum Klingen zu bringen, setzten sich fünf Komponisten zusammen — zur Rekonstruktion des Freiheitskampfes in Ibero-Amerika, der Mozart-Oper „Don Giovanni" und „der Oper im allgemeinen" — so das Textheft.

16 Monate schrieben die niederländischen Neutöner Louis Andriessen, 30, Reinbert de Leeuw, 31, Peter Schat, 34, Misja Mengelberg, 35, und Jan van Vlijmen, 34, an ihrer Partitur.

Als sie ihre Kollektiv-Arbeit schließlich in einem nordholländischen Trappistenkloster fertiggestellt hatten, war die „Moralität" (Untertitel) zur Riesen-Parodie auf alle abendländische Tonkunst ausgeartet — mit einer brillanten Acht-Minuten-Imitation der Mozart-Oper (einschließlich einer nach klassischer Regel gesetzten Ouvertüre von 40 Sekunden); mit der Karikatur von Strawinskis „Sacre du Printemps" und Henze-Weisen; mit protestantischen Kirchengesängen, amerikanischen Volksliedern, Operettenschlagern und Beat-Rhythmen; mit der Ensemble-Kunst der „Mothers of Invention" und einem Bläserquintett im Stil von John Cage.

Die Anleihen bei abendländischem Kulturgut hatte sich der Auftraggeber Maurice Huiman, Intendant der „Nederlandse Opera Stichting", allerdings anders gedacht: Er hätte gern eine Huldigung auf Erasmus von Rotterdam gesehen und gehört.

Doch die Librettisten Harry Mulisch, 41, und Hugo Claus, 40, beide schon Gast bei Castro und Aktive im holländischen Kuba-Komitee, wollten nicht den großen Humanisten, sondern den großen Revolutionär Che Guevara rühmen: Sie degradierten den Rotterdamer zu Don Juans Diener Leporello, der seinem Herrn stets willfährig zu Diensten ist, und verketzerten ihn als pathetischen Wortführer der amerikanischen Ausbeuter.

Angeregt durch die Don-Juan-Allegorie dieses Librettos, besannen sich die fünf zeitgenössischen Musiker bald auf Mozart. Das Komponisten-Kollektiv fütterte einen IBM-Computer mit den 292 Takten der originalen „Don Giovanni"-Ouvertüre und benutzte die elektronischen Hirngespinste zur Grundlage seiner Monstre-Collage.

Dabei geriet dem Team diese Polit-Revue schließlich derart vertrackt, daß es bei der virtuos inszenierten Premiere (Produktionskosten für sechs Aufführungen: 360 000 Mark) selbst Hand anlegen mußte.

Die beiden Librettisten führten Regie und tauchten die Arena des „Theater Carré", eines eigens für die Uraufführung umgebauten ehemaligen Zirkus, mit Batterien von Spotlights in popbuntes Licht. Girls und Vamps mit riesigen Plastikbusen und Lockenwicklern auf Shampoon-Köpfen wedelten zwischen Plastik-Phallen und riefen: „Ich bin verrückt auf Gott!" Bräute schleppten sich hochschwanger übers Spielfeld, ein Tarzan im Fellschurz schwang sich am langen Seil herab, sein Diener Martin Bormann rühmte in einem mißklingenden Deutschlandlied Amerikas Ur-Mutter: Sie war „der schönste, allerliebste Wunderpilz" des Kontinents.

Über Gangstern und Kapitalisten erhob sich, von Stunde zu Stunde wachsend, das elf Meter hohe Standbild Che Guevaras, das neun Bühnenarbeiter während der knapp dreistündigen Aufführung an hohen Gerüsten und mit Flaschenzügen montierten.

Die Komponisten waren selber mit im Spiel: Vier dirigierten das in vier Ensembles geteilte, antiphonisch eingesetzte Orchester mit 36 Instrumentalisten und mischten Zwölfton-Passagen, Beat-Rhythmen, grelle Disharmonien und A-cappella-Gesänge.

Ein Singchor und ein Sprechchor zischten und schrien sich holländische, deutsche, lateinische und italienische Texte von Goethe und Guevara, Horaz und Castro zu. Sie blabberten Firmennamen und Markenartikel, sie leierten das komplette Alphabet, die Monatsnamen aus dem Religionskalender der Mayas und scheinbar sinnlose Buchstabenbündel herunter.

Ein Knabenchor skandierte aus Stereo-Lautsprechern Abzählreime gegen Amerikas Kolonialherrschaft. Vom Kassetten-Recorder wurden Dvořák-Zitate „Aus der Neuen Welt", Affengebrüll, Glockengeläut, Sirenengeheul und Bombendetonationen eingeblen-

det, während Komponist Mengelberg am Mischpult das Stimmengewirr mit Filtern, Verzerrern und Verstärkern zur Geräusch-Orgie hochsteuerte.

In all dem hat der populärste Zuhörer im Carré-Theater, Herbert von Karajan, der freilich nur ein knappes Stündchen dabei war, „keine wirklich neuen Klänge entdecken können".

Er hörte beispielsweise nicht, daß die „Rekonstruktion" keine sterile Adaption eines literarischen Stoffes ist, sondern vielmehr eine halbwegs gelungene Synthese von modernem Theater und moderner Musik; ein Stück, in dem der Text endlich einmal nicht *vertont*, sondern nur zusammen mit der Musik existenzfähig ist.

Gemessen an den oberflächlich-modernistischen Museums-Opern à la Henze, Klebe, Werle, Searle, Menotti und Penderecki jedenfalls, zeigt die „Rekonstruktion" einen möglichen Weg zu einem neuen Musiktheater.

MEDIZIN

INFARKT

Pfropf zerstört

Die Behandlung von Thrombosen und Embolien, resignierte vor drei Jahrzehnten der Leipziger Chirurg Erwin Payr, sei „eine harte Schule der Erziehung zur Bescheidenheit".

Doch wenig später fanden die hilflosen Ärzte unerwartete Bundesgenossen für den Kampf gegen die häufig tödliche Verstopfung eines Blutgefäßes durch Blutgerinnsel: eitererregende Mikroben.

Durch Zufall entdeckten amerikanische Mediziner, daß bei einer Patientin mit schwerer, von Streptokokken ausgelöster Lungenentzündung das Blut ungerinnbar geworden war. Diese Krankheitskeime, so stellte sich heraus, sondern eine Substanz ab, die den Blutfaserstoff Fibrin — das Gerüstmaterial der Gerinnsel — zerstört.

Aber erst vor wenigen Jahren gelang es, das Streptokokken-Produkt, Streptokinase genannt, rein zu isolieren und damit eine für den Menschen ungefährliche Infusionslösung herzustellen. Seither versuchen die Ärzte bei bestimmten Thrombosen und Embolien, den lebensbedrohenden Blutpfropf im Körper des Kranken aufzulösen*. Auf einer Internisten-Tagung in Bremen zogen Ende letzten Monats Blut-Experten eine optimistische Zwischenbilanz der Streptokinase-Therapie:

▷ Infarkt-Patienten, so konnte erstmals eine Arbeitsgemeinschaft von sieben bundesdeutschen Kliniken statistisch sicher nachweisen, haben nach Behandlung mit Streptokinase bessere Überlebenschancen.

* Thrombose: Verengung oder Verschluß einer Arterie oder Vene durch ein Blutgerinnsel, das sich an einer schadhaften Wandstelle des Blutgefäßes bildet. Embolie: Verstopfung eines Blutgefäßes durch ein vom Blutstrom angeschwemmtes Gerinnsel.



Thrombose-Forscher **Gebauer**
Hilfreiche Mikroben

▷ Streptokinase löst sogar Blutgerinnsel auf, die länger als ein halbes Jahr in einem Blutgefäß stekken, berichteten zwei Teams von der Medizinischen Hochschule Hannover und aus einer Spezialklinik im rheinischen Engelskirchen.

Normalerweise wird das Blut durch das Gleichgewicht zweier biochemischer Wirkstoffgruppen flüssig gehalten und nur zum Wundverschluß verfestigt: durch ein gerinnungsförderndes und ein gerinnungshemmendes System. Die Bakteriensubstanz Streptokinase, so erkannten die Forscher weiter, aktiviert einen bestimmten Wirkstoff im gerinnungshemmenden System, der dann seinerseits den Zerfall des Blutfaserstoffs Fibrin auslöst.

Häufig verschwinden Blutpfropfen allerdings auch spontan. So war bisher umstritten, ob etwa bei Infarkt-Patienten die Gerinnsel in den Herzmuskel-Arterien wirklich durch die Streptokinase-Behandlung wieder abgebaut wurden, oder ob körpereigene Gegenmaßnahmen dies bewirkt hatten.

Die zweijährige Studie an 220 Infarkt-Patienten, über deren vorläufige Auswertung Dr. Detlef Gebauer in Bremen berichtete, bewies nun den (wenngleich häufig durch Unverträglichkeit geschmälerten) Streptokinase-Effekt mit mehreren Befunden.

Von den Kranken, die nur nach herkömmlichem Schema behandelt wurden, starben innerhalb der ersten 40 Tage nach dem Infarkt 29 Prozent. Von der Patientengruppe, die zusätzlich Streptokinase infundiert bekam, starben hingegen nur 13 Prozent; bei diesen Patienten erreichten überdies Herzfunktion und Blutzusammensetzung nach der Herzattacke im Durchschnitt rascher wieder die Normwerte.

Verblüffender als diese statistischen Befunde aber war, was die Streptokinase-Forscher von den Versuchsreihen in Hannover und Engelskirchen meldeten — über Erfolge bei der Behandlung langwieriger Pfropf-Verschlüsse von Blutgefäßen (Thrombosen).

Bisher hatten die Mediziner angenommen, daß nur eine frühzeitige Behandlung, in den ersten fünf Tagen nach dem Gefäßverschluß, Erfolg zeitigen könnte. Tatsächlich, so berichteten die Forscher in Bremen, folgt zunächst eine Phase, in der die Streptokinase wirkungslos an dem Gerinnsel vorbeispült. Dann aber, etwa ein halbes Jahr später, ändert das Gerinnsel wieder seine chemische Zusammensetzung. Es nimmt jenen Wirkstoff des gerinnungshemmenden Systems auf, der durch Streptokinase aktiviert werden kann — das Medikament wirkt wieder.

Etlichen Patienten mit chronischen Thrombosen kann mithin künftig womöglich eine Operation erspart bleiben, bei der das blutstromhemmende Gerinnsel entweder herausgelöst oder ein Stück Kunststoffschlauch als Blutumleitung in das verstopfte Blutgefäß eingepflanzt wird. Notfalls werden die Mediziner sogar zwei Behandlungsmethoden versuchen können: zunächst die Streptokinase-Therapie, dann — sollte sie versagen — immer noch die Operation.



Leukämie-Forscher **Gallmeier**
Enttäuschte Erwartungen

KREBS

Front eröffnet

Als „konsequente Weiterentwicklung einer Zufallsentdeckung" bezeichnete auf dem Bremer Internisten-Kongreß der Leukämie-Forscher Dr. Walter M. Gallmeier den Gebrauch einer anderen merkwürdigen Substanz: des aus Coli-Bakterien gewonnenen Wirkstoffs Asparaginase.

Doch in diesem Fall mußten die Ärzte, Gallmeier und sein Kranken-

hauskollege Dr. Hans Wolfgang Stier vom Klinikum Essen, über Rückschläge berichten: Asparaginase, die sich bei der Behandlung bestimmter Formen von Krebs — vor allem Leukämie — zu bewähren schien, zeigt nun bedeutsame Mängel.

Als zukunftsweisendes Medikament hatte das Coli-Produkt zunächst gegolten, ungefährlich wie noch kein anderes Krebsmittel und von neuartiger Wirkweise (SPIEGEL 38/1968). In Bremen aber räumte Gallmeier ein: „Fest steht, daß die Nebenwirkungen ... unsere Erwartungen überstiegen haben und Kombinationen anderer Mittel doch wirksamer sind."

Mehrere Forscherfunde trafen zusammen, bis der krebshemmende Effekt der Asparaginase erkannt wurde. Vor anderthalb Jahrzehnten beobachtete der US-Wissenschaftler John G. Kidd, daß bei Mäusen bestimmte bösartige Geschwülste nicht weiterwucherten, wenn er den Tieren das Blutserum von Meerschweinchen injizierte. Andere Wissenschaftler registrierten, daß Tumoren von Ratten für ihr Wachstum den Eiweißbaustoff Asparagin benötigen. Jahre später wurde klar, daß der Effekt des Meerschweinchen-Serums von Asparaginase herrührt — die das Asparagin zerstört und somit die Krebszellen schädigt.

Die Gewinnung des potentiellen Krebsmedikaments Asparaginase in brauchbaren Quantitäten wurde schließlich möglich, als dieser Wirkstoff auch aus Coli-Bakterien isoliert werden konnte. Über einen der ersten hoffnungslos leukämiekranken Patienten, die das Präparat versuchsweise verabfolgt bekamen, berichtete damals Professor Herbert F. Oettgen vom New Yorker Sloan-Kettering-Institut für Krebsforschung: „Bei K. C. hält der Rückgang der Krankheitssymptome, 174 Tage nach Beginn der Therapie, immer noch an; der Patient führt ein normales Leben."

Als typische Begleiterscheinungen der Asparaginase-Therapie aber resümierte jetzt der Essener Dr. Stier: Viele Patienten „fühlen sich kranker als zuvor und sehnen das Ende der Behandlung herbei". Oft fanden die Ärzte Störungen der Leber- und Nierenfunktion und der Blutgerinnung, Veränderungen im Fettstoffwechsel sowie allergische Reaktionen.

Gleichwohl wertet Gallmeier die Behandlungs-Befunde „nicht als großen Fehlschlag". Seiner Ansicht nach hat das Präparat — der ganz andersartigen Wirkweise wegen — jedenfalls dann Berechtigung, wenn alle herkömmlichen Medikamente gegen Leukämie versagen. Auch soll getestet werden, ob Asparaginase in Verbindung mit den anderen Mitteln länger anhaltende Besserung bei Leukämie-Patienten bewirken kann.

Zudem aber hat die Asparaginase-Forschung, so Gallmeier, „einen entscheidenden Anstoß gegeben", nach weiteren schwachen Stellen im Stoffwechsel von Geschwulstzellen zu fahnden — die Ärzte haben gegen den Krebs eine neue Front eröffnet.



Reiche

Reimut Reiche über den „Sexualkunde-Atlas"

ZEUGUNG IST ORDNUNG

Reimut Reiche, 28, ehemals Bundesvorsitzender des SDS, wurde durch sein Buch „Sexualität und Klassenkampf" bekannt. – Der „Sexualkunde-Atlas" wurde im Auftrage des Bundesministers für Gesundheitswesen von einem „Ausschuß aus bevollmächtigten Sachverständigen sämtlicher Kultusministerien der Länder ... in intensiver Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung erarbeitet". Er soll als einheitliches Unterrichtsmittel für die Sexualerziehung an deutschen Schulen eingeführt werden. 8000 Pädagogen erhielten in den letzten Wochen Gratis-Vorausexemplare; dieser Tage kommt die erste Auflage (100 000) in den Verkauf.

Zweieinhalb Zeilen über Onanie, 32 Zeilen über den Geschlechtsverkehr; das ist das einzig Sexuelle an diesem Atlas. Die 32 Zeilen über den Geschlechtsverkehr stehen im Kapitel über Befruchtung.

Die „Sexualität" beginnt beim Bundesminister für Gesundheitswesen immer noch dort, wo sie bei den meisten Menschen in den allermeisten Fällen aufhört: im „Augenblick der Verschmelzung von Ei und Samenzelle".

Dieser Sexualkunde-Atlas ist keiner. Er liefert auch nicht „Biologische Informationen zur Sexualität des Menschen", wie der Untertitel vorgibt. Er liefert nur Informationen über die Biologie der Fortpflanzung und Informationen über die Techniken ihrer Verhinderung.

Die Informationen über die Fortpflanzung und ihre Verhinderung machen zunächst einen exakten und überaus anschaulichen Eindruck. In getrennten Kapiteln wird von der Eireifung bis zur Geburt und vom Rhesusfaktor bis zur Körperhygiene mehr dargestellt, als Schüler und Lehrer wissen müssen, wenn sie über die Grundzüge der Fortpflanzung, ihrer Gefahren und ihrer Verhinderung aufgeklärt sein wollen. Das Ganze ist in einem Stil wütender Nüchternheit wie eine Gebrauchsanweisung für „Jetzt helfe ich mir selbst"-Autobastler verfaßt. Offenbar sollte mit einem Schlag endlich die Meinung aus der Welt geschafft werden, das Gesundheitsministerium und die offiziellen Richtlinien der Länder zur Sexualerziehung seien das Herz der institutionalisierten Prüderie und Sexualverdummung in der BRD.

Diese Meinung kann aber gerade mit der vorliegenden Gebrauchsanweisung nicht entkräftet werden. Zwar kündigt Käte Strobel im Vorwort an, der Atlas sei „fern von jeder Vorwertung", dennoch finden sich auf den knappen 14 Seiten Text mindestens ebenso viele Vorurteile, Falschmeldungen und ideologische Auslassungen:

▷ Für chemische Mittel zur „Empfängnisregelung" wird eine Versagerquote von 10 Prozent angegeben. In Wahrheit steigt sie, gerade bei den leicht erhältlichen Mitteln, bis zu 36 Prozent. Die Auskunft des Atlasses ist eine Fahrlässigkeit, die den Benutzer des Werkes teuer zu stehen kommen kann.

▷ „Von 500 000 Abtreibungsversuchen erkranken ernstlich 25 000 bis 50 000 Frauen." Daß die Erkrankungsquote nur in den Ländern so hoch ist, wo die überwiegende Zahl der Abtreibungen illegal und mithin unter medizinisch extrem schlechten Bedingungen durchgeführt werden muß, liest man nicht. Die BRD gehört zu diesen Ländern.

▷ Zur Menstruations-Hygiene heißt es lapidar: „Trotzdem ist gegen körperliche Betätigung in dieser Zeit nichts einzuwenden." Was ist hier körperliche Betätigung? Geschlechtsverkehr oder „nicht mehr abseitsstehen" à la Tampon-Hygiene? Wohl keines von beiden; es ist wohl einfach eine Ermahnung, daß die Menstruation ganz oder gar kein Grund ist, von Arbeit oder Schule fernzubleiben. Daß dies eine versteckte Vorbereitung auf eine repressive Arbeitsmoral ist, wird andernorts noch deutlicher:



„Sexualkunde-Atlas" / Leske Verlag / Opladen / 48 Seiten / 4,75 Mark

▷ „Durch die in vielen Fällen nötige Nachbehandlung verursachen die Abtreibungen jährlich einen sehr hohen Kostenaufwand und einen Ausfall von rund 3 Millionen Arbeitstagen." Eine solche Unverschämtheit kann sich nur derjenige leisten, der auch die Abtreibungsgesetze macht. Wer trägt denn die Schuld daran, daß heute noch Abtreibungen unter menschenunwürdigen und gesundheitsgefährdenden Bedingungen ausgeführt werden müssen?

▷ Am Rande erfährt der Jugendliche, daß es auch so etwas wie Sexualängste geben kann. Sie treten in diesem Werk allerdings nur als „Ängste und Verkrampfungen" vor der Schwangerschaft auf. Bewährtes Mittel dagegen: Schwangerschaftsturnen.

Das alles mögen Schnitzer sein, die den frisch gebackenen Sexualkunde-Technokraten trotz der langjährigen Vorbereitungen dieses Werks unterlaufen sind. Sie haben sich noch nicht ganz daran gewöhnt, daß sie jetzt zeitgemäß und weltoffen sein sollen. Schließlich sind ihnen sogar Schnitzer in die umgekehrte Richtung untergekommen: DDR wird in diesem ministeriellen Dokument ohne Anführungszeichen und ohne sogenannt geschrieben.

Die eigentlich neue Tendenz dieser Form von Sexualaufklärung ist, daß alte sexuelle Ängste und Tabus nicht abgebaut, sondern durch vorgebliche medizinische Offenheit und besonders klotzige Brutalität weiter zementiert werden. Das läßt sich am besten an der bildlichen Behandlung der Genitalien ablesen. Das männliche Glied wird nur einmal photographisch vorgeführt — mit einem prächtigen Geschwür im ersten Stadium der Syphilis. Die Vagina wird ebenfalls nur einmal im Photo gezeigt: wie eine riesige offene Wunde, in die zwei Hände greifen und einen großen braunen Klumpen herausholen. Text dazu: „In der Austreibungsperiode wird der Kopf in der Scheide sichtbar. Noch einige Preßwehen folgen, und das Kind ist geboren."

Gesundheitsminister Käte Strobel, die mit aufrechter Sütterlin-Unterschrift für diese Austreibung der Sexualität verantwortlich zeichnet, kündigt im Vorwort eine „ergänzende Fortsetzung" an. In den biologischen Kuchen sollen offenbar noch die ethischen Rosinen hineingeschossen werden. Der vorliegende Atlas — so Käte Strobel — liefert den Jugendlichen einstweilen „wesentliche Voraussetzungen, die Sexualerziehung harmonisch in das ethische und soziale Bezugssystem ihrer Bildungsziele einzubeziehen". Schließlich verlangen auch die kultusministeriellen Richtlinien eine „Erziehung zu geordnetem geschlechtlichen Verhalten".

Man kann schon heute die Prognose für diese Fortsetzung wagen: Sexualität ist Geschlechtsverkehr, Geschlechtsverkehr ist Zeugung, Zeugung ist Ordnung. Ohne Ordnung keine Zeugung, ohne Zeugung keinen Geschlechtsverkehr, ohne Geschlechtsverkehr keine Sexualität. Ausnahmen sind nur nach eingehender Prüfung zulässig.

FILM

BERLINALE

Mit Verspätung

Woran sie denke, wird die käufliche Joanna im jungdeutschen Film „Kälter als der Tod“ gefragt. „An die Revolution“, sagt sie. Nach „Revolution“ sehnt sich auch eine barfüßige Brünette in der brasilianischen Dritte-Welt-Satire „Brasilien anno 2000“. Und im selbstkritischen Schwedenfilm „Made in Sweden“ sorgt sich der Journalist Joergen: „Wie sollen wir sie schaffen, die Revolution?“

Von „Revolution“ reden auch drei Außenseiter in der US-Farce auf die US-Force mit dem Titel „Grüße“. Im deutschen Film „Ich bin ein Elefant, Madame“ probiert sie der Pennäler Rull schon ein wenig, und im italienischen Utopie-Spiel „Sein glorreicher Tag“ wird sie dann gemacht.

„Revolution“ hieß das Schlüsselwort der „19. Internationalen Filmfestspiele Berlin“, und der Schlüsselfilm der Berlinale — Godards „Fröhliche Wissenschaft“ — vollzog sie auch cinéastisch: Vorbedingung der Revolution, doziert Godard, sind veränderte Hör- und Seh-Gewohnheiten (siehe Seite 117).

Bei der Berlinale des vergangenen Jahres hatten noch Lichtspiele überwogen, in denen die stillen Stunden des Erdendaseins gefeiert wurden: Lust und Liebe aller Art, allein, zu zweit, zu dritt und auch zu viert, gemischt, gepeitscht und lesbisch.

Die diesjährige Hausse in Revolution ist kein Zufall. Von den 113 Filmen, die sich die zehn Auswahl-Männer besehen hatten, zeigte ein Großteil revolutionäre Symptome; die ausgewählten Fest-Filme (23) spiegeln so, wenn auch zuweilen dilettantisch, die Lage der Nationen.

Allerdings mit etwas Verspätung. Denn die Zeit der Festival-Revolten scheint vorbei zu sein: Anders als im vergangenen Jahr verlief die Berlinale (bis Ende letzter Woche) still und ungestört; gelangweilte Festivaliers beklagten das als besonders üblen Apo-Trick.

Doch die Links-Attacken des letzten Jahres waren nicht ganz vergeblich. Die Hauptforderungen — ein Festival ohne Auswahl, Preise und Kommerz-Produzenten — blieben freilich in den Wind gesprochen; die Berlinale-Direktion begnügte sich mit Reformen.

Zum Beispiel:

- ▷ Nach den Vorführungen bestand Gelegenheit zur Diskussion; nicht immer gab es etwas zu sagen.
- ▷ Um die arbeitenden Massen der Vorstädte von der Kunst nicht auszusperren, liefen Festival-Filme auch in Bezirkskinos; treueste Besucher: Rentner und Studenten.
- ▷ Die Eröffnung, sonst mit Smoking, Sekt und Symphonie-Orchester in einem der Berliner Prunk-Gehäuse abgehalten, fand zu Jazzcombo-Tönen im Zoo-Kino statt.

Und so ungezwungen ging es ein paar Tage später auch bei einer anderen Feierstunde zu — bei der Verleihung der Bundesfilmpreise durch den Bundesinnenminister.

Dunkler Anzug war nicht mehr Gebot, und aus Lautsprechern tönte die Beatles-Platte „Yesterday“, ehe Minister Benda ans Pult trat. Dort, allerdings, stoppte er die Revolution.

Filmen, die „gegen die Gesellschaft“ gedreht seien, müsse die „Anerkennung der Gemeinschaft versagt bleiben“, sagte der Minister; dann zeichnete er einen Film aus, in dem die Revolution in den Anfängen steckenbleibt. Peter Zadek bekam einen Regie-Preis für sein Lichtspiel über einen Schüleraufstand: „Ich bin ein Elefant, Madame“.

* V. l.: Walter Buschhoff, Renate Roland, Peter Zadek, Michael Strixner, Benda, Wolfgang Schneider.



Minister **Benda** (2. v. r.), **Berlinale-Preisträger***: Eröffnung mit einer Jazzcombo





Hani-Film **„Aido"**, Godard-Film **„Die fröhliche Wissenschaft"***: Ein flaumiges Bett und etwas Medienkunde

BERLINALE-PREMIEREN

Erlesene Leere

Aido (Japan). Wo ist der Schock vom vergangenen Jahr? Bei der letzten Berlinale hatte der japanische Meisterregisseur Sumu Hani, 38, mit dem „Mädchen Nanami" den Festival-Sexreißer geliefert; diesmal brachte er einen blumigen Langweiler.

Farben wabern und Formen zerfließen, wenn der Student Shusei das Land betritt, aus dessen Bezirk kein Wanderer sonst wiederkehrt — das Land der Toten; für Shusei ist es der Garten der Lüste.

Denn Aido, die „Sklavin der Liebe", harrt dort, auch eine schöne „Herrin", sowie Blumen und ein flaumiges Bett. Lelouch und Vadim haben so erlesene Leere schon geboten; die Japaner, im Kopieren unerreicht, füllen sie wenigstens mit schönen Gesichtern.

Nächtlicher Diskurs

Die fröhliche Wissenschaft (Frankreich). Alle reden von der Revolution; Jean-Luc Godard, 38, auch. Der schnellste und gescheiteste Kino-Chronist unserer Tage geht aber nicht auf die Straße; er geht in die Theorie.

Sein jüngster Film ist ein Ciné-Essay über Ciné-Elemente, ein Diskurs über Medienkunde, ein Versuch, die Assoziations-Mechanik und mithin die Manipulierbarkeit des Hörens und Sehens darzustellen: Revolution beginnt für den Filmemacher Godard durch „Revolutionierung der audi-visuellen Kommunikation", Befreiung durch „richtiges Erkennen".

Der Film bringt, wie meist bei Godard, natürlich mehr und so zuviel. Er zitiert Marx, Marcuse, Montaigne und den Strukturalisten Lévi-Strauss; er collagiert Plakate, Comic strips, Reklame und etwas Mai-Revolution; er wirkt beim ersten Sehen eher chaotisch als methodisch.

Die Dramaturgie ist simpel. In nächtlichem Niemandsland treffen sich ein relegierter Student (Jean-Pierre Léaud) und eine entlassene Arbeiterin (Juliette Berto) zu Rede-Runden; die eingeschnittenen Belege spielen Reizstoff und Fußnote für ihre Dispute.

Nach Art der Traktate von Descartes wird zunächst das Material gesichtet (Wort und Bild), das Problem formuliert, werden Beispiele abgehandelt und schließlich Konklusionen angestrebt — freilich nicht erreicht: „Der Film ist mißlungen", setzt Godard an den Schluß.

Koketterie? Kaum. Mit Film über Film zu philosophieren, heißt die Mittel zu nutzen, die doch als Manipulations-Mittel desavouiert werden sollen. Mehr Klarheit über die Macht der Medien lieferten Beispiele aus anderen Bereichen:

Ein aufgeweckter Knabe, dem die fröhlichen Wissenschaftler das Reizwort „Revolution" zuriefen, assoziierte flink „Oktober". Einem tapprigen Alten hingegen, der wohl nie einen Godard-Film gesehen hat, fiel zu „Kommunismus" nichts ein.

Fassbinder-Film **„Kälter als der Tod"***
Langsam lang

Weiße Räume

Kälter als der Tod (Deutschland). 24 Tage lang hat der Münchner „antiteater"-Chef Rainer Werner Fassbinder, 23, an seinem Kino-Erstling gedreht; im Film selbst ist von Hast nichts zu merken.

Lange blickt der eiskalte Gangster Bruno (Ulli Lommel) in die Kamera; langsam zündet sich der gemütliche Gangster Franz (Fassbinder) die Zigarette an; und langsam legt sich die Dirne Joanna (Hanna Schygulla) lang.

Alle haben viel Zeit und wenig zu sagen, und die Handlung besagt auch nicht viel: Ein Gangster-Syndikat will den Franz unter Vertrag nehmen, aber Franz will nicht; er gangstert lieber freischaffend. Fassbinders Film ist für Leute, die im Kino Bilder sehen wollen; möglichst Bilder aus Filmen, die sie schon kennen, und am meisten lieben sie, im Augenblick, US-Gangsterfilme, Italo-Western und die langsamen Filme von Jean-Marie Straub.

Fassbinder hat die klassischen Posen und Positionen der Genres in kalkweißen Räumen nachgestellt und auch das Klima der Vor-Bilder kopiert: Faszination der Gewalt, Pistolen-Fetischismus und Liebe kälter als der Tod.

Der bleiche Formalismus, die penible Stilisierung solcher Kinokunst verlangt, was Cinéasten Neue Sehensweise nennen: eine Sensibilität für die rein materielle Ästhetik laufender Bilder. Fassbinders Film, der Kindliches mit Könnerischem mengt, bietet für solche Cinéasten zumindest den Anlaß, sie in Frage zu stellen.

* Oben: Juliette Berto; unten: Hanna Schygulla, Partner.

SCHRIFTSTELLER

WIENER

Anwalt der Schizoiden

Die Quantentheorie", so schreibt er, „wurde bekanntlich mit dem Arsch ersessen." Er behauptet: „Stil ist Suggestion, Korrumpierung, Masturbat." Oder auch: „Form ist ein Tripper." Und auf seinem Briefpapier figuriert er als „Zivilkonsulent für Fragen der Lebensart" und bietet allerlei unschätzbare Dienste an: „Ideen für Kunst, Literatur, zwischengeschlechtliche Beziehungen, Prognosen in Philosophie, Politik, Zeitgeist", sowie einfach: „Wahrnehmungen und Anwesenheiten".

Ja, der Oswald („Ossi") Wiener, 34, ist schon ein origineller Kopf.

Seine Ideen, Prognosen und Wahrnehmungen, die der Lebensart-Berater in den letzten sieben Jahren machte, niederschrieb und abschnittsweise in der Grazer Literaturzeitschrift „Manuskripte" publizierte, wurden unter Insidern der Branche schon lange als Geheimtip der Saison gehandelt. Jetzt erschienen sie als Rowohlt-Buch und gelten bereits (so die „FAZ") als „einer der zentralen Texte einer neuen Literatur". Sein Titel: „Die Verbesserung von Mitteleuropa, Roman"*.

Mit diesem Wiener-Werk wird nun als letzter der wohl interessanteste Autor einer österreichischen Avantgarde-Truppe bekannt gemacht, die erst jetzt — zehn Jahre nach ihrem Zerfall — zu Ruhm und Anerkennung kommt: die genialisch-wirre (nicht nach Wiener, sondern nach Wien benannte) „Wiener Gruppe".

Dieses trinkfrohe und showbegabte Künstler-Kollektiv fand sich in den fünfziger Jahren um den vielseitigen Literatur-Vermittler und -Anreger H. C. Artmann zusammen. Es veranstaltete erste Happenings und schwarze Messen, schreckte die Wiener Kaffeehaus-Kultur mit rüden Manifesten und experimentierte: mit „Ein-Ton-Musik", mit „Montagen", mit „konkreter Poesie", mit „methodischem Interventionismus" und „totalem Theater".

Oswald Wiener, der nacheinander das Studium der Jurisprudenz, der Musikwissenschaft, der afrikanischen Sprachen und der Mathematik begonnen hatte, stieß als Trompeter der „Jazzband Jesus Christbaum" zu den von der etablierten Kritik verschwiegenen oder angefeindeten „Entartmännern" (Artmann, Rühm, Bayer und Achleitner). Er gab „eine Art Theoretiker der Wiener Gruppe ab", war aber „mit dem, was ich geschrieben habe, damals sehr unzufrieden".

1959 sprengte Wiener die Gruppe: „Ich habe mir gedacht", so erläuterte er in der „Neuen Bibliothek" des NDR-Fernsehens, „daß in der Literatur keine Zukunft für mich zu finden sei."

Autor Wiener: „Aha, so hat man früher gelebt"

Wiener vernichtete alle literarischen Arbeiten, heiratete und „ergriff eine Karriere im herkömmlichen Sinne": Er wurde Kybernetiker beim Büromaschinenkonzern Austro-Olivetti, baute die Datenverarbeitung auf und avancierte schließlich zum Abteilungsdirektor mit 3000 Mark Monatsgehalt, großer Stadtwohnung und teurem Wagen.

Doch der Bohemien versagte als Bürger: Wiener steckte ständig in Schulden, saß wegen kleinerer Verkehrs- und Gewaltdelikte mehrmals in Haft und erschien bei Olivetti nur unregelmäßig.

Nach dem Selbstmord seines Freundes Konrad Bayer, der ihn weiterhin zum Schreiben ermuntert hatte, trennte er sich von Firma und Familie und remigrierte in die Literatur. Mit einer Freundin bewohnt er seither illegal eine unbenutzte Waschküche in einem Wiener Gemeindehaus. Seine finanzielle Lage, so sagt er, „könnte schlechter nicht sein": Er lebt von Unterstützungen seines Verlages, vom Einkommen der Gefährtin, die Gobelins webt — „notfalls stehle ich mir mein Nachtmahl bei kleinen Greißlern zusammen".

Als Wiener einen Vortrag über den „Zusammenhang zwischen Denken und Sprechen" in der Wiener Universität von Notdurft-Darbietungen seiner Künstler-Freunde Günther Brus und Otto Muehl begleiten ließ, wurde er „zwangspsychiatriert" und sieben Wochen in Untersuchungshaft gehalten; die Exkrementen-Macher erhielten rabiate Arrest-Strafen.

Verfolgung und Austreibung dessen, „was kräftig ist und was jung ist", empfindet Wiener als symptomatisch für den österreichischen Kulturbetrieb. Sein Vorschlag: „Man sollte ein Museum aus diesem Land machen. Die Bewohner sollten von aller ernsthaften Arbeit befreit und vom Staat ernährt werden. Die einzige Verpflichtung sollte darin bestehen, daß sie ihre Türen nicht versperren dürfen. Und Menschen aus Westafrika oder Südamerika, die können hierherkommen und hineinschauen in die Häuser und sehen, aha, so hat man früher gelebt."

Brus und Muehl werden die Museumsbesucher freilich nicht mehr antreffen: Die bepinkeln inzwischen vornehmlich die Bühnen des Auslands. Und auch Wiener trägt sich mit Umzugsplänen: Ihn lockt ein Senatsstipendium nach Berlin.

Die Berliner Ehrung folgte den Kritiken auf dem Fuße, die, wenngleich im einzelnen unterschiedlich wertend, Wieners „Roman" allesamt als höchst bemerkenswerten, literarisch kaum kategorisierbaren Sonderfall begriffen. Peter Handke, selbst von den Sprach-Exerzitien der Wiener Gruppe nicht unberührt, rühmte „dieses Unding" („Süddeutsche Zeitung") als das „Buch, das von allen Büchern der letzten Jahre vielleicht am meisten in Bewegung setzen wird".

Das eigentümliche „Langstrecken-experiment" („Die Welt der Literatur") unterscheidet sich bereits durch die äußere Aufmachung von allen anderen Produkten des Reinbeker Verlages, der à la mode hochglanzlackierte bunte Bücher liefert.

Wieners Werk, dem nur der Autor als Designer diente, hat den spröden Schick einer Logarithmentafel für den Schulgebrauch: Der unansehnlich bräunliche Pappeinband der broschierten Ausgabe trägt einzig den schmucklosen Schrifttitel; die Seiten sind extrem engzeilig bedruckt. Als Papier hatte Wiener eine „ganz billige", besonders holzhaltige Nachkriegs-Qualität verordnet: Die rare Ware mußte der Verlag eigens herstellen lassen, was das Projekt stark verteuerte.

Der Text hebt an mit jenem Teil, mit dem normale Bücher enden: mit einem „Personen- und Sachregister"; dann folgen ein „Vorwort" von 170 (römisch paginierten) Seiten, einige Appendices, Anmerkungen, ein Theaterstück, in dem das Publikum langsam massakriert wird, und schließlich eine Literaturliste von rund 1500 Titeln (dar-

* Oswald Wiener: „Die Verbesserung von Mitteleuropa, Roman". Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg; 208 Seiten; broschiert 10,80 Mark, Leinen 28 Mark.

unter 100 Comic strips), die Wiener inspirierten.

„Mein Buch", sagt der Autor, „ist ein Konglomerat von Essays, die sich teilweise widersprechen." Nicht nur das: „Die Verbesserung von Mitteleuropa" enthält in lockerer Mischung Impressionistisches und Experimentelles, Dialektprosa und linguistische Buchstaben-Klaubereien, Lyrismen und Parodien, Aphorismen („auch ich bin schöpferisch: ich schöpfe verdacht") und Fußnoten („den sinn dieser passage verstehe ich heute nicht mehr ganz"), Geistesblitze und Platitüden.

Das zentrale Thema (und zugleich Objekt vieljähriger Studien), das Wiener immer wieder formverspielt umrundet, ist die philosophische Fragestellung nach der Rolle der Sprache in der Wahrnehmung und in der wirklichen Welt: „Sprachphilosophie", sagt Wiener, der darauf stieß, nachdem er 1955 in einem Antiquariat Wittgensteins „Tractatus logico-philosophicus" entwendet hatte, „hat immer den Inhalt meines Denkens ausgemacht, meines ganzen Interesses."

Wiener, der mit seinem Buch „nicht einmal achtzigprozentig einverstanden ist", hat es nicht beendet, sondern die Arbeit daran 1967 auf Drängen des Verlages abgeschlossen: „Aber ich glaube auch nicht, daß man von einem Buch dieser Art sagen kann, es sei je beendet."

Das Ergebnis ist ein monströser Torso, ein literarisches Perpetuum mobile mit hohem Reiz- und Irritationswert, das besonders den Schreibkollegen imponiert. „In Wiener", so rühmte etwa Peter O. Chotjewitz, „haben die Kiffer, Rocker, Beatniks, Schizoiden und Anarchisten ihren beredten Anwalt, der ihre Position auf philosophie-geschichtliches Niveau bringt." Und er fand, das Buch sei „auch, oder gerade, für unser linkes Selbstverständnis unerhört wichtig".

Wieners Stück Literaten-Literatur erscheint zur posthumen Hoch-Zeit der Wiener Gruppe: In diesem Frühjahr verlegte Rowohlt zugleich eine Neuauflage von Konrad Bayers Roman „Der sechste Sinn", und das Landestheater Darmstadt grub drei Bayer-Einakter aus (SPIEGEL 23/1969). Auf der Frankfurter „Experimenta" wurde Gerhard Rühm für die Bühne entdeckt (SPIEGEL 25/1969), und Gruppen-Opa Artmann (siehe Seite 129) ist mit einem Übersoll an Titeln offensichtlich auf dem Weg zum Erfolgsschriftsteller.

Und auch das „Prestige-Zuckerl" des Rowohlt-Programms, wie Wiener gern sein Buch bezeichnet, geht gut: Schon in den nächsten Tagen, so rechnet der Verlag, werde die (etwas kleinmütig bemessene) Erstauflage von 2500 Exemplaren vergriffen sein.

Was er nach der „Verbesserung von Mitteleuropa" noch unternehmen könnte, das weiß Wiener freilich nicht: Er ist der Meinung, daß sich sein Buch „zum Schluß selbst völlig auflöst und ad absurdum führt. Daher könnte ich auch nicht sagen, was nach dieser Art zu schreiben noch kommen könnte".

SCHALLPLATTEN

NEU IN DEUTSCHLAND

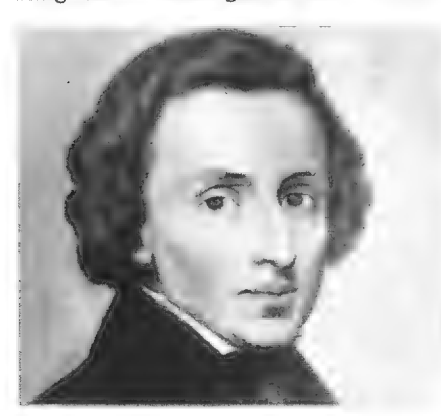
Raffiniertes Pedal

Frédéric Chopin: „Klavierkonzert Nr. 2 f-Moll, Opus 21"; „Große Phantasie über polnische Lieder, Opus 13". Artur Rubinstein, Klavier, Philadelphia Orchestra, Dirigent: Eugene Ormandy. RCA Victor LSC 3055 B; 21 Mark.

Dies ist Artur Rubinsteins dritte LP-Aufnahme des zweiten Chopin-Konzerts und seine langsamste (31'59"), poetischste und klangschönste.

Aus seiner alten New Yorker Einspielung (28'19") hat der polnisch-amerikanische Chopin-Senior die Präzision der Fingertechnik und die unsentimentale Spielfreude über mehr als 15 Jahre Distanz bewahrt.

Doch jetzt, seit 24 Jahren erstmals wieder im Plattenstudio mit dem Philadelphia Orchestra, das er bei den Proben vom Klavier aus die Phrasierung des — leicht gekürzten — Tutti-Parts lehrte, spielt Rubinstein das Glanzstück des knapp 20jährigen Chopin mit leichter Hand:



Komponist **Chopin**
Larghetto rehabilitiert

In simplen Läufen, virtuosen Terzketten und brillanten Sexten entdeckt er Kantilenen; die Chromatik schattiert er durch raffinierte Pedalisierung; das von anderen Pianisten meist gefühlvoll verdehnte Larghetto rehabilitiert er als dramatische Nocturne voller Verve und Passion.

Nach dieser RCA-Aufnahme (mit der „Großen Phantasie" als Stereo-Unikat) können sich die Konkurrenz-Konzerne fürs erste Dubletten dieses Chopin-Stücks ersparen.

Das ist lustig

Wolfgang Amadeus Mozart: Jugendsymphonien Nr. 13 F-Dur, KV 112; Nr. 14 A-Dur, KV 114; Nr. 15 F-Dur, KV 124; Nr. 16 C-Dur, KV 128. Academy of St. Martin-in-the-Fields; Leitung: Neville Marriner. Decca, „Das alte Werk", SAWD 9981 B; 21 Mark.

„Oben unser ist ein Violinist, unter unser auch einer, neben unser ein Singmeister, der Lektion gibt, in dem letzten Zimmer gegen unser ist ein Hautboist." Dazwischen sitzt, 1771 in Mailand, der fünfzehnjährige Mozart und schreibt seine dreizehnte Symphonie. „Das ist lustig zum Komponieren! gibt einem viel Gedanken!"

Die Gedanken kommen aus der Mannheimer Schule, sie stammen von neapolitanischen Buffo-Floskeln und aus der Wiener Folklore. Aber schon sind Nebenstimmen zu hören, eine kleine imitatorische Wendung in der episodenhaften Durchführung läßt den Wunsch nach Verdichtung ahnen, Anlage und Entwicklung des Andante-Themas lösen sich von den Schematismen des viertaktigen Periodenbaus: Konvention wird, wenn auch erst sporadisch, negiert, wo sie den persönlichen Ausdruck behindert.



Komponist **Mozart**
Ausdruck behindert

Deutlicher dringt der eigene Ton in den im Winter 1771/72 entstandenen Salzburger Symphonien Nr. 14 und Nr. 15 durch, in der C-Dur-Symphonie Nr. 16 ist dann alles Formelwerk verschwunden. Mozart hat die italienische Manier überwunden und seinen Jugendstil von eigentümlicher Eleganz und Kraft gefunden.

Drei der vom Briten Neville Marriner dirigierten Symphonien waren bislang im deutschen Schallplattenangebot nicht zu haben.

Laut geträumt

Jean Guillou: Visions cosmiques. Improvisations dédiées à l'équipage d'Apollo 8 (Jean Guillou aux Grandes Orgues de Saint-Eustache à Paris). Philips, Prospective 21° siècle, 836 890 DSY; 19 Mark.

Zwei ganze Nächte spielte er auf der Orgel einer kleineren Pariser Kirche. Die Philips schnitt alles mit. Dann wählte Jean Guillou, 39, aus den 19 Improvisationen sieben aus, versah sie mit bombastischen Titeln („Nova", „Laser", „Requiem für die Toten des Weltraums") und widmete sie als „Kosmische Visionen" der Besatzung von „Apollo 8".

Ein Komponist muß nämlich, so Komponist Guillou, „im Einklang mit seiner Zeit leben" und ihre Abenteuer und Entdeckungen mit seiner Musik reflektieren. „Darum können deren Verläufe wohl den Hörer an die jüngsten Experimente der Raumforschung erinnern."

Die Verläufe der Guillouschen Piècen erinnern freilich, wenn schon unbedingt von Fliegerei die Rede sein muß, bestenfalls an den Schneider von Ulm. So bescheiden ist ihr technisches Niveau.

Denn was da Messiaenisch dahersäuselt und -zwitschert und -brüllt und -röhrt, entpuppt sich bald als Toccatenwerk aus breiigen Klangblöcken und verquollenen Weisen: voll von Intervall-Repetitionen, Sequenzierungen und pulsierenden Rhythmen. Guillou: „Wenn ich improvisiere, träume ich laut."

Mit neuer Orgelmusik à la Kagel, Ligeti, Morthenson haben Guillous Flugträume nichts gemein.

BESTSELLER

	E-MUSIK			U-MUSIK	
1.	**Hifi-Stereo-Festival 1.** Berliner Philharmoniker; Karajan; Grammophon; 10 Mark.	(3)	1.	**James Last: Non Stop Dancing 8.** Polydor; 19 Mark.	(1)
2.	**Wilhelm Backhaus spielt Beethoven.** Decca; 10 Mark.	(1)	2.	**The Fantastic 5th Dimension.** Liberty Stern; 19 Mark.	(3)
3.	**Mozart: Eine kleine Nachtmusik.** Münchinger; Decca; 10 Mark.	(2)	3.	**Udo Jürgens: Udo live.** Ariola; 20 Mark.	(2)
4.	**Barock-Revolution.** W. Carlos spielt Bach an der Elektronen-Orgel; CBS; 19 Mark.	(5)	4.	**World Star Festival.** Uno (Vertrieb Phonogram); 12,80 Mark.	(4)
5.	**Bizet: Carmen.** Karajan; RCA Victor; 10 Mark.	(4)	5.	**Haare.** Polydor; 19 Mark.	(8)
6.	**Artur Rubinstein spielt Chopin.** RCA Victor; 10 Mark.	(6)	6.	**Roy Black: Ich hab dich lieb.** Polydor; 19 Mark.	(6)
7.	**Laudate Dominum.** Geistliche Musik. Grammophon; 10 Mark.	(7)	7.	**Pop Revolution.** CBS; 10 Mark.	(7)
8.	**Konzert für Millionen II.** Grammophon; 7,50 Mark.	(8)	8.	**Peter Alexander: Schlager-Rendezvous II.** Ariola; 19 Mark.	(10)
9.	**Strauss: Der Rosenkavalier.** Kleiber; Decca; 39 Mark.	(10)	9.	**Karel Gott: Die goldene Stimme aus Prag.** Polydor Stern; 19 Mark.	(5)
10.	**Mozart: Die Zauberflöte.** Böhm; Decca; 10 Mark.		10.	**Hair.** Original-Broadway-Fassung; RCA Victor; 19 Mark.	

Im Auftrag des SPIEGEL vierzehntäglich ermittelt vom Institut für Demoskopie Allensbach.

SPRACHE

GERMANISTEN

Wie Feuerstöße

Auf auf, marsch marsch, hurra, und im Sturmlauf die ganze feindliche Stellung genommen!“

Das Kommando gab kein General und nicht einmal ein Unteroffizier, sondern — im Jahre 1933 — ein greiser Zivilist: der Berliner Germanist Professor Oskar Streicher, damals 73. Und der Befehl, schriftlich in der Zeitschrift „Muttersprache“ erteilt, galt keiner militärischen Formation, sondern dem „Sprachverein“, der die neue Zeit zum Sieg über die Feinde der deutschen Sprache nutzen sollte.

„Weltwendezeiten“, so schrieb im Kriegsjahr 1940 der Münchner Germanist Franz Thierfelder, „sind sprachliche Großkampfzeiten.“ Denn: „Auch die Sprachen stehen gegeneinander auf, suchen ihren Geltungsraum abzugrenzen oder zu erweitern, bestreiten das Recht fremder Zungen und werfen die Kraft des sie erfüllenden Geists in die schwankende Waagschale.“

Daß solche Kampf-Parolen kennzeichnend waren für die Germanistik in der Zeit zwischen dem Beginn des Dritten Reiches und dem Ende des Zweiten Weltkrieges, weist die junge Berliner Sprachforscherin Wendula Dahle in ihrer Dissertation nach. Die Arbeit wird demnächst unter dem Titel „Der Einsatz einer Wissenschaft“ veröffentlicht*. Zur Zeit ist die Autorin, wie sie sagt, „arbeitslose Assessorin des Lehramts“ in West-Berlin. Sie wurde per Disziplinarverfahren aus dem Schuldienst entfernt. Offizielle Begründung: Sie habe durch Kontakte zur Apo gegen Amtsverschwiegenheit und Loyalitätspflicht verstoßen.

Doktorin ist die heute arbeitslose Germanistin durch die Arbeit an einem delikaten Thema geworden. Die meisten Germanisten, die sie zitiert, waren oder sind Professoren an deutschen Universitäten. Als vor drei Jahren einige junge Germanistik-Professoren Kritik am Verhalten älterer Kollegen in der NS-Zeit übten, kam es zu erregten Debatten auf dem Germanistentag in München (SPIEGEL 19/1967).

Die Dahle-Untersuchung ist auch aus anderem Grunde aktuell. Denn nach wie vor versuchen viele Germanistik-Professoren, Distanz zur Gegenwart und zur Umwelt zu halten. Diesen Gelehrten ist Thomas Mann noch zu neu und Bert Brecht zu links. Die berufliche Zukunft ihrer Studenten als Studienräte ist ihnen ebenso gleichgültig wie der Kontakt mit Nachbardisziplinen.

Doch etliche Professoren, für die heute die Literatur des 20. Jahrhunderts kaum ein Kolleg-Thema ist, waren einst dem NS-Zeitgeist verfallen. Für das damalige Fehlverhalten vieler Germanisten führt Wendula Dahle viele neue Beispiele an, obwohl sie sich



Sprachforscherin **Wendula Dahle**
„Der Urgrund allen Kämpfertums ...

fast ganz auf ein Teilthema — den Gebrauch militärischen Wortschatzes — beschränkt.

Ein Beispiel von vielen: Das Wort „Einsatz“ etwa gebrauchte der Germanist Leo Weisgerber vor 1933 so gut wie nie. Dann benutzte er es kurze Zeit nur, um wirtschaftliche Zusammenhänge zu erläutern. Eine Stichprobe für das Jahr 1938 aber zeigt, daß er sich dieses Wortes nun in „auffälliger Häufung“ bediente (Wendula Dahle). Viele Kollegen taten es ihm gleich. Einer forderte gar den „vollen Einsatz der Frau, und zwar als ewig Weibliches“.

Jene Stubengelehrten, die sich und andere bis 1933 an der Wortgewalt Goethes, Schillers und anderer Größen erbaut hatten, fanden nun Freude an der Sprache des namenlosen deutschen Soldaten. Sie habe, so ein Gelehrter 1941, „eine einfache Klarheit, die beinahe wie Nacktheit wirkt“. Viel zitiert wurde Ernst Jünger, der 1922 in einem Buch „Der Kampf als inneres Erlebnis“ (9. Auflage 1943) über die Soldaten geschrieben hatte: „Ihre Sprache war kurz, von Schlagworten beherrscht, zerhackt und zerrissen, wie die Feuerstöße ihrer Maschinengewehre, die Worte geprägt und voll Erdkraft.“

Wehrmachts-Dienstvorschrift
... muß sich immer Luft machen“

Etlichen Germanisten blieb überhaupt nichts Soldatisches mehr fremd. Sie lobten die Dienstvorschriften: „Bewunderungswürdig und vorbildlich ist die Klarheit und Knappheit jedes Satzes.“ Ihnen gefiel auch die „notwendige Kehrseite“, das Kommißdeutsch: „Das Robuste, Gesunde, Kraftvolle, der Urgrund allen Kämpfertums muß sich immerwährend Luft machen neben all dieser disziplinierten Sachlichkeit.“

Sie verfaßten Hymnen auf das Soldatenlied, das „die artechten Grundbewegungen der Seele ins Schwingen“ bringe, und sogar auf die „Haltung des Körpers, die Bereitschaft ausdrückt, Träger von Befehlen zu sein, von Befehlen vor allem aus der eigenen Brust“.

Derselbe Ordinarius für „Deutsche Sprachkunst“, der diese Körperhaltung pries, verherrlichte auch die Gangart, die deutsche Unteroffiziere weniger kultiviert mit Befehlen wie „Bauch rein, Brust raus“ einübten: „Hohe Menschen haben einen hohen Gang. Der ist mehr als ein aufrechter, der nur etwas Körperliches sagt, auch mehr als ein stolzer, der dazu etwas Seelisches ausdrückt; hoher Gang fügt zu beidem ein Geistiges, denn er weiß auch um die oberen Mächte.“

Während Soldaten sich auch damals zumeist nicht als Helden fühlten und diesen Begriff mit Wortschöpfungen wie „Heldenklau“, „Heldenfett“ und „Heldenkeller“ ironisierten, jauchzte daheim an der Sprach-Front ein Darmstädter Germanist: „Held! Dieses durch seine Einsilbigkeit, seine straffe Aussprache und seinen hellen Klang so markige Wort!“ Ein Innsbrucker Fachkollege nannte gar Rhein und Main die „beiden Heldenströme“.

Die Arbeiten über deutsche Literatur lasen sich oft wie Kriegsberichte. Wort-Beispiele: „Blutiger Alltag“, „befeuernde Einfachheit“, „durchstoßender Erfolg“, „Stoßkraft“, „sieghaftes Wissen“. Mancher Germanist ließ sterbende Dichter oder Romanhelden das „Schlachtfeld des Lebens“ verlassen.

Es gab einen „ersten Durchbruch zur arteigen-deutschen Lebensform“ und oft „das Signal zum Sturm“, „Heroldsrufe eines neuen geistigen Seins“ und das „Unvermögen, in Entscheidungsfragen die gebotene Totalfront zu bilden“. Verlangt wurden die „trommelfeuergeschmiedete Erziehung zum Wesenhaften“ und ein „letztgesammelter Vorstoß im entscheidenden Augenblick“. Entdeckt wurden „tiefste Kräfte heldischer Männlichkeit“ und ein „Eroberungsdrang dem Unfaßbaren gegenüber“.

Leo Weisgerber ließ eine Sprachentwicklung sich wie einen Feldzug vollziehen: Die deutsche Sprache klinge „im Munde der westlichen Franken



* Wendula Dahle: „Der Einsatz einer Wissenschaft“. Bouvier-Verlag, Bonn; 302 Seiten.

fast wie ein Heimatruf auf schon verlorenem Posten, aber in den rückwärtigen Stellungen wird dieser Ruf aufgenommen, es bildet sich eine Mauer, an der schließlich der sprachliche Rückschlag zum Stehen kommt".

Der Ergründung deutscher Ehre wurde eine Fülle akademischer Arbeiten gewidmet. Themen-Beispiele: „Vom Diesseits und Jenseits der Ehre", „Soldatische Ehre in der Dichtung der Gegenwart", „Von der bäuerlichen Ehre", „Preußische Ehre im klassischen Drama", „Geist und Ehre im Germanischen". Ein Sprachlehrer schuf sogar das Wort „Sprachehre".

Feldgendarmen gleich durchkämmten Germanisten die Literaturgeschichte und verjagten Weichlinge aus dem Helden-Heer deutscher Dichter. Schiller führte es an — „beinahe im Lager geboren, Soldat und Kämpfer geblieben, auf sein Schriftstellertum soldatisch stolz".

Ein „Nichtkrieger" durfte nur dann zum Helden erklärt werden, „wenn dessen Taten heldischer Art sind, wenn sie die heldischen Eigenschaften, Mut und Unerschrockenheit, offenbaren". Der „Grüne Heinrich" Gottfried Kellers aber wurde zum „Nichthelden", einige Figuren Gerhart Hauptmanns wurden zu „Unhelden" erklärt.

Die Trennung der Welt in Freund und Feind schärfte den Blick, wie Hans-Eduard Hengstenberg, heute Professor an der Pädagogischen Hochschule Würzburg, lehrte: „Den Liberalisten wie den Marxisten kann man schon in etwa am körperlichen Typ erkennen."

Im Kriege bildeten die Germanisten — so damals Günther Weydt, heute Ordinarius in Münster — „die schmale Schützenkette an der entlegenen Flanke des Reichs, die zu verhindern hat, daß irgend etwas verlorengeht, während zunächst auf anderen Schauplätzen die großen Schlachten geschlagen werden".

Und auch im größten Siegestaumel blieben sie als Fachgelehrte tätig. Ein Gießener Professor zum Beispiel fand: „Gerade die jüngsten Waffen, die uns wieder soviel Freude bereiten, Panzer, Unterseeboot und Flugzeug, sind auch sprachlich Glanzleistungen einer im Aufstieg begriffenen, rein deutschen Welt."

Und der Germanist pries den Krieg als Wortschöpfer: „Ein Deutsch, wie es der Führer in seinen Reden, wie es unsere Heeresleitung in ihren Tagesberichten erklingen läßt, in Erz geschrieben und doch von einem Wohlklang, daß es der Dichter Wort für Wort in seine Lieder aufnehmen konnte — wer hat solches Deutsch gelehrt? Das ist der sprachgewaltige Krieg."

Freilich: Auch vor Kritik scheuten damalige Deutschwissenschaftler nicht zurück. Einer von ihnen hatte sogar etwas am deutschen Gruß auszusetzen.

„Heil Hitler", so fachsimpelte er, gehöre zu den Grußformen, die eine „Ellipse des Verbums erlitten" hätten. Eigentlich müsse „imperativisch ergänzt" werden: „ver pu heill Hitler!"

Zu deutsch: „Sei du glücklich in Hitler."

Otto Köhler

ENTSPANNTE AHNEN

Auf dieser Seite, so erfuhren die Leser der Seite 3 von „es", dem „Magazin für die junge Familie", im Juni, „auf dieser Seite waren Sie es gewohnt, gute, freundliche Nachrichten zu lesen". Doch diesmal war die Nachricht anders: „es", das zuletzt unter der Führung des bewährten Blattmachers Ewald Struwe um sein Leben strampelte, wurde von „Eltern" geschluckt.

Diese Nachricht, die noch auf Seite 3 weder gut noch freundlich war, hörte sich auf den letzten „es"-Seiten wie eine Frohbotschaft an. Künftig nämlich würden die Leser, die bis zuletzt „es" die Treue hielten, etwas weit Besseres finden, nämlich: „die Ideen, das Können, das Wissen von Frauen und Männern, die ‚Eltern' zu dem gemacht haben, was es heute ist. Zu einer der größten und wertvollsten und wichtigsten Zeitschriften Deutschlands".

„es"-Leser, die bis zuletzt 1,50 DM für ihr Familienmagazin ausgaben, mußten sich düpiert vorkommen, denn so sagte „es": „Die besten Wissenschaftler, die besten Autoren, den besten Rat, die beste Hilfe, das alles kann Ihnen nur eine Zeitschrift bieten, die von Anfang an ohne Beispiel war: ‚Eltern'."



„Eltern"-Titel

Kurz: Wer „es" las, sagte „es", war schlecht bedient. Doch seit Juli ist alles besser. Die „es"-Leserinnen und -Leser sind huldvoll aufgenommen in die „Eltern"-Familie, auch wenn sie noch wie arme Verwandte wirken mögen. Denn so geläufig wie fachkundige „Eltern"-Leserinnen auf Seite 192 und 194 können sie sicherlich noch nicht in ihren Zuschriften unterscheiden, ob sie gerade einen „intravaginalen Orgasmus" oder einen „Klitoris-Orgasmus" vereinnahmten.

Immerhin: „Der beste Rat, die beste Auskunft" steht Alt- wie Neulesern von „Eltern" offen. Sogar auf die Grundfrage: „Wie lange lebt mein Kind?" „Eltern" macht mit wissenschaftlicher Präzision auf alle Faktoren aufmerksam, die lebensverkürzend oder lebensverlängernd sind. Nicht empfehlenswert ist es — laut „Eltern" —, sich im Flachland gebären zu lassen. „Lebensverkürzend" ist auch eine „ledige Mutter", „seltener Geschlechtsverkehr zwischen den Eltern", „Kurzlebigkeit in der Familie", „spannungsgeladene, nervöse Eltern und Ahnen", während „entspannte Eltern und Ahnen" „lebensverlängernd" wirken. Bald werden also kleine Knirpse zu den Friedhöfen pilgern und am Grab des Uropas flehen: „Entspann dich, Ahn, ich möchte lange leben."

Aber auch Blut ist wieder ein besonderer Saft. „Italienisches oder spanisches Blut" ist „lebensverkürzend", „jüdisches" dagegen „lebensverlängernd". Eine salomonische Lösung: Die Philosemiten sind's zufrieden, und die Antisemiten haben ja schon immer gewußt, daß der Jude ein schwer ausrottbares, zähes Unkraut ist.

Auch Berufstätigkeit der Mutter, „Armut der Eltern", überhaupt „schlechte soziale Verhältnisse" wirken „lebensverkürzend" für Baby und sollten deshalb von den Eltern unterlassen werden. Weiter hinten im Heft klagt denn auch eine Mutter: „Ich wollte das Beste, die besten Windeln, die beste Kindernahrung für meinen Sohn." Um sich das leisten zu können, ging sie arbeiten und vernachlässigte so das Kind. Aber zum ersten Geburtstag Babys kam die Erleuchtung: „Eine Freundin schenkte mir ein Jahresabonnement für die Zeitschrift ‚Eltern'. Das Dezemberheft hatte sie gleich mitgebracht. Abends im Bett blätterte ich darin. Da fand ich den Test: Was muß ein Baby alles können?"

Das Ergebnis war katastrophal. Baby konnte noch nichts von dem, was „Eltern" vorschrieb. Die Mutter ging in sich, kündigte ihre Stellung und widmete sich fortan nur noch Baby, konnte aber — wie sie hemmungslos eingesteht — fortan des fehlenden Geldes wegen nicht mehr die besten Windeln und die beste Kindernahrung für Baby kaufen.

Dieses Mutter-Geschick — auf vier Seiten ausgebreitet — bietet fürwahr keine gute „Eltern"-Lösung. Denn „Eltern" ist, wie es einmal in einer Eigenanzeige verkündete, ein großer „Supermarkt", weil „Eltern"-Leser im Vergleich zu anderen Lesern „am meisten Geld für ihren Lebensunterhalt" ausgeben.

Bange Frage: Wenn so eine „Eltern"-Leserin in „Eltern" offen bekennen darf, daß sie in schlechten sozialen Verhältnissen lebt und nicht mehr die — in „Eltern"-Anzeigen angepriesene — beste Kindernahrung kauft, wirkt solche Konsumverweigerung dann nicht lebensverkürzend für „Eltern"?

FERNSEHEN

DIESE WOCHE



Die Knef. Bericht über ein Konzert von Dieter Finnern. SFB. Dienstag, 8. Juli, 20.15 Uhr.

„Scheiß-Mikro", schimpfte die Knef (Photo) bei der Probe: „Laßt mich nicht mehr zu lange singen, sonst haut mir nämlich die Stimme ab."

Aber wo nichts ist, da haut auch nichts ab. Im Konzert in der Berliner Philharmonie, das der SFB aufgezeichnet hat, plärrte die Sängerin im letzten November zum Swing der Edelhagen-Band so eintönig und manieriert wie auf ihrer ganzen Deutschland-Tournee.

„Ich bin bestimmt kein großes Licht", sang die blonde Hilde, „doch wenn ich strippe, merkt man's nicht." Regisseur Dieter Finnern hat es doch gemerkt, und im Foyer ließ er es sich von den Zuhörern bestätigen: Mit ihrer „Mischung aus schlechtem Chanson und schlechtem Schlager" habe sie „gar keinen Anspruch auf eine kulturelle Darbietung", meinen die einen. Die anderen loben, „daß in den Texten so alle Volksschichten etwas zum Tragen kommen" und preisen „die ganze Mimik, die ganze Art — man muß sie eben sehen".

Man muß sie sehen, wie sie die Mähne schüttelt und pathetisch die Arme reckt, wie sie auftrumpft: „Ich will alles oder nichts" und zugibt: „Von nun an ging's bergab". Finnerns clevere Kameramänner lassen sich nichts entgehen, sie haben den „deutschen Welt-Star" stets richtig im Visier.

„Kannst du mich nicht brillanter machen? Zieh mich 'n bißchen höher", hatte sich die Knef bei der Probe vom Tonmeister gewünscht. Doch bei dieser Sängerin helfen auch keine Verstärkeranlagen und keine technischen Tricks. Da kann man mit Brechts „Seeräuber-Jenny" nur noch fragen: „Was ist das für ein Geschrei?"



Das Rätsel von Piskov. Fernsehspiel von Zdenek Bláha. Regie: Karl Peter Biltz. SWF. Dienstag, 8. Juli, 21.30 Uhr.

Um Jahrtausende hatte sich der Zeitreisende im Roman von H. G. Wells („Die Zeitmaschine") in die Zukunft katapultiert. Dort fand er eine Welt degenerierter Idioten, eine „Menschheit in ihrem Untergang". Im Fernsehspiel des Wells-Adepten Bláha kommt jetzt eine Blondine „aus dem Jahr 523 nach Gagarin" zurück, und die Menschen der Gegenwart reagieren phantasielos und borniert.



Zur in „Blaumilchkanal"

Wie Wells (1866 bis 1946) nutzt auch der Prager Filmdramaturg Bláha, 43, die Mittel der Science-fiction zu massiver Gesellschaftskritik: In der tschechoslowakischen Provinzstadt Piskov, wo der Gast aus der Zukunft landet und alle Uhren stehenbleiben, rufen die Kommunisten gleich nach der Polizei.

Unablässig schwatzen diese Gestrigen von der Zukunft im Kommunismus, doch wenn sich Künftiges ankündigt, verstößt es „gegen den gesunden Menschenverstand", steht es „im krassen Widerspruch zur wahren marxistischen Philosophie". Nur der Archäologe Pavelka spendet Lebensenergie, damit die Fremde in ihr Jahrhundert zurückkehren kann — er stirbt. Nur die Reporterin Helenka (Hannelore Elsner, Photo) glaubt, daß die Zukunft „ein unberechenbares Abenteuer" sei — sie verläßt mit der Fremden diese Zeit.

Die nackte Besucherin, ihre Zeitmaschine und ihre futurischen Zauberkunststücke werden in dieser TV-Utopie freilich nicht gezeigt. Regisseur Biltz hat die Rückblenden-Story als bedächtige Reportage inszeniert. Er verzichtet auf alle Science-fiction-Tricks, denn darauf, meint Biltz, „kommt es bei Bláha nicht an".

Der Tscheche nimmt die ideologischen Zukunftsplaner von heute aufs Korn: „Wenn deren Zukunft einmal siegen sollte, ist unsere Welt binnen kurzem ein toter Planet."



Herr Wolff hat seine Krise. Fernsehfilm von Theodor Schübel. Regie: Rainer Erler. ZDF. Mittwoch, 9. Juli, 21.00 Uhr.

„Ich finde es zum Kotzen" — der Unternehmer Wolff (Alexander May, Photo) spricht's im Katzenjammer nach seiner Geburtstagsparty. Er ist nun 50 und stöhnt: „Mein Gott, was habe ich denn schon erreicht?" Eine Villa, einen Swimming-pool und ein dickes Bankkonto immerhin, und dazu einen gewaltigen Überdruß. Zum Bergsteigen fehlt ihm der Atem, zum Premierenbesuch die Lust, und zur Jagd geht er nur, weil es die „Kreditwürdigkeit" verlangt: „In Wirklichkeit bin ich tierliebend, und Hasenbraten ekelt mich an."

Vor allem aber der Society-Klüngel und das Ehe-Einerlei sind ihm zuwider, und „für die paar Wochen, die mir noch bleiben", will Herr Wolff „raus aus dem Trott". Statt in die Fabrik geht er zum Body-Building, statt ins Ehebett auf die Liege einer Ballettschülerin. Doch als die junge Naive vom Heiraten spricht, schleicht der Manager resigniert wieder heim.

Den Kommentar zu seiner banalen Story liefert Autor Schübel gleich mit: „Wie man's auch dreht und wendet — die letzte Wucht ist das nicht."



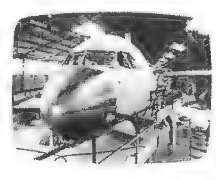
Der Blaumilchkanal. Fernsehfilm von Ephraim Kishon. SFB. Donnerstag, 10. Juli, 20.15 Uhr.

„Es ist schwer, keine Satire zu schreiben", wußte schon der Römer Juvenal (etwa 60 bis 140 nach Christus). Der Israeli Kishon, 44 (Photo), weiß es auch: Er beschreibt die Schildbürgerstreiche seiner Landsleute stets pointensicher und mit jüdischem Witz.

So locker und ironisch wie in seinen Kurzgeschichten persifliert Kishon („Wie unfair, David") israelische Begriffsstutzigkeit und Behördenwillkür auch in seinem Film: Bei Tag und Nacht reißen Preßluftbohrer das Pflaster von Tel Avivs Allenby-Boulevard auf, aber niemand hat den Auftrag dazu erteilt. Hilflos stolpert der Bürgermeister über Schotterhalden, verstört blättert der Stadtbaurat in Formularen, bis sich herausstellt: Der harmlose Irre Blaumilch (Bomba Zur) hat den Tiefbau-Terror ausgelöst.

Die Stadtväter, immerhin, wissen sich zu helfen: Sie retten das neue Kanalsystem für die Wasserversorgung und erklären Tel Aviv bei wehenden Fahnen und Blasmusik zum „Venedig des Nahen Ostens".

„Der Satiriker ist ein Mann, der seines Lebens nicht sicher ist", erklärte Christian August Vulpius (1762 bis 1827) — aber nicht in Tel Aviv: Die Stadtverwaltung hat den Satiriker Kishon bei der Arbeit an seiner aufwendigen, glänzend besetzten Behördenposse „mit allen Mitteln unterstützt".



Spätstart. Filmbericht von Günter Padberg und Josef Turecek. BR. Donnerstag, 10. Juli, 21.45 Uhr.

Wenn diese Sache platzt, erläuterte Otto Proksch, Geschäftsführer der Vereinigten Flugtechnischen Werke in Bremen, machen wir „ein feierliches

Leichenbegängnis“. Denn der „größte Rüstungsauftrag in der europäischen Nachkriegsgeschichte“, die Entwicklung des Starfighter-Nachfolgers MRCA 75 für die Luftflotte der Nato (Kosten: 10 Milliarden Mark), droht an englischen Sonderwünschen zu scheitern. Und das, so erläutern Padberg und Turecek, wäre nicht nur für die betroffenen Werke ein Verlust.

Immer mehr wird diese „Staatsindustrie in privater Hand“, die vom ständig wachsenden Verteidigungsetat der Regierung zehrt, zur „Leitindustrie“ der gesamten Volkswirtschaft. Seit ihrem Spätstart vor sieben Jahren, so der Industrielle Ludwig Bölkow, hat sich die deutsche Flugzeug- und Raketenindustrie „schrittweise in die erste Reihe“ geschoben — beim Start der Europa-I-Rakete in der australischen Wüste war sie letzte Woche dabei. Freilich brachte die deutsche (dritte) Raketenstufe den Satelliten nicht wie geplant in die Umlaufbahn.

Padberg und Turecek hatten vorsichtshalber auch Fehlstart-Material belichtet; sie setzten die richtige Version erst in dieser Woche in ihren Film. Davor und danach starten, landen, tanzen und kreisen die Flugzeuge aus deutschen Fabriken wie Insektenschwärme auf dem Bildschirm. Den akustischen Aufwind liefern der Donauwellen-Walzer und die „Zarathustra“-Musik von Richard Strauss.



Erinnerungen an Deutschland: Auswanderer in New York. Bericht von Helmut Greulich. ZDF. Freitag, 11. Juli, 21.15 Uhr.

Die deutschen Emigranten in London hat der ZDF-Reporter Greulich am letzten Freitag mit Sympathie porträtiert. Die Bayern, Schwaben und Pfälzer, die in New Yorks 86. Straße das deutsche Liedgut pflegen, Kegel schieben und Sauerkraut fressen, findet er weniger sympathisch.

In den Auswandererklubs, kommentiert Greulich, „wird ein romantisches Deutschlandbild heraufbeschworen, das mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt“. Die falsche Romantik ist im Bild festgehalten. Wandervögel und Lederhosen-Seppl marschieren, der „Bäckermeister-Damenchor“ singt, der „Badische Damen-Vergnügungsverein“ tritt zusammen, und der „Deutsche Kriegerbund“ nebst „Kameradenfrauen“ hält die Prunkfahne hoch.

Angesichts dieses permanenten Karnevals glaubt man's dem Greulich gern: Viele Deutsche in den USA „führen ein fast neurotisches Doppelleben“. Das heilig' Vaterland, an das sie sich erinnern, wird immer noch von Hindenburg regiert; und den Haß auf die Juden haben sie von zu Hause mitgebracht: „Wenn da nicht aufgepaßt wird“, erklärt ein New Yorker Germane, „wird noch ganz Amerika zugrunde geh'n — so wahr ich hier stehe und sitze.“

Er kann nicht anders. Gott helfe ihm.



Erben des Ruhms. Die Indianer. Dokumentation von Victor Vicas. Kommentar: Gregor von Rezzori. NDR. Sonntag, 13. Juli, 15.20 Uhr.

Die Indianer-Prinzessin Alanis vom Stamme der Abenaki arbeitet „noch genau wie meine Vorfahren am Skalp“ — sie ist Friseuse in Montreal.

Längst haben die Rothäute das Kriegsbeil begraben, doch stolz wie Tecumseh und aufrecht wie der alte Häuptling Sitting Bull sind Winnetous Erben auch heute noch. „Wenn es eine besonders schwierige Arbeit gibt“, rühmt sich ein lederhäutiger Bauarbeiter in New York, „werden immer gleich Indianer geholt.“ Und ein indianischer Senator wandelt im Federschmuck seiner Väter ins kanadische Parlament.

Rund eine halbe Million rote Brüder lebt derzeit in Kanada und den USA. Sie rauchen in ihren armseligen Reservaten mit weißen Touristen die Friedenspfeife, und nur wenige träumen noch in Geheimbünden und im „Donnervogel“-Klub in Toronto vom Untergang der Bleichgesichter. Wehmütig schweift die Vicas-Kamera über Indianerplunder im Museum und über die weite Prärie. „Die Landschaft ist dieselbe“, meint der Kommentator Rezzori, „aber die Romantik ist dahin.“

Nur einmal im Jahr spielen die Enkel der Sioux, Algonkin und Cherokesen beim großen Pow-Pow-Fest richtig Indianer. Sie lassen die Lagerfeuer lodern, tanzen zu Ehren des großen Manitu, und das ist fast so schön wie die Karl-May-Festspiele in Bad Segeberg.

WEITERE SENDUNGEN

Report München. Moderator: Hans Heigert. BR. Montag, 7. Juli, 20.15 Uhr. Geplant sind Beiträge über den Streik der deutschen Ingenieurstudenten, die Debatte über ein neues Scheidungsgesetz in Italien und über den wegen Landesverrats angeklagten Hannsheinz Porst.

Gesundheitsmagazin „Praxis“. ZDF. Montag, 7. Juli, 20.15 Uhr. Moderator: Hans Mohl. Unter anderem wird das Für und Wider von Tierversuchen dargestellt und nach Spuren des Giftstoffes DDT in den Nahrungsmitteln geforscht.

Die Fernsehdiskussion aus München. Leitung: Kurt Wessel. BR. Montag, 7. Juli, 21.45 Uhr. Die Journalisten Herbert Kremp, Hans Reiser und Wolfgang Wagner sprechen mit Bundeskanzler Kiesinger.

Kurs auf Rentnerstaat? WDR. Mittwoch, 9. Juli, 20.15 Uhr. Bericht von Hanns Meenzen und Dieter Storp aus der Reihe „Deutschland vor der Wahl“.

Zur Sache. Leitung: Karlheinz Rudolph. ZDF. Donnerstag, 10. Juli, 21.45 Uhr. Die Politiker Bernhard Vogel (CDU), Ulrich Lohmar (SPD) und Ralf Dahrendorf (FDP) antworten auf die Frage: „Haben die Parteien bei der Hochschulreform versagt?“

Der Markt. Moderator: Reimund Klinkhammer. HR. Samstag, 12. Juli, 16.30 Uhr. Das Wirtschaftsmagazin informiert über die unterschiedlichen Ladenschluß-Regelungen in den europäischen Ländern und das Geschäft mit Haustieren.

Straßen der Großstadt. HR. Samstag, 12. Juli, 22.25 Uhr. Amerikanischer Spielfilm (1931) mit Gary Cooper. Regie: Rouben Mamoulian. Deutsche Erstaufführung.





Neu: Stereo im Auto! Von Philips.

Auch unterwegs das große Klangerlebnis – man wird Sie darum beneiden!





Dieses neue Klangerlebnis fasziniert jeden, und es paßt auch zu Ihnen. Musik nach Wunsch, die Freude macht und munter hält. Sie sind „mittendrin". Die Musik klingt nicht mehr „flach". Sondern wirklich in Stereo. Ein hinreißender Sound.

Woher kommt Ihr Stereo-Programm? Von MusiCassetten! Ein überwältigendes Repertoire aller Schallplatten-Hersteller hält der Händler ständig bereit! Ihre Lieblingsmusik ist dabei! In Stereo – fabelhaft!

Und die Bedienung während der Fahrt? Cassette eingelegt – schwupp, schnapp, und schon geht's ab: Musik, Musik, Musik ... in Stereo. Sie brauchen gar nicht hinzusehen, so leicht ist das.

Akustische Abschirmung und Ablenkung vom Straßenverkehr? Nein, Stereo-Klang ist transparenter und wird unwillkürlich mit geringerer Lautstärke gehört als herkömmlicher Mono-Klang. Sie sind so von den Signalen des Verkehrs nicht so stark abgeschirmt. Außerdem: Stereo im Auto wirkt besonders entspannend und macht Sie fit für alle Verkehrssituationen.

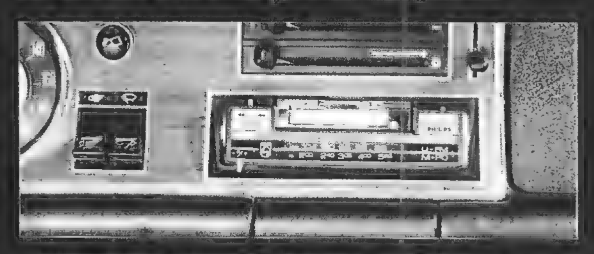
Sie sollten sich's anhören! Philips lädt Sie dazu ein. Fordern Sie mit dem anhängenden Coupon das Anschriftenverzeichnis der Spezial-Händler für Philips Stereo-Musik im Auto. Bestimmt ist einer davon in Ihrer Nähe. Er ist mit allem ausgerüstet. Gern wird er Ihnen die Stereo-Musikanlage vorführen.

Philips können Sie vertrauen – denn Philips hat Erfahrung! Philips hat das Compact-Cassetten-System entwickelt und schon über 4 Millionen Cassetten-Recorder gebaut, und natürlich stammt auch die erste Autoradio-Cassettenspieler-Kombination von Philips. Und jetzt die Krönung: Stereo im Auto.

Wählen Sie unter zwei Geräten ...



AUTO-CASSETTA STEREO – ein Stereo-Abspielgerät für MusiCassetten. Funktioniert unabhängig vom Autoradio in Verbindung mit zwei Lautsprechern.



AUTORADIO CASSETTA STEREO – ein Autoradio (UKW und MW) mit Stereo-Cassettenteil. Programm nach Wunsch: Mono vom Radio, Stereo von MusiCassetten.



Coupon: Ich interessiere mich für Stereo im Auto. Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich das Händler-Anschriftenverzeichnis und Ihren Katalog.

An Deutsche Philips GmbH
2 Hamburg 1, Postfach 1093
Autoradio-Abteilung

...nimm doch PHILIPS

PTO 9117 2689 7 2

THEATER

MERCER

Kratz ab, Sir

Der dicke Hausknecht Harry Belcher ist es gewohnt, seinen Willen durchzusetzen: An jedem Nachmittag tritt er, nach Biergenuß, der Köchin Lucy unzart nahe („wie mit dem Telegraphenmast in die Kirche"); und seinen Herrn, den ausgedienten General Catesby, tyrannisiert er gleichfalls ganz nach Wunsch. Kurzum, er ist so recht „Belcher im Glück".

Unter dieser Titel-Parole stampfte das skrupellose Urvieh am letzten Dienstag erstmals deutschen Bühnenboden: In den Bremer Kammerspielen hatte das jüngste Drama des britischen Autors David Mercer, 41 (Urtitel: „Belcher's Luck"), seine Premiere; ein böses Stück.

Denn Mercer hat den Rohling Belcher in ein skurril verzerrtes Dekadenz-Milieu gestellt und mit modischem Kraftwortschatz eine Art Anti-Tschechow fürs Avantgarde-Theater geschrieben:

Am Schauplatz der Groteske, dem verkommenen Anwesen des Ex-Generals, verkehren außer dem senilen Eigentümer und seinem Personal noch die erbgierige, kühle Catesby-Nichte Helen, die in der Liebe „nur das Lächerliche an der Sache" genießt, sowie Belchers labiler, impotenter Bankert Victor, der seinen Vater gern kastrieren möchte und ständig im Gespräch mit toten Philosophen steht. Im Dialog der Lebenden sind offene Bekenntnisse („Du bist mir lästig") und starke Zumutungen („Kratz ab, Sir, bitte") üblich.

In diesem Klima währt selbst Belchers dumpfes Glück nicht ewig — sein Projekt, den Alten zu beerben, schlägt fehl. Zwar läßt sich Catesby planmäßig von einer moribunden Stute zertreten, sein Nachlaß aber fällt dem mit Helen liierten Neurotiker Victor zu — der wirre Weichling ist offenkundig des Autors Lieblingsfigur.

Sympathie für Nerven- und Geistesschwache hat der einstige Chemielehrer Mercer auch in früheren Werken immer wieder bekundet. Im Film („Morgan — ein Fall für die Heilanstalt", 1967) schilderte er etwa den Aufstand eines King-Kong-Fans gegen die Denk- und Handlungsschablonen der Gesellschaft. Im autobiographisch gefärbten Bühnenerstling „Hoppe hoppe Reiter" (1965) ließ er einen neurotischen Literaten bei Turnübungen auf drei Damen kindisch werden.

Und mit den verrückten Hauptfiguren des Fernsehspiels „And Did Those Feet?" (jüngst auch im Dritten Programm des NDR) träumte er 1966 den naiven Traum vom Paradies inmitten einer unwirklichen Welt: Die letzten Sprosse eines Adelshauses ziehen sich mit Gummitieren in ein stillgelegtes Schwimmbad zurück.

Gemütskrankheit ist für den Autor allerdings nicht nur privates Leiden, sondern ebenso politisch, sozial oder moralisch determiniert — und diese Erkenntnis hat Mercer aus der Sozialpsychiatrie. Auch „Belcher im Glück" ist so gemeint: Das geborstene Herrschaftshaus soll das abgewirtschaftete Britannien symbolisieren, und die bizarre Handlung bedeutet, wie Mercer sagt, „daß in Machtkämpfen das Kampfinstrument (Belcher) letztlich betrogen und enteignet zurückbleibt".

Denn der Lokomotivführersohn aus Yorkshire, der in den letzten Jahren nach Moskau und Kuba reiste, ist nach eigener Aussage „ein sehr bekümmerter Marxist".

Kummer mit dem Ur-Sozialisten hat auch der nervenschwache Victor des Stücks: „Marx", stellt er beklommen fest, „schämt sich für mich. Ich irritiere ihn."



Mercer-Stück **„Belcher" in Bremen**
Marx schämt sich

SCHMUTZIGE WÖRTER

— sechsmal „shit", zweimal „piss" und einmal „fuck" — im Schauspiel „Landscape" des Engländers Harold Pinter, 38, hatten dem britischen Theaterzensor vor Jahresfrist mißfallen: Das Stück durfte nicht gespielt werden. Doch die Zensur wurde inzwischen abgeschafft. Folge: Am vergangenen Mittwoch wurde die „Landschaft", zusammen mit dem Einakter „Schweigen", von der Royal Shakespeare Company in London uraufgeführt. Es war, trotz „shit" und „fuck", ein stiller Abend, fast wie auf einer Lesebühne. Da sitzen, zur Illustration des ewigen Pinter-Motivs von der Einsamkeit des Menschen, Mann und Weib auf kahler „Landschafts"-Bühne und reden aneinander vorbei: Sie träumt einem glücklichen Sommertag an der See nach, er sinnt darüber, wie Faßbier am besten zu lagern ist. Und ebenso kontaktarm sind die Menschen im „Schweigen" — einem Stück, das im wesentlichen aus Pausen besteht, und die sind, anders als bei Beckett, gar nicht beredt. Bisher hat Pinter immerhin abendfüllende und theaterwirksame Stücke präsentiert (das letzte, „Die Heimkehr", vor vier Jahren), doch nun will er offenbar nur noch sein Generalthema von der Beziehungslosigkeit der Menschen mit möglichst wenig Handlung herausstellen. Das allein genügte dem Londoner Premieren-Publikum jedoch nicht, und Pinter hatte es zuvor schon geahnt. „Sie werden froh sein", sagte er vor der Premiere, „wieder herauszukommen." So war's.



Pinters **„Schweigen" in London:** Möglichst wenig Handlung

BÜCHER

NEU IN DEUTSCHLAND

Unmoral von anderen

Hans Habe: „Das Netz". Walter; 536 Seiten; 24 Mark.

Wenn bei Hans Habe ein Akteur von Wahnvorstellungen befallen wird, dann überträgt sich der Defekt nicht auf den Leser. Man kann immer klar erkennen, daß hier einer spinnt.

Habes irrer Mädchenmörder hat das eigene Innere für durchaus zu Recht erwartete Lesermassen (siehe Bestsellerliste) bis ins letzte übersichtlich hergerichtet. Doch der Mörder ist nur einer von acht Ich-Erzählern im neuen Roman des „Ilona"-Autors. Habe läßt den Vater und eine Kollegin des erwürgten Call-Girls reden, einen Kriminalbeamten, der sich mit dem Fall befaßt, drei Zeitungsmenschen und einen Juristen, die an der Toten verdienen wollen. Die Monologe heben sich durchaus voneinander ab. Die Herzenstöne eines Wiener Schlitzohrs mit SA-Vergangenheit kann auch ein Halbtauber von der hochfahrenden, priesterlichen Sprache des verrückten Mörders unterscheiden.

Dabei hält sich der Verfasser an die schlichten, wohlbekannten Muster, und er drückt meistens gewaltig auf die Tube. Einzelheiten werden unermüdlich wiederholt. Der Kriminalbeamte, ein in jeder Hinsicht rühmenswerter Mann, kocht freudig selbst, die Leser werden deshalb mit Rezepten überschüttet.

Die Kriminalhandlung, vom Autor unauffällig hingedehnt, kreist weniger um die insgesamt vier Mädchenmorde als um die — hier das Gesetz verletzende — Auswertung eines ganz besonders photogenen Mords. Die Memoiren des Täters und die Kinderbildnisse des Opfers sollen einer Illustrierten in Rom zu Riesenauflagen verhelfen.



Autor **Habe**
Verwerteter Mord

Habe nutzt die Chance, einen so windigen wie vorsichtigen Großverleger zu präsentieren: „Unmoral läßt Vanetti von anderen besorgen." Und er faßt auch sonst gern auf vertrautem Boden Fuß, oft nur in vagem Einvernehmen mit seinen Figuren. Was er den Gattinnen und den Geliebten vorzuhalten hat, den jungen Linken und den jugendlichen Alten, den unlesbaren Modeschriftstellern und den bösen, bösen Intellektuellen, das alles klingt nach streng persönlicher Beschäftigung, nach ureigenem Grimm.

BESTSELLER

	BELLETRISTIK			SACHBÜCHER	
1.	**Lenz: Deutschstunde.** Hoffmann und Campe; 26 Mark.	(1)	1.	**Lundberg: Die Reichen und die Superreichen.** Hoffmann und Campe; 28 Mark.	(1)
2.	**Habe: Das Netz.** Walter; 24 Mark.	(3)	2.	**Watson: Die Doppel-Helix.** Rowohlt; 19,80 Mark.	(2)
3.	**Malpass: Wenn süß das Mondlicht auf den Hügeln schläft.** Rowohlt; 16,80 Mark.	(2)	3.	**Taylor: Die biologische Zeitbombe.** G. B. Fischer; 20 Mark.	(3)
4.	**Solschenizyn: Krebsstation II.** Luchterhand; 18 Mark.	(4)	4.	**Haber: Der offene Himmel.** DVA; 16,80 Mark.	(4)
5.	**Durrell: Eine Verwandte namens Rosy.** Rowohlt; 16,80 Mark.	(5)	5.	**Djilas: Die unvollkommene Gesellschaft.** Molden; 16,80 Mark.	(5)
6.	**Solschenizyn: Krebsstation I.** Luchterhand; 18 Mark.	(6)	6.	**Fuchs: Knaurs Buch vom neuen Lernen.** Droemer; 19,80 Mark.	(6)
7.	**Hachfeld: Struwwelpeter neu frisiert.** Rütten & Loening; 9,80 Mark.	(9)	7.	**Cleaver: Seele auf Eis.** Hanser; 15 Mark.	(8)
8.	**Sagan: Der Wächter des Herzens.** Ullstein; 12 Mark.	(8)	8.	**Fuchs: Knaurs Buch der Denkmaschinen.** Droemer; 19,80 Mark.	(9)
9.	**de Belleroche: Geständnisse.** Desch; 30 Mark.	(7)	9.	**Leonhardt: Wer wirft den ersten Stein.** Piper; 24,80 Mark.	(7)
10.	**Handke: Prosa Gedichte Theaterstücke Hörspiel Aufsätze.** Suhrkamp; 12,80 Mark.		10.	**Kahn-Wiener: Ihr werdet es erleben.** Molden; 25 Mark.	

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Institut für Demoskopie Allensbach.

Notzucht mit Monstrum

H. C. Artmann: „Ein lilienweißer Brief aus Lincolnshire". Suhrkamp; 532 Seiten; 28 Mark. – „Frankenstein in Sussex / Fleiß und Industrie". Suhrkamp; 104 Seiten; 3 Mark. – „Die Anfangsbuchstaben der Flagge". Residenz; 112 Seiten; 8,50 Mark. – „Drakula Drakula". Rainer; 68 Doppelseiten; 27 Mark.

Alice aus dem Wunderland, die unter dem grünen Rasen von Sussex den Underground entdeckt hat, soll von Frankensteins Monstrum genotzüchtigt werden. Dessen Erfinderin Mary Wollstonecraft Shelley (1797 bis 1851) und Frau Holle schauen zu. Im letzten Augenblick kommt John Hamilton Bancroft, „ein gutaussehender gentleman, unabhängig und wagemutig" vorbei und ruft: „Hierher, du unglückselige kleine entdeckerin, hierher, und verberge dich, so flugs du es vermagst, hinter meinem rücken!"

So silbenstecherisch graziös, so geziert altväterlich und parodistisch nekkend geht es in Hans Carl Artmanns künstlichem Kosmos überall zu. Denn Artmann, 47, der populärste Sproß der einstigen „Wiener Gruppe", bekannt als Liebhaber von Horror- und Trivialroman, bedichtet am liebsten längst Bedichtetes — er rennt gern offene Literatüren ein.



Autor **Artmann**
Verschöntes Grauen

In dieser Über-Literatur des sprachkundigen Stilwandlers auferstehen Werwölfe und Vampire, Ghoulen und Lemuren, Batman und Robin, Donald Duck und Robinson Crusoe. Und wenn Dr. Phoo Manchu, der berühmte chinesische Schurke, brüllt, dann klingt das: „Tseng wei wui ting örh bo ming hui!", und auch die Sprache der blauen Wilden von Carpentaria kennt der Autor gut: „Oarrngh mmmflullwl ahrhkpp nn-nschnl!"

Derlei artmannhafte Kost, die das Makabre artistisch verschönt und das Grauen in possierlichen Persiflagen bietet, hat augenscheinlich Erfolg: Gleich vier Artmann-Titel konkurrieren zur Zeit auf dem Markt.

Suhrkamp behandelt den Meister bereits als Klassiker und gibt seine (über 450) verstreuten Gedichte in einer vorläufigen Gesamtausgabe heraus; dazu ist in ärgerlicher Suhrkamp-Praxis Altes („Fleiß und Industrie") und Neues („Frankenstein in Sussex") in einem „editions"-Bändchen gekoppelt worden.

Der schönste Band ist der mit Johann Adderley Bancrofts (Vater von John Hamilton) „transsylvanischem Abenteuer" — der von Uwe Bremer illustrierte „Drakula", den der kleine Bibliophilie-Verlag Rainer 1966 als Luxusdruck edierte und nun als reprographischen Nachdruck zugänglich macht: Beispiel für billige Buchkunst.

Für die Biographie des Autors freilich (und für Literaturkundler) ist der Erzählungsband aus dem Residenz-Verlag am interessantesten. Da tritt der siegreiche Gegenspieler Phoo Manchus mit seinem U-Boot „Nautilus" auf und stellt sich der bedrängten Schönen vor: „Ich bin H. C. Artmann ... den man auch John Adderley Bancroft alias Lord Lister alias David Blennerhasset alias Mortimer Grizzleywold de Vere &c. &c. nennt!"

Nachricht im Wachstuch

Rolf Bongs: „Das Londoner Manuskript". Claassen; 348 Seiten; 20 Mark.

„Ich verstehe das nicht. Er müßte längst tot sein", sagt ein Arzt über den langsam sterbenden Blacky. Dies ist auch die melancholische Alt-Tonlage, die der Düsseldorfer Rolf Bongs, 62, seinem vorgeblich „Londoner" Manuskript unterlegt hat.

Vom Verschleiß, vom zwischenmenschlichen Mürbe-Spiel gibt diese „Flaschenpost", diese fiktiv im „Nachtkasten" eines Londoner Hotelzimmers aufgefundene anonyme „Wachstuchkladde" beharrlich in immer anderen, immer ähnlichen Lebensläufen Nachricht.

Es sind allgemein bekannte, gern verdrängte Geschichten: die zerschlissenen Ehen, die abgehalfterten Karrieren, die Altersschwäche, gegen die vielleicht noch Tagebuchschreiben hilft.

Schriftstellerei ist der berufliche Zwang, gegen die eigene Verdrängungssucht zu arbeiten. Das „Londoner Manuskript" ist für seinen Verfasser verschlüsselte Autobiographie, in der sich die Austauschbarkeit aller Erfahrungen als Identitätsspiel abbildet.

„So wie der ‚Held' des Romans seine Namen ausprobiert, so probiert der Autor seine Geschichte", sagt der Klappentext — und der Autor Rolf Bongs macht das gar nicht mal weniger plausibel als sein Vormacher, der „Gantenbein"-Verfasser Max Frisch.



Autor **Bongs**
Verdrängte Geschichten

ERZIEHUNG

INTELLIGENZ

Bombe aus Berkeley

Zermürbt vom Psycho-Terror, kündigte die Sekretärin des Psychologie-Professors ihren Dienst auf. Anonyme Anrufer hatten sie beschimpft und bedroht. Derweil widerstand die Universitäts-Leitung heftigen Pressionen radikaler Studenten, die den unliebsamen Professor gefeuert sehen wollten. Einer geplanten Attacke auf seine Vorlesung entging der Hochschullehrer nur mit konspirativen Methoden: Heimlich versammelte er seine Schüler an einem unbekannten, sicheren Ort.



Amerikanische Negerkinder im Elendsquartier: Sind Schwarze dümmer?

Schon sah die „New York Times" den „Totalitarismus auf dem Campus" ausbrechen und warnte vor einer Bedrohung von Forschung und Lehre. Die Erregung über eine akademische Fehlleistung des Psychologen und deren Folgen hatte sich inzwischen in den USA von Küste zu Küste ausgebreitet.

Entfacht wurde der Affektsturm durch ein trockenes wissenschaftliches Elaborat von 124 Seiten Länge in einem pädagogischen Fachblatt (Auflage: 12 000 Exemplare). Die Arbeit variierte altbekannte Thesen, die unter Psychologen seit Jahrzehnten diskutiert und von vielen Experten zu wiederholten Malen als haltlos zurückgewiesen worden waren. Aber der Aufsatz rührte an den wundesten Punkt des amerikanischen Nationalbewußtseins — das Verhältnis zwischen Schwarz und Weiß:

In der letzten Winter-Ausgabe des „Harvard Educational Review" behauptete der Professor Arthur Jensen, 45, namhafter Psychologe an der Universität von Kalifornien in Berkeley,

- ▷ Leistungs- und Intelligenzunterschiede bei Schulkindern seien erbbedingt;
- ▷ die meisten Minderbegabten seien Neger, mangelnde Intelligenz sei demnach ein erbliches Rassemerkmal der Farbigen;
- ▷ mithin müßten Regierungsprogramme zur Bildungsförderung sozial benachteiligter (meist schwarzer) Vorschulkinder fruchtlos sein.

Jensen stützte seine Thesen mit den Ergebnissen von Intelligenz-Reihenuntersuchungen in US-Schulen: Stets schneiden Negerkinder um durchschnittlich 15 Intelligenztest-Punkte schlechter ab als weiße*. Der Anteil von Kindern mit so schlechten Testleistungen, daß die Psychologen leichten Schwachsinn diagnostizieren, ist unter den amerikanischen Negern um ein Vielfaches höher als unter den Weißen.

Der Psychologe verschwieg nicht eine Beobachtung, die jene Testmethoden in Frage stellen könnte: Kinder aus den US-Mittelklassen, die im Intelligenztest als „leicht schwachsinnig" eingestuft werden, machen auch im Alltagsleben einen zurückgebliebenen Eindruck. Viele farbige Slumkinder mit gleich niedrigem Intelligenz-Quotienten hingegen wirken außerhalb der Schule, in ihrer gewohnten Umgebung, aufgeweckt und normal intelligent.

Jensen freilich zog wiederum daraus einen Schluß, der seiner These zupaß kommt: Es gebe eben zwei Klassen menschlicher Intelligenz, eine Unterklasse („assoziative Intelligenz"), die sich auf bloße Merkfähigkeit beschränke — diese sei für Negerkinder typisch; und eine Oberklasse („kognitive Intelligenz"), der das höhere begriffliche Denken vorbehalten sei — Merkmal der Vorrangstellung weißer Kinder.

Aus diesem Zwei-Klassen-Schema des Geistes leitet Jensen seine Forderung her, jeden nach seinen angeborenen Geistesgaben zu fördern: Die Weißen sollten ordentlichen Unterricht bekommen, der begriffliches Denken fördert; der Unterricht für die Schwarzen dagegen müsse sich auf elementares Pauken beschränken, ohne höhere Denkfähigkeiten zu strapazieren. Das allerdings könne nur unter einer Bedingung funktionieren: Die Rassentrennung an den US-Schulen müsse wieder eingeführt werden.

„Wie eine pädagogische Bombe", so umschrieb es die „Washington Post", schlugen die Jensen-Thesen in der amerikanischen Öffentlichkeit ein. Fast alle Zeitungen und Zeitschriften des Landes berichteten und schrieben Leitartikel über Jensens Rassen-Sprüche; und die „Vereinigung zur psychologischen Untersuchung sozialer Probleme" veröffentlichte eine von 18 prominenten Universitäts-Lehrern unterzeichnete Gegenerklärung.

Die Studentenvereinigung SDS** startete eine Kampagne gegen den Berkeley-Pädagogen (Lautsprecher-Parole: „Bekämpft den Rassismus, verjagt Jensen"). Wochenlang erschien in jeder Nummer der Universitäts-Tageszeitung „The Daily Californian" mindestens ein Leserbrief in Sachen Jensen.

Mittlerweile fühlten sich die Redakteure des „Harvard Educational Review" durch die Anti-Jensen-Umtriebe dermaßen eingeschüchtert, daß sie es eine Zeitlang nicht einmal wagten, ihrem Autor die ihm zustehenden Sonderdrucke seines Artikels zu schicken. In der folgenden Frühjahrsnummer druckten sie gleich sieben Repliken führender amerikanischer Psychologen und Pädagogen.

Inzwischen beschäftigt der Jensen-Report schon die Gerichte. Eine Schul-Lobby im US-Staat Virginia legte den Artikel in einem Prozeß als Beweismittel vor: Die Richter sollten zugunsten der Rassentrennung an den Schulen urteilen.

Interessenverbände schwarzer Eltern andererseits wiesen darauf hin, daß Jensen seine Rassethesen auf die Ergebnisse von Intelligenztests stützt. Diese Tests, so folgern sie, dienen der Unterdrückung von Farbigen und sollen sie von den Bildungsstätten fernhalten. In mehreren Staaten der USA betreiben Elternverbände deshalb die Abschaffung der Intelligenz-Testerei an den Schulen.

In der Tat: Die heute viel gebrauchten Intelligenztests entfernen sich trotz allem wissenschaftlichen Rankenwerk kaum von jenem vorwis-

---

* Der Intelligenzgrad wird durch eine Zahl, den Intelligenz-Quotienten (IQ), ausgedrückt. Für jede Altersgruppe ist eine Normal-Intelligenz festgelegt, der ein IQ von 100 entspricht. Ein IQ über 100 bedeutet überdurchschnittliche, ein IQ von weniger als 100 dagegen schwache Intelligenz.

** SDS: Students for a Democratic Society.

senschaftlichen Intelligenzbegriff, der einst dazu diente, verachtete oder gefürchtete soziale Gruppen zu diskriminieren und zu verteufeln. Dieser vorwissenschaftliche Intelligenzbegriff, so definierten die US-Psychologen Anastasi und Foley, bezeichnet eigentlich nichts anderes als die Eigenschaften von Leuten, die in einer bestimmten Gesellschaft erfolgreich sind. Als geistig minderwertig gelten demgegenüber, wie der Hamburger Professor Peter Hofstätter notierte: geringer geachtete Stände und Minderheiten, Angehörige als fremd empfundener Rassen, Frauen im Gegensatz zu Männern, Kriminelle oder sonst mißliebige Personen.

Derartige Gesichtspunkte fand Psychologe Hofstätter auch in den modernen Intelligenztests wieder. Denn weil die Psychologen sowenig über die geistigen Fähigkeiten wissen, die sie mit ihren Tests messen, behelfen sie sich mit einem Trick: Als Maßstab, an dem sie ihre Tests für Schulkinder eichen, nehmen sie den Schulerfolg. Der IQ sagt folglich nur voraus, wie gut sich ein Kind den Forderungen des Schulsystems anpaßt — „und das ist alles, wirklich alles", so versicherte etwa der Harvard-Psychiater Professor Leon Eisenberg.

Der Schulerfolg aber, so haben Pädagogik-Forscher mit verblüffenden Experimenten jüngst wieder festgestellt, ist von zahlreichen Unwägbarkeiten abhängig, die mit der Intelligenz der Kinder, ihrer Begabung, nichts zu tun haben.

Der Sozialpsychologe Professor Robert Rosenthal von der Harvard University und die kalifornische Schulleiterin Dr. Lenore Jacobson inszenierten mit ahnungslosen Lehrern eine Test-Komödie. Im Verlaufe dieses pädagogischen Satyrspiels konnten die Forscher miterleben, wie die Lehrer die Leistungen ihrer Schüler nach vorgefaßten, völlig unbegründeten Erwartungen eintrimmten.

Rosenthal und Jacobson ließen in den Schulklassen einen Intelligenztest ausführen. Danach benannten sie den Lehrern in jeder Klasse einige Schüler, die in den Tests besonders gut oder schlecht abgeschnitten hätten. Tatsächlich hatten sich die Forscher um die Test-Resultate gar nicht gekümmert, sondern die angeblich guten und schlechten Schüler allein nach dem Zufall ausgesucht.

Doch auch jene sinnlosen Intelligenztest-Werte taten ihre teils verblüffende, teils verhängnisvolle Wirkung: Im folgenden Schuljahr verbesserten die Zufalls-Musterschüler ihre Leistungen gegenüber ihren Mitschülern beträchtlich, wie objektive Leistungstests zeigten. Im Urteil der Lehrer erschienen diese Spitzenreiter als „glücklicher, wissensdurstiger, erfolgversprechender, sympathischer und selbständiger" als die übrigen Schüler.

Die im Test schlecht Eingestuften machten einen weniger sympathischen Eindruck auf ihre Lehrer. Geradezu feindselig aber äußerten sich die Lehrer, wenn diese Schüler ihre Leistungen — entgegen den Erwartungen — beträchtlich steigern konnten.



Psychologe **Jensen,** Testkind
Mit fragwürdigen Tests ...

Hier zeigt sich die „pädagogisch gefährlichste Auswirkung eines Denkens in Stereotypen", die vor einiger Zeit auch die Mannheimer Professorin für Pädagogische Psychologie Elfriede Höhn in deutschen Schulklassen beobachten konnte (SPIEGEL 26/1967). Sie ließ sich von Lehrern deren „schlechteste Schüler" schildern und fand, daß ihnen einzelne gute Leistungen nur widerwillig, mit dem Ausdruck des Befremdens, zugestanden werden: Die Lehrer „wundern" sich, wenn ein Versager gut lesen kann, sie lassen sich durch rege Mitarbeit und brauchbare Beiträge im mündlichen Unterricht „verblüffen".

Psychologen kennen auch die Sozialtechniken, mit denen unliebsame Schüler gedemütigt, zu Versagern gemacht werden können: Durch ironischen Ton in der Stimme (so Rosenthal und Jacobson), durch Gesichtsausdruck und andere Gesten kann der Lehrer, meist unbewußt, den Schüler spüren lassen, was er von ihm hält. Die Mitschüler beteiligen sich ebenfalls an diesem untergründigen Spiel, wenn sie etwa die überraschende Leistung eines notorischen Versagers mit Hohn quittieren.



Farbige, weiße US-Studenten
... eine Minderheit diffamiert

In einem solchen Teufelskreis sind, wie Sozialpsychologen erkannten, gering geachtete Minderheiten — zum Beispiel die US-Neger — gefangen. Der amerikanische Soziologe Robert Merton beschrieb diesen Sozial-Trick als „sich selbst erfüllende Prophezeiung": Allein der Glaube an die Wahrheit eines Vorurteils kann dazu führen, daß sich dieses Vorurteil tatsächlich bewahrheitet. So glauben Lehrer und weiße Schüler in amerikanischen Schulen an die geistige Minderwertigkeit der farbigen Schüler — und eben dies hindert die Betroffenen daran, sich im Unterricht auszuzeichnen.

Ähnlich überraschende Erklärungen fanden US-Testpsychologen für den scheinbar objektiven Befund, daß Negerkinder bereits im Vorschulalter einen geringeren Intelligenzgrad haben als gleichaltrige Weiße: Die Intelligenztests begünstigten Kinder aus dem weißen Mittelstands-Milieu; viele Testfragen sind so abgefaßt, daß farbige Kinder sie nicht verstehen. Denn diese Kinder wissen vielleicht nicht, wo Norden und Süden ist, so formulierte Harvard-Psychiater Eisenberg, „aber sie kennen die Stadt, den Weg von einem Ort zum anderen und müssen wissen, wie man am Leben bleibt".

Solche Kinder, die in einem Neger-Getto aufwuchsen und in ihrem Leben kaum Bäume zu Gesicht bekamen, sollen ihr Denkvermögen beweisen, indem sie etwa folgenden Satz ergänzen: „Eine Treppe hat Stufen, ein ... hat Äste."

Ein Intelligenztest, der weißen wie farbigen Kindern vorgelegt wird, wollte wissen: „Ich bin schwarz und glücklich und wedele mit dem Schwanz. Was bin ich?"

Solche Beispiele stellten unlängst farbige Lektoren des Sachbuch-Verlages Harcourt, Brace & World zusammen. Der Verlag hatte sie engagiert, um die vielen unfairen Fangfragen in seinen Intelligenztests, durch die farbige Kinder benachteiligt werden, zu eliminieren.

Die Wissenschaftler, die mit solchen Beobachtungen den Wert der Intelligenztests in Zweifel ziehen, leugnen freilich nicht, daß es tatsächlich Intelligenzunterschiede zwischen sozialen Gruppen gibt. In den letzten Jahren konnten sie viele Ursachen aufdecken, die Intelligenzdefekte zur Folge haben:

▷ Neigung zu Neurosen, Angst und Trotz behindern die geistige Leistungsfähigkeit; und US-Neger demonstrieren derzeit gar eine kol-

lektiv organisierte Trotzreaktion — die Black-Power-Bewegung;

- Mangel an Fürsorge und liebevoller Zuwendung im Kleinkind-Alter hat schwere Intelligenz-Störungen zur Folge, die bis ins Erwachsenen-Alter nachwirken;
- Ernährungsmängel in der frühen Kindheit hemmen — oft irreparabel — die Hirnentwicklung. Auch Vitaminmängel bei der werdenden Mutter können bei den Kindern zu Schwachsinn führen;
- mangelnde kulturelle Anregung im Kindesalter, ein bildungsfeindliches Milieu gar kann die Entfaltung geistiger Begabung verhindern.

Noch vermochte kein Forscher zu ergründen, welchen Stellenwert der Erbfaktor in diesem verwirrenden Ursachenknäuel einnimmt, das die vielfältigen Ausprägungen der kompliziertesten Körperfunktion, der Intelligenz, bestimmt.

Und noch konnte kein Wissenschaftler Beobachtungen oder Experimente beibringen, die einwandfrei dartun würden, daß höhere oder niedere Intelligenz mit Hautfarbe oder anderen Rassemerkmalen erblich verknüpft sei.

Bei amerikanischen Kleinkindern unter eineinhalb Jahren fanden Testpsychologen überhaupt keine Intelligenzunterschiede, die mit der Hautfarbe zusammenhängen. In diesem Alter konnten die sozialen, psychologischen und kulturellen Einflüsse, unter denen die Farbigen in den USA zu leiden haben, noch nicht wirksam werden.

In welchem Ausmaß solche gesellschaftlichen Einflüsse die angeblich angeborene Begabung bestimmen, konnte unlängst ein Forscherteam unter Leitung des Psychologen Dr. Earl Schaefer vom National Institute of Mental Health aufzeigen.

Die Gruppe beobachtete 64 willkürlich ausgesuchte Kinder von 15 Monaten aus den Washingtoner Slums. Die Hälfte der Kinder wurde in Ruhe gelassen, die andere Hälfte hingegen durch Hauslehrer beschäftigt: Täglich eine Stunde betätigten sich die Hauslehrer als Vizemütter, sprachen und spielten mit den Kindern, lasen ihnen vor, gingen mit ihnen spazieren.

Nach 21 Monaten hatte die so umsorgte Kindergruppe aus den Elendsquartieren einen durchschnittlichen Intelligenz-Quotienten von 106, um sechs Punkte höher also als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Die anderen, vernachlässigten Slumkinder hingegen wiesen einen Durchschnitts-IQ von nur 89 auf.

Die mittlere IQ-Differenz zwischen beiden Gruppen betrug mithin 17 Punkte. Die mittlere IQ-Differenz zwischen Negern und Weißen in den USA — auf die sich Jensens höchst umstrittene Thesen gründen — liegt bei 15 Punkten.

Und nach dem Abschluß jenes Experiments ging auch der IQ der umsorgten Kinder wieder zurück. Wie alle anderen Slumbewohner sanken sie wieder ab auf niedrigere Stufen geistiger Leistungsfähigkeit.




Angebliche Chodowiecki-Zeichnung, Vorbild: Schlichte Wahrhaftigkeit ...

KUNST

FÄLSCHUNGEN

Det is Knötel

„Hohe Kunst" und „schlichte Wahrhaftigkeit" fand Irmgard Wirth, die Chefin des neuen „Berlin-Museums", auf 47 bunten Blättern; sie präsentierte die kolorierten Handzeichnungen zur Weihe des Hauses.

Und wahrhaftig, es sind Werke fürs Berliner Gemüt: farbfrohe Skizzen, die, laut Beischrift „mit Allergnäd. Königl. Privil. nach der Natur gefertigt", den Preußenkönig Friedrich II. in populären Lebenslagen zeigen — bei Tisch, beim Flötespiel oder „sein Leibroß rufend". Als Autor nennen reinliche Signaturen den ruhmreichen Literatur-Illustrator Daniel Chodowiecki aus Danzig (1726 bis 1801).

Die bislang unbekannten Fridericus-Reliquien sind Eigentum des Verlegers Axel Springer. Ihm waren die vergilbten Blätter, durch Siegel und schriftlichen Vermerk als früherer Besitz des preußischen Kriegsministeriums gekennzeichnet, erst kürzlich für rund 80 000 Mark von dem Berliner Kunsthändler Wilhelm Weick verkauft worden. Zur Eröffnung des Berlin-Museums lieh Springer seine Trouvaillen aus.

Die naiven Friedrich-Bilder zeigen freilich mit den 2000 preziösen Radierungen, die Chodowiecki hinterlassen hat, so wenig Verwandtschaft, daß Irmgard Wirth frohlockte: „Eine völlig neue Seite seines Schaffens!"

Neu in der Tat — das Rätsel löste sich nun bei der Eröffnung, als der Vermessungsamtmann Kurt Pomplun den Experten zurief: „Det is Knötel!"

Gemeint war der Uniformmaler Richard Knötel, der 1895 mit seinem Zunftgenossen Carl Röchling ein anspruchsloses Buch „Der Alte Fritz in 50 Bildern für Jung und Alt" herausgebracht hatte. Aus diesem Opus und ähnlichen Vorlagen im „Struwwelpeter"-Stil sind die angeblichen Chodowiecki-Zeichnungen getreu und ohne zusätzlichen Einfall abgemalt. Als Entstehungsepoche der dreisten Fälschungen vermutet der Berliner Kunsthistoriker Heinrich Brauer, der alsbald die Blamage publizierte, „die Blütezeit Otto Gebührs".

Plagiat-Besitzer Springer nahm die Enthüllung gefaßt zur Kenntnis. Er entschied: „Hauptsache, der Sammler ist ein Original."

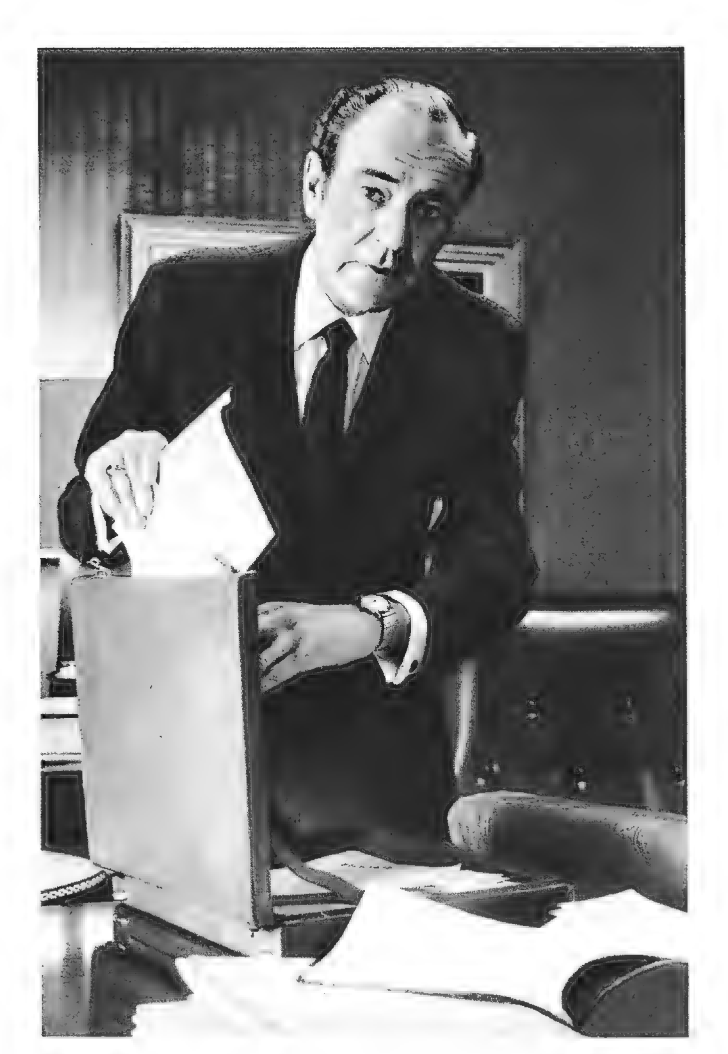



... aus der Zeit Otto Gebührs: Angebliche Chodowiecki-Zeichnung, Vorbild

AE 913

„Ich muß schon an genug Dinge denken, wenn ich auf Reisen bin. Da kann ich mich im Ausland nicht noch um verlorengegangenes Geld oder die Einlösung von Barschecks und Reise-Kreditbriefen kümmern.

Darum nehme ich American Express Travelers Cheques.“



Wenn Sie ins Ausland fahren, gibt es oft Probleme mit dem Geld.

Bargeld kann verlorengehen oder gestohlen werden. Um Bankschecks und Reise-Kreditbriefe einzulösen, müssen Sie erst mal eine zuständige Bank ausfindig machen. (Auch da gibt es oft noch langwierige Formalitäten, bevor Sie Ihr Geld haben.) Und Barschecks werden meist überhaupt nicht eingelöst.

Aber kein Problem mit American Express Travelers Cheques. Denn ...

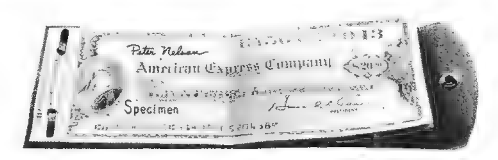
Sie sind das sicherste Geld für Ihre Reise. Wenn Ihre American Express Travelers Cheques verlorengehen oder gestohlen werden, können sie Ihnen sofort ersetzt werden. (Dafür sind die Filialen und Vertragsniederlassungen von American Express zuständig, die Sie überall auf der Welt finden.) Ihre Reise geht genauso weiter, wie Sie das geplant haben.

American Express Travelers Cheques sind die bekanntesten Reiseschecks. — Auf der ganzen Welt werden sie anerkannt. In Hotels, Restaurants, Geschäften, Nightclubs, Flughäfen, Bahnhöfen und Tankstellen können Sie damit bezahlen. In kleinen Orten genauso wie in Weltstädten.

American Express Travelers Cheques brauchen Sie nicht umzutauschen, wenn Sie von einem Land ins andere fahren.

Sie bekommen die Travelers Cheques bei Ihrer Bank oder im nächsten American Express-Büro. In Werten zu 10, 20, 50, 100 und 500 US-Dollar.

Wenn Sie also das nächste Mal verreisen — geschäftlich oder privat — nehmen Sie das sicherste und bequemste Geld mit. American Express Travelers Cheques.



Das einzige Geld, das ein Reisender braucht.



Rudolf Werner, 49, Textilkaufmann aus Hannover, will sich durch die Düsseldorfer Agentur von Charles Wilp wieder in den Bundestag werben lassen. Vor den Bundestagswahlen 1965 war das CDU-MdB Werner von seiner Partei auf einen aussichtslosen Listenplatz und in einen SPD-sicheren Wahlkreis abgeschoben worden, weil er scharfe öffentliche Kritik an Adenauer, Seebohm und Strauß geübt hatte. Auch seine Verdienste als Unterhändler mit Nasser nach der Anerkennung Israels durch Bonn retteten Werner sein Mandat nicht. Jetzt kandidiert der Kaufmann wieder, diesmal auf dem aussichtsreichen Platz elf der Landesliste. Um auch sein Direktmandat im Wahlkreis Hannover II zu gewinnen, bat Werner den Düsseldorfer Werber Wilp, ein Wahlplakat für ihn zu entwerfen. Wilp engagierte von dem Ensemble, das gegenwärtig in Düsseldorf das Hippie-Musical „Haare“ aufführt, die Darstellerinnen **Donna Gaines,** 19 (l.), Musikerin aus New York, **Shirley Thompson,** 22 (r.), Sängerin aus den USA, und **Judy Washington,** 21 (liegend), Photomodell, gruppierte die Künstlerinnen um den überraschten Kandidaten und versprach von dem Plakat-Photo „viel Erfolg bei der CDU-Jugend“.

Karl Schiller, 58, Stimmenfänger der SPD, belehrte Genossen, auf welchem Niveau sie den Wahlkampf zu führen hätten. Auf einem Bezirks-Parteitag in Westfalen erinnerte der Wirtschaftsminister, er habe kürzlich den Slogan geprägt: „Lies ‚Bild‘, und alles wird ganz einfach.“ Schiller fuhr fort: „So sollten wir es halten. Denken wir an den Wahlkampf, und alles muß ganz einfach werden.“

Heinrich Windelen, 48, Vertriebenenminister seit Februar, wurde jetzt auf einem Empfang in Bonn erstmals mit Sowjetbotschafter Zarapkin bekannt gemacht: Ein Photograph bat die beiden, sich für ein Gruppenbild zusammenzustellen. Nachdem sich Windelen dabei dem Russen vorgestellt hatte, bemerkte Zarapkin: „Sie sind also der Mann, der immer die revanchistischen Reden führt. Die gefallen mir aber gar nicht.“ Windelen: „Sie lesen wahrscheinlich immer nur die Tass-Fassungen.“ Der Botschafter: „Nein, nein, natürlich den Originaltext, und der ist nicht realistisch.“

Oldřich Černík, 47, tschechoslowakischer Premier, loyaler Exekutor der harten Husák-Linie und Fußball-Fan, mußte ein Spiel seiner bevorzugten Mannschaft Slavia Prag von einem Versteck aus beobachten. Als während des Matchs Slavia gegen Dukla Banská Bystrica im Slavia-Stadion in Prag-Eden über Lautsprecher die Ankunft des Premiers ausgerufen wurde, pfiffen die 40 000 Zuschauer und skandierten: „Černík raus.“ Als die Proteste nicht aufhörten, floh der Premier von der Ehrenloge in die Kabine der Rundfunk-Reporter und sah von dort aus, wie seine Mannschaft 3:0 siegte.



Lothar Opitz, 42 (2. v. l.), Leiter der Staatsschutzstelle bei der Kripo in Hamburg, bekam in der Hamburger Uni statt Studenten-Zeitungen einen Studentinnen-Kuß. Wegen vier Seiten der Ausgabe Nummer 8 hatte Amtsgerichtsrat Axel Vogt gegen die Asta-Zeitung „unilife“ einen Beschlagnahme-Beschluß erlassen. Die Zeitung hatte unter anderem auf einer Sonderseite Photos der zivil gekleideten Polizisten gezeigt, die des öfteren auf dem Uni-Gelände anzutreffen sind. Das war für Vogt „Staatsverleumdung und Aufforderung zu ... Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Nötigung, Landfriedensbruch“. Opitz, mit drei Beamten zur Beschlagnahme in die Universität befohlen, wurde durch geschicktes Taktieren der Studenten so lange von den „unilife“-Redaktionsräumen ferngehalten, bis 3000 Exemplare der inkriminierten Ausgabe weggeschafft waren. Als die Polizisten schließlich eingelassen wurden, fanden sie nur noch 260 „unilife“-Nummern vor. Während sie die beanstandeten Seiten daraus entfernten, fiel **Margret Johannsen,** 22, Sprecherin der Philosophischen Fakultät, Opitz um den Hals und küßte ihn. Die Studentin: „Ich wollte den frustrierten Polizisten entschädigen.“ Der Entschädigte: „Ich befand mich in einem Kindergarten, und da habe ich eben mitgemacht.“



Hans Schwarzmann, 56 (l.), Protokollchef des Auswärtigen Amtes, wachte auf dem Empfang des scheidenden und des kommenden Bundespräsidenten streng über die Exklusivität der Ehrengäste, die der Chef des Bundespräsidialamts „im Auftrag des Herrn Bundespräsidenten und Frau Lübke“ (so das bisherige Präsidial-Deutsch) und im Auftrag Heinemanns ins Brühler Schloß Augustusburg geladen hatte. Der Protokollchef entdeckte auf der Ehrentribüne ein ihm unbekanntes Paar im Gespräch mit **Hilda Heinemann,** 72 (2. v. l.), und den Heinemann-Töchtern **Christa Delius,** 40 (3. v. l.), und **Barbara Wichelhaus,** 35 (4. v. l.), packte den Fremden am Arm und forderte ihn auf, den illustren Kreis zu verlassen. Die Frauen des Hauses Heinemann klärten den Beamten auf: Die beanstandeten Gäste waren Präsidentensohn **Peter Heinemann,** 32, und Ehefrau **Sylvia,** 29 (r.).



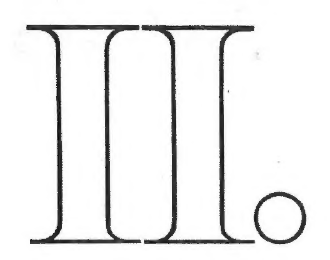
GESTORBEN

MOÏSE TSHOMBÉ, 50. Er liebte Champagner und schöne Frauen aller Hautfarben, in seinen Privatwohnungen hingen zahlreiche überlebensgroße Selbstporträts. Für die einen war der lebensfrohe Kongo-Politiker ein weitsichtiger Realist, für andere der korrupte Handlanger westlicher Imperialisten und Mörder Lumumbas. Er paktierte mit weißen Söldnern und belgischen Industriellen, Geld und Politik gehörten für ihn zusammen. Die Karriere des Häuptlingssohns und Missionsschülers hat, laut „International Herald Tribune", „so viele Windungen wie der Kongo": 1951, nach dem Tod seines schwerreichen Vaters, übernahm er die ererbten Geschäfte. Nach dreimaligem Bankrott entdeckte er sein politisches Talent. Er wurde 1960 Premier der Kongo-Provinz Katanga und erklärte im Juli — elf Tage nachdem die Belgier dem Kongo überstürzt die Unabhängigkeit gewährt hatten — die Separation der reichen Uran- und Kupfer-Provinz. Uno-Soldaten zwangen ihn 1963 zur Aufgabe seiner Katanga-Träume. Er floh nach Paris und Madrid, doch eineinhalb Jahre später holte ihn Kongo-Präsident Kasavubu zurück: Der Separatist sollte an der Spitze der Zentralregierung das vor der Auflösung stehende Riesenreich retten. Er hatte Erfolg — und mußte 1965 wieder ins Exil gehen, diesmal für immer. Auf dem Flug von Ibiza nach Mallorca entführte ihn 1967 ein französischer Freund nach Algier. Die neue Kongo-Regierung unter General Mobutu, die den Ex-Premier inzwischen zum Tode verurteilt hatte, forderte seine Auslieferung; doch Algeriens Premier Boumedienne weigerte sich, den Gekidnappten an den Galgen zu bringen. Tshombés Herz-Tod — von elf Ärzten, darunter drei französischen Medizinern, bestätigt — befreite die Algerier von dem unbequemen und unerwünschten Gefangenen. Vor der Überführung nach Brüssel erwiesen algerische Soldaten dem toten Tshombé militärische Ehren.

GIORGIO MANES, 63. Der langjährige stellvertretende Kommandeur der italienischen Carabinieri wurde bekannt durch seine belastenden Aussagen gegen den früheren Sifar-Geheimdienstchef und Generalstabschef des Heeres, General Di Lorenzo, dem die römische Wochenzeitschrift „L'Espresso" vorgeworfen hatte, im Sommer 1964 einen Staatsstreich geplant zu haben. Manes erklärte vor Gericht, daß im Auftrage Di Lorenzos Verhaftungslisten verteilt worden seien und daß der Plan bestanden habe, die Verhafteten in Konzentrationslagern zu sammeln. Seine Kenntnisse legte der Carabinieri-Vize im berühmt gewordenen „Manes-Bericht" nieder, den er im Auftrage seines Vorgesetzten, General Ciglieri, angefertigt hatte. Der Bericht, den der (inzwischen tödlich verunglückte) Carabinieri-Chef Ciglieri lange Zeit selbst dem Verteidigungsminister verheimlicht hatte, ist auch heute nur teilweise bekannt. Wegen seines umstrittenen Untersuchungsberichts wurde Manes von seinem Posten suspendiert. Als er vorletzte Woche in Rom vor einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß erneut in Sachen Sifar aussagte, erlitt er eine Herzattacke, an der er wenig später im Krankenhaus starb.

AUGUSTO TIMOTEO VANDOR, 46. Sein Tod stürzte Argentiniens Militärdiktatur in ihre bisher schwerste Krise. Der einflußreiche Generalsekretär der etwa 220 000 Mitglieder starken Metallarbeitergewerkschaft und Führer des gemäßigten Flügels in der argentinischen Dachgewerkschaft CGT hatte sich in den drei Jahren seit Onganías Machtübernahme stets zu „bedingter Zusammenarbeit" mit dem Regime bereit gefunden. Einst Anhänger des offiziell verfemten, bei den Arbeitermassen aber noch immer populären Ex-Diktators Perón, propagierte Vandor nun einen „Peronismus ohne Perón". Dennoch besuchte er den Verbannten mehrfach im spanischen Exil und wurde allmählich wichtigster Mittelsmann bei vorsichtigen Kontakten zwischen Perón und Onganía. Vandors Arrangement mit der Regierung verschärfte die Spannungen innerhalb der Gewerkschaft immer mehr. Ein leidenschaftlich regimefeindlicher Flügel unter dem Linkskatholiken Raimundo Ongaro spaltete sich ab und stellte sich während der Arbeiter- und Studentenunruhen im vergangenen Mai spontan auf die Seite der Demonstranten. Erst auf Druck von unten fand Vandor sich bereit, gemeinsam mit Ongaro zu einem Generalstreik aufzurufen, in dessen Folge es mehr als 20 Tote und eine Kabinettsumbildung gab. Als in der vergangenen Woche Ongaro zu einem Generalstreik gegen den Besuch des Nixon-Emissärs Rockefeller in Buenos Aires aufrief, weigerte Vandor sich. Am Tage des Rockefeller-Besuches wurde er in seinem Büro von fünf Unbekannten erschossen. Präsident Onganía verhängte den Ausnahmezustand.

BRIAN JONES, 26. „Es liegt mir daran, meine Persönlichkeit zu entfalten", erkannte der Optikerlehrling, Plattenverkäufer und Lastwagenfahrer Jones in Cheltenham. Deshalb wurde er Gitarrist und Mitbegründer der Beatgruppe „Rolling Stones". Mit dem Geld, das er durch seine orgiastischen Improvisationen, seinen Gesang und durch Filmmusik zu Volker Schlöndorffs „Mord und Totschlag" verdiente, entfaltete er sich immer weiter — in Jogi-Meditationen, bei Haschisch-Partys und Blondinen. Er saß in drei Aufsichtsräten und fuhr zu seinen Alimenten- und Rauschgiftprozessen stets im Rolls-Royce. Drei Wochen nachdem er die „Rolling Stones" verlassen hatte, um eine eigene Combo zu gründen, ertrank er nach einem Asthma-Anfall in seinem Swimming-pool.



Warum wir erst mit 90 Jahren anfingen, uns mit Sex zu beschäftigen

Sex war fällig. Vor vier Jahren etwa ging es los damit. Und in sechs Jahren werden wir hundert Jahre alt sein. Der Heinrich Bauer Verlag wurde 1875 gegründet.

Und seit vier Jahren Sex. Warum denn bloß? Nun, vorher war Sex kein Thema. Es war nicht akut. Jetzt ist es obligates Schulfach – und jeder findet's in Ordnung.

Nur als wir mit Sexaufklärung anfingen, da war die Hölle los (nicht bei unseren Lesern, wohlgemerkt!).

Inzwischen haben wir nicht nur unsere Leser, sondern auch unsere Mitbewerber aufgeklärt: sie haben längst den Sex entdeckt und – schreiben uns fröhlich um. Bei uns hingegen ist der Sex schon fast historisch.

Dabei hatten wir es schwerer, als es heute die Lehrer haben werden: Wir mußten für junge Eheleute, für Erwachsene – also für Sex-Praktizierende – regelrecht Nachholkurse veranstalten. Wir mußten den Eltern beibringen, wie sie das Gespräch mit dem eigenen Kind beginnen und führen sollten; wir mußten zu Erwachsenen reden, die verklemmt waren und nie richtig aufgeklärt wurden.

Wie macht man denn so etwas? Unser spezifisches Problem: Wie schreibt man denn über so etwas? –

Es gab doch so gut wie keine Vorbilder. (Und wir sind zudem ein risikoreiches Presse-Unternehmen. Wer wußte denn vorher, ob das für uns gutgehen würde.) Wir sind – buchstäblich – auf die Dörfer gegangen. Wir haben mit unzähligen Menschen gesprochen, haben uns ihre Probleme gemerkt. Wir haben gelernt, die Menschen zu verstehen und – ihre Sprache zu sprechen. Zugegeben: der Computer hat uns dabei geholfen.

Das Ergebnis: Wir hatten Unterlagen über einen Komplex, der viele Menschen bedrückt und irritierte: Sex und seine mittelalterlichen Tabus.

Das Ergebnis dieses Ergebnisses: Wir konnten mit einigen unserer Zeitschriften den Kampf aufnehmen. Und wir haben es erreicht, daß viele unserer Mitmenschen endlich freier – befreiter – leben konnten.

Die Psychologen wissen, was wir hier geleistet haben. Und die Ärzte sind uns in ihren Praxen – ganz im stillen, versteht sich – dankbar. Für ungezählte Menschen haben wir eine neue Form der Lebenshilfe geschaffen; es war die Brücke, um erwachsen und mündig zu werden. Männer und Frauen verstehen sich endlich besser. Denn sie wissen nun von sich, was sie seit Jahrtausenden nicht wissen durften.

Kein Grund, uns ein Denkmal zu bauen. Aber auch kein Grund, über uns die Nase zu rümpfen. Es ist einfach professioneller Journalismus, beizeiten zu spüren, was ›in der Luft‹ liegt. Sex lag in der Luft, er war fällig. Die Zeit für das Thema Sex war einfach da. Bald wird es damit vorbei sein.

Was dann kommen wird? Noch wissen wir es nicht. Spekulation ... vielleicht eine neue Form der Romantik. Aber was auch kommen mag – Sie werden es in dem einen oder anderen Blatt unseres Hauses finden. Frühzeitig.

Wir hoffen wieder die ersten zu sein, die es bringen. (Verstehen Sie, daß wir ein bißchen stolz darauf sind?)

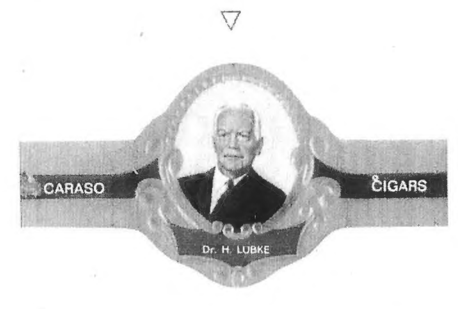
Verlagsgruppe Bauer

QUICK · TV HÖREN UND SEHEN
NEUE REVUE · PRALINE
NEUE MODE
DAS NEUE BLATT
WOCHENEND
NEUE POST · BRAVO

HOHLSPIEGEL

Das Sex-Versandhaus Beate Uhse möchte sein Angebot erweitern. Mit großen Inseraten in der Hongkonger Tageszeitung „South China Morning Post" suchen die Flensburger „den Hersteller des stimulierenden Balsams Pan Yuen Toug und/oder von ähnlichen Produkten wie Stimulantien, Aphrodisiaka, erotischen Geräten".

▽



Auf der Bauchbinde ihrer 40-Pfennig-Zigarren der Marke „Revue" zeigt die Untergrombacher Zigarrenfirma Carl Rapp in der „Serie 99: große Männer und Tyrannen" nach Porträts von Fidel Castro, Josef Stalin und anderen auch ein Brustbild von „Dr. H. Lübke".

▽

Ein polnischer Muster-Arbeiter enttarnte sich durch Schnarchen. Der Held der Arbeit war ausländischen Besuchern ständig als Vorbild an Fleiß vorgeführt worden: Obwohl Privatbauer mit einem großen Hof, arbeitete er zusätzlich in einer Lkw-Fabrik für den sozialistischen Aufbau und erschien sogar zur Erntezeit stets pünktlich an seinem Werkplatz. Wie die Warschauer Zeitschrift „Zycie Gospodarcze" jetzt meldete, hatte der Held seine Fabrik-Arbeitszeit jedoch regelmäßig in einer — von solidarischen Kollegen zugenagelten — Holzkiste verbracht, um sich ungestört von der Feldarbeit ausschlafen zu können. Ein Meister fand nun, Schnarchgeräuschen nachgehend, den Schläfer.

▽

Ich habe mein Kind Carola (knapp 2 Jahre) bei älteren Leuten in Reinbek in Pflege gegeben. Die Anschrift ist mir verlorengegangen. Ich möchte mein Kind wieder zurückholen. Leser, die mein Kind kennen, bitte ich sofort um die Anschrift in Reinbek.

Renate Trampnau
2 Garstedt, Bez. Hamburg, Buckhörnermoor 59

Aus der „Geesthachter Zeitung".

▽

Die „Pfarrnachrichten für die Stadt Hamm und Umgebung" empfehlen einen Buster-Keaton-Film mit dem Hinweis: „Dienstag, 24. Juni 1969, 20 Uhr, Aula Hohe Straße, wird der Film ‚Der General' gegeben mit dem unvergessenen Filmkomiker Basta Kiepen."

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2 Hamburg 11, Brandstwiete 19 / Ost-West-Straße, Tel. 3 00 71, Telex 2 162 477
Telegr. Spiegelverlag, Postscheck Hamburg 71 37

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Johannes K. Engel, Günter Gaus

GESCHÄFTSFÜHRENDE REDAKTEURE
Leo Brawand, Manfred W. Hentschel, Dr. Dieter Wild, Georg Wolff

LEITENDE REDAKTEURE
Rolf Becker (Literatur), Werner Harenberg (Kulturpolitik), Heinz Höhne (Serie), Dr. Alexander von Hoffmann (Bonn), Siegfried Kogelfranz, Heinz Lohfeldt und Fritjof Meyer (Ausland), Klaus Kröger (Wirtschaft), Hagen Graf Lambsdorff (Militärpolitik), Rolf S. Müller und Jürgen Petermann (Wissenschaft und Technik), Felix Schmidt (Kultur), Hans Joachim Schöps, Dr. Wolfgang Malanowski und Hermann Zolling (Innenpolitik und Zeitgeschichte), Dr. Heinz Pohle (Schlußredaktion), Hans-Joachim Schmoll (Illustration), Eberhard Wachsmuth (Graphische Gestaltung)

REDAKTION
Deutschland: Jochen Bölsche, Heidi Dürr, Ernst Elitz, Hermann L. Gremliza, Heinz Höfl, Axel Jeschke, Dietrich Lachmund, Walter Schulz, Hans-Wolfgang Sternsdorff; Militär: Carl-Gideon von Claer, Horst G. Tolmein; Ausland: Lutz Bindernagel, Peter O. Ebel, Jutta Fischbeck, Wolfgang Gust, Peter Hays, Dr. Wolfgang Kaden, Johannes Matthiesen, Dr. Bernhard Müller-Hülsebusch, Hans-Georg Nachtweh, Karl Robert Pfeffer, Klaus Reinhardt, Johannes Graf von Saurma-Jeltsch, Wolfgang Stockklausner; Wirtschaft: Werner Detsch, Dieter P. Grimm, Hellmut Hartmann, Joachim Korthals, Karl Heinrich Rüßmann; Kultur: Dieter Brumm, Horst-Dieter Ebert, Manfred Eichel, Klaus Franke, Dr. Helmut Gumnior, Dr. Jürgen Hohmeyer, Karl-Heinz Krüger, Albrecht Kunkel, Dr. Hayo Matthiesen, Alfred Nemeczek, Gunar Ortlepp, Jörgen Pötschke, Dr. Rudolf Ringguth, Peter-Paul Roese, Siegfried Schmidt-Joos, Mareike Spiess-Hohnholz, Klaus Umbach, Monica Vogelgsang; Serie: Günter Löbering, Dr. Gerd Rockel; Sport: Walter Gloede, Hans-Joachim Nesslinger; Automobile: Rudolf Glismann; Panorama, Personalien, Briefe: Ariane Barth, Dr. Karl Poerschke, Gisela Schröder-Ernst, Dietrich Strasser; Bild und Graphik: Volker Fensky, Günther Gatermann, Manfred Igogeit, Ingeborg Molle, Jürgen Wulf; Schlußredaktion: Peter Jordan, Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Horst Engel, Wilfried Herz, Bernd Heyen, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Josef A. Klessinger, Hartwig Pepper, Wolfgang Polzin, Dieter Schaake, Wilhelm Schöttker, Claus Schüler, Wolfgang Söltner

SPIEGEL-REPORTER
Ernst Hess, Gerhard Mauz, Dr. Fritz Rumler, Hermann Schreiber

REDAKTIONSVERTRETUNGEN INLAND
Berlin: Karlheinz Vater, Sophie von Behr, 1 Berlin 30, Kurfürstenstraße 72/74, Tel. 13 13 70/79, Telex 1 84 704 · Bonn: Erich Böhme, Ernst Goyke, Otto Diepholz, Alfred Freudenhammer, Werner Funk, Horst Knape, Peter Koch, Manfred Kohnke, Alexander E. Lang, Hans Schmelz, Hans-Gerhard Stephani, Ralph-Dieter Wienrich, 53 Bonn, Dahlmannstraße 20, Tel. 22 40 31, Telex 8 86 630 · Düsseldorf: Ferdinand Simoneit, Günter Rau, Hans-Otto Eglau, Wolfram Baentsch, 4 Düsseldorf 1, Kreuzstraße 20–22, Tel. 36 30 66/67/68, Telex 8 587 118 · Frankfurt a. M.: Peter Thelen, Dr. Gisela Oehlert, Horst Stübling, Wolfgang Bayer, 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. 72 55 59, Telex 4 13 009 · Wiesbaden: Hans Hermann Mans, 62 Wiesbaden, Postfach 2880, Tel. 52 02 56 · Hannover: Wolfgang Becker, Gerd Kröncke, 3 Hannover, Kurt-Schumacher-Straße 26–28, Tel. 2 69 39, Telex 9 22 320 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, 75 Karlsruhe 1, Amalienstraße 25, Tel. 2 06 06, Telex 07 825 471 · Kiel: Heinz Kohl, 23 Kiel, Niemannsweg 18, Tel. 5 12 66/67, Telex 299 859 · Mainz: Peter Adam, 65 Mainz, Große Langgasse 16, Tel. 2 61 61, Telex 4 187 507 · München: Otto von Loewenstern, Erich Milchgiesser, 8 München 15, Schwanthalerstraße 2–6, Tel. 59 47 24, Telex 5 22 501 · Stuttgart: Alexander Veil, 7 Stuttgart, Kriegsbergstraße 11 (Iduna-Hochhaus), Tel. 29 58 65/66, Telex 722 673

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Leoforos Wassileos Konstantinou 46, Tel. 72 96 37 · Belgrad: Hans Peter Rullmann, Ulica Ivo Lola Ribar 6/5, Belgrad, Tel. 33 19 71 · Brüssel: Rienk H. Kamer, 8–10, Pastorijstraat, Brüssel, Sint Pieters Leeuw, Tel. 77 22 27, Telex 22 207 · London: Dr. H. G. Alexander, 56, North End House, London W 14, Tel. 603 02 93 · New York: Kurt J. Bachrach-Baker, 315 Lexington Avenue, New York, N. Y. 100 16, Tel. MUrray Hill 9-7400 · Paris: Rolf Steinberg, 17, Avenue Matignon, Paris 8e, Tel. 256-12-11, Telex 65 086 · Rom: Dr. Günther Zacharias, Via Riccardo Zandonai 9/11, 00194 Roma, Tel. 32 02 11 · Tel Aviv: Henri Zoller, Tel. 86 66 61, POB 336 Bat. Yam. · Washington: Helmut Sorge, National Press Building, 14th and F Street, N.W., Washington DC 20 004, Tel. 347-5222, Telex 89-2616 · Wien: Dr. Inge Cyrus, Telekygasse 13, A-1190 Wien, Tel. 36 15 92 · Zürich: Ludwig A. Minelli, CH-8127 Forch-Zürich, Hans-Roelli-Straße 1508, Tel. 95 04 54, Telex 54 833

Verlagsleitung: Rolf Poppe
Büro des Herausgebers: Walter Busse
SPIEGEL - VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO.
VERLAGSDIREKTOR
Hans Detlev Becker

RÜCKSPIEGEL

ZITATE

Die „Stuttgarter Zeitung":

Eine gewisse Beunruhigung in Kreisen der CDU/CSU über das künftige politische Verhalten Heinemanns, die auch aus den mahnenden Äußerungen von Hassels herauszuhören war, fand am Dienstag ihren Niederschlag in einem Artikel der unionsnahen „Politisch-Sozialen Korrespondenz". Unter Bezug auf das Interview Heinemanns mit dem SPIEGEL wird darin bedauert, daß Heinemann mit seinen Äußerungen „politische und verfassungsrechtliche Unruhe" sowie eine gewisse Unsicherheit geschaffen habe, ob die durch Traditionen gewachsene Kontinuität des Amtes in vollem Ausmaß aufrechterhalten werde. Weiter heißt es: „Wir brauchen gerade in diesen Zeiten einen Staat, dessen Repräsentanten der Apo und anderen radikalen Elementen ein ungebrochenes Staatsbewußtsein entgegenstellt, das nichts in Frage stellt, sondern alles verteidigt und festigt."

Die Münchner „Süddeutsche Zeitung":

In den Worten Hassels klang stark die Sorge der Unionsparteien an, der der Sozialdemokratie zugehörige Heinemann könnte für sich mehr politischen Spielraum verlangen als seine Vorgänger. Sie ist jüngst wieder durch ein Interview genährt worden, mit dem sich die dem CDU-Generalsekretär Bruno Heck nahestehende Politisch-Soziale Korrespondenz beschäftigt. Die Korrespondenz meinte, sowohl Heuss als auch Lübke seien vor der Möglichkeit von Verfassungskonflikten zurückgewichen. Heinemann aber habe mit seinen Aussagen, nämlich bei besonderen Umständen könne er sich eine Kritik des Staatsoberhauptes an der Regierung denken, „die Möglichkeit in die Nähe gerückt, daß der Konflikt virulent wird". Das Interview des neuen Präsidenten habe „politische und verfassungsrechtliche Unruhe sowie eine gewisse Unsicherheit geschaffen, ob die durch Tradition gewachsene Kontinuität in vollem Ausmaß aufrechterhalten wird".

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung":

In einem Interview, das am Tage vor seiner Amtsübernahme publiziert wurde und dem, so ist doch wohl anzunehmen, keine weiteren publizistischen Äußerungen während der Präsidentschaft folgen werden, ist Heinemann hart von seinen Gesprächspartnern bedrängt worden, wie er sich in gewissen konstruierten extremen Fällen, in denen es zu einem Konflikt zwischen seinen tiefsten Überzeugungen und der Politik einer deutschen Regierung käme, verhalten würde. Er hat es schließlich abgelehnt, hypothetische Fragen zu beantworten. Freilich, extreme Fälle sind möglich, und keinem Menschen, auch nicht dem Bundespräsidenten, kann es verwehrt sein, daß in Konflikten die allerletzte Instanz das Gewissen ist.


Irgendwo scheint immer die Sonne.
Auf weite Tabakfelder in Georgia, Virginia . . . in Griechenland, Italien oder Mexico. Dort, wo Tabak wächst für Ernte 23. Reifer, leichter Tabak, behütet von Menschen, die den Tabak lieben. Farmer und Tabakbauern. Etwas von dieser Welt ist in jeder Ernte 23.
Von höchster Reinheit
21
21
21
ZIGARETTEN
PREIS DM 1,90
REEMTSMA
ERNTE 23
CIGARETTEN
FILTER
ERNTE 23
Jetzt in der neuen aromaschützenden Hartpackung · 21 Cigaretten DM 1,90